Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. Juli 1980
Jg. 8 Nr. 30

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

US-Präsidentenwahlen: „Kreuzzug für Amerikas Größe“

Konvent der Republikaner / Beginn der Überproduktionskrise in den USA

z.ped. Der Parteikonvent der Republikaner nominierte Reagan als Präsidentschaftskandidaten. Am 11. August werden die Demokraten Carter erneut aufstellen, am 4. November wird gewählt werden.

Nicht von ungefähr war Detroit Versammlungsort der Republikaner. Im April und Mai stieg die Arbeitslosenzahl um 1,7 Millionen, von 6,2% auf 7,8%. Für die zweite Jahreshälfte werden 9% erwartet. Bereits jeder dritte Automobilarbeiter ist entlassen. Die Automobilproduktion sank um 40%, der Wohnungsbau um 37%, das gesamte Bruttosozialprodukt um 8,5% gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Folgen der einsetzenden Überproduktionskrise treffen die Lohnabhängigen um so mehr, als seit zwei Jahren der Reallohn beständig sinkt. Die Inflationsrate stieg im Mai auf 14,4% gegenüber 10,6% im Vorjahr.

Unter dem Parteitagsmotto „Gemeinsam – ein neuer Beginn“ verkündete Reagan „einen Kreuzzug, um den USA wieder zur Größe zu verhelfen. Diesem irdischen Paradies, in dem jeder Arbeitswillige seinen Platz finde, in dem jegliches Bemühen zehnfachen Erfolg zeitige. Ein Amerika, das dem Wohlfahrtsstaat von heute, der ‚Degradierung des arbeitenden Menschen zum Büttel des Staates‘ entgegengesetzt sei.“ Steuer- und Finanzprogramm beinhalten die Kürzung der Staatsausgaben mit Schwerpunkt Sozialausgaben um 30% bei gleichzeitiger Einkommensteuersenkung für mittlere Einkommen zwecks „forcierter Bildung von Sparkapital“. Zugleich umfaßt dieses Programm einen ganzen Treibsatz zur Kapitalakkumulation: Streichung jeglicher staatlicher Wirtschaftsvorschriften; Bau von Kernkraftwerken; keine Zusatzbesteuerung der Ölgesellschaften; beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten und Steueranreize für Neuinvestitionen.

Seit 1978 konnten die USA ihren Warenexport kontinuierlich gegenüber

Seit 1978 konnten die USA ihren Warenexport kontinuierlich gegenüber Japan, BRD, Großbritannien und Kanada ausweiten. Noch halten diese Exportsteigerungen an. Ihre Grundlage haben sie in drastischen Lohnsenkungen und staatlich geförderter Umwälzung der Produktionsanlagen durch die Carter-Regierung. Auch die Investitionstätigkeit ist noch keineswegs erlahmt. Die US-Stahlmonopole verdoppeln ihre Investitionen gegenüber dem Vorjahr. Ford betreibt die Neuproduktion eines Mittelklasse-Weltautos durch konzentrierten arbeitsteiligen Einsatz der weltweiten Werke mit Milliardeninvestitionen. Der Automobilkonzern Chrysler hingegen ist zahlungsunfähig. Bankrotte der unrentabelsten Teile des Kapitals, Konzentration des verbleibenden, weitere Modernisierung dieser Produktionsanlagen – dies ist die Absicht der US-Bourgeoisie zur weiteren Steigerung des Waren- wie Kapitalexport, mit der sie in die Krise hineingeht.

Die amerikanischen Lohnabhängigen führen vielfältige Kämpfe. Ein Streik der Stadtangestellten Detroits wurde erst unmittelbar vor dem Republikanerkonvent beendet, während nach wie vor die zweitgrößte Zeitung Detroits wegen eines Streiks der Drucker und Auslieferungsfahrer nicht erscheint. Andererseits gibt es, wie das Beispiel der Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAW mit ihrer Forderung nach Importstopp für japanische Autos zeigt, eine starke chauvinistische Fesselung der Arbeiterbewegung. Diese versucht das Programm der Republikaner weiter zu schüren. Sozial- und finanzpolitisch ist es zugeschnitten auf die Gewinnung der Mittelklassen und der Arbeiteraristokratie, bei gleichzeitiger unverhüllter Reaktion gegenüber dem Industrieproletariat. Eine Demonstration am ersten Tag des Konvents unter Forderungen nach Gleichbehandlung der Frau, Recht auf Abtreibung, Abschaffung der Todesstrafe richtete sich gegen die republikanische Reaktion.

Außenpolitisch treten die Republikaner für die „Wiederherstellung militärischer Überlegenheit“ gegenüber dem Sozialimperialismus ein. Marine und Luftwaffe sollen ausgebaut, die Produktion neuer Waffensysteme forciert werden. Nur die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht wird noch nicht gefordert. Indes hat Carter die Registrierung aller Wehrpflichtigen

rung der allgemeinen Wehrpflicht wird noch nicht gefordert. Indes hat Carter die Registrierung aller Wehrpflichtigen

ab dem 21. Juli bereits veranlaßt. In einer nationalen Demonstration im März lehnten 35000 die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie sämtliche Kriegsvorbereitungen ab.

Während Carters stellvertretender Außenminister Christopher gerade in Belgien, Niederlande und der BRD Druck machte zur Forcierung der Stationierungsvorbereitungen für die US-Mittelstreckenraketen, während Großbritannien gerade die Modernisierung der strategischen U-Boot-Flotte mit vier neuen U-Booten sowie US-Trident-Mehrfachsprengkopfraketen beschlossen hatte, forderte Reagan, daß „man aufhört mit der Sorge, ob uns andere mögen oder nicht, und statt dessen dafür zu sorgen, daß man uns respektiert. Die Verteilung der Streitkräfte innerhalb der NATO muß den neuen Machttatsachen angepaßt werden, die Allianz muß den Gefahren begegnen, die ihr außerhalb ihres ursprünglichen Geltungsgebietes drohen“. Er warnte vor Neutralitätsneigungen bei den Alliierten und den Ambitionen der Sowjetunion wie der Dritten Welt. Die Unterstützung der US-Marionetten wie in Taiwan soll forciert werden, während Carter bereits in seinen Gesprächen mit Hua Guofeng gegen die Unterstützung der legitimen Regierung des Demokratischen Kampuchea Stellung genommen hatte.

Wie Carter 1976 antrat, die USA gegenüber dem Vormarsch des Sozialimperialismus in eine Gegenoffensive zu bringen, so treten die Republikaner 1980 an, um die menschlichen und sachlichen Potentiale des US-Imperialismus für den Gegenangriff mobil zu machen, durch Isolierung und Spaltung der Arbeiterklasse im Innern, wie Formierung der NATO-Allianz im Äußeren. Der Kampf um den Austritt aus der NATO durch die westeuropäische Arbeiterbewegung wird auch seine Wirkung auf die Entfaltung des Klassenkampfes in den USA selber haben und den notwendigen Bruch mit dem Chauvinismus erleichtern.

Generalstreik gegen Militärputsch in Bolivien

z.bew. Drei Wochen vor dem Zusammentreten des neugewählten Parlaments haben am vergangenen Freitag Einheiten des Militärs geputscht. Das Gewerkschaftshaus wurde besetzt und ein Teil der Gewerkschaftsführer ermordet oder gefangengenommen, die Übergangsregierung arrestiert, die Universitäten geschlossen und das ganze Land zur militärischen Zone erklärt. Der zentrale Gewerkschaftsbund COB hat zum Generalstreik aufgerufen. Der Aufruf wurde über die noch nicht besetzten Rundfunkstationen der Minenarbeiter verbreitet. Ihm haben sich die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien angeschlossen. Mit Barrikaden in La Paz und den Minengebieten versuchen die Arbeiter, das weitere Vordringen der Putschisten zu verhindern. Der letzte Putsch im vergangenen November war durch einen Generalstreik zurückgeschlagen worden.

Ost-Timor: Fortschritte im Befreiungskampf

z.sta. Seit der Besetzung der Demokratischen Republik Ost-Timor 1975 durch indonesische Truppen führt die FRETILIN den Kampf für die Befreiung Ost-Timors unter schwierigen Bedingungen fort. Bei einer erneuten Offensive der Aggressoren 1978 hatte sie schwere Verluste erlitten. In den letzten Monaten haben die FRETILIN-Streitkräfte hauptsächlich im Osten des Landes operiert, was die indonesischen Besatzer zu einer Truppenkonzentration dort veranlaßte. Mitte Juni führten dann Guerillastreitkräfte drei gleichzeitige Angriffe in direkter Umgebung der Hauptstadt Dili durch, wobei Waffen erbeutet und vier indonesische Soldaten getötet wurden. Aufgeschreckt durch erneute Kämpfe in einem für „sicher“ gehaltenen Gebiet schickte die indonesische Regierung ihren General nach Dili und verschärfte die Sicherheitsmaßnahmen.

Sozialimperialisten forcieren

Sozialimperialisten forcieren neue Offensive gegen die EPLF

z.ans.Rom. Um die Jahreswende hat die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) in den Kämpfen um Nacfa die äthiopischen Truppen im Norden Eritreas vernichtend geschlagen. Ein Teil der Okkupationsarmee ist seitdem in Afabet eingeschlossen, ein anderer mußte sich in zwei Küstenorte zurückziehen. Die Sozialimperialisten und die äthiopische Militärregierung betreiben daher eine neue „endgültige Offensive“. Die Vorbereitungen dazu sind abgeschlossen. Da die revolutionäre EPLF mit den bisherigen Mitteln nicht zu schlagen ist, haben die Sozialimperialisten das äthiopische Arsenal chemischer Waffen massiv aufgestockt. 200 sowjetische Experten und Techniker sind eingetroffen. 40 Mig 24-Hubschrauber stehen in Asmara zum Aussprühen der Kampfgase bereit, weitere 100 sollen eingeflogen werden.

UNO-Vollversammlung zu Palästina beunruhigt Imperialisten

z.pel. Nach den US-Imperialisten hat auch die französische Regierung ihre „Sorge“ über die möglichen Ergebnisse der Sondersitzung geäußert, die am 22.7. beginnt. Der Versammlung, von Senegal wegen der dauernden Blockade des Sicherheitsrates durch die US-Regierung beantragt, wird eine Resolution vorliegen, die das „Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und nationale Souveränität“ bekräftigt. Sie fordert weiter die Einberufung einer UNO-Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO, den von UNO-Truppen kontrollierten Rückzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten und sofortigen Abbruch jeder Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel. Die Islamische Außenministerkonferenz hat zur Unterstützung des palästinensischen Volkes und Durchsetzung der Resolution aufgerufen.

Die Bundesregierung muß die Rechte des Demokratischen Kampuchea in der UNO unterstützen!



Der Rückzug Vietnams aus Kampuchea „wird nicht nur das Leben Kampucheas

Der Rückzug Vietnams aus Kampuchea „wird nicht nur das Leben Kampucheas retten, sondern auch den Frieden aller Völker in der Region sichern“, erklärte Khieu Samphan in einem Interview. „Ein neutrales Kampuchea wäre eine Barriere gegen die vietnamesische Aggression in Südostasien. Und wie der jüngste Einfall nach Thailand zeigt, ist Vietnam bloß eine Basis für den Drang der Sowjetunion nach Expansion.“ – Am 16. September beginnt die 35. UNO-Generalversammlung. Die Bundesregierung mußte sich zu Beginn dieses Jahres auf der EG-ASEAN-Konferenz dazu verpflichten, die Rechte des Demokratischen Kampuchea in der UNO zu unterstützen. Sie muß dazu gezwungen werden, diese Verpflichtung einzuhalten.

Die Olympischen Spiele geraten zu gespenstischem Spektakel

Moskau hermetisch abgeriegelt / Nur 81 teilnehmende Staaten / Waldheim muß Teilnahme an Eröffnungsfeier absagen

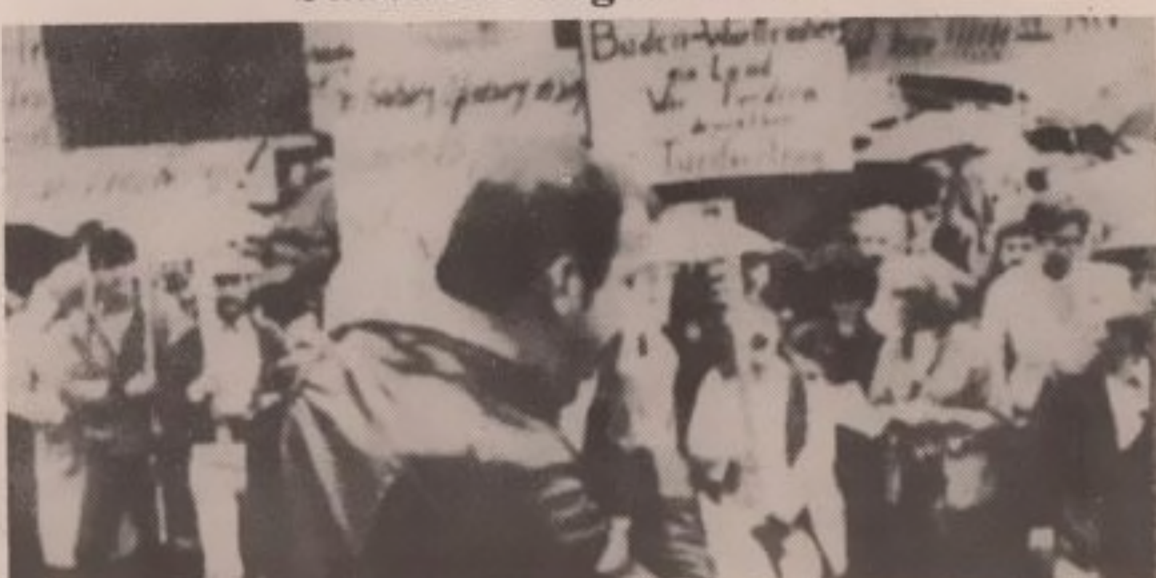
z.gkr. Das sowjetische Volk halte die edlen olympischen Ideale hoch, erklärte der stellvertretende Staatschef der Sowjetunion, Kusnezow, als er am 14.7. die 83. Sitzungsperiode des IOC in Moskau eröffnete. Die Olympischen Spiele wurden von den Imperialisten geschaffen zur Stärkung in der imperialistischen Konkurrenz und zur Verhüllung ihrer wahren Absichten eingesetzt. Hitler baute dieses Instrument 1936 als Propagandamittel aus, *bevor* er in Österreich und der Tschechoslowakei einmarschierte, die Sozialimperialisten wollen dieses Instrument nutzen, *während* sie einen Aggressionskrieg gegen Afghanistan, gegen Eritrea, gegen Kampuchea führen. Die Faschisten mußten 1936 die Unterdrückung nach innen lockern, die Sozialimperialisten setzen wenigstens 200000 Polizisten und Soldaten in Moskau ein, um die „Sicherheit der Spiele zu gewährleisten“. Moskau wird hermetisch nach außen abgeriegelt. Die Furcht der Sozialimperialisten vor Äußerungen der Volksmassen, die in Widerspruch zu ihrer Politik der Aggression stehen, ist offensichtlich groß und real. Mit allen Mitteln muß ein Zusammentreffen von Teilen des Volkes mit Besuchern verhindert werden und sei das Mittel auch nur jener Film von der großen Zahl eingeschleuster ausländischer Agenten.

Obwohl die Boykottbewegung nicht unter Führung der Länder der Dritten Welt steht, nimmt sie ein solches Ausmaß an, daß die Olympiade selber zur Farce wird und ihren Zweck für die Sozialimperialisten immer weniger erfüllt. Gespenstischer Ablauf der Eröffnungsfeier: Großbritannien, Luxemburg, Holland, Frankreich, die Schweiz, San Marino, Portugal, Belgien und Italien waren noch nicht einmal mit einem einzigen Sportler bei der Eröffnungsfeier vertreten, sie schickten Träger mit Olympiafahne und Schild, auf dem die Abkürzung des jeweiligen Olympischen Komitees steht. Wer soll da hinter COP schon Portugal vermuten? Gerade noch 81 Olympische Komitees haben Sportler nach Moskau geschickt, die niedrigste Zahl seit 1956, die afghanische Mannschaft besteht nur noch aus 13 Sportlern. Da wird denn auch fraglich, ob die gerade fertiggestellte Satellitenverbindung zwischen Moskau und Kabul noch via Fernsehen für Propagandazwecke genutzt werden kann, oder ob nur noch für militärische Zwecke nutzbar. Ein Blick auf die ablehnenden und teilnehmenden Staaten nach Erdteilen zeigt, welche Bedeutung der Boykott gerade auch unter den Staaten der 3. Welt gewonnen hat. Aus Europa liegen 6 Absagen bei 28 Teilnahmen vor, aus Lateinamerika 15 Absagen bei 14 Teilnahmen, in Asien und Ozeanien halten sich die Zu- und Absagen mit jeweils 15 bzw. 2 die Waage und aus Afrika liegen 18 Absagen bei 22 Teilnahmen vor.

Unter diesen Bedingungen mußte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Waldheim, die erstbeste Gelegenheit wahrnehmen, um den Sozialimperialisten eine Absage zu schicken, die ihn 2 Wochen vor den Spielen zur Eröffnungsfeier eingeladen hatten. Diese erste sich bietende Gelegenheit war die UNO-Sondervollversammlung über Palästina.

In der vorletzten Woche hatten Mudjahedin direkt in der Umgebung der sowjetischen Botschaft in Kabul Spruchbänder mit der Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen aufgehängt, für die Dauer der Olympischen Spiele haben sie Protestaktionen angekündigt.

Neuer Manteltarifvertrag für die Metallindustrie Südbaden abgeschlossen



Nützliche Regelungen enthält der neue MTV zur Schichtarbeit, Krankmeldung und Effektivlohnabsicherung für ältere Arbeiter. 27 000 streikten dafür. Bild: Delegationen aus den Betrieben bei den Verhandlungen am 9./10.7.

z.ped. **Das Bundesverfassunsgericht fordert die Regierung zur Einführung steuerähnlicher Abzüge von den Arbeiter- und Angestelltenrenten auf.** Zwei pensionierte Beamte hatten auf Gleichbehandlung, d.h. Steuerfreiheit ihrer Pensionen geklagt mit Verweis auf die unversteuerten Renten der Arbeiter und Angestellten. Das BVG erklärte die Besteuerung der Pensionen für rechtens, auch im Unterschied zu den Versichertenrenten. Indes verpflichtete es die Regierung, „in angemessener Frist die in den letzten Jahren eingetretenen realen Verzerrungen zwischen den beiden unterschiedlichen Altersruhegeldern zu korrigieren". Die bürgerlichen Parteien verkünden in ihren Wahlprogrammen bereits die Einführung von Rentenabzügen: „Langfristig können die Rentner von ihrer Rente den halben Krankenversicherungsbeitrag selbst zahlen" (SPD); „Einführung eines, nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten, Krankenversicherungsbeitrages der Rentner" (CDU/CSU). Die Absicht ist alt. Erst sollten die bruttolohnbezogenen Renten – die mit dem 21. RAG bereits kurzfristig von der Entwicklung der Bruttolöhne abgekoppelt wurden – direkt an die Nettolohnentwicklung der Lohnabhängigen angekoppelt werden. Dann, als der Widerstand zu groß war, wurde eine Besteuerung beraten und diese nun endgültig in die Form eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner gefaßt. Ein Abzug von der Rente, in welcher Form auch immer, kürzt die realen Einkommen der Rentner. Das BVG-Urteil gibt den Parteien Zunder, um für die Bourgeoisie rasch – und nicht etwa „langfristig" – zu Rentenkürzungen zu kommen.

z.gih. **Das Ifo-Institut hat eine Umfrage zur Schichtarbeit in der Industrie vorgelegt.** Das Münchener Institut, eines der fünf größten Wirtschaftsinstitute in Westdeutschland, kommt zu folgendem Ergebnis: „Dabei stellte sich heraus, daß von den 7,4 Millionen in der deutschen Industrie beschäftigten Personen 550000, also knapp 8 Prozent, regelmäßig nach solchen Schichtplänen arbeiten, die den Dienst zu nächtlicher Stunde einbeziehen." Weiter stellt es fest, daß auf Schichtarbeit nicht verzichtet werden könne. Als Gründe hierfür werden angegeben: – die Form der Arbeitsorganisation – die Natur der Produktionsprozesse – Kapazitätsreserven zur Bewältigung von Belastungsspitzen – Kundenanforderungen – internationale Konkurrenzfähigkeit z.B. in der Textilindustrie, um schließlich zum eigentlichen Grund zu kommen. „Bei Anlagen, die einer schnellen technischen Veralterung erliegen, ermöglicht die Schichtarbeit eine raschere Abschreibung." Die Kapitalisten benötigen wissenschaftlich angestrichene Propaganda. – Bei der Post laufen z.Zt. Verhandlungen nach 1½facher Zeitanrechnung für Schichtdienstleistende, Anerkennung der Zeiten von 20 Uhr bis 6 Uhr als Nachtdienstschicht, Einführung weiterer Pausen und Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit. Mitte September folgen Verhandlungen über Verbesserungen im Schichtdienst für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Bei den Raffinerien der ESSO läuft ein Programm zur Einführung der 5. Schicht. Durch Verringerung der Zahl der Sonntags-, Feiertags- und Nachtschichten im Jahr um 12 bis 16 soll die Schichtarbeit erhalten bleiben.

z.mee. **Heereman's Vorschlag, diejenige Milchanlieferung der Bauern, die die Höhe des Vorjahres übersteigt, mit einer 50%igen Erzeugerabgabe zu besteuern, ist vom schleswig-holsteinischen Bauernverband abgelehnt worden.** Für Bauern, die den Kuhbestand aufgestockt haben oder aufstocken müssen, um ihre Lebensgrundlage zu sichern, ist dieser Vorschlag der glatte Ruin. Auf einer Versammlung in Silberstedt, Kreis Schleswig-Flensburg, mit Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Flessner befaßten sich 90% der Redebeiträge der Bauern mit der Bezahlung ihrer Arbeitskraft über den Milchpreis. Die Bauern wollten klare Auskünfte zum EG-Milchmarkt und zum künftigen Milchpreis. Flessner trat gegen Heereman's Vorschlag und für die zum 1.6.80 eingeführte 2%ige Erzeugerabgabe ein und war gegen die Abschaffung der Nichtvermarktungsprämie zum 1.2.81. Die diversen Vorschläge zur Regelung des Milchmarktes sollen die Bauern weichkochen. Sie alle gehen davon aus, den Bauern die Schuld für nichtprofitabel absetzbare Milchmengen zu geben. Letzten Endes will die EG-Kommission ein Ding durchsetzen, das eine Mischung ist aus Senkung des Milcherzeugerpreises durch Erhöhung der Erzeugerabgabe und Besteuerung einer Aufstockung durch Superabgabe und/oder Kontingentierung.

z.ulw. **Am 3.7. verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus".** Das Gesetz regelt die „Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Rohstoffe vom Tiefseeboden" durch westdeutsche Unternehmen. Eilig haben die westdeutschen Imperialisten den USA nachgezogen, die bereits Ende Juni ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatten. In beiden Gesetzen ist der mögliche Beginn des Abbaus auf 1988 festgelegt, sofern nicht vorher eine internationale Regelung gefunden werde. Um eine solche Regelung geht es bei den UN-Seerechtsverhandlungen. Bereits 1969 hatte die UN-Vollversammlung die Ressourcen des Tiefseebodens zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" erklärt und die Ausbeutung dieser Bodenschätze bis zum Abschluß einer internationalen Regelung untersagt. Seitens der Länder der Dritten Welt, die sich auf den Seerechtsverhandlungen in der Mehrheit befinden, wird die Schaffung einer internationalen Meeresbergbaubehörde gefordert, die sowohl in eigener Regie die Ausbeutung der Rohstoffe betreibt als auch die Ausbeutung durch private Unternehmen genehmigt und überwacht. Dabei soll mindestens die Hälfte der Gesamtproduktion auf die internationale Behörde entfallen. Diese gerechten Forderungen versuchen die USA- wie die BRD-Imperialisten durch Schaffung von Tatsachen zu unterlaufen.

z.frb. **16,4 Mrd. DM würde das „Steuerpaket" – nach vorher 17,5 Mrd. – umfassen, behauptet Matthöfer.** Das mag zwar nicht direkt gelogen sein, ehrlich ist es aber auch nicht. 300 Millionen Mark werden ausschließlich an die Kapitalisten ausgeschüttet, indem ihnen gestattet wird, die Pensionsrückstellungen bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens mit den Werten der Ertragsteuern anzusetzen. Dadurch sinkt die Vermögens- und Gewerbesteuer 1982 um 300 Millionen, im ersten Entwurf zum Steuerentlastungsgesetz 1981 war sogar von 550 Mio. die Rede. Die Anhebung des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende mit Kindern auf 4212 DM, mit 300 Mio. DM angesetzt, wurde auf 1982 verschoben. Die Erhöhung der Höchstbeträge bei Sonderausgaben und des Vorwegabzugs, die mit 3,6 Mrd. DM veranschlagt ist, tritt ebenfalls erst 1982 in Kraft. 600 Mio. DM für Erhöhung des Wohngeldes haben mit Steuersenkung wenig zu tun. 2,1 Mrd. rechnet Matthöfer für die neue Auslegung der Kinderbetreuungskosten (Nichtbeanstandungsgrenze von 300 DM je Kind und Elternteil). Tatsächlich aber hat sich an der Gesetzeslage gegenüber bisher nichts geändert. Bleiben 1,4 Mrd. DM Weihnachtsfreibetrag, 6,1 Mrd. DM für Tarifänderung, 2 Mrd. Kindergelderhöhung; zusammen 9,5 Mrd. für 1980 und 1981. Matthöfer rechnet alles für das *jeweils* erste Jahr nach Inkrafttreten zusammen. Dann allerdings müßte man auch einen Vergleich mit den Mehreinnahmen der Lohnsteuer in *zwei* Jahren machen.

z.gea. **Ein Jahr nach Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch Schleswig-Holstein haben sich Albrecht, Klose und Stoltenberg auf einen neuen Drei-Länder-Vertrag mit 10jähriger Laufzeit geeinigt.** Mit diesem Vertrag ist ab 1.1.83 das Sendemonopol des NDR aufgehoben. Albrecht: „Damit wird der Weg frei für Privatfunk und -fernsehen." Programme der drei Länder werden durch eigene ganztägige Rundfunkprogramme und zweistündigen Sendezeiten im ARD gestärkt. Im Rundfunk- und Verwaltungsrat hat Niedersachsen künftig die Mehrheit. Die Verteilung der Sitze im Rundfunkrat: Parteien 5, beide Kirchen und jüdische Gemeinde je 1, DGB 2, DAG 1, Beamtenbund 1, Arbeitgeber 2, Handwerk, Bauern und Vertriebenen je 1, Sportverbände 2, Frauen- und Jugendverbände je 1 plus neun Vertreter von noch nicht benannten Gruppen. Der NDR ist an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden und hat „zur Verwirklichung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" beizutragen.

z.doj. **4132 Anträge auf Bußgeldverfahren wegen Schulschwänzen wurden 1979 allein in Hessen gestellt.** 65% davon wurden als Bußgelder verhängt, an einer Berufsschule in Gießen durchschnittlich 300 bis zu 500 DM. Im Vorjahr waren es noch durchschnittlich 300 DM gewesen. Die meisten Bußgelder bewegen sich zwischen 40 und 500 DM, in zwei Drittel der Fälle richtet der Staat sie gegen die Schüler und in einem Drittel gegen die Eltern. Am meisten bleiben die Schüler der Berufsschulen vom Unterricht weg, dort wurden an einzelnen Schulen bis zu 30 Bußgeldstrafen im laufenden Schuljahr 1979/80 verhängt. Gegen 140 Schüler in Hessen wurden Gerichtsverfahren eingeleitet. Die Jugendgerichte setzten dabei Arbeitsauflagen, weitere Geldbußen und Dauerarrest bis zu vier Wochen fest. Bisher können die Schüler mit bis zu sechs Monaten Freiheitsstrafe bestraft werden. Die hessische Landesregierung hat härtere Strafen für die Eltern angekündigt.

z.ebk. **Der Aufruf zum Einmarsch und zur militärischen Besetzung der arabischen Ölfelder ist keine „Aufstachelung zum Angriffskrieg", stellte die Staatsschutzkammer des Landgerichts Köln im Fall des „Welt"-Schreibers Paul C. Martin am 9.7. fest.** Martin hatte 1979 sich „Gedanken über die Folgen der Ölkrise" gemacht und sich für den Einmarsch ausgesprochen. Freilich: Er war nicht der erste, und besonders wichtig ist er auch nicht. Kissinger hat als Außenminister der US-Supermacht solche Pläne schon 1975 öffentlich bekannt gemacht (für den Fall einer „wirklichen Strangulation" der Interessen der westlichen Industriestaaten). General Haig als NATO-Oberkommandierender hat diese Pläne bestätigt. Aufzustacheln gab es also wenig. Wäre nicht der Widerstand der arabischen Völker und der ganzen Dritten Welt, die Ölfelder wären schon längst besetzt. So offen hat das Gericht seinen Freispruch aber nicht begründet. Immerhin: „Die Bezieher des ‚basis-dienst', in dem Martin geschrieben hatte, seien vermögende Leute, die nach einer solchen Lektüre sicher kein Gewehr in die Hand nehmen." Dafür hat die herrschende Klasse ihren Staat.

z.hev. **In dem von Innenminister Baum am 10. Juli vorgelegten Verfassungsschutzbericht 1979 werden „sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern" beunruhigt registriert.** Von über 4 Mio. in der BRD lebender Ausländer werden 65000 „orthodox-kommunistischen" Organisationen, 14600 der „Neuen Linken und Sozialrevolutionäre" und 34600 „rechtsextremistischen und extrem nationalistischen" Organisationen zugerechnet, insgesamt 114200 oder 33000 mehr als im Vorjahr. Die Hälfte sind Türken. „Entschiedene Ablehnung der politischen Verhältnisse in den Heimatländern" seien häufig die Ursache der politischen Aktivitäten, die Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, sei gewachsen, und leider wirke das auch zum Teil „nachteilig auf das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweiligen Heimatland oder zu Drittstaaten." Eben beschlossen wurden Beschränkungen des Asylrechts und die Ausdehnung des Visumzwanges für Türken, Inder und Bangali.

z.anl. **Die baden-württembergische Regierung hat am 15.7.80 fünf Sammellager für Asylanten beschlossen.** Die badische Gruppe von amnesty international hat aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Landesaufnahmelager Rastatt protestiert, wo ein alter Lazarettbau für jeweils sechs Personen durch Bretterverschläge abgeteilt ist, die allesamt durch ein Fenster in der Außenmauer belüftet werden. Die Empörung von ai richtet sich u.a. dagegen, daß hier der „Scheinasylant" und der „echte Flüchtling" zusammenhausen. Justizminister Eyrich hat inzwischen seinen Plan bekräftigt, die zweite Instanz bei Asylverfahren abzuschaffen. Gleichzeitig hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof die Möglichkeit der Abschiebung verschärft. Er hat beschlossen, daß Ausländer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, die

Carstens besichtigt Portugal

Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen / Investitionsschutzabkommen nicht

z.mak. Letzte Woche war Bundespräsident Carstens für vier Tage zu einem offiziellen Staatsbesuch in Portugal, anfangs von Außenminister Genscher begleitet. Im wesentlichen ging es bei diesem Besuch um die Vorbereitung des EG-Beitritts von Portugal, der für 1983 geplant ist. Als einziges *konkretes* Ergebnis, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 18.7., sei bloß ein Abkommen zur Verhinderung von Doppelbesteuerung rausgekommen. Die seit Anfang 1976 laufenden Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen und die Entschädigung 1974 enteigneter westdeutscher Kapitalisten in Portugal konnte nicht abgeschlossen werden.

Portugal ist Mitglied der NATO. Die Azoren, eine Inselgruppe im Atlantischen Ozean, die unter portugiesischer Herrschaft sind, haben für die US-Imperialisten und die EG ebenfalls erhebliche strategische Bedeutung. Nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes 1974 haben die BRD-Imperialisten ihren Teil dazu beigetragen, die Revolution in Portugal zu verhindern. Der portugiesischen Arbeiterklasse ist es nicht gelungen, die politische Macht zu erobern und das Privateigentum an Grund und Boden zu beseitigen und das im Land befindliche ausländische Kapital zu nationalisieren. Diese Niederlage haben die BRD-Imperialisten und insbesondere die SPD/FDP-Regierung genutzt, um Portugal durch Kredite in ihre Abhängigkeit zu bringen. Im Juni 1978 hatte Portugal bereits ca. 850 Mio. DM Kreditschulden bei der BRD. Im November 1979 erhielt Portugal nochmals ein projektgebundenes Darlehen von 140 Mio. DM. Im Februar dieses Jahres wurde erneut ein Kredit über 120 Mio. DM plus 20 Mio. für technisches Zubehör vereinbart.

Die Handelsbilanz der BRD mit Portugal ist für die BRD stets positv, d.h., die Einfuhren von seiten der BRD nach Portugal sind höher als die Importe aus Portugal. 1975 war die BRD mit einem Anteil von 10,2% an den Ausfuhren und von 11,4% an die Einfuhren Portugals der zweitgrößte Handelspartner. Von 1971 bis 1973 konnten die BRD-Imperialisten ihren Zuwachs bei den Direktinvestitionen von 23,7 Mio. auf 81,6 Mio. DM steigern und wurden damit zum größten Kapitalexporteur. Im 1. Halbjahr 1979 beliefen sich die Direktinvestitionen auf insgesamt 456 Mio. DM, das sind 6,1 Mio. mehr als Ende 1978. Erst jüngst bezeichnete der Siemens-Geschäftsführer die Niederlassung in Lissabon wieder als „schmuck" und die „Süddeutsche Zeitung" vom 12./13.7. schrieb: „Es hat sich also gelohnt, nach 1974 durchzuhalten." Immerhin sei Siemens jetzt die „Nummer zwei der Elektroindustrie" in Portugal.

Die portugiesische Arbeiterklasse und die Volksmassen haben sich seit 1974 einige Rechte erkämpft, die sie jetzt verteidigen. Ein Teil der Grundbesitzer und der ausländischen Kapitalisten sind enteignet worden. Das ist ein Grund, warum während Cartens Besuch das Abkommen über den Schutz von westdeutschem Kapital vor Enteignung und die Regelungen über Entschädigung immer noch nicht unter Dach und Fach kam. Das ist günstig.



Versammlung von Landarbeitern und Bauern 1974 in Cujancas

„Energie sparen" – verschärfte Plünderung der Massen

Parlamentskommission Kernenergiepolitik legt Bericht vor

z.jüd. „Seine Aufgabe als Volksvertretung" wahrnehmend hat der Bundestag vor gut einem Jahr die Enquete-Kommission Kernenergiepolitik eingesetzt, um „die in der Öffentlichkeit diskutierten Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der Kernenergie ... auch im Parlament gründlich" zu bearbeiten. Die 7 Abgeordneten (je 3 von CDU/CSU und SPD, 1 von der FDP) und 8 Wissenschaftler haben jetzt ihren Bericht vorgelegt, der in den wesentlichen Aussagen von allen getragen wird: Die Nutzung der Kernenergie muß „gesichert" werden, die aus der Steuerausplünderung finanzierte „Entwicklung neuer Technologien" muß vorangetrieben werden und vor allem muß gespart werden – letzteres ist das Herzstück der Empfehlungen an die Bundesregierung.

Die Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie soll auf 1990 verschoben werden, bis dahin bleibt alles beim alten Energieprogramm – bis auf die Technologieforschung und das Sparen; „Kernkraftwerke (werden) im Rahmen des Bedarfs zugebaut".

Die Spar-Empfehlungen gliedern sich in sieben Abschnitte: Heizung, Verkehr, Strom, Industrie, energietechnische Geräte, Ausbildung und erneuerbare Energiequellen. Jeder Abschnitt enthält Vorschläge gesetzlicher Maßnahmen von der Erteilung von Forschungsaufträgen über Investitionshilfen bis hin zur Einführung einer zusätzlichen Energiesteuer.

Alle Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien propagieren genau diese Absichten. Sie knüpfen an am Wunsch der Massen, nicht verschwenderisch mit den Produkten ihrer Arbeit umzugehen und an dem Zwang, selbst sparsam zu sein. Die *SPD* schreibt: „– Größere Anstrengungen beim Energiesparen ... – Vorrang der heimischen Kohle ... – Entwicklung alternativer Energien ... – Nutzung der Kernenergie." Die *FDP* nennt ganz genau die gleichen Punkte, die *CDU* tritt anders auf: „Weil wir für eine ehrliche Politik gegenüber unserem Volke sind, sagen wir, daß trotz Sparens, ... neuen Energien, ... verstärkten Einsatzes der Kohle, kein Weg an der Kernkraft vorbeiführt ..." Auch die *Grünen* fordern in einem ganzen Katalog von Maßnahmen: „Stop der Energieverschwendung".

Zu der Absicht, mit Energie nunmehr sparsam umzugehen, schreibt die Kommission: Infolge der niedrigen Energiepreise vor der „Ölkrise" 1973 wären Energieeinsparungen „vom Markt nicht durchsetzbar" gewesen. Inzwischen hätte der Markt aufgrund der Verteuerungen aber reagiert. Tatsächlich hat sich das z.B. bei den Baukapitalisten durch „energiesparende Umbaumaßnahmen" schon in steigenden Profiten niedergeschlagen. Strom und Heizung waren für die Massen ja schon vor 1973 teuer. Heute sind sie nicht nur teurer, sondern die Maßnahmen fürs „Sparen" kommen noch hinzu. Der Grund für diesen Verlauf liegt in der grenzenlosen Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die Ursache in der Gier nach Höchstprofiten.

Das „Sparprogramm" verlangt denn auch „eine erhebliche im wesentlichen vom Markt gesteurte Umlenkung des Einsatzes von Arbeit und Kapital ... Die volkswirtschaftlichen Kosten für ein solches Programm wurden auf ca. 450–500 (die CDU schreibt 1000) Mrd. DM in den nächsten Jahrzehnten geschätzt, was ... zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Beschäftigtenzahl zwischen 700000 und 1 Million führen dürfte." Solcherart Programme gegen Arbeitslosigkeit und kapitalistische Krise sind ja hinlänglich bekannt; weder haben sich dann jemals die Reproduktionsbedingungen verbessert, noch hat es tatsächlich eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit gegeben – im Gegenteil, die völlige Entrechtung kam hinzu; bezahlen mußten immer die Massen.

Der Kampf der polnischen Arbeiter setzt dem Ausverkauf des Landes Grenzen

z.krk. In über 30 Betrieben mit Schwerpunkt in der Metallindustrie streikten seit Anfang des Monats Arbeiter in Polen um Lohnerhöhungen. Einige Belegschaften konnten Lohnerhöhungen zwischen 10 und 15% durchsetzen. Die Streikbewegung, an der bisher 100000 Arbeiter beteiligt waren, setzt sich weiter fort: seit Donnerstag waren die Eisenbahner und mehrere Betriebe in Lublin in Ostpolen im Streik. Am Samstag Mittag hat ein staatlicher Sender die Arbeiter davor gewarnt, eine Fortsetzung der Streiks könnte „die Besorgnis der Freunde wecken“. Lublin liegt nicht sehr weit von der sowjetischen Grenze.

Unmittelbarer Anlaß der Kämpfe war die Erhöhung der Fleischpreise. War es bisher schon schwierig, in der staatlichen Fleischerei ein Stück Rind für den Preis von 44 Zloty zu erwischen, Schlangestehen und Lauferei im Preis allemal inbegriffen, so wird es jetzt noch schwieriger werden. Denn: „Ab 1. Juni hat die Fleischindustrie den Anteil des zu Marktpreisen verkauften Fleisches, darunter Rindfleisch ohne Knochen, Räucherschinken, Eisbein und einige Fleischkonserven, erhöht“, wie es der Vorsitzende der Verbrauchergenossenschaft in einem Interview in Radio Warschau elegant ausdrückte. Direkter gesagt: das produzierte Fleisch wird in erheblich geänderten Proportionen zwischen den „normalen“ und den „kommerziellen“ Läden aufgeteilt. 1979 gingen von insgesamt 1,45 Mio. t Fleisch 210 Tsd. an die Kommerzläden. Dort wird Rindfleisch für 100 Zloty verkauft, dafür ist es immer zu haben. Das Angebot der Normalläden wird jetzt gezielt verknappt.

Diese Preiserhöhung geht unmittelbar auf einen Beschluß der Sejm vom 24.6. zurück. Der Jahresplan für die Volkswirtschaft ist modifiziert worden: die Exporte sollen noch weiter gesteigert werden (im ersten Halbjahr 1980 lagen sie schon um 20% höher als im Vorjahr), und noch weiter soll der innere Verbrauch sinken, sowohl die Kapitalakkumulation als auch die Konsumtion. „Als notwendig erweist sich ein höheres Entwicklungstempo in der Produktion von Erzeugnissen zu erzielen, die den Gegenstand daß für andere Zwecke bestimmte Produktion entsprechend beschränkt wird“, erklärte Tadeusz Wrzaszczik, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates.

Die polnische Bevölkerung hat keinen niedrigen Fleischverbrauch mit 73 kg pro Kopf (1979). Es geht der polnischen Bourgeoisie gerade darum, diesen Konsum zu senken. Aber das Sparprogramm betrifft nicht allein die Lebensmittelversorgung. Am 30.6. mußte das ZK der PVAP zu einer Plenartagung über das Gesundheitswesen zusammentreten. Denn: In den Krankenhäusern fehlt es an Betten, „nicht die Gefährdung der Gesundheit, sondern Geld entscheidet über die Wartezeit“(Radio Warschau, 30.6.), in einigen Teilen des Landes und Neubaugebieten fehlen die Krankenhäuser überhaupt. Vor den Ambulatorien stehen Schlangen von Patienten, die behandelt werden wollen. Einige Medikamente, vor allem solche, die importiert werden müssen, fehlen, genauso medizinische Geräte. Gierek auf der ZK-Tagung: „Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten und Mittel (kann) viel verbessert werden durch eine bessere Arbeitsorganisation“. Kein Geld, mehr arbeiten.

4 Millionen Polen warten auf eine Wohnung und werden noch ungefähr 10 Jahre warten müssen. Das staatliche Bauprogramm wird nicht beschleunigt, die Regierung zwingt darüber immer mehr Menschen, selber zu bauen oder an einer Eigenheimaktion teilzunehmen. Ab 1. August werden die staatlichen Mieten in allen Wohnungen erhöht, wo mehr Zimmer als Einwohner vorhanden sind. Der Quadratmeterpreis steigt um 20 bis 30 Zl.

1970, zum beachtlichen Teil unter dem Eindruck des Arbeiteraufstandes von Danzig, faßte die polnische Bourgeoisie einen Plan *ihrer Art* in Richtung mehr nationale Unabhängigkeit: Über Kredite aus dem Westen dehnte sie sprunghaft die Akkumulation wie notgedrungen zunächst auch die Konsumtion aus. In den letzten Zehn Jahren wuchs das Produktivvermögen der Gesellschaft um 75%, die Industrieproduktion um 13%. Die Kredite wollten sie im Planjahrfünft 1976 – 80 über einen stark gesteigerten Export zurückzahlen, der wiederum auf einer erhöhten Ausbeutungsraten der Arbeiter und Bauern beruhen sollte. Die Grundlage für die heute für die Bevölkerung so drückenden Verhältnisse wurden damals schon gelegt, mit den gegenüber der Industie sehr niedrigen Investitionen in der Landwirtschaft, im Wohnungsbau, im Handel.

Es waren nicht die Kämpfe der Arbeiter allein (die Lohnerhöhungen von 50% in den 10 Jahren der Bourgeoisie abrangen), die das ehrgeizige Programm zum Scheitern brachten, obwohl sie ihm eine wichtige Grundlage entzogen. Die sowjetischen Preiserhöhungen für Roh- und Brennstofflieferungen verschlechterten auch für Polen schlagartig die Austauschverhältnisse. Die letzte RGW-Ratstagung wurde von Radio Warschau so resumiert: „Ohnehin zwingt uns der Ölpreis zu Einsparungen. Gegenwärtig verwendet der RGW das System des Schritthaltens der Preise (mit den Weltmarkpreisen) ... Doch bereits dringen die hohen Preise von 35 $ je Barrel, der auf westlichen Märkten gezahlt wird, in diese Zone ein. Deswegen wird der Ölpreis in diesem Lande in den kommenden Jahren weit schneller steigen, als bisher.“

Die Zahlungen an die SU müssen zur gleichen Zeit erhöht werden, wo auch die westlichen Gläubiger kassieren wollen, und wo unter den für die kleineren RGW-Länder ungünstigen Weltmarktverhältnissen die Rückzahlung mit Exporten immer schwieriger wird. Sie wird schwieriger, weil diese Länder über den Kreislauf der Verschuldung an die Sozialimperialisten
Länder über den Kreislauf der Verschuldung an die Sozialimperialisten
und westlichen Imperialisten die Produktivkraft der Arbeit in ihren Ländern nicht in dem für die Konkurrenz erforderlichem Maße steigern können.

Polen hat westliche Schulden von 19 Mrd. $, 1980 müssen davon 8 Mrd. $ zurückgezahlt werden, davon 3 Mrd. DM an die BRD. Erwartet werden Deviseneinnahmen von 10,6 Mrd. $. Neue Kredite hat Polen dieses Jahr von den USA (500 Mio. $), Frankreich (755 Mio. $) und Österreich (550 Mio. $) aufgenommen, es handelt mit BRD-Banken um einen Kredit von 1,5 Mrd. DM. Die Streiks haben an der sklavischen Haltung der polnischen Bourgeoisie den imperialistischen vor allem den sozialimperialistischen Blutsaugern gegenüber nicht viel geändert, sie setzen aber dem Ausverkauf des Landes Grenzen. Keiner der beiden Supermächte ist es gelungen, die polnische Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen. Der bewußte Kampf gegen sie wird die Lage *wesentlich* ändern können.

Gestreikt haben neben den Arbeitern von Ursus, die der Flugzeugwerke von Swidinik und von Mielec (Bild). Die hier hergestellten Maschinen werden an die UdSSR geliefert.



Eine Delegation der PCI unter Leitung des Generalsekretärs Berlinguer besuchte Mitte April die VR China. Beide Seiten waren der Ansicht, daß die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Selbständigkeit und gegenseitigen Achtung nützlich sei.

Gespräche PCI – KPdSU: Gravierende Differenzen in internationalen Fragen

z.chm. Am 8. und 9. Juli hielt sich eine Delegation der Kommunistischen Partei Italien, PCI, zu Gesprächen in Moskau auf. Auf sowjetischer Seite führte die Verhandlungen Andrej Kirilenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär der KPdSU. Mitglied der Verhandlungsdelegation war ebenfalls Ponomarjev, der Vorsitzende der Abteilung für internationale Angelegenheiten des ZK der KPdSU, zuständig für die ideologische Überwachung der „nichtregierenden kommunistischen Parteien Westeuropas.“ Leiter der PCI-Delegation war Gian Carlo Pajetta, Mitglied der Nationalen Leitung der Partei.

„ ‚Nach den heutigen Begegnungen haben sowohl wir als auch die Sowjets klarere Vorstellungen über unsere Positionen als auch unsere Differenzen.‘ Mit diesen Worten hat Genosse Pajetta vor italienischen Journalisten in Moskau die Resultate der Gespräche mit der Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (beschrieben) ... Betreffend den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hat Pajetta insbesondere unterstrichen, daß sie keinen Anlaß hatten, ihren Standpunkt zu korrigieren, und hat sich – direkt an die Journalisten gewandt – ergänzt: ‚Ihr wollt Euch nicht überzeugen lassen, daß unsere Aussagen hier wie in Rom dieselben sind.‘ Zur Frage der
Rom dieselben sind.‘ Zur Frage der
Mittelstreckenraketen hat Pajetta daran erinnert, daß ‚wir italienischen Kommunisten fordern und gefordert haben, zu prüfen, ob sich das Rüstungsgleichgewicht nur auf Grundlage der Entscheidungen der NATO auseinanderentwickelt hat, während die Sowjets – vor allem vor dem Gipfeltreffen mit Helmut Schmidt – forderten, ihnen blindlings zu glauben, wenn sie feststellten, daß es allein der Westen gewesen ist, der das Gleichgewicht zerstört hat ...“ (UNITA, 12.7.80)

Während die Version der TASS vom Schlußkommunique von „Fragen der Beziehungen zwischen Italien und der Sowjetunion“ spricht, die beide Delegationen betrachtet hätten, (PRAWDA, 11.7.80), schreibt die UNITA, daß „die beiden Delegationen die Probleme in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Italien“ geprüft hätten.

Die Differenzen in der Einschätzung der internationalen Lage drückte Pajetta in einem Spiegel-Interview aus als Antwort auf die Frage, warum die PCI nicht an dem Pariser Treffen teilnahm, das die SU von der KPF und der polnischen KP Ende April hatte einberufen lassen:

„Ganz allgemein halten wir es für widersinnig, wenn die Abrüstungsfrage von ungleichen Partnern diskutiert wird ... Auf der Pariser Konferenz hätte sich die KPI mit der Politik der Raketenbesitzer, den Regierungsparteien des Warschauer Paktes identifizieren müssen. Und das ist keineswegs unsere Linie ... Als uns die französischen Kommunisten einluden zur Konferenz, haben wir bereits klargemacht, daß man derzeit nicht über Krieg und Frieden reden kann, ohne die sowjetische Intervention in Afghanistan zu erwähnen ... Wir meinen, der Sozialismus in der Welt wird nicht dadurch gestärkt, daß die Sowjetunion an Quadratkilometern zunimmt ... Es ist gefährlich, den Sozialismus mit dem Warschauer Pakt zu identifizieren ... (Der SPIEGEL, 19/80, S. 142)

In drei Ausgaben ihrer Zeitschrift „Neue Zeit“ wettern die Schreiberlinge der Sozialimperialisten gegen die Auffassungen der PCI. In Nr. 25/80 greifen sie Pajetta und die Führung der PCI direkt an:
PCI direkt an:

„Schwer zu glauben, daß dies ein italienischer Kommunist sagt ... Soll etwa die Sowjetunion auf die Stärkung ihrer Verteidigung verzichten, um gemeinsam mit den nichtregierenden Parteien für Frieden und Entspannung in aller Welt kämpfen zu können ... (ebenda, S. 8). Zur Verurteilung der sowjetischen Aggression heißt es weiter, Pajetta habe sich „ die Pekinger These vom Sozialimperialismus angeeignet, indem er versuchte unserem Land ein frei erfundenes, dem Wesen und der Logik der sowjetischen Außenpolitik widersprechendes ‚Annexionsstreben‘ zu unterstellen. Wohlbekannt ist, daß derartige Absichten dem Sowjetvolk, dem Sowjetstaat völlig fernliegen.“ (ebenda, S. 9)

Pajetta hob hervor, daß sich die PCI ihren Kurs nicht unter auswärtigem Druck festlegen lasse: „Wir identifizieren uns mit niemandem, wir sehen uns die Dinge an, und dann urteilen wir.“ (Der SPIEGEL, 19/80, S. 145)

Belange der BRD berühren und abgeschoben werden können.

z.jüd. **Am 1. September dieses Jahres tritt eine Verordnung zur Erfassung von Störfällen in Chemiebetrieben in Kraft.** Aufgrund von massiven Protesten war die Bundesregierung dazu gezwungen: „In diesem wie auch im vorigen Jahr (war) es in mehreren Fällen beinahe zu Störfallkatastrophen in der BRD gekommen ..., die nur durch hinzugetretene günstige Konstellationen zu relativ geringen Auswirkungen geführt haben.“ Störfälle und die Einrichtung von Sicherheitskontrollen müssen danach behördlich gemeldet werden. Außerdem muß eine Analyse erstellt werden, die Auskunft geben soll über die Sicherheitsvorkehrungen. Tatsächlich kontrollieren können auch in Zukunft nur die Arbeiter solche Vorkehrungen.

z.mam. **Von den 34 im Bundestag beschlossenen Gesetzen, die der Bundesrat am letzten Freitag zu verhandeln hatte, hat er 7 an den Vermittlungsausschuß weitergeleitet und 5 abgelehnt.** Dem neuen Asyl-Gesetz wurde zugestimmt. Abgelehnt wurde das Künstler-Sozialversicherungsgesetz, das Verlage, Kunsthandel und Agenturen zwingen sollte, 5% der Honorare als Künstlersozialabgabe abzuführen und die Künstler der Sozialversicherung angeschlossen hätte. – Das neue Sozialhilfegesetz soll in den Vermittlungsausschuß wegen der sozialen Gerechtigkeit: viele Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und vielen Kindern wären wegen der Besteuerung und Sozialabgaben häufig schlechtergestellt als Sozialhilfeempfänger. Abgelehnt wurde weiter das 19. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Überprüfung lebenslanger Freiheitsstrafen durch die Gerichte vorsah; die Abschaffung des § 88a; die Verbesserung der Staatshaftung für Fehler von Beamten und Einrichtungen des bürgerlichen Staates. Ob SPD und FDP durch ihre Mehrheit im Bundestag diese Gesetzesvorhaben noch vor Ende der Legislaturperiode durchsetzen, steht noch nicht fest, ansonsten sind sie erloschen. – Verabschiedet hat der Bundesrat das Arbeitsrecht-Anpassungsgesetz der EG, mit dem „die Gleichberechtigung von Männern und Frauen stärker verankert werden soll.“ Damit wurde entschieden, daß im Streitfall die Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht nachweisen müssen, daß andere Gründe als das Geschlecht für ihre Entscheidungen maßgeblich waren oder daß das Geschlecht „unverzichtbare Voraussetzung“ für die auszuübende Tätigkeit ist. Das Gesetz gilt auch für Auszubildende, Umschüler und Praktikanten.

z.chm. **Die USA sei der Garant für die Sicherheit in Europa und die Politik der NATO diene der Entspannung,** erklärte Genscher gegenüber der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Der Kern der Politik der BRD gegenüber der 3. Welt sei die Forderung nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für diese Länder. Dabei erwähnte er ausdrücklich Afghanistan, Kampuchea und die „Nahostkrise“. In bezug auf Afghanistan hat die BRD den Scheinabzug der sowjetischen Truppen begrüßt und im Nahen Osten weigert sie sich hartnäckig, die PLO als einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Was die „sofortige politische Lösung für Kampuchea“ betrifft, von der Genscher sprach, so ist nichts darüber bekannt, daß Schmidt die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea für erwähnenswert gehalten hätte gegenüber seinen sozialimperialistischen Gastgebern. Der jugoslawische Außenminister hob hervor, daß nur auf der Basis „bekannter Prinzipien“, wie der Achtung der Souveränität anderer Staaten, und der Gleichberechtigung Übereinstimmung erzielt werden könne.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/73 02 31 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/81 40 45, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hob. **Bedienstete der Bezirksregierungen in Niedersachsen an Programm der Landesregierung gebunden.** „Die Angehörigen der Bezirksregierung sind bei ihrer Tätigkeit an die Gesetze, die *Ziele* der Landesregierung und ihre *Programme* sowie an Verwaltungsvorschriften und Weisungen der obersten Landesbehörden gebunden.“ Das legt §8 der Geschäftsordnung für die Bezirksregierungen Hannover, Lüneburg, Braunschweig und Oldenburg vom 10.4.1979, erlassen vom Niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff fest. In einer jetzt im Landtag Niedersachsen eingebrachten Anfrage der SPD-Fraktion wird der CDU Rechts- und Verfassungsbruch vorgeworfen. Antwort der CDU: „Die Landesregierung meint, die Formulierung lege nur Selbstverständliches fest.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 11.7.80) Auf Grundlage dieser Bestimmung war es für die Bezirksregierung Hannover ein leichtes, fünf ÖTV-Vertrauensleute strafzuversetzen und Vorermittlungen zu Disziplinarverfahren einzuleiten, weil sie sich mit den Aktionen der GEW am 13.11.79 zur Verwirklichung der 40-Stunden-Woche solidarisch erklärt hatten. U.a. forderte die ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz die Landesregierung „mit aller Entschiedenheit“ auf, die disziplinarischen Vorermittlungen einzustellen.

r.bia. **Bei den Olympia-Werken in Roffhausen sollen die Stückzahlen der Schreibmaschinen erhöht werden.** Zu diesem Zweck führt die Geschäftsleitung seit mehreren Wochen verschärfte Kontrollen der Arbeitswertgruppen (AWG) durch. Besonders die Arbeiter an den ES-100-Linien werden kontrolliert. Ein erheblicher Teil der Beleg-

an den ES-100-Linien werden kontrolliert. Ein erheblicher Teil der Beleg-
schaft, der vorher das alte Kugelkopfmodell SG 65 produzierte, ist von der ES-100-Produktion aufgesogen worden und soll nun abgruppiert werden, da die Arbeit an der elektronischen Maschine leichter sei, behauptet die Geschäftsleitung. Dagegen hat der Betriebsrat in den Hallen begonnen, seinerseits die AWGs zu überprüfen, um sich gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung nach Abgruppierung und Stückzahlerhöhung durchzusetzen. So wurden dann für die Einschreiberinnen am ES-100-Band 12 Maschinen pro Arbeiterin am Tag mehr festgelegt. Das lehnten die Arbeiterinnen jedoch ab. Eine Kampfaktion wurde beschlossen. Anfang Juli standen dann plötzlich während der Arbeit alle Einschreiberinnen auf und gingen, ungeachtet der Einschüchterungen des Meisters, ins Betriebsratsbüro, um ihre Forderungen vorzutragen. Sofort wurden Verhandlungen mit der Geschäftsleitung eingeleitet. Die Stückzahlerhöhung wurde zurückgenommen mit dem Hinweis, es habe nie eine Anordnung auf Stückzahlerhöhungen gegeben. Durch die Ausstellung einer Verdienstausfallbescheinigung durch den Betriebsrat für den Verlauf der Kampfaktion wurde die Lohnfortzahlung gesichert. Die anschließende Suche nach der „Aufwieglerin“ blieb erfolglos. Auf der Betriebsversammlung am 14. Juli trat eine der Einschreiberinnen auf und berichtete unter riesigem Beifall der Belegschaft von der erfolgreichen Aktion und deren Ergebnis.

b.ros.Kiel. **89 neue Polizeistellen und bis 1984 jährlich 10 Mio. DM für den Ausbau der Polizei hat die schleswig-holsteinische Landesregierung am 10.7. beschlossen.** Innenminister Barschel, bezogen auf die Bremer Rekrutenvereidigung: Die Politiker müßten der Polizei mehr Rückendeckung geben, damit sie bereits im Vorfeld gewalttätiger Aktionen tätig werden könne. SPD-Landesvorsitzender Jansen reagierte sofort: Vermehrung der kleinen Polizeidienststellen zum Zwecke der Bürgernähe auf dem Lande, und unabdingbar sei, „...daß sich jeder Innenminister für den Bereich Polizei auf einen gelernten Polizeimann im Range eines auch politisch verantwortlichen Staatssekretärs beruft.“ Reagieren müssen die Landespolitiker auf zweierlei: auf die Verschärfung der Klassenkämpfe und auf die Kämpfe der Polizeigewerkschaft gegen Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit und für mehr Planstellen. So verstecken SPD und FDP in den zahlreichen Anträgen und Anfragen ihre Absichten zum Ausbau der Polizei hinter „Stufenplan zur Verbesserung des Schichtdienstes bei der Polizei“ und „Beförderungschancen“. Die SPD stellte auf der letzten Landtagssitzung den Antrag auf Fortschreibung des Berichts der Landesregierung „Zur Lage der Polizei“ unter dem Gesichtspunkt der „aufgabenbezogenen, bedarfsdeckenden und anforderungsgerechten Personalkonzeption.“

b.reh. **„Weil bei vielen Kolleginnen und Kollegen weder die tarifliche Einstufung noch der Lohn bzw. das Gehalt stimmt“,** haben Betriebsrat und IGM-Vertrauensleutekörper bei Fette in Schwarzenbek Anfang Juli alle Kollegen aufgefordert, ihren Lohn zu überprüfen und entsprechende Forderungen an die Vorgesetzten zu stellen. Auf der Betriebsversammlung am 26.6. hatte der Betriebsrat am Beispiel eines neueingestellten Kollegen aufgedeckt, daß über 50 Kollegen bei gleicher Qualifikation aber längerer Betriebszugehörigkeit zwischen 300 und 1000 DM weniger verdienten. Der IGM-Zahlstellenleiter, Nack, hob hervor, daß insbesondere die ungleiche Entlohnung der Frauen und die Lohngruppe II durch Kampagnen der IGM in den nächsten Monaten beseitigt werden sollen. 800 Kollegen unterstützten die Beiträge auf der Versammlung mit stürmischen Beifall.

b.wik. **Für die Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände hat der Diplomvolkswirt Schütt einen neuen Erlaß der Landesregierung gegen Schwarzarbeit im Handwerk gefordert.** Die Bauaufsichtsämter sollten die Finanzämter besser über ihre Beobachtungen informieren. 1979 sind nach Angaben der Unternehmensverbände im vergangenen Jahr für 30 Mrd. DM Schwarzarbeit in der BRD geleistet worden. Der Staat habe dadurch Steuereinnahmen von 9 Mrd. DM verloren. In Schleswig-Holstein nehme der Umfang an Schwarzarbeit im Jahr bei 11000 Beschäftigten 1 Mrd. DM an. Vorausgesetzt, die Zahlen stimmen, dann würde, umgerechnet auf 11000, eine Milliarde einen zusätzlichen Verdienst von 757 DM steuerfrei im Monat bedeuten. Reich wird sicherlich

eine Milliarde einen zusätzlichen Verdienst von 757 DM steuerfrei im Monat bedeuten. Reich wird sicherlich
kein Arbeiter davon. Nach den vorliegenden statistischen Angaben beträgt die Bruttolohndifferenz zwischen Industrie und Handwerk über 250 DM im Maschinenbau. Schwarzarbeit ist immer ein Versuch, einen Ausgleich für niedrigen Lohn zu schaffen.

b.chb. **CDU-Bundestagskandidat Austermann, Bürgermeister von Brunsbüttel, ruft zusammen mit der Jungen Union Dithmarschen und Steinburg zur Spendensammlung für die Ogaden-Flüchtlinge in Somalia auf.** „Die Somalier (hätten) uns bei dem Geiseldrama von Mogadischu auch geholfen..., so daß es uns selbstverständlich sein müßte, jeder zu seinem Teil, einen Beitrag zu leisten.“ Statt 0,7% des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe ohne Bedingungen und Auflagen will die CDU „bilaterale Entwicklungshilfe“. Da kann man besser erpressen.

b.stb. **Heinz Johnsen, Bürgermeister von Schülp bei Rendsburg, lehnt Autorennstrecke Schachtholm ab.** In einem Brief in die Rendsburger Landeszeitung (LZ z6.7.) weist er die Behauptung von Rendsburger Ratsherren zurück, „die Umlandgemeinden hätten geschlafen und der Entwicklung des Geschehens Vorschub geleistet“. Wörtlich schreibt er: „Im November 1975 wurde die Gemeinde Schülp/R. unterrichtet, daß die Ratsversammlung Rendsburg beschlossen hat, dem ADAC eine Fläche auf dem Verkehrsgeländeplatz Schichtholm zwecks Errichtung einer Motorsportstätte und Verkehrsübungsanlage zu verpachten ... Unsere Gemeinde hatte keine Möglichkeit, die Aufstellung eines Bebauungsplans der Gemeinde Hörsten zu verhindern. Wir konnten lediglich Bedenken und Anregungen vorbringen. Und das ist geschehen! Die Gemeinde Schülp/R. ist gegen die Motorsport- und Verkehrsübungsanlage in Schachtholm. Sie würde eine Belastung für unser Dorf, für unsere Landwirtschaft, für die Natur werden.“

b.wir. **CDU-Bundestagskandidat Kelber will öffentliches Gelöbnis in Bergedorf.** Kelber hat den Standortkommandeur Hamburg angeschrieben und den Bergedorfer Bezirksamtsleiter König (SPD) aufgefordert, sich ebenfalls für ein öffentliches Gelöbnis im Billtalstadion oder im Park hinter dem Bergedorfer Rathaus einzusetzen. Notwendig sei das zur „Stärkung des Wehrbewußtseins der Bürger“. Kelber: „Wir dürfen unsere Bundeswehr nicht hinter den Kasernentoren von Wentorf verstecken. Die Vorfälle im Bremer Weserstadion haben uns gezeigt, daß linksradikale Kräfte dabei sind, die Bundeswehr als friedensfeindlich und kriegslüstern darzustellen.“ Mit dem „Wehrbewußtsein der Bürger“ scheint es nicht weit her zu sein. 107 Anlieger der Börsener Straße haben sich in eine Unterschriftenliste gegen die Lärmbelästigung durch die Bundeswehr eingetragen: „Wir empören uns über den zunehmenden nächtlichen Verkehrslärm durch Kettenfahrzeuge, Panzer und schwere Lastwagen.“ Außerdem seien die Kinder auf dem Weg zur Schule gefährdet, Risse bildeten sich in den Häusern und die Gehwege würden von Panzern überfahren und dadurch zerstört. Die Ausstellung „Unsere Luftwaffe“, die im Mai in Geesthacht stattfand, stieß auf den Protest der Jungsozialisten. Luftwaffenplakate wurden mit Sprüchen verziert wie „Luftwaffe raus! Ab in die Elbe!“ Kelber selber fand Donnerstag vor seinem Haus ein Transparent: *BeRgeDorf* raus aus der NATO!

b.wal. **Ergebnis der Studentenparlamentswahlen an der Universität Hamburg.** Ergebnisse des WS 79/80 in Klammern; Wahlbeteiligung 24,4%. – Ergebnisse der Direktkandidatur an den Fachbereichen: JUSOS 2166 Stimmen (1935); SHB 1807 (1332); MSB 1562 (1290); RCDS 881 (900); SLH 321 (-); LHV 588 (774); KHG/Institutsgruppe Mathematik-Physik 393 (251). Ergebnis der universitätsweiten Gesamtlisten: JUSOS 1608 (1641); DIE GRÜNEN 1227 (-); MSB 1142 (1063); SHB 983 (900); RCDS 999 (950); SLH 237 (-); LHV 615 (878); KB/Nord-Studenten 259 (970); KHG/IG 78 (102). – Reformismus, Opportunismus und Revisionismus herrschen nach wie vor; ein Grund, warum die Rechten stärker wurden (RCDS, SLH). Die KB/Nord-Studenten waren nicht in der Lage, an den Fachbereichen zu kandidieren. Diesem Umstand und vor allem der Unterstützung wichtiger Kämpfe ist das Ergebnis von KHG/IG an den Fachbereichen geschuldet. Der parteimäßige Einfluß der Revolutionäre ging zurück (siehe Gesamtlistenergebnis).

b.chb. **Die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH hat der Gemeinde Bokelrehm zusagen müssen, die Entschädigung für 14 Brunnenbohrungen zu zahlen.** In der Gemeinde war der Grundwasserspiegel um 4 bis 6 m gesunken, nachdem die Hälfte der geplanten Wassermenge für das Wasserwerk Wacken aus dem Grundwasser entnommen worden war. Das Wasser wird für die Chemieindustrie in Brunsbüttel gefördert. Die Bewohner der Gemeinde mußten 14 Brunnenbohrungen durchführen und forderten deshalb eine Entschädigung von über 50000 DM. Da die Entwicklungsgesellschaft weiter Wasser in den Nachbardörfern entnehmen will, hat sie für die Gemeinde einen Köder ausgelegt. Sie bietet Wasser für 0,20 DM je cbm an (im Wasserbeschaffungsverband Mittleres Störgebiet zahlt man z.B. 0,90 DM je cbm).

b.wal. **Der Hamburger Senat will die durch die Heizölkostenerhöhung anfallenden Mehraufwendungen für Studentenwohnheime nicht zahlen.** Ohne weitere Mieterhöhungen keine Zuschüsse, teilte er mit. Schon jetzt beträgt die Miete mit 160 DM 25% vom BAFöG-Höchstsatz, den jedoch die wenigsten beziehen. Mieterhöhungen durchzusetzen, trauen sich die Studentenwerksvertreter nicht zu. Sie wollen „Serviceleistungen“ streichen wie Bereitstellung und Waschen der Bettwäsche, Fensterreinigung und „unbegrenzt“ warmes Wasser; das als Anfang. 94600 DM soll das bringen.

b.chc. **Im Krankenhaus Rendsburg werden nur die Hauptgruppen A, B und 0, sowie der Rh-Faktor bestimmt, die Bestimmung der Untergruppen unterbleibt.** Diese zeigen weitere Unverträglichkeiten an. Der Patient kann Antikörper bilden, die dann bei einer erneuten Transfusion zu Komplikationen führen können. Ein Antikörpersuchtest, der vor einer Transfusion dieses untersuchen würde, unterbleibt

Die unterschiedliche Geschäftslage erschwert den Kampf um innerbetriebliche Lohnerhöhungen

r.roh. Auf den Betriebsversammlungen im 2. Quartal haben die Betriebsräte in etlichen Betrieben der Metallindustrie Niedersachsens mit den Kapitalisten Verhandlungen um innerbetriebliche Lohnerhöhungen angekündigt bzw. um innerbetriebliche Absicherung der Löhne. Verschiedene Forderungsarten in Punkto Lohn zeichnen sich ab: Bei MAN in Braunschweig fordern Betriebsrat und Vertrauensleutekörper der IGM die Zahlung eines *13. Monatslohnes bzw. -gehaltes* (ähnliche Forderungen auch bei T&N in Braunschweig und P&S in Salzgitter); bei Zeiss in Göttingen fordert der Betriebsrat *keine Eingruppierung in Lohngruppe I;* bei Fuba *Anhebung der unteren Lohngruppen;* in den VW-Werken eine *einmalige Sonderzahlung für das Geschäftsjahr 1979.* In der nebenstehenden Übersicht sind Angaben der Kapitalisten, die sie zumeist auf den Betriebsversammlungen gemacht haben, von wichtigen Betrieben der niedersächsischen Metallindustrie zusammengestellt. Aus ihnen geht ziemlich eindeutig hervor, daß eine allgemeine Anhebung der Löhne und Gehälter über innerbetriebliche Lohnerhöhungen nicht zu erreichen ist. Die Forderung des MAN-Betriebsrats hieße, auf den Monat umgelegt, bei Ecklohn entsprechend der Staffelung der Zahlungen nach Betriebszugehörigkeit, Lohnerhöhungen von rund 103 DM (bei bisher 20% eines Monatslohnes) bis rund 64 DM (bei bisher 50%). Der Nachteil dieser Forderung ist, je niedriger die Lohn- bzw. Gehaltsgruppe, desto niedriger auch die Lohnerhöhung. Dies wird Probleme bei der Durchsetzung der Forderung insbesondere auf betrieblicher Ebene und Probleme für die Einheit der Belegschaft mit sich bringen. Ein weiterer Nachteil ist, daß jährliche Lohnauszahlungen die bestehende Lohngruppenstruktur nicht antasten. Ein Vorteil dieser Forderung ist, daß sie außertarifliche Bestandteile des 13. Monatslohns zumindest betrieblich sichern würde. Durch die Forderung nach Vorweganhebung der tariflichen Löhne und Gehälter um einen Betrag zwischen den 64 und 103 DM könnten die Nachteile, die obige Forderung hat, wettgemacht werden und gleichzeitig dem Interesse der Belegschaften und der Betriebsräte an Sicherung der unteren Lohngruppen Rechnung getragen werden.

Eines liegt auf der Hand: Würden jetzt zwischen der IGM und dem niedersächsischen Kapitalistenverband Verhandlungen stattfinden, könnten die Widersprüche zwischen den Kapitalisten aufgrund der unterschiedlichen Geschäftslage zum Tanzen gebracht werden.

Angaben der Kapitalisten zur Geschäftslage in der Metallindustrie Niedersachsens.

Göttingen, 3.6.80. Der Zeiss-Schott-Konzern hat seinen Umsatz im 1. Halbjahr 1980 um 7% erhöht. Allein im Monat Juli sollen in Göttingen 5400 Überstunden gefahren werden.

Peine, 12.6.80. Zur Ausweitung ihrer Geschäftsbeziehungen hat die Peiner AG einen Rahmenvertrag zur Durchführung gemeinsamer Projekte im In- und Ausland abgeschlossen.

Braunschweig, 26.6.80. Nach Angaben der Siemens-Betriebsführung sei die Lage auf dem Binnenmarkt für Eisenbahnsignaltechnik durch Stagnation und Verschärfung der Konkurrenz gekennzeichnet.

Hameln, 5.7.80. Der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken Dürr bezeichnete die Auftragslage im Werk Hameln als gut. Insgesamt würden im Konzern weniger als 13000 entlassen.

Hildesheim, 7.7.80. Rund 1200 Arbeiter und Angestellte wollen die Bosch-Blaupunkt-Kapitalisten im Bereich der Blaupunkt-Werke 1980 entlassen.

Hildesheim, 8.7.80. Einen „Jahresüberschuß von 151 Millionen DM“ vermelden die Bosch-Blaupunkt-Kapitalisten für die Bosch-Gruppe.

Hannover, 9.7.80. Die Hanomag-Betriebsführung stellt einen Auftragsrückgang in der gesamten Baumaschinenbranche fest.

Wolfsburg, 10.7.80. Die VW-Betriebsführung erwartet einen deutlichen Auftragsrückgang, sieht aber keinen Grund wie bei Audi/NSU, Kurzarbeit anzumelden.

Am Wurst- und Fleischstand der Meierei C. Bolle





r.gul. Am Beispiel einer der größten Lebensmittelfilialbetrieben in Westberlin, der Firma Meierei C. Bolle (93 Filialen), wollen wir, speziell in einer der größten Filialen und da im Wurstbereich die Arbeitsbedingungen darstellen. Am elf Meter langen Tresen sind normalerweise acht Kollegen fest eingestellt. Diese sind unterteilt in Wurst- und Frischfleischbeschäftigte. Drei Vollzeitbeschäftigte (40 Std.) und ein Lehrling haben eine von Woche zu Woche ständig wechselnde Arbeitszeit. Diese kapazitätsorientierte Arbeitszeit sieht dann z.B. so aus: Mo., Di., Mi. von 7.30 bis 14.30 Uhr, Do. von 12 bis 18 Uhr, Fr. von 7 bis 18.30 Uhr, Sa. von 7.30 bis 14 Uhr. Am zwei Meter langen Frischfleisch- und sechs Meter langen Abpacktresen sind beschäftigt: Zwei Fleischmamsellen mit ständig wechselnder Arbeitszeit, eine Teilzeit-Abpackkraft, die jeden Tag von 7 bis 13 Uhr Fleisch einpackt und ein Fleischermeister mit fester Schicht von Mo., Di., Mi., Do. 7 bis 13 Uhr, Fr. von 7 bis 18.30 Uhr und Sa. von 7 bis 14.30 Uhr.

So sieht ein Tagesablauf am Wurst- und Fleischstand aus: Am Freitag, den 18.7., ist, bedingt durch die Urlaubszeit und die von vorneherein knapp kalkulierte Personalbemessung (Freie Tage, Lehrling schwanger) für die übrigen Beschäftigten die Arbeitssituation chaotisch. Um 6.30 statt 7 Uhr wie sonst muß sämtliche aufgeschnittene Wurst aus dem Kühlraum geschleppt und dann in den Tresen eingebaut werden. Dabei führt die ständige Kaltluft (Kühlraum, Tresen, kalte Luft von vorne) gerade im Sommer zu häufigen Erkältungen. Rheuma und Nierenschäden, die ebenfalls häufig auftreten, sind immer noch nicht als Berufskrankheiten anerkannt.

Für die Tresen müssen sämtliche Braten vorgeschnitten werden, das sind mindestens zwei Stunden intensives Schneiden an einer Aufschnittmaschine. Dabei bedient die andere Kollegin hintereinander weg. Zwischen Verkaufen und Aufschneiden von Wurst muß Käse aufgeschnitten, Waren vom Lieferanten im Empfang genommen und geprüft werden. Weiterhin muß Frischware aus dem Tiefkühlhaus (minus 30 Grad) geholt werden. Für diese anstrengende Arbeit ist der Lohn verglichen mit anderen Gewerken zu niedrig. Auch auf die Stellenangebote der Kapitalisten melden sich immer weniger, die unter diesen Bedingungen arbeiten wollen. Die Betriebsgruppe Bolle plant eine Erhebung unter den Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen.



Warnstreik bei der Meierei Bolle.

Keine Nachtarbeit für Auszubildende!

r.elh. Das fordert die ÖTV mit einem neuen MTV-A. In ihrem Entwurf vom Mai 79 heißt es dazu in § 7: „Auszubildende dürfen nicht ... in Schicht- und Nachtarbeit ausgebildet werden. Die Ausbildung darf nur während der Zeit von 7 bis 20 Uhr durchgeführt werden.“ Grundsätzlich gilt der MTV-A für Auszubildende im öffentlichen Dienst. Für Krankenpflegeschüler z.B. gilt er nicht. Dagegen stellt die ÖTV schon seit Jahren als Schwerpunktforderung auf: „Der MTV-A muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten.“ Gerade Kranken- und Kinderkrankenpflegeschüler, Krankenpflegehilfe- und Altenpflegeschüler sind es, die zu Nachtarbeit herangezogen werden. Darum setzte die ÖTV 1977 einen Schwerpunkt auf die Forderung: „...keine Nachtarbeit für Auszubildende in den Krankenanstalten“ mit der Begründung: „Das dient nicht dem Ausbildungsziel.“

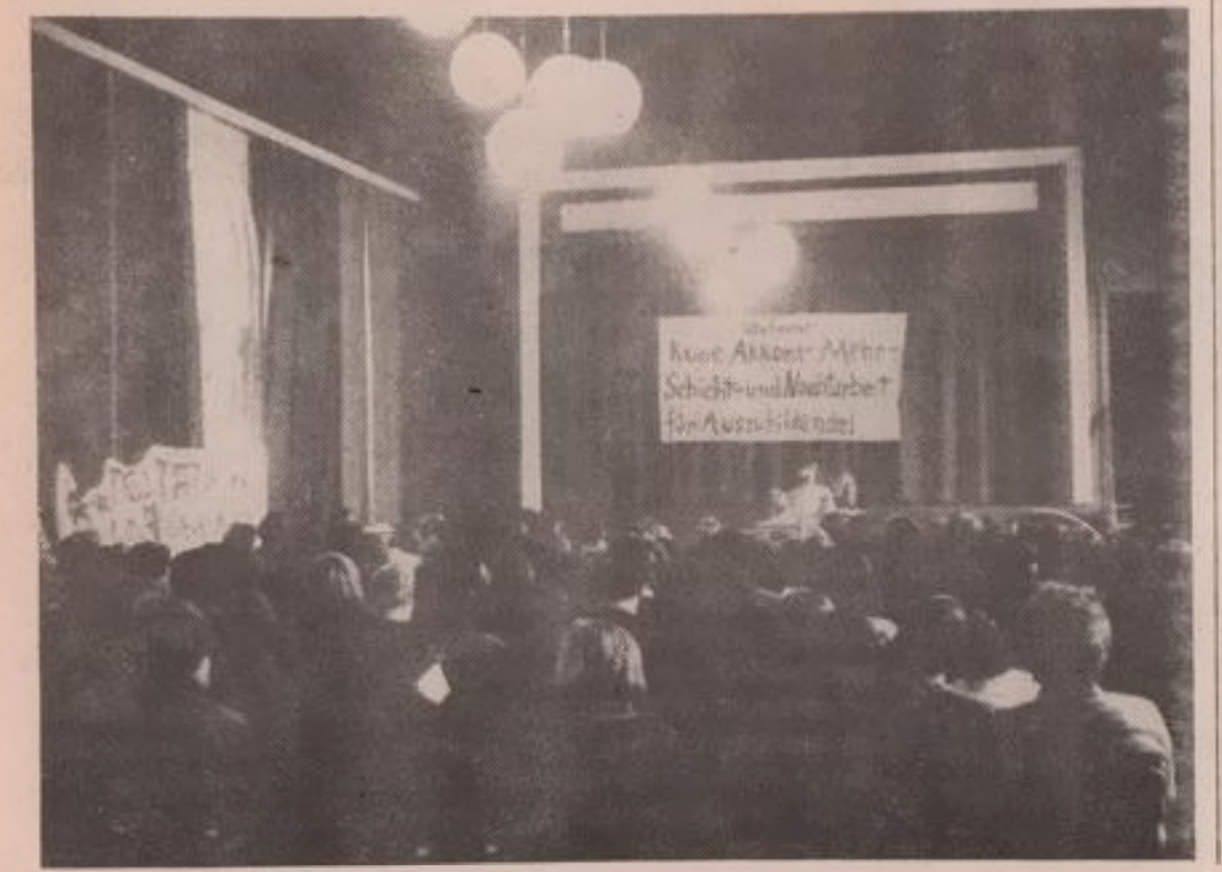
Krankenpflegeschüler, die Nachtarbeit leisten mußten, berichten, außer leise zu gehen haben sie nachts nichts gelernt, was nicht auch am Tage zu erlernen wäre. Alle spürten eine besonders starke körperliche Erschöpfung, die durch vermehrten Schlaf auf Kosten von Freizeit wieder wettgemacht werden mußte. „Nachtschicht macht kaputt“ – „Schichtdienst ist gesundheitsschädlich, Nachtschicht insbesondere“, so faßt die ÖTV Erfahrungen von Personal, das Nachtarbeit leisten muß, zusammen. Es ist von Arbeitsmedizinern nachgewiesen, für ein und dieselbe Tätigkeit muß der Mensch nachts wesentlich mehr Energie mobilisieren als am Tage. Zu dieser übermäßigen Kräftemobilisierung kommt noch die mangelhafte Erholung durch Tagesschlaf hinzu. Das zehrt doppelt an den Kräften und führt zu schnellerem Verschleiß der Gesundheit. Den jugendlichen Organismus schädigt es fürs Leben.

Zum Arbeitsschutzrecht für die arbeitende Jugend stellte die Verwaltungsstelle Hamburg der IG Metall einen Antrag an die 12. Jugendkonferenz der IGM im April '80. Darin heißt es: „Um den Unternehmerverbänden Schranken zu setzen, ist die gesetzliche Verankerung der Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen“, z.B. „Vollständiges Verbot der Nachtarbeit ...ohne Ausnahme ... die Konferenz fordert die Tarifkommission der IGM auf, als ersten Schritt dahin, Forderungen in Manteltarifverträgen zu verankern ... der Bundesjugendausschuß wird beauftragt, in der Öffentlichkeit massiv für diese Forderung(en) einzutreten.“

Kapitalisten wie Dienstherren des öffentlichen Dienstes begegnen der Forderung nach Verbot der Nachtarbeit für Auszubildende mit Ausreden wie „beruflich bedingten Besonderheiten.“ Dazu entlarvte die ÖTV im Dez. '78, dahinter „verbirgt sich das Arbeitgeberinteresse an möglichst geringem finanziellen Aufwand für die Berufsausbildung.“ In Hamburg hat die Gesundheitsbehörde eine Unterrichtsschwester, die für das Verbot von Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler eingetreten ist, vom Unterricht suspendiert. Dagegen mußte vom Arbeitsgericht entschieden werden, daß eine Unterrichtsschwester das Recht hat, für diese Forderung einzutreten. Die Gesundheitsbehörde wurde dazu verurteilt, die Unterrichtsschwester als solche weiterzubeschäftigen. Auch die Berufung gegen dieses Urteil wird die Gesundheitsbehörde in Puncto Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler nicht voranbringen. Unter 40 bis 50 Menschen, die zur ersten Berufungsverhandlung am 9.7.80 erschienen, waren Gewerkschaftskollegen aus der Jugendarbeit bzw. dem Gesundheitswesen zahlreich vertreten.

Stets versucht der Dienstherr, in Verhandlungen über einen neuen MTV-A gegen die Schwerpunktforderung „Der MTV-A muß auch für die Auszubildenden in Krankenpflege gelten“ das noch ausstehende Krankenpflege- und Hebammengesetz auszuspielen. Mit diesem Gesetz ist eine Festlegung von 10 Nachtdiensten für z.B. Krankenpflegeschüler zur Erreichung des Ausbildungsziels geplant.

Am 29.8. werden die bisher ergebnislosen Verhandlungen über den neuen MTV-A wieder aufgenommen. Die ÖTV-Jugend bereitet sich auf Aktionen vor.



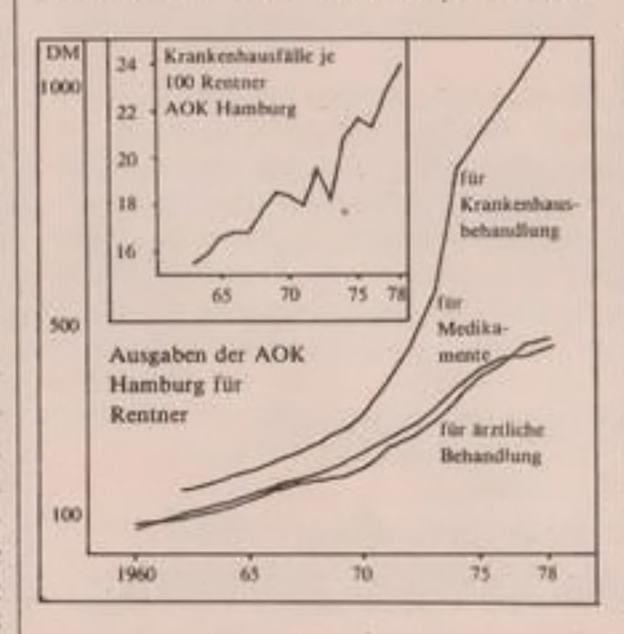
Keine Streichung von Arztbesuchen bei Rentnern!

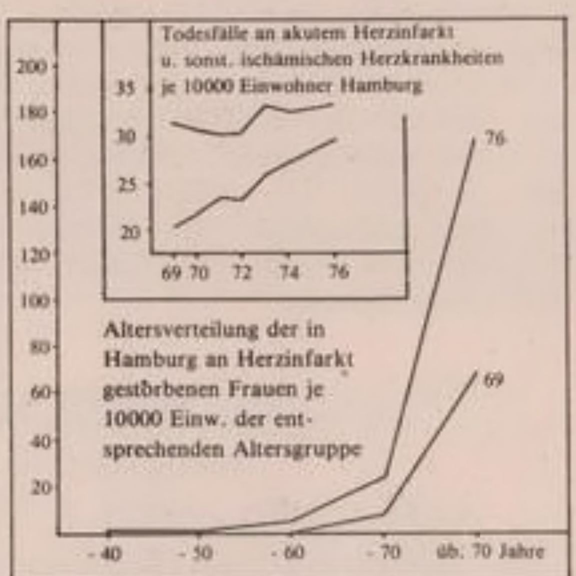
Sofortige Rücknahme aller Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen

b.sul. Einem niedergelassenen Arzt wurden bei der Abrechnung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Arztbesuche gestrichen. 27,15 DM kostet ein Hausbesuch einschließlich Weg, für eine Behandlung in der Praxis erhält der Arzt 7,80 DM. Die Zahl der Hausbesuche ist insgesamt gesunken von 0,3 pro Behandlungsfall 1960 auf 0,28 im Jahr 1979. In der gleichen Zeit hat sich aber der Gesundheitszustand der Arbeiter (siehe KVZ 28) und besonders der Rentner rapide verschlechtert, so daß der Bedarf an Arztbesuchen erheblich zugenommen haben muß. Stattdessen redet die Kassenärztliche Vereinigung davon, daß die einsamen Rentner „nur seelischen Zuspruchs bedürfen“, der von Sozialarbeitern von Sozialstationen aus erledigt werden kann, „der anspruchsvolle Patient, der Hausbesuche vermißt, obwohl sie nicht notwendig sind, ...dann die Solidargemeinschaft belastet, d.h. er treibt den Beitragssatz der Kassen unnötig hoch“, und überhaupt sei der „wissenschaftliche Wert“ der Hausbesuche ganz gering, weshalb z.B. in den USA gar keine Hausbesuche gemacht würden. (Umschau am Abend, 14.7.) Zum Schutz der Gemeinschaft vor den ärztlichen Geschäftemachern und den anspruchsvollen Rentnern tritt der staatliche Kontrolleur auf. Nach dem Gesetz (Reichsversicherungsordnung, RVO § z82,2) muß die Krankenpflege ausreichend und zweckmäßig sein, sie darf jedoch das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Unter Aufsicht des Sozialsenator Ehlers stellt die Kassenärztliche Vereinigung über die Kontrolle der Abrechnung der Ärzte und Berechnung des Durchschnitts das sog. notwendige Maß fest. Per Regreß, d.h. Nichtbezahlung erbrachter Leistung bzw. Geldforderung für angeblich zuviel verschriebene Medikamente, werden Ärzte unterdrückt, die ihre Patienten unterstützen und sich weigern, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entscheiden, sondern gute ärztliche Versorgung gewährleisten wollen.

Die Kontrolle der Ärzte ist ein zentrales Kettenglied für die weitere Durchsetzung der Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen.

Die Einschränkung der Hausbesuche wird sicher angestrebt. Andererseits wird angestrebt, die Krankenhauseinweisungen der Rentner, die ständig steigen, (siehe Schaubild) zu senken, nachdem die Verweildauer je Krankenhausfall schon erheblich gedrückt ist. Das wiederum erfordert, daß die Ärzte ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu Hausbesuchen nachkommen. Wenn Ärzte sich gegen die staatlichen Eingriffe wehren wollen, dann müssen sie die Forderung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und Bezahlung aller Beiträge durch die Kapitalisten unterstützen.





Daß die rapide Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Rentner der Intensität der Arbeit geschuldet ist, sieht man daran, daß die Verschlechterung der Gesundheit der Frauen mit deren Einzug in die Fabrik und Büros sich rasch entwickelt.

Ausländische Jugendliche – Reservearmee für die Produktion der achtziger Jahre

b.sch. Ende Sept. 79 lebten in Schleswig-Holstein 78300 Ausländer 3% der gesamten Bevölkerung. Die größte Gruppe umfaßt die Türken (31378), gefolgt von den Jugoslawen (5608), Dänen (4402) und Italienern (3610).

62% der Ausländer leben länger als 6 Jahre hier, ca 20% bereits über 10 Jahre. 40%, davon ein Drittel Frauen, hauptsächlich in der Altersgruppe 25 - 45, sind erwerbstätig. Anfang 1980 waren 36% der Ausländer im Alter bis zu 21 Jahren. Nur 25% der Kinder sind im entsprechenden Alter im Kindergarten (50% der deutschen Kinder); die Schulbesuchsquote beträgt in Schleswig-Holstein 81,4% (im Bundesdurchschnitt 75%). Fast 50% der ausländischen Kinder verließen zum Schuljahresende 78/79 die Schule ohne einen Hauptschulabschluß. Die Situation im Bereich der beruflichen Bildung stellt sich noch drastischer dar: von über 76000 Ausbildungsverhältnissen aller Jahrgänge waren 200 Ausländer betroffen, d.h. von 15-18 jährigen Ausländern hatten nur knapp 6% einen Lehrvertrag. Besonders schlecht ist die Lage der nach oder kurz vor Ende der Schulpflicht von ihren Familien nach Westdeutschland nachgeholten Jugendlichen. Sie sind in der Regel arbeitslos. Der Anteil der arbeitslosen Ausländer liegt bei 5,7%. Diese Zahlen lassen sich einem „Bericht über die Situation der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein“ entnehmen, der jetzt von der Landesregierung fertiggestellt wurde.

Woher kommt dieses plötzliche Interesse der Landesregierung an den Kindern der Ausländer? Seit über 10 Jahren werden die Arbeiter ausländischer Herkunft von den westdeutschen Kapitalisten ausgebeutet. Für die Ausbildung ihres Nachwuchses jedoch wurde kein Interesse gezeigt. Die Zielvorstellung der Landesregierung ist es jetzt angeblich, möglichst vielen ausländischen Jugendlichen eine „fundierte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf“ zu vermitteln. Dies „dient der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und ist Voraussetzung für befriedigende soziale Verhältnisse.“ Bedeutsam dabei für die Landesregierung ist, „daß schon in einigen Jahren die Zahl der erwerbsfähigen deutschen Jugendlichen abnehmen und dadurch der Ausländeranteil an den in das Erwerbsleben eintretenden Jahrgängen zunehmen wird.“

Die Landesregierung entdeckt also nicht ihr „Herz“ für ausländische Jugendliche, sondern drängt auf die Bereitstellung von ausreichender jugendlicher Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt der 80er Jahre. Dabei ist nicht gute Ausbildung das Ziel, sondern die Schaffung eines jugendlichen Arbeiterheeres für die kapitalistische Produktion, wobei den Kapitalisten die Kosten für diese Ausbildung abgenommen werden sollen. Die jetzt vorgelegte Studie stellt die Grundlage für die später zu ergreifenden Maßnahmen dar. Als solche sind geplant z.B. eine Erhöhung des Anteils der Ausländer an der Belegung berufsvorbereitender Maßnahmen u.a. im Jugendaufbauwerk, sowie weitere „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer“ im Rahmen eines Bund-Länder-Programms. Hier werden in einjährigen Kursen Sprachkenntnisse mit *werkpraktischer* Arbeit verbunden. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt zu 75% die Bundesanstalt für Arbeit und zu je 12,5% Bund und Land. Nach diesem Jahr besitzen sie genügend Sprachkenntnisse und *werkpraktische* Geschicklichkeit, um ohne Schwierigkeit als billige Arbeitskräfte in die Produktion eingeschleust zu werden.

Auf allen Ebenen wird den Ausländerfamilien *Hilfe* angeboten: Elternarbeit, *-beratung*, Berufsberatung, Ausländer-Sozialdienst, Informationsdienst usw.. Ziel ist die umfassende Einbeziehung der Jugendlichen und die Überwindung des Widerstandes ihrer Familien gegen die Vernutzung jugendlicher Arbeitskraft durch Versprechungen oder die Drohung mit nacktem Elend.

---

b.güt. **Hamburg, 11.7.80. HAW: Mit der diesjährigen Tariferhöhung wurde Kollegen die übertarifliche Zulage angerechnet wegen angeblich „schlechter Leistung“.** Weiterhin wird die übertarifliche Zulage bei Alterstarifgehaltssprüngen bei Angestellten und bei Höhergruppierungen angerechnet. Der Betriebsrat will sich jetzt verstärkt um eine Absicherung der übertariflichen Lohnbestandteile kümmern. Ebenso wird angestrebt, daß die übertariflichen Zulagen mit den Tarifabschlüssen steigen.

b.mst. **Der Hamburger Giftmülluntersuchungsausschuß hatte Funktionsmängel im Behördenapparat entdeckt.** Jetzt wurde eine Expertenkommission zusammengestellt: Unternehmensberater, Unilever-Vorsitzender und ähnliche Bourgeoisvertreter sollen den Unterdrückungsapparat auf Schwachstellen abklopfen. Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt: Stärkere Trennung von Regierung und Vollzug sowie Verbesserung der Information und Koordination. Die Gesetzes- und Verordnungsflut soll eingegrenzt werden. Der entstehende Mangel wird dann gleich mit Erhöhung der Mobilität und Bereitschaft zu selbstverantwortlichem Handeln der politisch gekebelten Beamten ausgeglichen. Zu erwarten ist, daß dieses „Handeln“ nicht einmal mehr mit allgemeinen Gesetzen gerechtfertigt werden muß, sondern ganz unverblümt vom Staatsapparat beauftragt und gedeckt ist.

r.dos. **86,7% der Beschäftigten bei „IHR PLATZ“ GmbH lehnen einen Verkauf bis 21 Uhr und damit eine Änderung der geltenden Ladenschlußzeiten strikt ab.** Das Unternehmen hat in seinen 489 Filialen eine Fragebogenaktion durchgeführt mit dem Ergebnis, daß sich von 2938 Beschäftigten 2575 gegen den Verkauf an zwei Abenden in der Woche ausgesprochen haben mit Kommentaren, daß sie eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht hinnehmen würden. „Überraschend“ war für die Kapitalisten die Tatsache, daß auch die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten Arbeitszeiten nach 18.30 Uhr ablehnt, auch die Aushilfsverkäuferinnen, die ohne Arbeitszeitfestlegung nur bei Bedarf beschäftigt werden. Damit wird dem Argument, durch zwei verkaufsoffene Abende pro Woche würden 150000 Teilzeitarbeitsplätze geschaffen, hinfällig, da, wie „IHR PLATZ“ feststellen muß „ die erforderlichen Mitarbeiter... kaum zur Verfügung stehen werden“.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens
Harburg, 27.7. – 1.8.80, 20 Uhr, „Löschteich“, Schwarzenbergstr. 70

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums
Kiel-West, 21.7. – 25.7.80, 20 Uhr, Gaststätte „Holsten“, Waitzstraße 91

Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion
Eutin, 21.7. – 25.7.80, 20 Uhr, Gasthaus „Am See“, Elisabethstraße

Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach. In den Kriegen gegen die napoleonische Besatzung wird sie ideologisch und politisch erneut in Ketten gelegt
Itzehoe, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, „Zur Kajüte“, Liethberg
Hamburg-Wandsbek, 21.7. – 25.7.80, 20 Uhr, Gaststätte „Bei Herschel“, Hammber Landstr. 244

Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“
Hamburg-Mitte/West, 21.7. – 25.7.80, 19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien
Heide, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, bei S. Lück, Hamburger Str. 27

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
Hamburg-Eimsbüttel, 21.7. – 25.7.80, 19.30 Uhr, „Eimsbüttler Krug“, Osterstraße 5
Flensburg, 28.7. – 1.8.80, 20 Uhr, Gaststätte „Moravia“,

Effektivlohnverteilung und Steuerabzug – Rechenkurs
Husum, 21.7. – 25.7.80, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica
Flensburg, 21.7.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Prozeß wegen Verstoß gegen das Sammlungsgesetz – Kampuchea Sammlung
Neumünster, 28.7.80, Amtsgericht, Boostedter Str. 26, Zi. 18

Zeichenkurs
Hamburg, 1.8.80, 18 Uhr, Universität, Phil-Turm, Raum 963, Thema: Zeichenübung Porträt

Schwimmkurs
Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Sportkurs der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Probe des Musikzugs
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, „Bei Anne“, Bismarckstr. 2

DGB fordert BAT-Verträge für stundenweise beschäftigte Lehrer

b.trg. Seit mehr als 3 Jahren kämpfen vor allem die Dozenten der Volkshochschule um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Es ist ihnen inzwischen gelungen, zumindest die Forderung nach monatlicher Bezahlung durchzusetzen. Bisher wurden die Zahlungen 6 Monate nach Aufnahme der Arbeit geleistet.

Ca. 2000 Lehrer arbeiten in Hamburg stundenweise (4-8 Stunden) an Jugendmusikschulen, Volkshochschule, Verwaltungsschule, Finanzschule, Krankenpflegeschule, Elternschule etc. Die Stundenvergütung liegt zwischen 7,50 DM, z.B. für Musikbegleitung bei Gymnastik- und Volkstanzkursen, und 35 DM für Vorlesungen am Institut für Lehrerfortbildung. Die Vergütungen wurden seit 1970 nicht mehr angehoben. Die Verträge sind Fristverträge. Die Lehrer erhalten kein 13. Monatsgehalt, ein geringes Urlaubsgeld, keine Mutterschutzleistungen. Das Arbeitsverhältnis endet, ohne daß es einer Kündigung bedarf.

Der DGB hat mit den Gewerkschaften ÖTV, GEW und GdP Forderungen für die Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse und die Bezahlung der stundenweise beschäftigten Lehrer entwickelt. Diese Forderungen dienen als Verhandlungsgrundlage mit dem Senatsamt: 1. Die Beschäftigungsverhältnisse müssen unbefristet sein. 2. Die Vergütungen sind monatlich zu zahlen. 3. Es sind anteilig die Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld) und Urlaubsgeld zu gewähren. 4. Es gilt der Urlaubsanspruch nach BAT. 5. Es gelten die gleichen Kündigungsfristen, wie sie im BAT vorgesehen sind. 6. Wenn Kurse ohne Verschulden des Dozenten ausfallen, müssen Ausfallgebühren gezahlt werden. Die Anhebung der Stundenvergütung muß den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden.

Dabei sind die Gehälter des öffentlichen Dienstes zugrunde zu legen, damit die jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen auch die stundenweise beschäftigten Lehrer bekommen. Langfristig fordern der DGB und die Personalräte, daß die Lehrer, die die Kurse neben ihrer Tätigkeit als hauptamtliche Lehrer machen, diese ins Hauptamt angerechnet bekommen, um arbeitslose Lehrer einstellen zu können.

AOK: propagiert 5 Mahlzeiten als gesund – Betriebsverpflegung bei Karstadt Schleswig

b.brg. In einem Kalender der AOK heißt es, daß 5 Mahlzeiten am Tag das Beste für die Gesundheit seien. Und zwar morgens zum 1. und 2. Frühstück gut und reichlich, mittags ebenfalls ordentlich und nachmittags und abends kleine Mahlzeiten.

,,Wer früh Mittag hat, (hier 12 h), hat eben keine Frühstückspause'' (Zitat des Abt.-Leiters, Deko Karstadt Schleswig). Das ist die offizielle Rege-
tat des Abt.-Leiters, Deko Karstadt Schleswig). Das ist die offizielle Rege-
lung in Kaufhäusern, entweder Frühstück oder Kaffee. Insgesamt gibt es in Schleswig 70 Min. Pause (45 + 25 Min.). Am kurzen Samstag gibt es gar keine Pause. Also von 8.30 bis 13.05 Uhr = 4 1/2 Std. + Fahrtwege ohne Essen. Fahrzeiten von 3/4 oder 1 Stunde sind nicht selten. Also 7.45 bis 13.50 Uhr z.B. = 6 Stunden ohne anständige Mahlzeit (unter der Hand wird oft was gegessen). Dann zu Hause noch kochen. Extrem ist es, wenn Mittagspausen bereits ab 10.30 beginnen.

Ein Beispiel aus Hamburg: Mutter mit Kleinkind, wohnt außerhalb, Kassiererin; 55 Min. Mittag, Pausenbeginn 10.30 Uhr (Essen gibt es erst ab 11 Uhr), 30 Min. Kaffee. Morgens bleibt keine Zeit zum Frühstück wegen des Kindes, geöffnet ist bis 18.30 Uhr, dann abrechnen, nach Hause, Haushalt machen. Allerdings haben die Kollegen in vielen Abteilungen die 3. Pause ,,intern'' durchgesetzt, oder es wird in der Abteilung gefrühstückt. Wegen des frühen Mittags will der Betriebsrat der Filiale anfragen, ob sich da was ändern läßt.

Und die Bedingungen in den offiziellen Pausen, – kann man sich wenigstens erholen? Karstadt Schleswig: Man öffnet die Kantinentür, ein Schwall von Rauch und schlechter Luft, öffnet man hinten ein Fenster, ruft es vorn ,,es zieht''. Oft ist es so laut, daß man sich am liebsten die Ohren zuhalten möchte. Das Essen: Bei Hertie Flensburg wechselt es alle 5 Wochen, Karstadt Schleswig alle 12. Dabei: 12 mal Gehacktes, was manchmal Gehacktem nicht mehr ähnelt (z.B. in Kohlrouladen). 6 mal Püree, wo man herausschmeckt, daß es kaum Milch, Eier oder Magarine enthält, geschweige denn Kartoffeln. Die Soßen schmecken nach ,,Wasser und Maggi''. Das Gemüse (meist aus Do-
ge denn Kartoffeln. Die Soßen schmecken nach ,,Wasser und Maggi''. Das Gemüse (meist aus Do-
sen) kommt ohne Verfeinerung, lange im Wasser warm gehalten, auf den Tisch. 11 mal gibt es etwas, was man Stück Fleisch nennen kann (bzw. Stückchen), 3 mal Gulasch oder Frikassee. Beim Eintopf gibt es ab und zu ,,Erfolgsmeldung'', wenn einer ein Stück Fleisch gefunden hat. Salat, Rote Beete, Quark jeweils 1 mal. Ein Essen kostet 1.80 DM, Obstsalat oder Pudding 70 Pf., Kaffee oder Cola 35 Pf.. Obst muß man sich teuer in der Lebensmittelabteilung kaufen; ein Apfel z.Z. ca. 70 Pf., 1 Pfd. Kirschen 2.98 DM. Man hat also durch das ,,verbilligte'' Essen nicht gespart, weil notwendige Sachen noch extra gekauft werden müssen. Viele essen auch abends noch warm (mittags wird oft Currywurst-Pommes oder Spiegeleier usw. verlangt).

Der Lohn im Einzelhandel reicht nicht, um dies alles zusätzlich zu zahlen. In verschiedenen Kaufhäusern sind über die Betriebsräte Verbesserungen erreicht worden. Es gibt bei Hertie Kiel und Karstadt Hamburg einen Kantinenausschuß des BR. In beiden Häusern gibt es ein 2. Essen (zu Aufpreis), verschiedene Salate mit Soßen zum Selberzusammenstellen. Bei Hertie gibt es oft Nachtisch, die Decke der Kantine wirkt schalldämpfend.

,,Schamlose Ausbeutung'' Fragebogenaktion an der Gewerbeschule 5

b.uwh. ,,Schamlose Ausbeutung'' ist die Randbemerkung eines Fachoberschülers zur Lage im einjährigen Praktikum auf einem Fragebogen des Schülerrats der Gewerbeschule 5 (G 5). Der Schülerrat errechnete, daß man im Durchschnitt für dieses Praktikum 283 DM erhält. Jeder Zehnte kriegt keinen Pfennig. Die Tätigkeiten erstrecken sich von lästigen Umsatzarbeiten, wie Druckeablegen und Telefonbedienen, bis hin zum Gardinenaufhängen oder Kinderbetreuen. Kaum einer lernt etwas, der Kapitalist kann sich solch billiger Zuführung jugendlicher Arbeitskraft erfreuen. Von der Beliebtheit derlei Praktika zeugt, daß 29% der befragten Schüler ein Praktikum ableisten müssen, um sich als Belohnung eine Lehrstelle einzuhandeln. Die Hälfte der Zahntechnikerlehrlinge machen ein Praktikum länger als 3 Wochen, der Durchschnitt liegt bei 7,9 Monaten. Die Kapitalisten zahlen dafür 339 DM (ein angelernter Laborant würde 2150 DM bekommen). 19% aller Schüler müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten wie Renovieren, der Chefin den Hund Gassi führen etc, und das 6 bis 7 Stunden wöchentlich.

Sicher trifft es zu, wenn 23% der Befragten bei derartigen Verhältnissen meinen, ihr Chef betrachte den Unterricht als störend. So versteht man denn auch, wenn der Senat für die G 5 keine müde Mark mehr locker macht. Über die Baufälligkeit hatten wir schon berichtet. Jetzt mußte ein Teil des Treppenhauses abgesperrt werden, weil eine Lehrerin fast von einem Glasbaustein erschlagen worden wäre. Gar nicht zu reden von dem Lehrmittelmangel und dem Unterrichtsausfall (5,3 Stunden pro Klasse in 3 Wochen). Irgendwie müssen Grolle und Hartmann jetzt mit Reaktionen kommen. Das BGJ trauen sie sich, so scheint es, erstmal nicht auf die Platte zu bringen. Das würde das Faß zum Überlaufen bringen. Aber um die Forderungen des Schülerrats nach sofortiger Renovierung und Errichtung einer Raucherkantine durchzusetzen, wird man gleich nach den Ferien entschieden nachhelfen müssen.

Neue Maschinen – neues Prämiensystem Methoden bei VAW, den Arbeitstag zu verdichten

b.stk. Anfang des Jahres hat der Betriebsrat bei VAW Neumünster die Einführung von Akkord für die Abteilung Profilweiterbearbeitung gefordert, weil das bislang geltende Prämiensystem eine reine Nasenprämie ist und es deshalb ständig Krach darum gibt. Die Werksleitung hat das abgelehnt mit der Begründung, die Arbeiten in der Abteilung seien nicht akkordfähig.

In der Abteilung werden Aluminiumprofile nach Kundenzeichnung bearbeitet, das heißt gesägt, gestanzt, gefräst, gebohrt, Gewinde geschnitten, entgratet, verpackt. Pro Teil sind dabei bis zu 30 verschiedene Arbeitsgänge erforderlich, im Vierteljahr werden 200-300 verschiedene Artikel bearbeitet. Das macht ein häufiges Umrüsten der Maschinen notwendig. Die Abteilung besteht durchschnittlich aus 15-20 Arbeitern, 2 Kontrolleuren und 2-3 Einrichtern pro Schicht; es wird in zwei Schichten gearbeitet.

Man darf sich das nicht so vorstellen, daß ein Plan existiert, wann an welcher Maschine welche Teile gefahren werden. Der normale Arbeitsablauf ist eher so: Am Montagmorgen wird eine Fräse eingerichtet, um 1000 Teile von Artikel A zu fahren. Nach zwei Stunden ist die Maschine fertig, und der Arbeiter kann anfangen. Die Zeit bis dahin hat er mit Transportarbeiten oder mit Warten verbracht. Nach 3 Stunden hat er 150 Teile fertig. Inzwischen hat der Meister erfahren, daß am Freitag 500 Teile der Sorte B an den Kunden geliefert werden müssen. Die Teile B müssen an derselben Fräse gefahren werden, an der jetzt die Teile A gefertigt werden. A wird also gestoppt, und die Maschine wird für B umgerüstet, was wieder zwei Stunden dauert. In der Zeit muß der Arbeiter an eine andere Maschine, wenn das nicht geht, hat er wieder zwei Stunden Wartezeit. Danach wird er dann um so mehr angetrieben, damit B rechtzeitig fertig wird. Am Dienstag sind die Teile B gefräst, die Maschine wird wieder für A eingerichtet. Am Donnerstag haben die Teile B alle Arbeitsgänge durchlaufen, und es stellt sich heraus, daß es 50 Teile zu wenig sind, was vorher keiner gemerkt hat. Sofort werden Arbeiter, Einrichter und Kontrolleure heiß gemacht, fieberhaft wird alles für B eingerichtet, um die restlichen Teile B noch fertig zu kriegen, und wenn man die Pausen durcharbeiten muß.

So ein Produktionsablauf ist üblich vor allem gegen Monatsende, wo die Aufträge ausgeliefert werden. Den VAW-Kapitalisten entstehen durch das Hin und Her hohe Ausfallzeiten, was sie natürlich maßlos ärgert. Außerdem können sie auch so keinen Akkord einführen, müssen sie doch Angst haben, daß sich die Arbeiter ihre Zigarettenpause als Ausfallzeit aufschreiben, ohne daß das jemand merkt. Durch den Kauf neuer Maschinen haben die Kapitalisten versucht, die Einrichtzeiten zu verkürzen. 3 hydraulische Stanzen, 2 NC-gesteuerte Fräsen und verschiedene Bohrautomaten wurden angeschafft. Um die alten Stanzen einzurichten – riesige Ungetüme, die noch über Schwungrad und Excenter betrieben werden – braucht man einen halben Tag, für die neuen eine Stunde. Bei den NC-Fräsen können mehrere Arbeitsgänge programmiert werden, sofern das Werkzeug nicht gewechselt werden muß. Außerdem sind die Abweichungen vom eingestellten Maß gering, so daß sie kaum nachgestellt werden müssen. Trotzdem bestehen 4/5 des Maschinenparks aus altem Gelumpe, so daß sich an den Einrichtzeiten insgesamt nicht viel geändert hat.

Vor einem halben Jahr haben die VAW-Kapitalisten einen Computer angeschafft, über den sämtliche Produktionszeiten erfaßt werden. Die Arbeiter müssen täglich Karten ausfüllen mit Angabe von Personalnummer, Name, Maschinennummer, Werkzeugnummer, Stückzahl, Ausfallzeiten, Uhrzeit usw. Darüber wollen sie die Leistung der Arbeiter vergleichen, um über die Prämienvergabe die Arbeiter noch mehr anzutreiben, und sie wollen feststellen, an welchen Arbeitsplätzen sich Ausfallzeiten oder nötige Transportarbeiten häufen. Wenn sie die Daten erst haben, wird die Antreiberei noch größer, weil sie den Arbeitern dann vorhalten können, was andere geschafft haben. Bislang können sie die Karten nicht auswerten, weil sie erhebliche Schwierigkeiten bei der Programmierung des Computers haben.

Als Drittes haben die VAW-Kapitalisten die Refa-Abteilung beauftragt, eine neues Prämiensystem auszutüfteln, das die Leistung des Einzelnen mehr berücksichtigen soll. Wahrscheinlich soll die Prämienvergabe dann direkt per Computer erfolgen. Der Betriebsrat hat daraufhin erklärt, er werde das Prämiensystem genau durchrechnen, ob es tatsächlich für die Arbeiter eine Verbesserung bringt, bevor er einer Betriebsvereinbarung zustimmt. Außerdem hat er die Zustimmung von der Abschaffung der Lohngruppe II abhängig gemacht, was den VAW-Kapitalisten überhaupt nicht paßt. Die Lage ist nicht ungünstig, um eine Verbesserung des Effektivlohnes herauszuschlagen.

EG-Kommission – Heeremann / Flessner: Unterschiedliche Vorschläge zur Milcherzeugerpreissenkung

b.mee. Von der Milchabrechnung des letzten Monats sind zum ersten Mal eine erhöhte Erzeugerabgabe von 2% (1,23 Pfg./kg) abgezogen worden. Einem Bauern, der mit 40 Kühen zur Zeit ca 500l Milch täglich an die Meierei liefert, fehlen am Monatsende 186 DM. Die gehen direkt in den EG-Topf, um angebliche Überschüsse zu finanzieren.



Wer im benachteiligten Gebiet sitzt (siehe Karte), muß für die ersten 60000 kg Jahresanlieferung (entspricht der Produktion von 12 Kühen) statt 2% 1,5% Erzeugerabgabe (0,93 Pfg./kg Milch) zahlen. Jährlich zahlt er 182 DM weniger als im nichtbenachteiligten Gebiet an die EG-Kasse. Da die Einteilung der benachteiligten Gebiete nur unvollständig den tatsächlichen Gegebenheiten entspricht, z.B. ist ein Streifen der leichten Schleswiger Geest ausgelassen, gibt es darum Streit, so auch auf einer Versammlung in Silberstedt Kreis Schleswig-Flensburg, wo Landwirtschaftsminister Flessner zugeben mußte, daß sein Ministerium der EG den Gebietsvorschlag gemacht hat.

Schleswig-Holsteins Bauern mußten im Juni 1980 2,5 Mio. DM Erzeugerabgabe ,,zur Beseitigung von Überschüssen'' zahlen, obwohl es diese faktisch nicht gibt. In den EG-Kühlhäusern lagert pro Kopf der Bevölkerung ca. 1 kg Butter. Das hat Flessner als das Minimum der Vorratshaltung für Kriegszwecke angesehen. Heeremann hat die ,,Mitverantwortung'' der Bauern vor kurzem so weit gefaßt, daß sie für die Milch, die auf dem Markt nicht mehr absetzbar sei, mit bis zu 50% Abgabe belegt werden müßten. Würde solche Lage geschaffen, könnten die Großmolkereien den Milchpreis für die Verbraucher noch weiter erhöhen, haben sie doch kein Interesse am Absatz der Milch mehr. Der Bauernverband Schleswig-Holstein ist gegen Heeremanns Vorschläge. Die Kreisbauernverbände haben Rundschreiben dazu herausgebracht. Heeremanns Vorschlag wäre der Ruin für viele Bauern, die durch Aufstockung und Modernisierung versuchen, sich ihre Lebensgrundlage zu sichern. Tilgung und Zinsen sind auf eine erweiterte Produktion berechnet. Auch Flessner trat gegen Heeremanns Vorschlag auf. Stattdessen verteidigte er die 2%ige Erzeugerabgabe und sprach sich gegen die Abschaffung der Nichtvermarktungsprämie zum Februar 1981 aus. Mehr wollte er den Bauern in Silberstedt nicht sagen, die in etlichen Redebeiträgen Auskunft über ihr zukünftiges Arbeitseinkommen aus der Milch verlangten. Die zahlreichen Vorschläge, die in der letzten Zeit zur Regelung des ,,Milchproblems'' auf die Bauern hereinprasseln, sollen sie weichkochen und eine weitere Milchpreissenkung vorbereiten.

Vorstoß der FDP, die Ladenschlußzeiten aufzuweichen

b.uwu. Seit dem 28.9.1976 sind die Bezirksämter für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach dem Ladenschlußgesetz zuständig. Schon jetzt gibt es zahlreiche Ausnahmegenehmigungen, z.B. für den Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften. Nach der Hamburgischen Verordnung zur Durchführung des Ladenschlußgesetzes vom 8.12.1970 dürfen Verkaufsstellen für die Abgabe von Milch und Milcherzeugnissen, von Konditoreiwaren, von Blumen und Zeitungen auch während bestimmter Zeiten an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein.

Nach § 23, Abs.1 des Ladenschlußgesetzes ist es möglich, Ausnahmebewilligungen zu erteilen, wenn dies im öffentlichen Interesse dringend nötig wird. Die FDP wollte in einer Großen Anfrage an die Bezirksversammlung Hamburg-Nord wissen, wieviele Anträge auf Ausnahmegenehmigungen eingegangen sind, seit die Bezirksämter für die Erteilung zuständig sind; wie sie beschieden wurden; ob der Bezirksamtsleiter bereit sei, die Kompetenz für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen voll auszuschöpfen; ob sich die Übertragung der Zuständigkeit auf die Bezirksämter bewährt hat, und ob es nicht die Möglichkeit gäbe für eine möglichst großzügige Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen.

Mit einem tatsächlich vorhandenen ,,öffentlichen Interesse'' begründet die FDP ihren Vorstoß nicht. Dies wundert einen zwar nicht so sehr, aber Tatsache ist nun einmal, daß die FDP im Bezirk Nord, z.B. auf dem Langenhorner Markt, an ihren Ständen Propaganda für die Änderung der Ladenschlußzeiten gemacht hat und auch eine Umfrage unter der Bevölkerung – für oder gegen Änderung der Ladenschlußzeiten – durchführte und die Ergebnisse auf einer Riesenstellwand in Form einer Stückliste veröffentlichte. Für ein ,,öffentliches Interesse'' reichte das Ergebnis offenbar nicht. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat sich schon immer gegen Bestrebungen gewandt, die Ladenschlußzeiten anzutasten, u.a. weil durch Schichtarbeit die Gesundheit des Verkaufspersonals noch stärker gefährdet wird.

Bezirksamtsleiter Weidemann (SPD) teilte mit, daß seit Zuständigkeit des Bezirksamtes 31 Anträge eingegangen sind, alle wurden positiv beschieden. Wenn ,,öffentliches Interesse'' bestehe, wird das Bezirksamt eingehenden Anträgen grundsätzlich entsprechen. Für 1980 wurden bisher 60 Anträge gestellt, alle wurden genehmigt.

Bewährt habe sich die Zuständigkeit der Bezirksämter auch, weil die Antragsteller dadurch kürzere Wege hätten und eine schnellere Bearbeitung der Anträge wegen Kenntnis der örtlichen Verhältnisse möglich wäre.

Was ist denn mit ,,öffentliches Interesse'' gemeint, und warum sollten die gesetzlichen Bestimmungen großzügig gehandhabt werden, so wie die FDP es wünscht und wonach auch offenbar gehandelt wird? Die Ladenschlußzeiten sollen aufgeweicht werden, und das ,,öffentliche Interesse'' der Menschen an längeren Verkaufszeiten soll ausgeweitet werden. Vielleicht dann nicht nur Milch, Blumen und Zeitungen, sondern auch Fotoapparate, Fernseher und Wickelkörbe? Dann vielleicht auch nicht nur Kiosk und kleinere Verkaufsstellen, sondern Kaufhäuser?

Ausbau der B 76 im Kreis Plön

Förderung des Fremdenverkehrs und erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte nach Kiel

b.chv. In dem Zeitraum 1969-1974 wurden in den Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein 1,3 Milliarden DM Steuergelder investiert. Damit liegt das Land an der Spitze aller Bundesländer vor Bayern und Niedersachsen. Die privaten Investitionen ließen sich nicht ermitteln. Die Jahresumsätze haben sich in den Jahren von 1967 655 Mio.DM auf 1972 1,1 Mrd. DM und 1975 auf ca. 1,3 bis 1,5 Mrd. DM erhöht (Schätzungen des Wirtschaftwissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr). Damit entspricht der Umsatz im Fremdenverkehr annähernd dem Umsatz der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein.

Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es, aus dem allgemeinen Trend in Schleswig-Holstein Urlaub zu machen, weiter Kapital zu schlagen und weite Landstriche, ganze Kreise dieser Planung zu unterwerfen. Nach dem Raumordnungsplan von 1977 und 1979 ist der Kreis Plön als Teil des Planungsgebietes III mit den Städten Kiel, Neumünster, Rendsburg zum Fremdenverkehrs- und Naherholungsgebiet festgelegt worden. Schwerpunktgebiete sind die Ostseeküstenbäder (Laboe, Wendtorf, Schönberg, Hohwacht) und im Zentralgebiet des Kreises die mittlere Holsteinische Schweiz mit der Kreishauptstadt Plön (siehe Karte). Mit steuerlichen Investitionsanreizen (Zonenrandabschreibungen mit Verlustzuweisungsmöglichkeiten, 10%ige Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz von 1969) wurden zum Teil Spekulationsobjekte an den Küsten Schleswig-Holsteins errichtet. So entstanden die Ferienzentren Holm (3000 Betten), Marina Wendtorf und Plön (Intermar Hotel). Die Bettenkapazität des Kreises Plön nahm sprunghaft zu: 1973 – 19400 Betten, 1976 – 21853 Betten. Ingesamt übernachteten 1975 3258419 und 1976 3351304 Personen (Steigerung: 3%) im Kreis Plön. Dabei stehen die Ostseebäder an der Spitze, gefolgt von der mittleren Holsteinischen Schweiz mit 755622 Übernachtungen. Der Anteil der Dauercamper beträgt dabei 1976 1233350. Mit diesen Zahlen liegt die Übernachtungsfrequenz noch vor den Nordfriesischen Inseln. Rechnet man noch die Bedeutung des Kreises als Naherholungsgebiet für Kiel, Neumünster und Hamburg hinzu, so kann man an Wochenenden mit schönem Wetter mit zusätzlich 25000 Tagesausflüglern rechnen.

Von den 43538 Erwerbstätigen des Kreises arbeiten 14% (6075) in der Land- und Forstwirtschaft, 33% sind Berufspendler. Allein davon fahren täglich ca. 12000 nach Kiel zur Arbeit.

(Steigerung: 3%) im Kreis Plön. Dabei stehen die Ostseebäder an der Spitze, gefolgt von der mittleren Holsteinischen Schweiz mit 755622 Übernachtungen. Der Anteil der Dauercamper beträgt dabei 1976 1233350. Mit diesen Zahlen liegt die Übernachtungsfrequenz noch vor den Nordfriesischen Inseln. Rechnet man noch die Bedeutung des Kreises als Naherholungsgebiet für Kiel, Neumünster und Hamburg hinzu, so kann man an Wochenenden mit schönem Wetter mit zusätzlich 25000 Tagesausflüglern rechnen.

Von den 43538 Erwerbstätigen des Kreises arbeiten 14% (6075) in der Land- und Forstwirtschaft, 33% sind Berufspendler. Allein davon fahren täglich ca. 12000 nach Kiel zur Arbeit. Das sind rund 30% aller Erwerbstätigen.

Fremdenverkehrsförderung soll Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaftsstruktur des Kreises fördern, so Innenminister Barschel im Juni 80 in Plön. Tatsache ist jedoch, daß der Saisoncharakter, der Niedriglohn und die maßlose Arbeitshetze bei ungeregelter Arbeitszeit die Arbeitsplätze in der Fremdenverkehrsindustrie und die Reproduktion nicht sichern. Trotz der großartigen Förderung des Fremdenverkehrs durch die Landesregierung liegt der Kreis Plön mit 2,6% Anteil am Bruttoinlandsprodukt an unterster Stelle des Landesdurchschnitts.

Weiter versprechen sich Kreis und Land vom Ausbau der Bundesstraßen eine Zunahme der Urlauber und Naherholungssuchenden im Kreis Plön: 1) Der Ausbau der B 502 von Kiel in Richtung Laboe und Schönberg führt direkt an den Ferienzentren Marina Wendtorf und Holm vorbei und verbindet durch die bereits bestehende Küstenstraße von Schönberg nach Lütjenburg die Fremdenverkehrsgebiete von der Hohwachter Bucht mit Kiel. 2) Durch den Ausbau der B 76 von Kiel nach Raisdorf und der Umgehung von Preetz sowie dem gerade fertiggestellten Ausbau durch Plön soll das Kurzentrum Plön sowie die gesamte Holsteinische Schweiz während der Spitzenverkehrszeiten um ca. 2-3 Stunden schneller erreichbar sein. Dieses Gebiet soll durch die geplante Umgehung um Eutin (Kreis Ostholstein) dann ebenfalls von der Vogelfluglinie (Hamburg-Lübeck-Puttgarden) her Zeitersparnis bringen. 3) Wird der Pendlerverkehr in Richtung Kiel entlastet und eine weitere Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs aus dem Kreis in Richtung Kiel ermöglicht.

Die genaue Finanzierung sowie das Gutachten zur Planung der B 76 durch Bund und Landesregierung sind erst im Herbst zu erwarten. Drei Möglichkeiten der Trassenführung stehen zur Diskussion. 1) Ausbau der jetzigen B 76 vierspurig. Folge: Abriß aller vorhandenen Häuser und Betriebe auf einer Seite der Straße in Preetz und der Gemeinde Schellhorn. Unzumutbarer Anstieg des Lärms und der Abgase für die Wohnbevölkerung.

2) Vierspuriger Ausbau von Kiel über Raisdorf nach Preetz, vor Ortsbeginn zweispurige enge Umgehung um Preetz mit Brücke über das Schwentinetal. Anschluß an die alte B 76 in Schellhorn vor dem Scharsee. Folgen: Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes Schwentinetal, willkürliche Zerstörung von landwirtschaftlichen Betrieben. Gegen diese Trassenführung haben die betroffenen Bauern zwischen Preetz und Schellhorn den Widerstand begonnen und in Absprache untereinander ihr Einspruchsrecht beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr der Landesregierung geltend gemacht. Ihrem Protest ist es zu verdanken, daß Aussicht besteht, diese Trassenführung zu verhindern. Nicht unwichtig wird das Verhalten der Barone von Donner auf Lehmkulen (2000 ha) mit Schwiegersohn von Päpke, Gut Bredeneek sein, die von einer weiten Umgehung von Preetz betroffen wären. Diese weite Umgehung um Preetz in geradliniger Führung vom Ortseingang Preetz über Schwentinetal in Richtung alter B 76 hinter dem Gut Sophienhof (Besitzer: Bauer Johannsen) ist der 3. Trassenplan. Dieser Plan ist um ⅓ länger als die mittlere Trassenführung und entsprechend teurer. In dieser Frage werden die Interessen der Bauern und der Landesregierung bzw. Bund aufeinanderstoßen. Nach der Sommerpause wird die Gemeinde Schellhorn, zu der die hauptsächlich betroffenen Bauern gehören, ihren Beschluß nach öffentlicher Gemeinderats- und Bürgerberatung fassen. Den Vorschlag der weiteren Trassenführung um Preetz wird man unterstützen können, da er mit der geringsten landschaftlichen Zerstörung verbunden ist. In jedem Fall ist jedoch vordringlich die Sicherung der Existenzbedingungen der Bauern. Den Vorschlag der Bürgerinitiative „Rettet das Schwentinetal", die B 76 gar nicht auszubauen, bzw. den ersten Vorschlag zu befolgen, wird bei den Berufspendlern, dem kleinstädtischen Handwerk, der ansässigen Wohnbevölkerung und den Bauern wenig Unterstützung finden.





Der Widerstand gegen den Autobahnbau Kiel – Rendsburg entwickelt sich

b.stb. Die Bundesregierung, die schleswig-holsteinische Landesregierung und der Kreis Rendsburg-Eckernförde planen den Bau einer Bundesautobahn zwischen Kiel und Rendsburg unter der höchsten Dringlichkeitsstufe. Die Trassenführung zwischen den Anschlußstellen bei Rendsburg und Kiel soll südlich von Bovenau und Bredenbek nahe der Bahnlinie verlaufen. Sodann soll sie nördlich von Achterwehr nahe bei Flemhude (Gemeinde Quarnbek) vorbeiführen. Die ursprüngliche Planung sah hier eine südliche Umgehung von Achterwehr vor, direkt am Ahrensee vorbei und durch Teile von Brandsbek und Achterwehr hindurch. Der aufflammende Widerstand gegen die Autobahn in diesem Wohn- und Erholungsgebiet hat dies von vornherein verhindert.

Gegen die nun vorgesehene Nordumgehung von Achterwehr geht vor allem die Gemeinde Quarnbek vor. Der Autobahndamm mit 25 m Fahrbahnbreite und bis zu 10 m Höhe soll über Gelände führen, das früher zum Flemhuder See gehörte und dann aufgespült wurde. Hier werden Grundbrüche befürchtet wegen des enormen Drucks auf den weichen Untergrund. Dazu kommt auch hier die Zerstörung eines ruhigen Wohn- und Erholungsgebiets. Weiterhin hat die Gemeinde Quarnbek eingewandt, daß der autobahnmäßige Ausbau der B 202 überflüssig sei.

In der Tat ist der Verkehr auf der B 202 Kiel-Rendsburg geringer als beispielsweise auf der B 76 Kiel-Eckernförde, obwohl dem Ausbau der ersteren der Vorrang gegeben wird. Das hat seine Ursache darin, daß über die B 202 der Warenumschlag zwischen Industrie und Handel in Kiel und Rendsburg läuft und verstärkt laufen soll, und eine relativ kurze Anbindung von Kiel an die BAB 7 (E 3) Richtung Norden bald fertiggestellt werden soll. Der Berufspendlerverkehr hingegen spielt sich auf dieser Strecke nicht so stark und über so lange Strecken ab wie beispielsweise Kiel-Gettorf (B 76). Der interessiert die Landesregierung auch nur als Druckmittel, um den geplanten Ausbau durchzudrücken; denn daß man z.Z. für die 40 km von Rendsburg nach Kiel tagsüber 40 Minuten bis 1 Stunde braucht, ruft die Forderung nach Ausbau auf den Plan.

Man muß die Forderungen der Gemeinde Quarnbek unterstützen. Daß die Regierung ihnen nachkommen soll, kann man auf den Wahlkampf-Veranstaltungen und beim kommenden Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Kronsburg-Achterwehr bekräftigen.

Die Lebensverhältnisse in der Stadt Flensburg treiben die Lohnabhängigen aufs Land

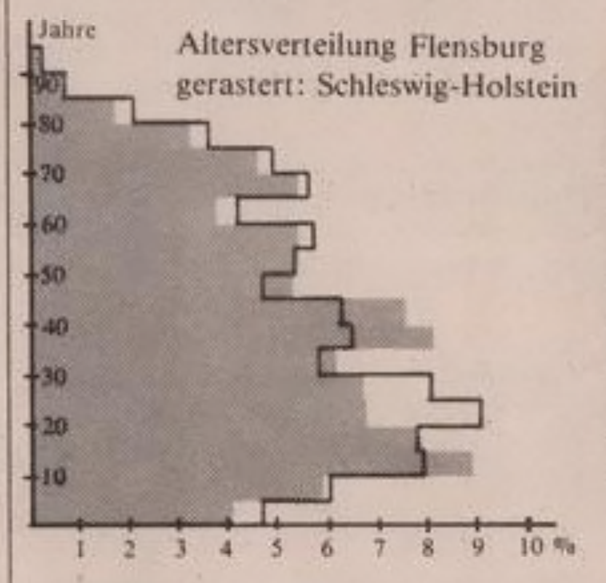
b.how. Der niedrige Lohn und die relativ hohen Lebenshaltungskosten (besonders die Mieten, aber auch z.B. die Lebensmittel) zwingen in Flensburg 15670 Frauen (1978) in die Lohnarbeit, das sind 42,3% aller Lohnabhängigen, 2,7% mehr als der Landesdurchschnitt. Im produzierenden Gewerbe, wo die Schicht- und Akkordarbeit am weitesten vorangetrieben ist und wo über ein Drittel aller Lohnabhängigen arbeitet, liegt der Frauenanteil mit 23,4% immer noch 0,8% über dem Landesdurchschnitt. Das ist zum einen Folge des niedrigen Lohnniveaus – im verarbeitenden Gewerbe mit mehr als 20 Beschäftigten war 1978 der *Durchschnittslohn* (in Preisen von 1979) 2280 DM oder 91,4% des Landesdurchschnitts. Zum anderen wird sich in dem höheren Frauenanteil ausdrücken, daß die jungen Frauen, wenn sie eine Familie gründen, verstärkt mitarbeiten.

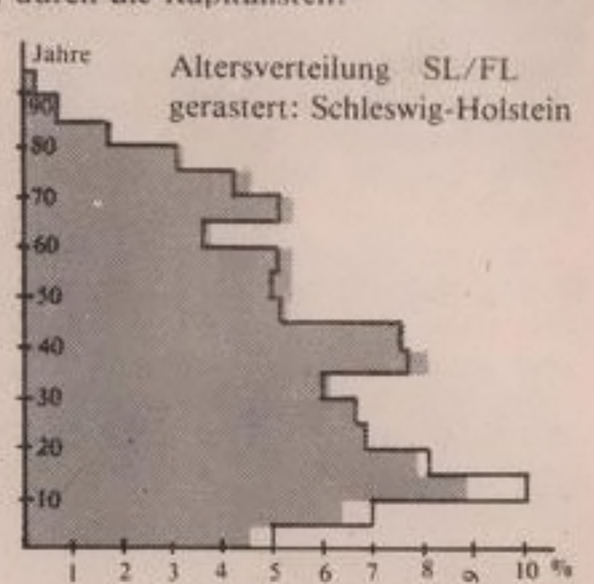
Viele kleine und zu teure Wohnungen (1968 waren 45% ohne Bad und WC) zwingen gerade die jungen Familien ins Umland, 1970 waren 29,2% aller Lohnabhängigen Einpendler. Die unten abgebildeten Bevölkerungsaufbauten lassen Folgendes vermuten: Die jungen, unverheirateten, bzw. kinderlosen Arbeiter sind in Flensburg konzentriert (20 bis 30 Jahre); bauen sie eine Familie auf, geht ein großer Teil aufs Land (0 bis 20 Jahre, 30 bis 50 Jahre). Wird ein Eigenheim gebaut, erfordert das auf jeden Fall die Mitarbeit der Frau, oft kommen dann die Kinder erst ab 30. Die Arbeitsbedingungen gerade bei den größten Aufkäufern von weiblicher Arbeitskraft, wie Danfoss oder Storno, werden mit entscheidend dafür verantwortlich sein, daß die Lebens- und Arbeitskraft besonders der Frauen schneller verbraucht wird; z.B. sind 1978 von je 1000 einjährigen Kindern 21,5 gestorben, im Landesdurchschnitt 14,7 und im angrenzenden Kreis Schleswig-Flensburg noch 16,4. – Die notwendig größere Motorisierung auf dem Lande läßt die Preissteigerungen gerade bei Benzin verstärkt auf die Haushaltskasse durchschlagen. Um so notwendiger ist die vollständige Bezahlung der Fahrkosten durch die Kapitalisten.

über ein Drittel aller Lohnabhängigen arbeitet, liegt der Frauenanteil mit 23,4% immer noch 0,8% über dem Landesdurchschnitt. Das ist zum einen Folge des niedrigen Lohnniveaus – im verarbeitenden Gewerbe mit mehr als 20 Beschäftigten war 1978 der *Durchschnittslohn* (in Preisen von 1979) 2280 DM oder 91,4% des Landesdurchschnitts. Zum anderen wird sich in dem höheren Frauenanteil ausdrücken, daß die jungen Frauen, wenn sie eine Familie gründen, verstärkt mitarbeiten.

Viele kleine und zu teure Wohnungen (1968 waren 45% ohne Bad und WC) zwingen gerade die jungen Familien ins Umland, 1970 waren 29,2% aller Lohnabhängigen Einpendler. Die

erst ab 30. Die Arbeitsbedingungen gerade bei den größten Aufkäufern von weiblicher Arbeitskraft, wie Danfoss oder Storno, werden mit entscheidend dafür verantwortlich sein, daß die Lebens- und Arbeitskraft besonders der Frauen schneller verbraucht wird; z.B. sind 1978 von je 1000 einjährigen Kindern 21,5 gestorben, im Landesdurchschnitt 14,7 und im angrenzenden Kreis Schleswig-Flensburg noch 16,4. – Die notwendig größere Motorisierung auf dem Lande läßt die Preissteigerungen gerade bei Benzin verstärkt auf die Haushaltskasse durchschlagen. Um so notwendiger ist die vollständige Bezahlung der Fahrkosten durch die Kapitalisten.

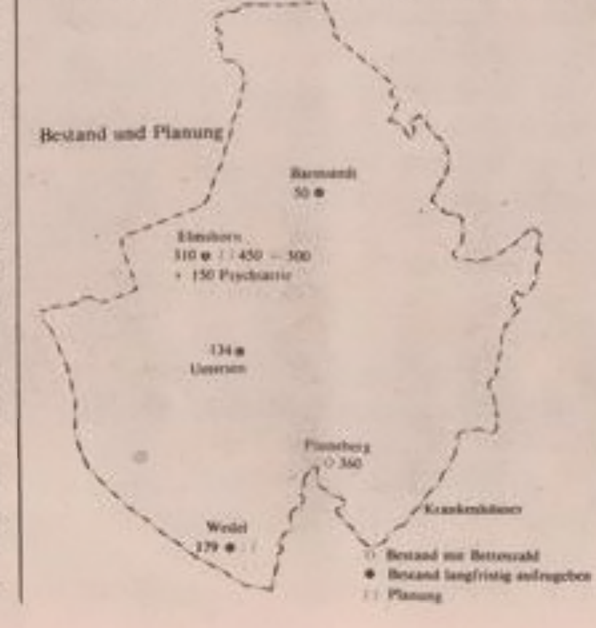




Systematische Konzentration und damit Verschlechterung der Gesundheitsversorgung im Kreis Pinneberg

b.hek. Nach der Krankenhausbedarfsplanung Schleswig-Holstein soll ein Bettenangebot von 5 Betten auf 1000 Einwohner ausreichend für die medizinische Versorgung sein. Im Kreis Pinneberg, dem am dichtesten besiedelten Landkreis in Schleswig-Holstein, ist dieses Bettenangebot von 1970 4,4 auf 1978 4,0 gesunken. Die reale Zahl der Krankenhausbetten nahm um 15 ab, während die Zahl der Einwohner um knapp 20000 zunahm. Diese offensichtlich schlechte Versorgung versuchen die bürgerlichen Politiker seit langem durch große Versprechungen von Krankenhausneubauten in Wedel und Elmshorn zu beschönigen.

Die Zielplanungen über die Größe dieser neuen Krankenhäuser hat sich dann auch im Laufe der Planungen von 1969 bis 1979 ganz den Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen angepaßt. War 1969 noch vom Bau mehrerer neuer Krankenhäuser mit insgesamt 1100 Betten die Rede, ist jetzt nur noch der Neubau in Elmshorn mit 495 Betten geplant. In Angriff genommen ist jedoch noch gar nichts. Ebenfalls seit 1969 ist die Schließung der beiden Krankenhäuser Uetersen und Barmstedt in den Plänen festgeschrieben. Aufgrund dieser Tatsache sind dann auch für diese Häuser in den letzten Jahren vom Land keine neuen Mittel für Um- und Ausbauten bewilligt worden, so daß diese Häuser jetzt so schlecht ausgerüstet sind, daß sie den Anforderungen an eine gute Gesundheitsversorgung nicht mehr genügen.



Die Gesundheitsversorgung durch Krankenhäuser konzentriert sich ganz auf die dichtbesiedelten Gebiete rund um Hamburg (Wedel, Pinneberg). Der ganze Nordraum soll durch Elmshorn abgedeckt werden. Die Lage in den Elbmarschen und Geestrücken werden durch die Schließung der beiden Krankenhäuser Uetersen und Barmstedt noch weiter verschlechtert. Notwendig ist unbedingt die Erhaltung der beiden Krankenhäuser durch Bezahlung des Um- und Ausbaus aus Landesmitteln.

Krankenhausplanung im Kreis Pinneberg

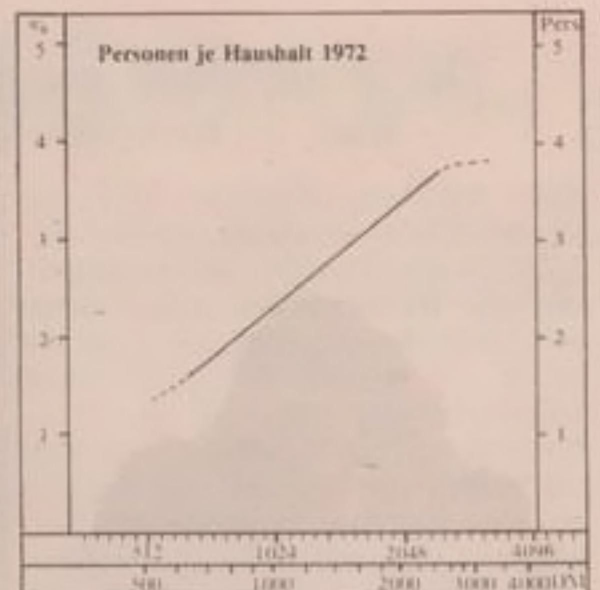
	1969 ist	1969 soll	1979 ist	1979 soll
Pinneberg	324	324	355	355
Elmshorn	320	480	320	495
Wedel	190	250	175	175
Uetersen	150	315	130	130
Barmstedt	50	–	50	–
Gesamt	1044	1369	1030	1155

Laukampsiedlung: Günstige Erbpachtverträge müssen gegen den Senat durchgesetzt werden

b.veh. Der Hamburger Senat hat entschieden, daß die Grundstücke der Stadt nicht mehr verkauft, sondern nur noch in Erbpacht vergeben werden sollen. Dies betrifft auch die Grundstücke am Laukamp in Langenhorn. Die Laukampsiedlung entstand 1944.

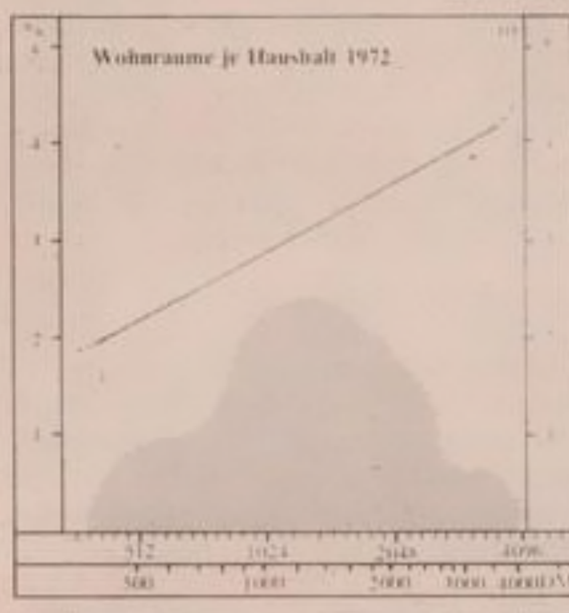
Der Boden wurde gegen Miete zur Verfügung gestellt, 30 m² große Häuser mußten von den Siedlern selbst aufgestellt und für 2000 DM gekauft werden. Ohne staatliche Hilfe haben die Siedler im Laukamp bis heute eine relativ gute Bausubstanz geschaffen, für deren Erhalt sie kämpfen. Seit 35 Jahren fordern sie, daß ihnen der Boden langfristig und günstig zur Verfügung gestellt wird. Der Senat kommt jetzt scheinbar den Forderungen nach. Tatsächlich hat er vor, seine Stadtentwicklungspläne durchzusetzen. Einem regionalen Entwicklungsplan von 1968 zufolge sollen entlang von sog. Achsen Wohn- und Arbeitsstätten verdichtet werden (Langenhorn liegt auf der Achse Eppendorf - Fuhlsbüttel - Kaltenkirchen). Verkehrs- und Gemeindeeinrichtungen sollen von vielen Einwohnern benutzt werden können. Die Laukampsiedlung und andere ähnlich dünn besiedelte Gebiete sind den Planern ein Dorn im Auge. Deshalb greift der Senat jetzt zu den Erbpachtverträgen, die dem Interesse der Siedler entgegenzukommen scheinen, tatsächlich aber dazu führen werden, daß viele Siedler ihre Häuser und Grundstücke verlassen müssen, weil sie die anfallenden Kosten nicht tragen können. Die Betriebskosten für ein ca. 92 m² großes Haus im Laukamp betragen z.Z. 425,60 DM monatlich – Mietzins für den Boden inbegriffen. Setzt der Senat seine Pläne durch, so werden die Kosten allein für ein entsprechendes Grundstück mindestens 420 DM / Monat betragen. Auf der a.o. Mitgliederversammlung der Siedlungsgemeinschaft Laukamp e.V. am 25.7. soll den Siedlern der genaue Bebauungsplan des Senats vorgelegt werden. Günstig für die Auseinandersetzung mit dem Senat ist, daß die Siedler seit den 50er Jahren in der Siedlungsgemeinschaft zusammengeschlossen sind.

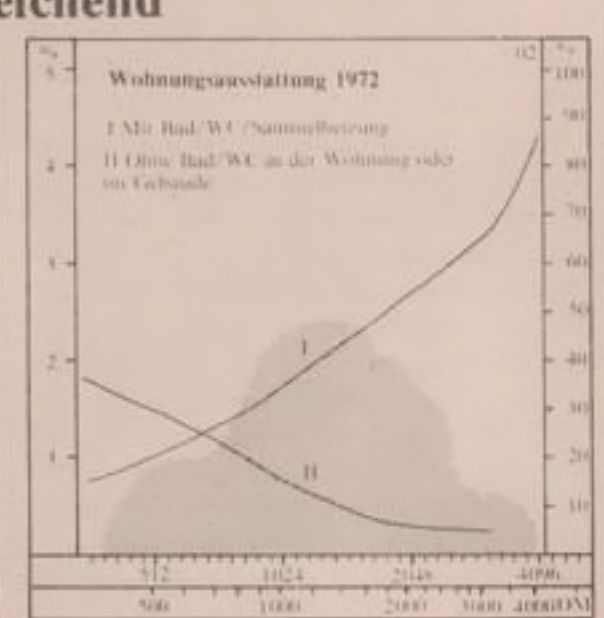


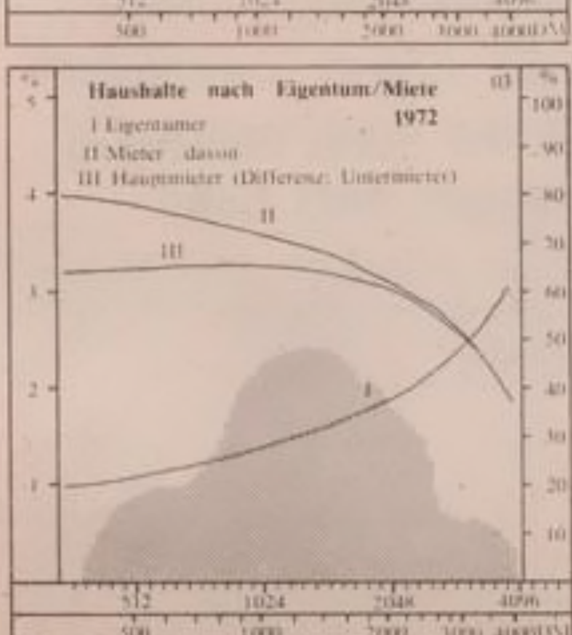


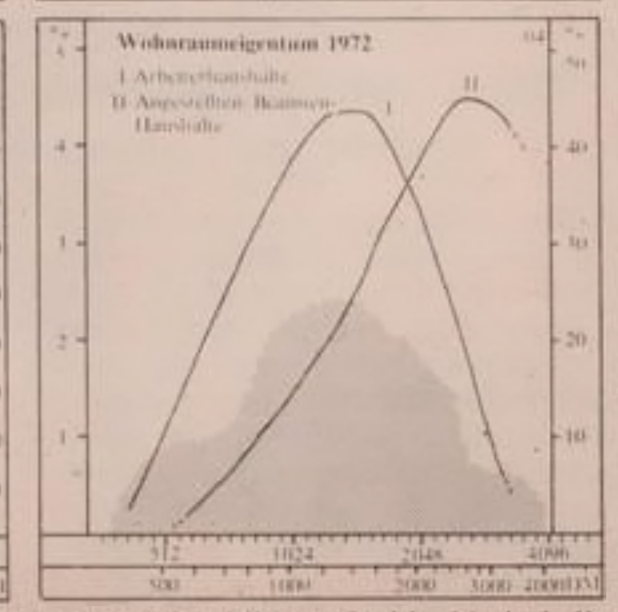
Mit steigendem Haushaltseinkommen wachsende Haushaltsgröße, mehr Kinder, größere Wohnungen. – Für Bourgeois wie Albrecht sind Kinderzahl und Wohnverhältnisse keine Geldfrage.

Größe und Ausstattung vieler Wohnungen unzureichend









Die hinterlegten Verteilungen (Raster) in den Schaubildern 01 bis 04 sind die Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommen 1972. Die prozentualen Angaben dazu befinden sich jeweils an den linken Schaubildseiten.

Wohnungsmodernisierung in Kiel

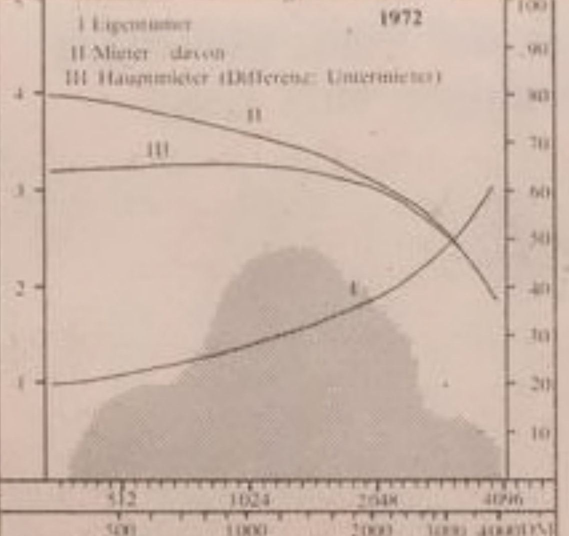
Die Wohnraumnot wird dadurch größer

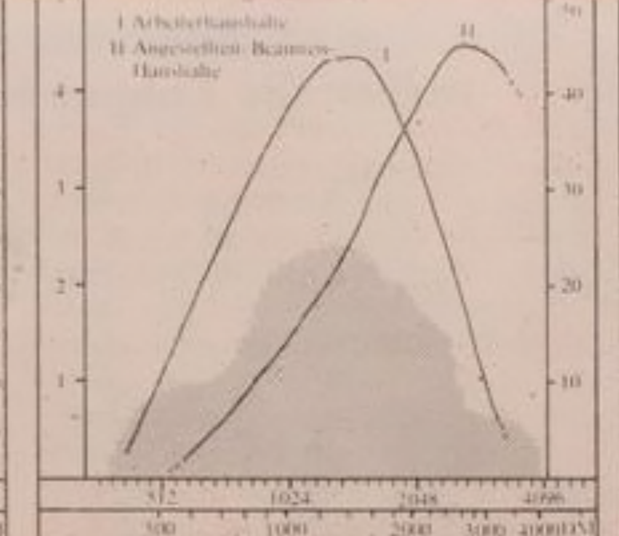
r.hoo. Trotz erheblicher Kriegsschäden hat Kiel einen vollkommen überalterten Wohnungsbestand. Von den etwa 113000 Wohnungen stammt jede 2. aus der Vorkriegszeit, jede 13. noch aus dem vorigen Jahrhundert. Entsprechend ist die Ausstattung. Über 20% haben weder Bad noch Zentralheizung, gerade die Hälfte sind mit Bad *und* Zentralheizung ausgestattet. In alten Arbeiterstadtteilen wie Gaarden liegt der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung sogar nur etwas über 20%, nur 12,2% haben hier Bad *und*

Grundbesitzer seine Modernisierungskosten durch Mieterhöhungen voll abgewälzt. Nach Ablauf von 9 Jahren streicht er dann die Erhöhung als reine Mehreinnahme ein.

Das Bedürfnis der Mieter nach normalem Komfort ist groß. Aber wer kann plötzlich die doppelte Miete zahlen, wie das nach erfolgter Modernisierung oft gefordert wird. Hunderte von Wohnungen stehen in Kiel nach durchgeführter Modernisierung zunächst für

1978 waren es in Kiel noch ganze 156 öffentlich geförderte Mietwohnungen), da bestehender Wohnraum vor allem in City-Nähe zweckentfremdet und vernichtet wird (nach Schätzungen mehr als 1400 Wohnungen in der Innenstadt in den letzten Jahren), haben die Entwicklungsplaner der Stadt schon ausgerechnet, daß bis 1995 über 9000 Wohnungen weniger vorhanden sein werden als jetzt. Die Wohnraumnot wird noch massiv ansteigen. Schon jetzt sind beim Wohnungsamt der Stadt ständig 5000 Wohnungssuchen-





Die hinterlegten Verteilungen (Raster) in den Schaubildern 01 bis 04 sind die Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommen 1972. Die prozentualen Angaben dazu befinden sich jeweils an den linken Schaubildseiten.

r.scd. -Die am häufigsten genannten Gründe für den Wohnungswechsel, laut Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe 1972, waren:

- Bisherige Wohnung zu klein 22%
- Streben nach eigener Wohnung oder Haus 17%
- Eheschließung 16%
- Wechsel der Arbeitsstätte 8%

Die Angaben drücken in etwa aus, welche Änderungsabsichten vorliegen, *sofern die Möglichkeit besteht*, einen Wechsel Richtung Verbesserung vorzunehmen. Schaubild 01 macht den häufigst genannten Grund, die zu kleine Wohnung, deutlich sichtbar. Ca. 50% aller Haushalte verfügen im Durchschnitt lediglich über bis zu 3 Wohnräumen.

Was bei der statistischen Erhebung nicht gefragt wurde, nämlich inwieweit die Wohnverhältnisse ausreichend sind, spiegelt Schaubild 02 vielleicht dafür in etwa wider. Hier wurden die Haushalte nach Einkommensklassen aufgeführt, die über ein Bad, WC und Sammelheizung verfügen.

Daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung überhaupt nicht in der Lage ist, einen eigenen Haushalt zu führen, zeigt Schaubild 03. Bis zu einem Haushaltseinkommen von 1000 DM wohnen 10 bis 15% aller Miethaushalte zur Untermiete.

Die unzureichende Größe und Ausstattung der Wohnung bewirkt fortwährende Umzüge oder Kauf bzw. Bau von Eigentumshäusern. Andererseits findet entgegengesetzt ebenfalls eine Umzugsbewegung von großer nach kleiner bzw. schlechter ausgestatteter Wohnung statt, was nichts anderes ausdrückt, als daß fortwährend Haushalte in niedrigere Einkommensklassen gedrückt werden. „Mehr als die Hälfte (55%) der Wohnungswechsler bewohnten im April 1972 eine größere Wohnung als vorher; in 26% der Fälle ist die neue Wohnung ebenso groß wie die vorherige, 19% der Wohnungswechsler bewohnten eine kleinere Wohnung als vorher" (aus: Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe 1972).

Beseitigung des Wohnungselends durch Förderung des Wohneigentums?

r.wom. Man soll nicht meinen, die bürgerlichen Parteien tun nichts gegen das Wohnungselend. Gerade hat die niedersächsische Landesregierung ihr Wohnungsbauprogramm 80 veröffentlicht. Danach bekommen u.a. kinderreiche Familien ab vier Kindern (im Zonenrandgebiet reichen drei Kinder) mindestens 110000 DM zinslos als Darlehen für den Eigenheimbau, wenn sie 7,5% der Bausumme aus Eigenmitteln aufbringen und die Belastung „tragbar" ist. Ohne die Voraussetzung des Kinderreichtums, aber bis zu bestimmten Einkommenshöchstgrenzen, können alle Eigenheimbauten mit einem Darlehen von anfangs 4 DM monatlich je m² Wohnfläche auf 14 Jahre gefördert werden. Die Familie muß mindestens 15% der Bausumme aus Eigenmitteln aufbringen (bei 300000 DM sind das 45000 DM).

Lohnabhängigkeit bedeutet für die Masse der Lohnabhängigen Enge der Reproduktion. Die Mietwohnungen, die aus einem Arbeiterlohn gezahlt werden können, sind drückend eng. Sofern das Familieneinkommen überhaupt den Gedanken zuläßt, entsteht der Wunsch nach einem Eigenheim, zumal das auch als Absicherung gegen die Wechselfälle der Lohnabhängigenexistenz und für das Alter gilt und als Investition für die Nachkommen. Hohe, lebenslange Verschuldung und erheblicher Einsatz an unbezahlter Arbeit werden dafür in Kauf genommen.

Die bürgerlichen Politiker knüpfen an diesen Interessen an. Mit ihrem ausgeprägten Spaltungsinstinkt sorgen sie dafür, daß über die staatliche Wohnungsbaupolitik vor allem diejenigen Schichten der Lohnabhängigen gefördert werden, denen Einkommen und Lebensumstände eine einigermaßen erträgliche Reproduktion gestatten. Denn wieviele Familien aus den untersten Einkommensklassen haben schon vier Kinder und können soviel Geld beiseitelegen, daß sie an Wohneigentum denken können? Die „Förderung des Wohneigentums" zielt auf Facharbeiter, mittlere Angestellte und Beamte sowie vielleicht auf Arbeiter, die auf dem Lande wohnen und dort auf billigeres Bauland und Selbsthilfe zurückgreifen können. Neben der Fesselung durch die Verschuldung soll die Wohneigentumsförderung bei diesen Schichten die Bindung an die bürgerliche Gesellschaft bestärken. Die geforderte Beweglichkeit als Lohnarbeiter wird dadurch kaum eingeschränkt, der Druck des Arbeitsmarktes wird dann zum Verkauf oder zur Vermietung des Hauses zwingen.

Die erheblichen Mittel für die Eigenheimförderung holt sich die Kapitalistenklasse aus den Lohnabzügen, durch Umverteilung zulasten insbesondere der auch der untersten Einkommensklassen.

CDU Die Union wird ergänzend zu einer familien, und kinderfreundlichen Städteplanung und Dorfentwicklung die gesamte Wohnungsbauförderung neu regeln und verbessern, damit Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind (CDU-Wahlprogramm) „Wohnungsbaupolitik ist bei dieser Landesregierung ein Stück unmittelbarer Familienpolitik... Unverändert ist das Bemühen der Landesregierung, die Bildung von Wohneigentum zu fördern. Stärker als bisher wird sie auf die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen hinwirken..." (Regierungserklärung Albrecht 1978)

SPD Die Förderung des Wohnungseigentums muß verteilungs- und regionalpolitisch noch stärker am Bedarf orientiert werden. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist die überproportionale Begünstigung von Haushalten mit hohem Einkommen abzubauen. Familien mit Kindern brauchen stärkere Hilfen als bisher... (SPD-Wahlprogramm)

Wohnungsmodernisierung in Kiel

Die Wohnraumnot wird dadurch größer

r.hoo. Trotz erheblicher Kriegsschäden hat Kiel einen vollkommen überalterten Wohnungsbestand. Von den etwa 113000 Wohnungen stammt jede 2. aus der Vorkriegszeit, jede 13. noch aus dem vorigen Jahrhundert. Entsprechend ist die Ausstattung. Über 20% haben weder Bad noch Zentralheizung, gerade die Hälfte sind mit Bad *und* Zentralheizung ausgestattet. In alten Arbeiterstadtteilen wie Gaarden liegt der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung sogar nur etwas über 20%, nur 12,2% haben hier Bad *und* Zentralheizung.

Erst seit einigen Jahren hat in Kiel eine Modernisierungswelle eingesetzt. Über 12000 Wohnungen sind seit 1978 modernisiert worden. Meist werden neue Fenster, Bäder, WCs oder Heizungen eingebaut. In 9 Jahren hat der Grundbesitzer seine Modernisierungskosten durch Mieterhöhungen voll abgewälzt. Nach Ablauf von 9 Jahren streicht er dann die Erhöhung als reine Mehreinnahme ein.

Das Bedürfnis der Mieter nach normalem Komfort ist groß. Aber wer kann plötzlich die doppelte Miete zahlen, wie das nach erfolgter Modernisierung oft gefordert wird. Hunderte von Wohnungen stehen in Kiel nach durchgeführter Modernisierung zunächst für Monate leer, Verluste, die die Grundeigentümer schnell wieder wettmachen. Wohnraum zu erschwinglichen Mieten wird immer knapper. Die Modernisierung vergrößert so noch die Wohnungsnot. Da der Neubau von Mietwohnungen inzwischen zur Bedeutungslosigkeit verkommt (im Jahre 1978 waren es in Kiel noch ganze 156 öffentlich geförderte Mietwohnungen), da bestehender Wohnraum vor allem in City-Nähe zweckentfremdet und vernichtet wird (nach Schätzungen mehr als 1400 Wohnungen in der Innenstadt in den letzten Jahren), haben die Entwicklungsplaner der Stadt schon ausgerechnet, daß bis 1995 über 9000 Wohnungen weniger vorhanden sein werden als jetzt. Die Wohnraumnot wird noch massiv ansteigen. Schon jetzt sind beim Wohnungsamt der Stadt ständig 5000 Wohnungssuchen-de gemeldet. 4000 Kieler leben in Behelfsheimen oder sog. „Wohngelegenheiten" (amtliche Bezeichnung für Unterkünfte ohne Kochgelegenheit und in Kellerräumen). Eine nicht geringe Zahl von Menschen ist obdachlos und benutzt die leerstehenden Häuser als Schlafplatz.







Modernisierung durch Einbau neuer Fenster – Leerstehender Altbau – Provisorische Schlafplätze von Obdachlosen in leerstehenden Häusern.

Stobbe fordert weitergehende Maßnahmen

r.ann. Nach Angaben von Innensenator Ulrich sind in den ersten fünf Monaten 1980 5364 Asylbewerber nach Westberlin gekommen. Dies wären über 2000 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Diese Zahl bestätige auch für Berlin einen Trend, der bundesweit gelte. Mit den Maßnahmen, die vom Bundestag beschlossen wurden: Verkürzung des Asylverfahrens, die Versagung der Arbeitserlaubnis für die Dauer eines Jahres und die Gewährung von Sozialhilfe nur in Form von Sachleistungen, zu Verschärfung des Asylrechts, wäre „ein Schritt in die richtige Richtung". So hat sich der Regierende Bürgermeister Stobbe hervorgetan. Das Ganze sei aber nicht ausreichend. Weitere Maßnahmen sollen bundesweit beschlossen werden, die sicherstellen, daß die Dauer der Verfahren nicht länger als maximal ein Jahr betragen. Stobbes Vorschläge dazu sind, die sofortige Vollziehung von Abschiebungsbeschlüssen und die gesetzliche Festlegung von Tatbeständen, die eine Berufung in verwaltungsgerichtlichen Verfahren noch zulassen. Den Einsatz von Grenzrichtern lehne er ab, ebenso die Einrichtung von Bundessammellagern. Gegen den Vorschlag der baden-württembergischen Landesregierung scheint das Programm von Stobbe noch harmlos – eine weitere Einschränkung der Tatbestände, die eine Berufung zulassen, aber es geht in die gleiche Richtung.

Abschiebungen, Exempel Widerstand

r.scm. Von den 40 Entscheidungen in Asylverfahren in Bremen seit Jahresbeginn fiel keine einzige positiv aus. ¾ wurden als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt, so daß die Berufungsmöglichkeit entfällt. Am 16.7. wies das Verwaltungsgericht Braunschweig gleich 18 Asylanträge von Indern auf einmal zurück. Ein Inder, dessen Asylantrag in Westberlin abgelehnt worden war, per Flugzeug abgeschoben werden sollte und bei einer Zwischenlandung in Frankfurt unter anderem Namen erneut Asyl beantragte, wurde deswegen jetzt zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilt. Unter Berufung auf einen Erlaß des Bundesarbeitsministers erteilt das Arbeitsamt Bremen keine Arbeitserlaubnis mehr an Asylbewerber, auch an solche nicht, die schon länger als ein Jahr in der BRD sind. Der schleswig-holsteinische Landkreis Storman will ab August keine Asylanten mehr aufnehmen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde will in Stohl ein Lager einrichten. Gegen ihre Entrechtung führten in Harburg die Asylbewerber in dem Lager Wetternstraße ein Fest unter Beteiligung zahlreicher Harburger durch, auf dem in Ansprachen und auf Wandzeitungen die Ausländergesetze angegriffen wurden. Auf einer Veranstaltung der SPD in ihrer „Kreuzberger Woche" kam Innensenator Ulrich wegen der Ausländerpolitik des Senats unter Beschuß.

Chauvinistische Hetze und Sorge um billige Arbeitskräfte

r.scm. „Auf lange Sicht kann das drängende Problem der Asylanten nur durch eine Änderung des Grundgesetzes gelöst werden", erklärte der schleswig-holsteinische Bundesratsminister Schwarz in Übereinstimmung mit Stoltenberg (KN, 16.7.). Der Sozialausschuß des Städteverbandes Schleswig-Holstein und der Schleswig-Holsteinische Landkreistag hatten schon im Mai in Presseerklärungen Landessammellager gefordert, denn: „Steigende Asylbewerberzahlen gefährden den sozialen Frieden." (Landkreistag, Presseerklärung 7.5.) Und der Bremer Polizeipräsident Diekmann fragt, ob die latente kriminelle Energie, die unter den Asylbewerbern feststellbar sei, auch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der eigenen nationalen Existenz hingenommen werden müsse (HAZ, 17.7.). Gegen die Verweigerung der Arbeitserlaubnis ist die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen Schleswig-Holstein. „Asylbewerber stellen erfahrungsgemäß aufgrund ihrer niedrigen Anforderungen an die Arbeitsbedingungen kein Problem für den Arbeitsmarkt dar." (SIB, 6.6.) Entsprechend berichtet der NDR in den „Berichten vom Tage" am 14.7., daß im Fremdenverkehrsgewerbe auf Sylt und Amrum noch 580 Arbeitskräfte gesucht werden. Erst ein Teil der Lücken sei mit Studenten und Asylbewerbern gestopft.

Erprobungsschießen trotz Gefährdung der Fischer erlaubt

r.sal. Die Klage des Fischers Hamann gegen die Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht ist abgewiesen worden. Im letzten Jahr mußte die Waffenerprobungsstelle den Fischern zusichern, daß sie nicht in ihrer Berufsausübung behindert würden. Es sollte im „Clear-Range-Verfahren" geschossen werden. D.h. daß die Bundeswehr keine Polizeihoheit im Erprobungsgebiet hat und nur die Fischer auffordern, aber nicht zwingen kann, den Bereich zu verlassen. So konnten Fischer und die Gemeindevertretung Büsum Raketenerprobungen verhindern. Bei der anschließenden Haubitzenserie schoß die Bundeswehr Granaten ab, obwohl ein Fischer im Sicherheitsbereich fischte. Das folgende Strafermittlungsverfahren gegen den Leiter der Waffenerprobungsstelle wurde von der Staatsanwaltschaft Itzehoe eingestellt mit der Begründung, daß die Wahrscheinlichkeit der Nichtgefährdung größer war als die der Gefährdung. Entsprechend beschloß nun das OVG Lüneburg und legte die Mißachtung des „Clear-Range" fest. Die Fischer erklärten, nicht aufzugeben. Ein Fischer griff Apels Worte an, die Fischer würden sich an das Schießen gewöhnen: „Minister Apel soll man für eine Woche zu mir an Bord kommen. Dann werde ich ihm jeden Tag sieben, acht Schläge mit 'nem Tampen rüberziehen. Wenn er sich daran gewöhnt, gewöhn' ich mich auch an seine Schießerei."

Kosten und Schulden der schottischen Bauern steigen drastisch

Schafpreise seit zwei Jahren konstant / Auf 1400 Hektar kann sich eine Familie knapp ernähren / Reportage

z.hef.London. Jim Cameron und seine Familie bewirtschaften eine Farm von 3500 Acres, das sind etwa 1400 Hektar. 1400 Hektar wären Großgrundbesitz, wenn Cameron Ackerbau betreiben würde. Aber hier im Grenzgebiet zwischen England und Schottland, dem „Borders"-Distrikt, werden die steilen Hügel mit der dünnen, steinigen Mutterbodenschicht für kaum etwas anderes als die Schafzucht und -mast verwendet. Die Familie kann sich auf den 3500 Acres knapp ernähren.

Fünf erwachsene Familienangehörige arbeiten auf der Farm. Zwei weitere arbeiten bereits als Lohnarbeiter in der Stadt bzw. bei der Forstkommission.

Der Hof produziert hauptsächlich Lämmer. Cameron hat 2500 Schafe. Etwa drei Viertel davon sind Mutterschafe und ein Viertel Böcke. Die zähen Cheviot-Schafe bleiben das ganze Jahr auf den grasigen Hügeln. Die Black-face-Schafe sind empfindlicher, Cameron zieht einige hundert in der Nähe des Hofs bzw. im Stall. Außerdem hat er zwei Milchkühe.

Jedes Jahr im Frühjahr werfen die Mutterschafe etwa 1400 bis 1600 Lämmer. Die Lämmer verkauft Cameron nach sechs Monaten zur Weitermast an andere Bauern, deren Höfe tiefer liegen. Die Hügellage mit den Schnee- und Hagelstürmen ist nicht gut für die Mast geeignet. Die Lämmer erfrieren leicht und finden nicht genug Futter. Deshalb werden die Lämmer (bis auf diejenigen, die die Bauern zur Zucht behalten) im August oder September versteigert. Pro Lamm bekommt Cameron jetzt zwischen 19 und 25 Pfund, das ist sogar etwas weniger als vor zwei Jahren. Seine Ausgaben sind aber nicht gesunken.

Zweite, untergeordnete Einnahmequelle ist der Verkauf der Wolle. Im Juni und Juli scheren die Bauern die Schafe. Die meisten erledigen die schwere Arbeit mit elektrischen Scheren, aber es gibt noch genug Höfe, die keine Elektrizität haben und mit Handscheren schneiden. Die Scherer schneiden direkt an der Haut um das Schaf herum, so daß sie das Vlies in einem Stück abziehen können. Dabei muß der Scherer gleichzeitig das Schaf an den Beinen festhalten. Geschoren werden Mutterschafe und Böcke. Für das ganze Vlies zahlen die Wollhändler nicht mehr als vier Pfund.

Die Arbeit ist hart, nicht nur das Scheren. Die Schafe sind oft mehr als 5 Kilometer vom Hof auf den Hügeln, wo sie lammen, mit Kraftfutter versorgt werden oder von wo sie heruntergetrieben werden müssen. Lämmer, deren Mutterschafe gestorben sind oder die als Zwillinge geboren werden, werden mit der Flasche aufgezogen. Dazu müssen die Schafe im Stall gefüttert werden, die zwei Kühe für den Eigenbedarf gemolken und versorgt, Hof und Maschinerie in Ordnung gehalten werden.

Wo möglich, baut Cameron Futterraps und Heu an. Außerdem muß er die Grasnarbe auf den Hügeln verbessern und, wo es geht, erneuern. Die Hügel sind sehr steil. Um diese Arbeiten schaffen zu können, mußte der Hof im letzten Jahr einen neuen, starken Traktor anschaffen. Der 18 Jahre alte Massey-Ferguson reichte nicht mehr aus. Der neue Schlepper kostete mehr als 24000 DM. Außerdem muß der Hof einen Kasten-LKW für den Transport der Schafe, einen Landrover und zwei PKW unterhalten. Das nächste Dorf ist 18 Kilometer entfernt. Allein das Wegbringen der Kinder in die Schule kostet zwei Stunden jeden Tag.

Trotz Futterraps und Heu muß Cameron Kraftfutter zukaufen, 10 Tonnen pro Jahr für die Freilandschafe und fünf bis sieben Tonnen für die Schafe im Stall. Der Preis für Kraftfutter ist in den letzten zwei Jahren allein um mehr als 30% gestiegen.

Nicht nur Maschinerie und Kraftfutter sind im Preis gestiegen. Camerons Farm gehört nicht ihm, sondern einem adligen Grundbesitzer. Im letzten Jahr hat er die Pacht glatt verdoppelt. Aber für die Nachbarfarmen, die die Bauern von dem Grundbesitzer gekauft haben, ist die Lage nicht besser. Die meisten „Eigentümer" ihrer Höfe zahlen bis heute Hypotheken und Kredite zurück, deren Zinshöhe nicht festliegt und die darum jetzt besonders teuer sind.

Heute einen Hof zu kaufen, ist unmöglich, sagt Cameron. Die Regierung betreibt eine Forstkommission, die jedes zum Verkauf angebotene Grundstück aufkauft und dort schnellwachsende Fichten anpflanzt, die rasch Profit bringen. Man muß diese eng gepflanzten (1,20 m Abstand), dunklen und nur an der Oberfläche grünen Wälder gesehen haben. Vor sechshundert Jahren vernichtete die englische Bourgeoisie die schottischen Wälder durch Kahlschlag. Diese neue Art von „Wald", wo nicht einmal Hasen leben können, ist nur eine andere Methode der Bodenauslaugung. Die Bauern sind nicht gut auf die Forstkommission zu sprechen. Sie hat die Bodenpreise und damit die Pacht erheblich nach oben gedrückt.

Vor zehn Jahren gab es auf vielen Höfen in der Gegend noch Lohnarbeiter, auf jeden Fall in der Saison. Das ist ganz vorbei. Entweder sind die Höfe jetzt ganz groß, und das heißt in den meisten Fällen, daß der Besitzer in der Stadt wohnt und einen Verwalter und mehrere Landarbeiter ausbeutet, oder sie sind wieder zu Familienbetrieben geworden. Aber dieses Stadium des selbstwirtschaftenden Bauern ist nur ein Übergangsstadium. Die Bankrottzahlen in der Landwirtschaft steigen rapide. Zwischen 1964 und 1979, also in knapp 15 Jahren, sind von 440000 Höfen in Großbritanien 188000 eingegangen.

Zweimal im Jahr, im Juli aus dem Wollverkauf und im September von den Lämmern, haben die Bauern Einnahmen. Früher zahlten sie davon die Betriebskosten für das kommende Jahr. Jetzt nehmen fast alle Überziehungskredite bei den Banken auf und müssen mit ihren Jahreseinnahmen die Schulden des Vorjahres zurückzahlen. Diese laufenden Schulden machen sie zusätzlich zu den Anschaffungskrediten und den Hypothekenschulden.

Außerdem sitzt ihnen der staatliche Steuereintreiber im Nacken. Alle Bauern sind mehrwertsteuerpflichtig. Das heißt, sie müssen ihre Bücher von einem staatlich anerkannten Steuerberater führen lassen. Einmal im Jahr werden die Bücher von der Steuerbehörde überprüft.



Schafweide im schottischen Borders-Distrikt. Die zähen Cheviot-Schafe bleiben auch im Winter auf den hochliegenden Hügelweiden. Links im Bild: Schafweide, die die Forstkommission aufgekauft und in Kiefernwald verwandelt hat.

Die Bauern brauchen Maschinen, aber zahlen können sie sie nicht

Immer größer ist der Besitzanteil der Banken an den Höfen / Landwirtschaftsausstellung in England

z.mif.London. Auf der alljährlich veranstalteten englischen Landwirtschaftsausstellung haben die britischen Banken fest installierte Filialen. Die Barclays Bank wirbt mit dem Spruch „First in Farming Finance", Größter Gläubiger der Bauern. Die Bank hat einen Computerdienst eingerichtet, durch den sich die Bauern gegen Angabe der genauen Daten über ihre Produktion und ihre Kosten den dieses Jahr zu erwartenden Bruttoprofit errechnen lassen können; der Computer vergleicht die Angaben des Bauern mit den von den Landwirtschaftsexperten der Bank ermittelten Durchschnittswerten und druckt die Wertepaare aus. Die Schulden werden hier nicht erfaßt; tatsächlich dient aber natürlich die Erfassung der Daten über die Höfe der Bank zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit. Insbesondere die kurzfristigen Kredite müssen die Bauern bei den Banken direkt aufnehmen; ihre langfristigen Schulden haben sie teilweise bei Verwandten, zum größten Teil bei der Landwirtschaftlichen Hypothekengesellschaft, die von der Regierung und den führenden Banken gemeinsam betrieben wird. Je kleiner der Hof, desto relativ höher die kurzfristigen Schulden, die vor allem Kontoüberziehungskredite sind. Die Höfe mit ein bis zwei Vollarbeitskräften und einer Durchschnittsgröße von 44 Hektar hatten im März 1978 ihr Konto durchschnittlich um 2942 Pfund (etwa 11800 DM) überzogen, ihre Gesamtschulden je Farm betrugen 7032 Pfund (etwa 28200 DM). Jede technische Modernisierung, die der Bauer mit einem kleinen oder mittleren Hof vornehmen will, ist abhängig von der Zustimmung der Bank. Anders bei den Agrarkapitalisten und Gutsbesitzern, die direkt mit dem Finanzkapital verwachsen sind und die, wenn sie Schulden aufnehmen, einen Teil der Früchte der Ausbeutung der Landarbeiter an das Bankkapital abführen.

Der kanadische Landmaschinenkonzern Massey Ferguson, der in seinem Werk in England 11000 Lohnabhängige ausbeutet und 70% dieser Produktion exportiert, stellt einen neuen Traktor MF 4840 vor: 194 kW (260 PS), Vierradantrieb. Die Vorder- und Hinterräder sind gleich groß, mit jeweils zwei Zwillingsreifen bestückt, das Gewicht des Traktors ist auf die Achsen so verteilt, daß die Kraft über die acht Räder gleichmäßig auf den Boden gebracht wird. Bei einer Länge von 6,40 Metern beträgt der Wendekreis ganze 5,20 Meter. Die angeschlossenen Geräte werden elektronisch gesteuert, unter anderem kann die Arbeitstiefe etwa einer Egge elektronisch überwacht werden, so daß die Einstellung der Maschinen während der Fahrt wechselnden Bodenbedingungen angepaßt werden kann. Der Preis beträgt etwa 45000 Pfund (180000 DM). Der Anwendungsbereich für einen solchen gewaltigen Traktor ist in der britischen Landwirtschaft schmal, aber vorhanden. Es gibt 220 Güter mit über 800 Hektar Ackerfläche. Bereits die Großbetriebe mit zwischen 10 und 17 Arbeitskräften (die größeren werden in der Stichprobenstatistik nicht erfaßt) haben im Geschäftsjahr 1977/78 im Durchschnitt 5723 Pfund (fast 23000 DM) für Traktoren ausgegeben, die Betriebe mit ein bis zwei Arbeitskräften im gleichen Jahr 643 Pfund (etwa 2600 DM).

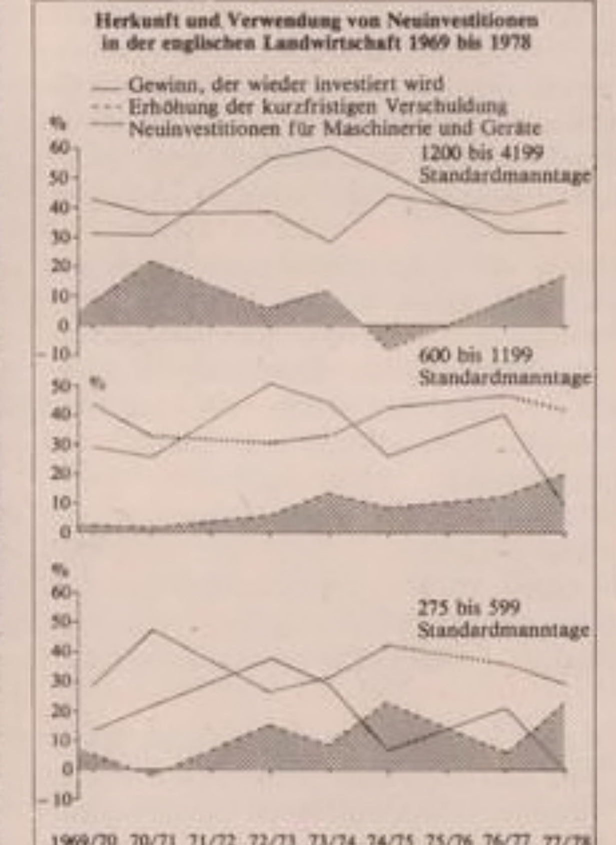
Mit Maschinen wie dem Traktor MF 4840 sind die Agrarkapitalisten in der Lage, die Landarbeiter noch schärfer auszubeuten, immer mehr Arbeit von immer weniger Arbeitern verrichten zu lassen, Extraprofite herauszuholen, die ihnen die Anschaffung von noch mehr modernem Gerät erlauben. Die kleinen und mittleren Bauern sind dadurch gezwungen, ebenfalls Anschaffungen zu tätigen, die ihre eigene Arbeit produktiver machen; aber sie können die Kosten nur durch Erhöhung der Verschuldung aufbringen und arbeiten zunehmend für die Bank, für die Zahlung von Zinsen und Rückzahlung von Krediten, bis zum Punkt der Aufgabe des Hofes und seines Verkaufs durch die Bank.

Im Schaubild haben wir die Herkunft und Verwendung von Teilen der Neuinvestitionen der englischen Bauern 1969/70 bis 1977/78 dargestellt. Bei den Kleinbetrieben fällt der Anteil der im Betrieb erwirtschafteten Investitionen unter den Anteil der kurzfristigen Verschuldung in den Jahren 1974, 1975 und 1977; bei den Mittelbetrieben 1977. Bei den Großbetrieben liegt der Anteil der Eigenmittel stets deutlich, wenn auch abnehmend, über dem Anteil der kurzfristigen Verschuldung. Der Anteil der für Maschinerie und Ausrüstung aufgewendeten Investitionen liegt bei allen Betriebsgrößen etwa im gleichen Bereich zwischen 30 und 40%, weist aber in den letzten Jahren bei den Kleinbetrieben eine sinkende, bei den Mittel- und Großbetrieben eine steigende Tendenz auf.

Nach den neuesten, nicht nach Betriebsgrößen aufgeschlüsselten Zahlen ist die Verschuldung der britischen Bauern seither ganz drastisch gestiegen. Für 1979 liegen die Bankkredite um 30% über dem Niveau von 1978 und um 70% über dem Niveau von 1977. Sie betragen jetzt insgesamt 2,2 Milliarden Pfund (etwa 8,8 Mrd. DM).



Erhöhte Extraprofite durch schärfere Ausbeutung der Landarbeiter versprechen sich die Agrarkapitalisten von der Anschaffung solcher Maschinen.



„Standardmanntag": Eine Arbeitskraft arbeitet voll an 250 Tg./Jahr

NGG-Aktion gegen Leichtlohngruppen wird fortgesetzt

z.brb. Auf der Essener Großveranstaltung der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten am 14./15. Mai mit dem Thema „Gerechter Lohn – Gerechte Eingruppierung" forderten Teilnehmer und Redner die Beseitigung der Leichtlohngruppen im Bereich der NGG. An der Aktion nahmen etwa 1400 Gewerkschaftsmitglieder teil, davon überwiegend Frauen, die ihre Forderungen auf Transparenten und Schildern mitführten. 72000 Beschäftigte im Bereich Nahrung und Genuß sind in Leichtlohngruppen eingestuft; in der Süßwarenindustrie z.B. erhalten 80% aller Frauen Leichtlohn, ihr Durchschnittslohn liegt mehr als ein Viertel unter dem Lohn der männlichen Arbeiter. Die tariflich festgelegte Unterscheidung nach „schwerer" und „leichter" Arbeit unter den ungelernten Arbeitern ermöglicht es den Kapitalisten, die Löhne der Frauen auf niedrigem Stand zu halten. Ein Kriterium für die Einstufung ist, daß Frauen nicht über 15 kg heben dürfen. 7,44 DM beträgt der Stundenlohn für „Arbeitnehmer für leichtere Hilfsarbeiten" in Baden-Württemberg. Für diesen Tariflohn müssen Arbeiterinnen bei GUBOR in Müllheim pro Tag durchschnittlich 6300 Kisten mit Hand ausschlagen und bei einer Temperatur von 30°C arbeiten. In der Leichtlohngruppe eingestuft sind außerdem Schreiberinnen, Maschinenführerinnen etc.

Waldarbeiter gegen Akkordarbeit und Stücklohn

z.jüd. Auf einem gewerkschaftlichen Waldarbeitertreffen in Ettlingen wandte sich der Bezirksleiter des Bezirks Schwarzwald der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) noch einmal entschieden gegen das bisherige Arbeitgeberangebot von 6,3% Lohnerhöhung. Die Verhandlungen waren abgebrochen worden, die Fortsetzung sei inzwischen wieder in Sicht. Bei den Verhandlungen um einen neuen Manteltarifvertrag, die bisher auch noch keine Fortschritte zeigten, geht es vor allem um die soziale Absicherung der älteren Waldarbeiter. „Dies müsse ein vorrangiges Ziel als Hilfe für die akkordgeschädigten und gesundheits- bzw. frühinvaliditätsgefährdeten Waldarbeiter werden", berichtet das Gewerkschaftsorgan „Der Säemann". In den Verhandlungen müsse man weiterkommen in Richtung auf die Beseitigung des Leistungslohns, denn „Sorge bereite nach wie vor die hohe Leistungshergabe und die Unfallgefahr der Waldarbeiter im Stücklohn." Eine Untersuchung der schweren Unfälle bei der Arbeit im Wald 1979 hat ergeben, daß 45% der Betroffenen 50 Jahre und älter waren. Schwerpunkte der Unfallzeiten lagen um 12 Uhr (21%) und um 15 Uhr (15%). 24% aller Verletzten waren länger als einen Monat arbeitsunfähig. Ein besonders hoher Anteil (39%) hätten keine besondere Ausbildung für die ausgeübte Tätigkeit gehabt.

Italienische Landarbeiter kämpfen für Provinztarifverträge

z.ans.Rom. „Sofortiger Tarifvertrag"! Das ist die Hauptforderung von 10000 seit 13 Tagen streikenden apulischen Landarbeitern auf einer Demonstration am 17. Juli in Foggia. Die italienische Landarbeitergewerkschaft hat die 1,2 Mio. Landarbeiter zu Kampfaktionen in der Zeit vom 14.–19.7. aufgerufen. Die Landarbeiter fordern einen Provinzzuschlag von 20000 Lire (43 DM) zu dem im letzten Jahr abgeschlossenen nationalen Mindesttarif von umgerechnet 700 – 800 DM und Angleichung des Versicherungsschutzes an die übrigen Branchen. Den erbittertsten Widerstand leisten die Agrarkapitalisten gegen die Forderung nach Abschaffung der privaten Arbeitsvermittlung durch sie selbst, die privaten Busunternehmer und die Zwischenhändler. Sie ist für die Agrarkapitalisten der Hebel, die Kontrolle der Gewerkschaften auszuschalten, die Arbeiter weit unter Tarif und ohne Versicherungsschutz auszubeuten. Die Busunternehmer streichen für die Arbeitsvermittlung einen saftigen Brocken von dem Lohn ein, der über sie an die Arbeiter ausgezahlt wird. Für den Transport muß ein Landarbeiter in Lazium täglich zwischen 2000 und 4000 Lire (4,50 – 8,50 DM) bezahlen. Die Arbeiter fordern direkte Auszahlung des Lohns, Bezahlung der Fahrtkosten durch die Agrarkapitalisten und öffentliche Verkehrsverbindung.

Ab dem 30. September kann die Postgewerkschaft Streikmaßnahmen durchführen

z.mik. Am 27. Juni hat der Hauptvorstand der DPG die Tarifvertragsbestimmungen über die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter fristgerecht zum 30. September 80 gekündigt. Mit diesem Schritt wird der Kampf der Postgewerkschaft gegen die Schichtarbeit auf eine neue Stufe gehoben, denn ab dem 30.9. besteht praktisch keine Friedenspflicht mehr – die DPG kann somit zentrale Aktionen bis hin zu Streiks einleiten.

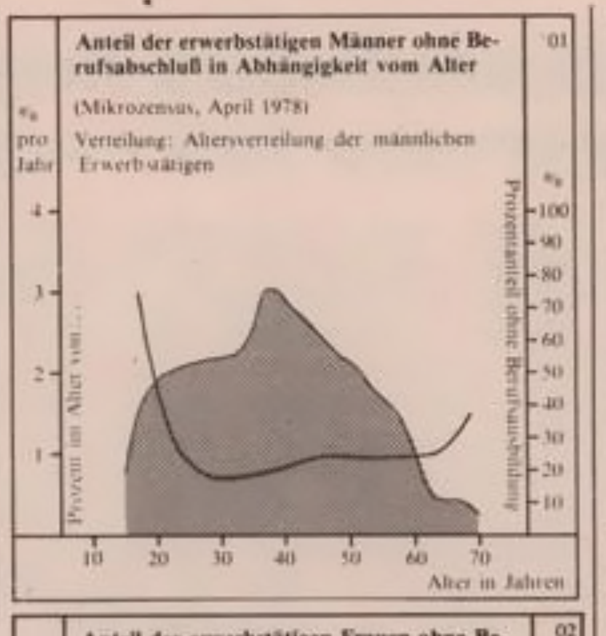
Bereits am 7.12.79 beschloß der Hauptvorstand der DPG gewerkschaftliche Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen zur Schichtarbeit. Vorausgegangen war dieser Entschliessung die 9. Bundespersonalrätekonferenz. Die letzte Verhandlung mit dem Bundespostministerium, bzw. mit Baum am 23.6. wurde erneut ergebnislos abgebrochen, da der Dienstherr kein neues Angebot vorlegte und vor den Bundestagswahlen nicht verhandlungsbereit ist. Die Ministerialbürokratie besteht weiterhin auf die 110%ige Zeitanrechnung und die Einrichtung von Zeitkonten unter Androhung der Streichung der Pausen aus der Arbeitszeit. Die DPG fordert 1. die 150%ige Zeitanrechnung für Schichtdienstleistende und lehnt die Freizeitkonten ab. 150%ige Zeitanrechnung bedeutet, daß die Schichtarbeit auf 6-Stundenschichten begrenzt wird. Mit der Einführung von Zeitkonten haben die Postler hinreichend Erfahrung, da die Überstunden so abgegolten werden können, was aufgund des Personalmangels allein in Hessen 730000 Überstunden aus dem letzten Jahr nicht abgefeiert werden konnten. 2. wird gefordert ,,Anerkennung der Zeiten von 20 Uhr bis 6 Uhr als Nachtdienstschicht''. Gegenwärtig werden durch die ,,Arbeitszeitrichtlinien der DBP für Dienstplangestaltung – Mindestbedingungen'' festgelegt, daß als Nachtschicht nur die Zeit von 0 Uhr bis 4 Uhr gilt; (Entsprechend werden die Zulagen bezahlt). 3. wird gefordert, daß die Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit erfolgt, sowie die Einführung weiterer Pausen. Bislang werden die Pausen nur bei den Betriebsdienststellen aud die Arbeitszeit angerechnet.

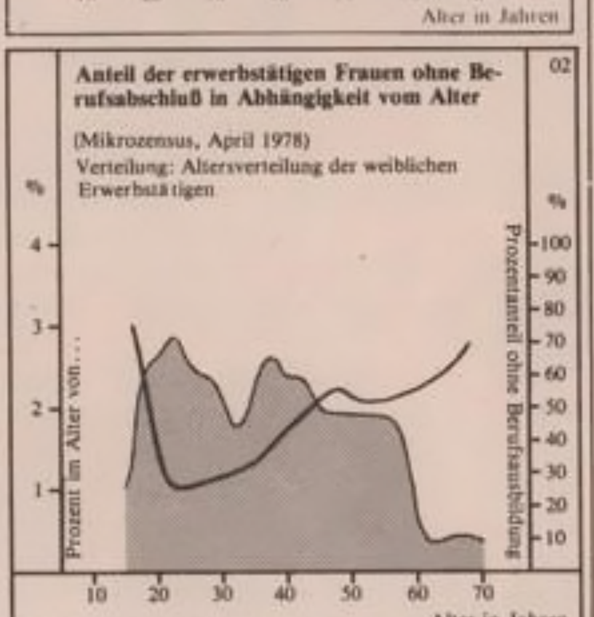
Die Schichtarbeit entwickelte sich auf der Berechnungsgrundlage des BPM (Zeit von 0 Uhr bis 4 Uhr) wie folgt.

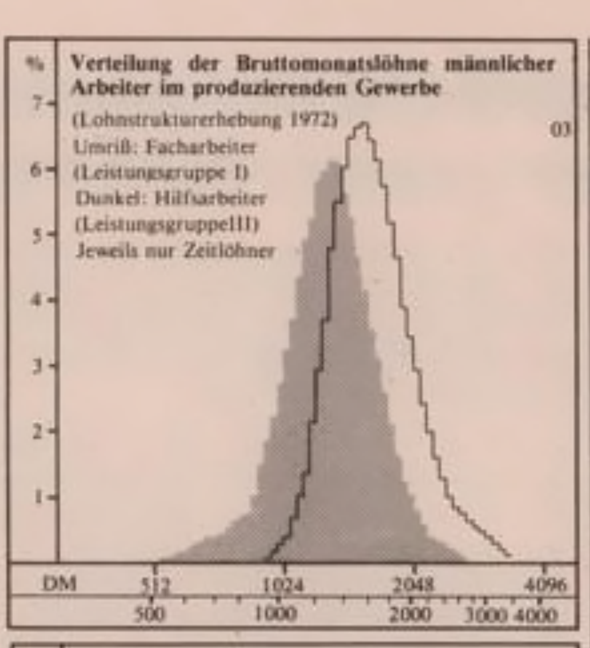
Nach den Angaben der DPG sind zur Zeit über 200000 der 500000 Beschäftigten der Post, 43% in den Schichtdienst gepreßt. Die Schichtarbeit konzentriert sich im wesentlichen auf den Postbereich. Im Paketumschlag sind 81,7%, im Beutelumschlag 96,6% im Bahnpostdienst 98,5%, im Postaustausch 94,1%, im Straßenpostdienst 87,8%, beim Fernmeldedienst in der Fernsprechauskunft 84,6% und im Telegrammdienst 82,5% der Beschäftigten im Schichtdienst. Ab 1.4.80 ist
87,8%, beim Fernmeldedienst in der Fernsprechauskunft 84,6% und im Telegrammdienst 82,5% der Beschäftigten im Schichtdienst. Ab 1.4.80 ist
rund um die Uhr der Bereitschaftsdienst bei den Fernsprechentstören eingeführt worden.

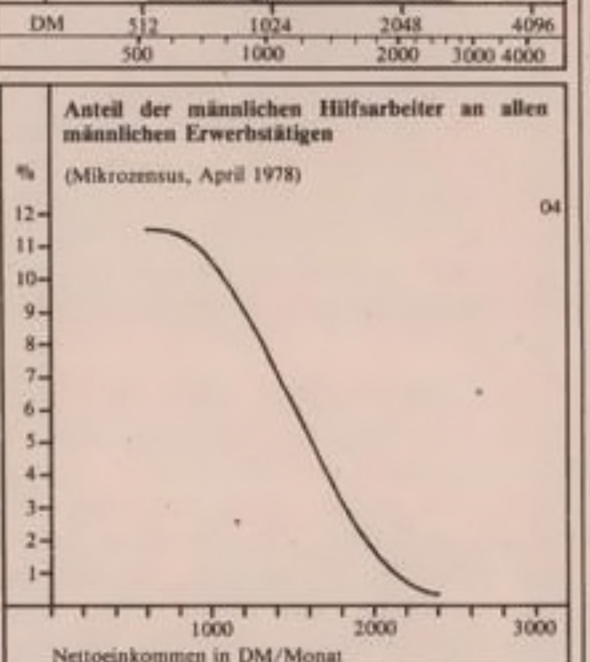
Hartnäckig weigert sich das BPM, den Forderungen nachzugeben, die Post dient den Kapitalisten, die nach schneller Abwicklung ihrer Kommunikation und ihres Warenumschlages rund um die Uhr drängen. Der Paketversand wurde von den privaten Haushalten nur zu 6,8% in Anspruch genommen gegenüber der Industrie mit 48,7%, Handel 33,3%, Versandhandel 5%, Dienstleistungsunternehmen 4%, Handwerk 1%, Organisationen und Gebietskörperschaften 0,6%. Im Briefversand (30 Mio. Briefe tägl./20 Mio. per Bahn) hat die ,,Wirtschaft'' mit 72,27% den größten Anteil, öffentliche Institutionen 13,35%. Nur 10,97% des Briefdienstes dient der Kommunikation der Massen untereinander. Der Postzeitungsdienst ist vollständig den Kapitalisten gewidmet. Ab 1.6.80 wurde eigens für die Kapitalisten ein schnelles Nachtbahnpostnetz auf der Strecke Hamburg – Basel/Stuttgart in Betrieb genommen. 1981 soll die Strecke Köln – Düsseldorf – Hamm – Hannover sowie 1982 Dortmund – Würzburg – Nürnberg/Stuttgart in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig will das BPM den Bahnpostdienst in nur 4 Dienststellen in der gesamten BRD zentralisieren. Angesichts dieser Tatsachen unternimmt eine Arbeitsgruppe des BPM über Schichtarbeit einen Vorstoß. ,,*Um eine günstigere Dienstplangestaltung im Interesse der Beschäftigten zu erreichen sind 12 Stunden-Schichten möglich*''. Die Verkürzung auf 6 Stundenschichten findet bei den Postlern Unterstützung, am 29.11.79 demonstrierten in Saarbrücken 350, am 15.12.79 in München 300, am 27.3.80 in Frankfurt 500 und am 21.5. 1000 in Düsseldorf. Über 10000 Postkarten gegen den Schichtdienst wurden von den Münchener Postlern an Gscheidle geschickt.

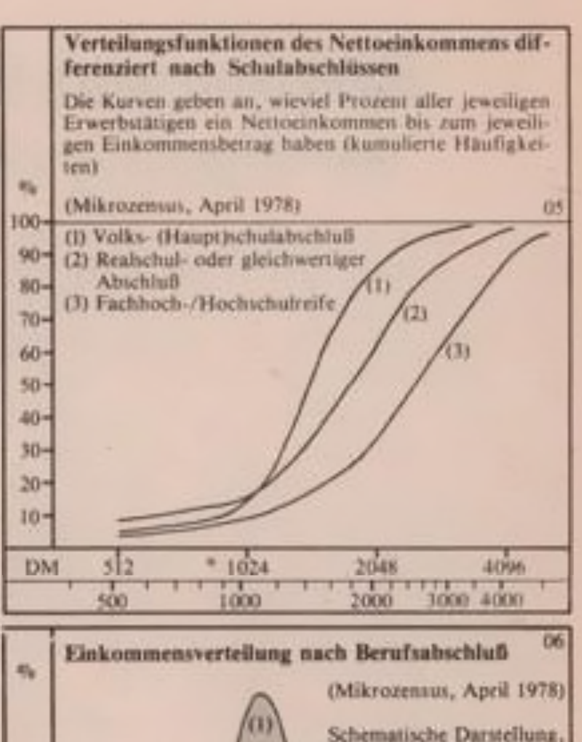
Der Kampf der DPG steht auf wackeligem Boden, solange sie mit dem Dienstherrn einig ist, daß Nacht- und Schichtarbeit bei der Post gesellschaftlich notwendig ist, und nicht nur von dem Verschleiß der Arbeitskraft her argumentiert. 1974 ist in dem gesellschafts- und berufspolitischem Programm der DPG die Forderung, ,,Nacht-, Schicht- und Feiertagsdienst sind weitgehend abzuschaffen aufgestellt, was die Schwäche hatte, daß sie nicht das generelle gesetzliche Verbot beinhaltete. Dies hatte zur Folge, als zwischen 1975 und 1977 die Privatisierer dem Paketdienst zu Leibe rückten, daß die DPG die Forderung nach weitgehender Abschaffung umging und 1977 unter dem Druck der Privatisierer beschloß, daß der Forderung nach weitgehender Abschaffung die betriebliche Erfordernis (nach Erhaltung des Paketdienstes) entgegenstünde. Nach wie vor fordert die DPG die 150%ige Zeitanrechnung und der Kampf gegen die Schichtarbeit ist eher stärker geworden. Es ist richtig, solange man das gesetzliche Verbot der Nacht- und Schichtarbeit noch nicht durchgesetzt hat, für Forderungen einzutreten, die
worden. Es ist richtig, solange man das gesetzliche Verbot der Nacht- und Schichtarbeit noch nicht durchgesetzt hat, für Forderungen einzutreten, die
der grenzenlosen Ruinierung der Arbeitskraft durch Arbeitszeitverkürzung Schranken setzen und daß die Dienstaufsicht dies so teuer wie möglich bezahlen soll. Die DPG hat die Personalräte aufgerufen, alle Maßnahmen der Dienstaufsicht, die die Lage der Schichtdienstleistenden verschlechtern, abzulehnen.

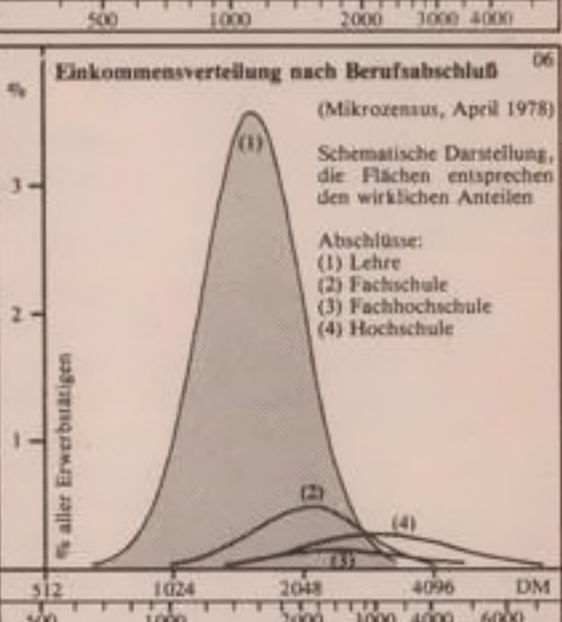












Lohnhöhe und Reproduktion (III)

z.gör. Wir hatten festgestellt, daß der wesentliche ökonomische Inhalt der Haushaltsbildung der Lohnabhängigen die Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft ist. Im Zeitablauf gesehen handelt es sich außer um die tägliche Wiederherstellung der Arbeitskraft für den Produktionsprozeß, wo sie von den Kapitalisten vernutzt wird, insbesondere um die Erzeugung von Nachwuchs, also für die Kapitalisten um die Sicherung der Zufuhr von Arbeitskraft, und um dessen Ausbildung. Es sind zunächst die Haushalte, Familien, wo die Ausbildung der Arbeitskraft bereits in erheblichem Umfang stattfindet. Sie wird fortgesetzt in der Schule, während der Berufsausbildung und schließlich durch die Teilnahme am Produktionsprozeß selbst.

Bei der Ausbildung der Arbeitskraft handelt es sich um einen gesellschaftlichen Vorgang, wie bei der Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt. Aber unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist die Arbeitskraft eine Ware. Das prägt die Formen ihrer Produktion und Reproduktion, also auch ihrer Ausbildung. Der gesellschaftlich bestimmende Zweck ist die Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten, nicht ihre Ausbildung als gesellschaftliche Produktivkraft. Daran ändert es nichts, daß der bürgerliche Staat die meisten Ausbildungsinstitutionen unter seiner unmittelbaren Regie hat oder zumindest kontrolliert.

Es ist eine Folge dieser Verhältnisse, daß die Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich von der ökonomischen La-
gie hat oder zumindest kontrolliert.

Es ist eine Folge dieser Verhältnisse, daß die Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich von der ökonomischen La-
ge der Haushalte abhängt, also von der Höhe ihres Einkommens. Häufig ist nicht einmal elementare Reproduktion während der Ausbildung gesichert, die dann abgebrochen werden muß. Durch Ausbildungsentgelt oder Ausbildungsförderung wird sie nicht gesichert. Die Einkommensverteilung wirkt schließlich in sämtliche Bedingungen der Ausbildung: ob und wieviel Zeit die Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder aufbringen können, ob und in welchem Umfang notwendige sachliche Voraussetzungen des Lernens bereitgestellt werden können.

Hauptschulabschluß mit anschließender Lehre ist der zur Zeit noch geltende Standard der Ausbildung (s. zu dessen Gewicht auch Schaubild 6). Aber erhebliche Teile der Lohnabhängigen erreichen diesen Standard nicht. Etwa 3% der 20–25jährigen haben keinen Hauptschulabschluß. Die Selektion in die Sonderschulen steigt seit Jahren. Bei den männlichen Erwerbstätigen haben etwa 25%, bei den weiblichen mehr als 40% keine Berufsausbildung.

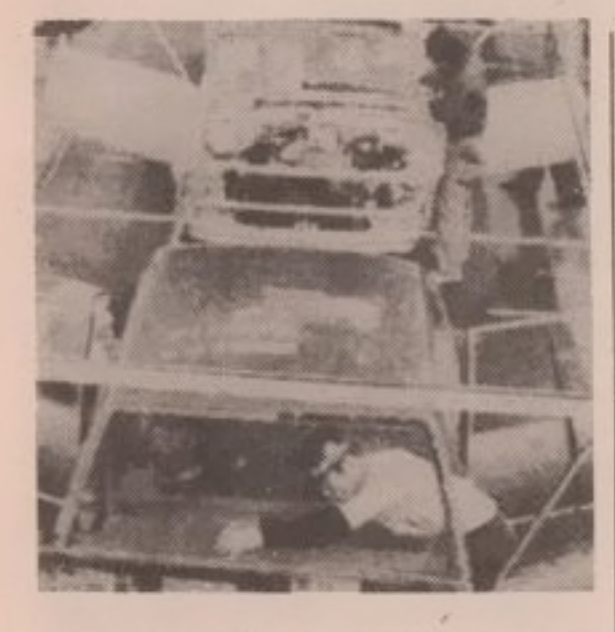
Der Wert der Arbeitskraft hängt außer von den notwendigen Kosten ihrer täglichen Reproduktion (vor allem also durch die Intensität der Arbeitsleistung bedingt) wesentlich von ihren Ausbildungskosten ab. Man erkennt dies in den Lohnverteilungen, wo sich der unterschiedliche Ausbildungsgrad als erheblicher Faktor der Lohnspaltung herausstellt. Wird der Ausbildungsstandard nicht erreicht, dann wird auch der Standard für den Wert der Arbeitskraft nicht erreicht. Für erhebliche Teile der Lohnabhängigen findet also schon hierüber eine Senkung des Werts der Arbeitskraft statt. Im großen und ganzen wiederholt sich der Vorgang in der Abfolge der Generationen. Wo der Lohn schon niedrig steht, sind die Möglichkeiten zur Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich einge-
Vorgang in der Abfolge der Generationen. Wo der Lohn schon niedrig steht, sind die Möglichkeiten zur Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich einge-
schränkt; die dadurch vermittelte Senkung des Werts der Arbeitskraft erzeugt erneut niedrigen Lohn.

Weil die Arbeitskraft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen als Ware ausgebildet wird, nimmt das Interesse an Ausbildung selbst eine besondere Form an: Seine allgemeine Grundlage in der produktiven Arbeit, die umfassende Kenntnisse verlangt, wird überlagert und teilweise zerstört durch ökonomische Verhältnisse, die die Ausbildung als ein Mittel erfordern, um den Wert der Arbeitskraft zu sichern und um der dauernden Tendenz zur Senkung ihres Werts und demzufolge des Lohns entgegenzuwirken. Dies ist die materielle Grundlage für den hohen Rang, den die Lohnabhängigen der Ausbildung ihrer Kinder wie auch ihrer eigenen Aus- und Weiterbildung beimessen. (Es ist auch eine wesentliche Grundlage der bürgerlichen Ideologie über den Zusammenhang zwischen ,,Leistung und Aufstieg''.)

Aber die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte gerät immer mehr in Widerspruch zur Form ihrer Produktion und Reproduktion als Waren bzw. Kapital. Das gilt insbesondere auch für die Ausbildung der Arbeitskraft. Die fortwährende Umwälzung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, gesteuert von den Profitinteressen der Kapitalisten, verschafft sich über den Arbeitsmarkt naturwüchsig Geltung in immer rascher wechselndem Bedarf an Arbeitskraft. Immer häufiger tritt der Sachverhalt auf, daß Arbeitskraft entwertet wird, weil für eine einmal erzielte Ausbildung seitens der Kapitalisten kein Bedürfnis mehr besteht. Man kann das schon daraus erkennen, daß 30% der heute als Hilfsarbeiter eingesetzten Arbeitskräfte über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen. Aber der Kapitalist bezahlt natürlich, bestenfalls, die von ihm vernutzte Arbeitskraft.

Dagegen ist der Lohnkampf grundlegend. Aber darüberhinaus stellt sich
pitalist bezahlt natürlich, bestenfalls, die von ihm vernutzte Arbeitskraft.

Dagegen ist der Lohnkampf grundlegend. Aber darüberhinaus stellt sich
die Durchsetzung einer allgemeinen, umfassenden Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen und ihre vollständige Bezahlung aus dem Staatshaushalt als Aufgabe. Ebenso der jetzt vom DGB in seinen ,,Wahlprüfsteinen'' geforderte Anspruch auf berufliche Fortbildung und Umschulung bei Sicherung des bisherigen Lohns.



z.wos. **Der steigende Marktanteil der relativ billigen, sparsamen und mit Extras ausgerüsteten japanischen Wagen ist mit einer außerordentlich hohen Ausbeutungsrate der japanischen Arbeiter erkauft.** So hat der größte japanische Hersteller Toyota die Anzahl produzierter Wagen pro Beschäftigtem in 14 Jahren um mehr als das 3fache gesteigert – 1965: 21 Wagen, 1970: 40, 1975: 54, 1979: 67. Einzelne Arbeiterkolonnen werden gegeneinander gehetzt, indem Kampagnen zur Steigerung der Arbeitsleistung durchgeführt werden, betitelt ,,Die Ersteigung des Mt. Everest'', ,,Reise um die Welt in 80 Tagen''. Während die Kapitalisten geringfügige Verkürzungen der Wochenarbeitszeit zugestehen mußten, erhöhen sie auf der anderen Seite das Tempo des Arbeitsprozesses. Stoppuhren und Videocameras kontrollieren jeden Teilarbeitsvorgang. Ein Nissan-Arbeiter berichtet, daß der Produktionsleiter nach einer solchen Überprüfung eines Handgriffes ihn rief: ,,Hör mal, es gibt 2 Sekunden ungenutzte Zeit, kannst du das nicht in 18 Sekunden machen?'' Mit allen Mitteln soll auch die Anwesenheitsrate gesteigert werden, bei Nissan auf 96%, bei Toyota auf 95%. – Umfrageergebnisse der klassenbewußten Gewerkschaft ,,Zenkin-Prince'' bei Nissan: 1975 äußerten 37,3% der Arbeiter ,,die Arbeit war aufreibend'', 1980 waren es 58,6%. Zwangshebel dieser Steigerung der Ausbeutungsrate sind die niedrigen Löhne (1 490 DM monatlich, mit Überstunden) und steigende Arbeitslosigkeit. – *Bild:* Endmontage Toyota

z.elf.London. **Nur eine knappe Mehrheit der britischen Krankenschwestern stimmte in den einzelnen Gewerkschaften und Vereinigungen für Annahme des Regierungsangebotes von insgesamt 14% Lohnerhöhung.** In der größten Gewerkschaft COHSE war die Stimmenmehrheit das knappste Ergebnis der Geschichte, in der Gewerkschaft NUPE stimmten die Bezirke London und zwei weitere gegen das gesamte Angebot, das für die meisten Krankenschwestern 13% mehr, einige wenige bis zu 23% mehr bedeutet und damit bei einer Inflationsrate von gegenwärtig 21% für die Mehrheit eine Reallohnsenkung. Die Lohnspanne bewegt sich jetzt zwischen knapp 1000 DM für eine Schwesternhelferin und etwa 2270 DM monatlich für eine Oberschwester.

z.mif.London. **Zahlreiche Angestellte des britischen Chemiekonzerns ICI haben am 11. Juli erstmals überhaupt gestreikt.** Der Tarifvertrag ist am 1. Juli ausgelaufen; ICI hat nur 16% mehr geboten, während die neueste offizielle Inflationsrate auf 21% lautet. Von den 22000 Angestellten, die von diesem Tarifvertrag erfaßt sind, sind etwa 17000 gewerkschaftlich organisiert. Nach Mitteilung der Gewerkschaft ASTMS, die ein deutlich höheres Angebot fordert, haben 10000 Angestellte in allen britischen ICI-Werken an Aktionen teilgenommen. An mehreren Orten fanden 24-stündige Streiks und Demonstrationen vor dem Werkstor statt. Die ICI-Arbeiter haben die 16% plus schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 37½ Stunden angenommen. Die Angestellten arbeiten bereits jetzt 37½ Stunden und fordern zusätzliche Angebote der ICI-Kapitalisten.

z.ans.Rom. **Die Arbeiter aller Branchen im Turiner Raum streikten am 17. Juli drei Stunden lang gegen die von der italienischen Regierung beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Steuerplünderung und Lohnsenkung.** Sofortige Rücknahme des Dekrets zur Solidarität mit den Kapitalisten! Das war die einhellige Forderung. In ganz Italien antworteten die Metallarbeiter mit einem zweistündigen Streik auf die Entlassungsdrohungen der Fiat-Kapitalisten. Mit großen Demonstrationen, Kundgebungen, teilweise auch mit Straßenblockaden, Besetzungen von Eisenbahngleisen und staatlichen Gebäuden protestierten sie gleichzeitig gegen das staatliche Plünderprogramm. Die nationale Gewerkschaftsführung gerät immer mehr unter Druck. Nicht nur große, nicht abreißende Fabrikversammlungen, sondern auch einzelne nationale Branchengewerkschaften und regionale und lokale Gewerkschaftsgremien fordern Rücknahme der Dekrete und Generalstreik. Der Gewerkschaftsbund CGIL, CISL, UIL Ligurien hat bereits einen Kampftag der gesamten Industrie gegen das Krisenpaket beschlossen.

z.ans.Rom. **Am 17. Juli haben die Arbeiter aller italienischen Montedison- und Snia-Werke vier Stunden lang gestreikt.** Sie fordern die Rücknahme des von der Regierung abgesegneten Sanierungsplans für die zwei größten Kunstfaserkonzerne, Snia und Montefibre (Tochter des größten Chemiekonzerns Montedison). In der Chemiefaserindustrie herrscht weltweit Überproduktionskrise. Während Italien 1977 mehr Fasern aus- als einführte, betrug 1978 das Negativsaldo bereits 46142 Mio. Lire. Nach dem Sanierungsplan soll ein knappes Viertel aller Arbeiter der Branche (35000) auf die Straße gesetzt werden. Von den 20000 Snia-Arbeitern 4000, von den knapp 8000 bei Montefibre 3000 und von den 5600 Arbeitern bei Anic (Tochter des staatlichen Ölmonopols Eni) 1000. Die Kunstfaserkapitalisten drohen bereits: Die Lohnforderung für den nationalen Tarifvertrag von rund 45000 Lire (96 DM) sei ,,unvereinbar'' mit ihrer Lage.

z.bew. **Mit einem Erfolg endete am vergangenen Wochenende der Streik der kommunalen Lohnabhängigen De-**

„Kampf um günstige Betriebsvereinbarungen" BASF-Betriebsrat stellt Forderungsprogramm auf

z.sth. Unmittelbar nach dem Tarifabschluß für die chemische Industrie in Rheinland-Pfalz hat der BASF-Betriebsrat ein sechs Punkte umfassendes Forderungsprogramm aufgestellt und unter der Überschrift „Es ist noch Geld da – Nach bescheidenem Tarifabschluß Kampf um günstige Betriebsvereinbarungen" veröffentlicht:

– „Enormer Zuschlag für die Jahresprämie" (‚Weihnachtsgeld‘). Für 1979 hatte der Betriebsrat die Zahlung von 160% eines *Effektiv*lohnes/gehaltes und die Erhöhung der ‚Treueprämie‘ durchgesetzt. Tariflich abgesichert sind laut Manteltarifvertrag der Chemischen Industrie 100% eines *Tarif*lohnes/gehaltes.

– Volle Absicherung des Lohnes/Gehaltes für Beschäftigte, die altersbedingt auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze umgesetzt werden.

– Absicherung der ‚wandelbaren Sonderzulage‘ für Angestellte durch Angleichung an durchgesetzte Gehaltserhöhungen und Höhergruppierungen. Die ‚wandelbare‘ ist die einzige Zulage der BASF, die nicht an die Tariferhöhungen gekoppelt ist, sondern als ‚Kopfprämie‘ gezahlt wird.

– Erweiterung der Möglichkeiten, Belegschaftskredite zu erhalten.

– Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Schichtarbeiter gemäß der tariflichen Regelung in der Zigarettenindustrie: 38 Std./Woche ab dem 50. Lebensjahr, 36 Std. ab 55 Jahre, 35 Std. ab 60 Jahre. Pensionierung von Schichtarbeitern mit 60 Jahren bei vollem Ausgleich der wegen dadurch fehlenden Beitragsjahre geringeren Rente.

– Schritte zur Einführung des Monatslohnes für Arbeiter.

Diese Forderungen fassen die Debatten der Belegschaft zusammen, in denen die Absicherung übertariflicher Lohnbestandteile gefordert wird und die sich gegen die Intensivierung der Arbeit vor allem durch die 12-Std-Wechselschicht richten. In einem Zeitungsinterview hat der Betriebsratsvorsitzende Blumenthal den Personalmangel in den Schichtbetrieben angegriffen und die Einstellung zusätzlicher Arbeiter gefordert. Die Schichtarbeiter könnten mittlerweile nicht mehr an den Abteilungsversammlungen teilnehmen und während der Urlaubszeit sei „der Risikofaktor fast gegeben". Blumenthal verlangt weiter den Kauf eines dritten Erholungsheimes durch die Kapitalisten, möglichst in Mittelgebirgslage.

Auf der Vertrauensleuteversammlung am 15.7. haben Betriebsrat und IG Chemie eine Jahresprämie in Höhe von 170% auf den Effektivlohn gefordert. Die Forderung nach dem Monatslohn für Arbeiter gewährleistet, daß sich das Forderungsprogramm günstig in das Tarifkonzept der IG Chemie einpaßt, die noch in diesem Jahr die Verhandlungen über ein einheitliches Entgeltsystem für Arbeiter und Angestellte aufnehmen will.

Tarifkalender: Auch in der hessischen Kautschukindustrie 7% Lohnerhöhung

z.gih. **Nahrung, Genuß, Gaststätten.** Neuer Manteltarifvertrag ab 1.1.80 in der *Fisch- und Geflügelwirtschaft Cuxhaven* nach drei Verhandlungen und in der Schlichtung in 1. Instanz abgeschlossen: 1. Gemeinsamer MTV für Arbeiter und Angestellte. 2. Bezahlte Freizeit für ältere Beschäftigte ab dem 60. Lebensjahr und 10jähriger Betriebszugehörigkeit ab 1.1.82 12 Tage zusätzlich. 3. Besonderer Kündigungs-

männischen Angestellten in der *bayerischen chemischen Industrie* wurde mit Wirkung vom 1.7.80 ein neuer Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Danach erhöhen sich die Gehälter, einschließlich der Ausbildungsvergütungen um 7,1%. – Die Tarifverhandlungen für die *Akademiker in der chemischen Industrie* sind abgeschlossen: Lt. DAG werden die Mindestjahresbezüge unterschiedlich erhöht: um 8,19% für

Tarifkalender: Auch in der hessischen Kautschukindustrie 7% Lohnerhöhung

z.gih. **Nahrung, Genuß, Gaststätten.** Neuer Manteltarifvertrag ab 1.1.80 in der *Fisch- und Geflügelwirtschaft Cuxhaven* nach drei Verhandlungen und in der Schlichtung in 1. Instanz abgeschlossen: 1. Gemeinsamer MTV für Arbeiter und Angestellte. 2. Bezahlte Freizeit für ältere Beschäftigte ab dem 60. Lebensjahr und 10jähriger Betriebszugehörigkeit ab 1.1.82 12 Tage zusätzlich. 3. Besonderer Kündigungsschutz und Abgruppierungsschutz für Beschäftigte, die 55 Jahre alt sind und dem Betrieb 15 Jahre angehören. 4. Bis 1986 für alle Beschäftigten mindestens 30 Tage Urlaub. 5. Stufenweise Anhebung des zusätzlichen Urlaubsgeldes bis 1986 50% eines Tarifmonatslohns.

Chemische Industrie. Die Tariflöhne und Gehälter der Hessischen Kautschukindustrie werden ab dem 1.7.80 rückwirkend um 7% erhöht. Die Ausbildungsvergütungen im 1. und 2. Lehrjahr werden um 45 DM und im 3. und 4. Lehrjahr um 50 DM erhöht. Die vermögenswirksamen Leistungen werden ab 1.1.81 um 12 DM von 20 DM auf 32 DM und bis zum 1.1.84 auf 52 DM erhöht. – Für die *feinkeramische Industrie Rheinland-Pfalz* hat die IG Chemie eine Tariferhöhung von 7% durchgesetzt. Der Tarifvertrag tritt rückwirkend am 1.5.80 in Kraft und hat eine Laufzeit von 12 Monaten. – Für die 25000 technischen und kaufmännischen Angestellten in der *bayerischen chemischen Industrie* wurde mit Wirkung vom 1.7.80 ein neuer Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Danach erhöhen sich die Gehälter, einschließlich der Ausbildungsvergütungen um 7,1%. – Die Tarifverhandlungen für die *Akademiker in der chemischen Industrie* sind abgeschlossen: Lt. DAG werden die Mindestjahresbezüge unterschiedlich erhöht: um 8,19% für das erste Berufsjahr, um 7,78% für das zweite Berufsjahr, um 7,43% für das dritte, um 7,1% für das vierte und um 6,85% für das fünfte Berufsjahr. Der Abstand der Mindestbezüge von Berufsjahr zu Berufsjahr beträgt danach 3550 DM jährlich.

Handel. Rückwirkend ab 1. Mai werden für die Arbeiter und Angestellten im Bereich des *rheinland-pfälzischen Großhandels* der HBV neue Löhne und Gehälter gezahlt. Vereinbart wurde eine Erhöhung von 6,8 bis 7,2%, 2 Tage mehr Urlaub in diesem Jahr, 1 Tag mehr Urlaub nächstes Jahr, höheres Urlaubsgeld und die Zusicherung seitens der Kapitalisten, daß im Januar 1981 über eine neue Tätigkeitsmerkmalsbestimmung verhandelt wird. – Im *rheinland-pfälzischen Einzelhandel* sind die Lohnverhandlungen von der Gewerkschaft HBV und DAG für gescheitert erklärt worden. Die Urabstimmung wird vorbereitet.

„Die nehmen dir die besten Jahre deines Lebens"

Streik der norwegischen Ölarbeiter gegen den mörderischen Verschleiß ihrer Arbeitskraft

z.bag.Aarhus. Seit zehn Jahren beuten norwegische und multinationale Konzerne auf den norwegischen Ölfeldern der Nordsee rund 10000 Arbeiter aus. Der Verschleiß der Arbeitskraft ist so gewaltig, daß sogar die Sprecher der Energiekonzerne sagen, daß kein Mann über 55 Jahre etwas auf den Plattformen verloren hat. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle wird von den bürgerlichen Statistiken sorgsam verschleiert. Mit Sicherheit kann man jedoch im morwegischen Teil der Nordsee bis 1979 mit 200 rechnen; dazu kamen in diesem Jahr die 123 Mann, die beim Untergang der Plattform „Aleksander Kielland" starben. Nach Angaben der Gewerkschaften ist die Unfallhäufigkeit auf den Ölplattformen der Nordsee 50 mal höher als in der übrigen Industrie.

Unter der Parole „Kein Tropfen Öl mehr auf Kosten unserer Sicherheit" traten am 2.7. die 2000 Arbeiter auf den Produktionsplattformen der Konzerne Mobil, British Petroleum und Elf-Aquitaine in den Streik. Sie hatten sich kurz bevor in der „Operateur-Gewerkschaft" (OFS) zusammengeschlossen, die (noch) nicht zum Gewerkschaftsbund gehört. Im Laufe der nächsten Woche schlossen sich einige kleinere Gewerkschaften des Versorgungsbereichs und die 1500 im Seemannsverband organisierten Mannschaften der schwimmenden Suchplattformen dem Streik an. Die Hauptforderungen der Seemannsgewerkschaften sind Lohnerhöhungen um etwa 30%, die übrigen Forderungen drehen sich jedoch auch bei ihnen um den Verschleiß der Arbeitskraft.

Mit Hilfe der bürgerlichen Presse haben die Ölkonzerne eine großangelegte Hetzkampagne gegen diesen Streik entfaltet. „Luxusstreik" heißt es in fast allen Zeitungen, und mit dem Trick, die Kosten der geforderten Arbeitszeitverkürzung und Sicherheitsmaßnahmen in Lohnerhöhungen umzurechnen, wird verbreitet, daß die Streikenden 100 bis 120 % mehr Lohn fordern. In Wirklichkeit sehen die wichtigsten Forderungen folgendermaßen aus:

Die Ölarbeiter fordern einheitliche Arbeitsbedingungen für den gesamten Bereich der Produktion auf den Plattformen der Nordsee. Bisher herrscht dort Wildwest, nach dem Muster der Arbeitsbedingungen unter den amerikanischen Energiekonzernen, die in der Ölförderung in der Nordsee dominieren. 100 verschiedene sogenannte Hausverträge, keine oder nur zersplitterte gewerkschaftliche Organisierung, keine Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften. Der Vorsitzende der OFS sagte dazu in einem Interview: „Es taugt nichts, daß alle Beschlüsse über unsere Arbeitsverhältnisse in einem Büro irgendwo in den USA getroffen werden."

Die Forderung nach Lohnerhöhung ist bei beiden Gruppen der Streikenden nicht mehr als die Forderung nach Erhaltung des Lohnstandards von 1978. Die Arbeiter der Nordseeölindustrie haben überdurchscnittlich hohe Löhne verlangt, aber von Luxus kann keine Rede sein. Die Löhne im Bereich der OFS liegen zwischen 70000 und 180000 Kronen pro Jahr, wobei sich der größte Teil unter 120000 Kronen befindet. Die Löhne der Seeleute liegen rund 45000 Kronen durchschnittlich darunter. Dies sind jedoch Löhne, die sich auf der einen Seite zu einem hohen Teil aus Überstunden zusammensetzen, und auf der anderen Seite wegen der erhöhten Reproduktionskosten und -bedürfnisse schnell aufgezehrt sind.

Ein Schwerpunkt der anderen Forderungen liegt auf Abwehrmaßnahmen gegen die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft und das hohe Risiko tödlicher Unfälle aufgrund von Arbeitshetze und elenden Sicherheitseinrichtungen. Dazu gehört die Forderung nach der Herabsetzung des Rentenalters von 67 auf 55 Jahre, die die amerikanischen Ölarbeiter auf den Plattformen bereits durchgesetzt haben. Bisher ist es so, daß ältere Arbeiter bei der jährlichen ärztlichen Kontrolle ausgemustert werden, wenn körperliche Mängel und/oder psychische Probleme festgestellt werden. Sie finden nur selten neue Arbeit an Land. Die Ölkonzerne beuten eine überdurchschnittlich hohe Zahl junger Arbeitskräfte aus; sie finden diese auf dem Arbeitsmarkt, weil junge Arbeiter das „schnelle Geld" zur Gründung einer Familie oder zum Kauf eines Autos brauchen. Ein vierzigjähriger Arbeiter sagte in einem Interview: „Die Konzerne nehmen dir die besten Jahre des Lebens". Auf der Totenliste der „Aleksander Kielland" waren nur 4 der Arbeiter über fünfzig Jahre alt geworden, die meisten waren zwischen 30 und 35.

Eine wichtige Forderung ist die neue Regelung der Schichten. Statt wie bisher 12 Tage an Bord zu arbeiten und 12 Tage an Land auszuruhen, wollen die Ölarbeiter 24 Ruhetage, und statt der Besetzung einer Stelle mit 2,5 Mann fordern sie eine Besetzung mit 3 Mann. Die bisherige Schichtordnung zwingt immer wieder zu Überstunden, weil wegen häufiger Krankheiten und wegen klimatischer Bedingungen der Ablösungsmann oft nicht kommt. Zur Unterstützung ihrer Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung führen die Streikenden außer dem starken Verschleiß und dem erhöhten Unfallrisiko an, daß sie zwar nur 1733 Stunden im Jahr (regulär) arbeiten, sich aber 3466 Stunden am Arbeitsplatz aufhalten müssen. In diesem Rahmen fordern die Ölarbeiter auch, daß die Sicherheitsübungen während der Arbeitszeit durchgeführt werden, und nicht wie bisher unregelmäßig in der Freizeit.

Die Ölkonzerne haben bisher während des Streiks keinen Zoll nachgegeben. Sie haben auf den norwegischen Staat Druck ausgeübt, daß er zu Mitteln der Zwangsschlichtung griff. Um diese Lage zu vermeiden, hat der OFS am Tag vor dem Inkrafttreten am 17.7. die Ölarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die von der Zwangsschlichtung nicht betroffenen Mitglieder des Seemannsverbandes streiken weiter.

wa 30%, die übrigen Forderungen drehen sich jedoch auch bei ihnen um den Verschleiß der Arbeitskraft.

Mit Hilfe der bürgerlichen Presse haben die Ölkonzerne eine großangelegte Hetzkampagne gegen diesen Streik entfaltet. „Luxusstreik" heißt es in fast allen Zeitungen, und mit dem Trick, die Kosten der geforderten Arbeitszeitverkürzung und Sicherheitsmaßnahmen in Lohnerhöhungen umzurechnen, wird verbreitet, daß die Streikenden 100 bis 120 % mehr Lohn fordern. In Wirklichkeit sehen die

sind.

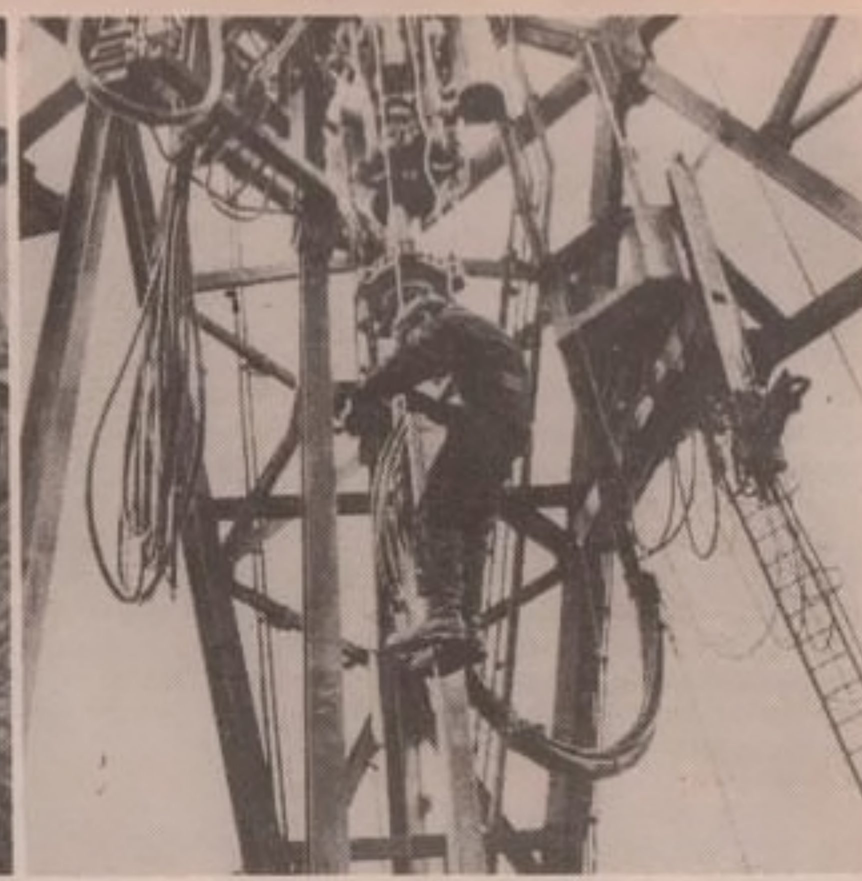
Ein Schwerpunkt der anderen Forderungen liegt auf Abwehrmaßnahmen gegen die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft und das hohe Risiko tödlicher Unfälle aufgrund von Arbeitshetze und elenden Sicherheitseinrichtungen. Dazu gehört die Forderung nach der Herabsetzung des Rentenalters von 67 auf 55 Jahre, die die amerikanischen Ölarbeiter auf den Plattformen bereits durchgesetzt haben. Bisher ist es so, daß ältere Arbeiter bei der jährlichen ärztlichen Kontrolle ausgemustert werden, wenn kör-

in der Freizeit.

Die Ölkonzerne haben bisher während des Streiks keinen Zoll nachgegeben. Sie haben auf den norwegischen Staat Druck ausgeübt, daß er zu Mitteln der Zwangsschlichtung griff. Um diese Lage zu vermeiden, hat der OFS am Tag vor dem Inkrafttreten am 17.7. die Ölarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Die von der Zwangsschlichtung nicht betroffenen Mitglieder des Seemannsverbandes streiken weiter.







Ausbeutung junger Arbeitskraft auf den Ölplattformen der Nordsee: an der Winsch unterm Bohrturm, „Driller" am Bohrloch, „Derrickman" im Turm

troits. 9000 Müllarbeiter, Busfahrer, städtische Mechaniker und Büroangestellte der 23000 öffentlichen Beschäftigten der Stadt Detroit (USA) hatten 11 Tage für höhere Löhne und Zulagen gestreikt, zu einem Zeitpunkt als der Parteikonvent der Republikaner vorbereitet und durchgeführt wurde. Die Gewerkschaft der städtischen Beschäftigten (AFSCME) hatte für die nächsten drei Jahre eine jährliche Lohnsteigerung von 7% und höhere Zulagen gefordert. Nach dem abgeschlossenen Tarifvertrag sollen die Löhne der städtischen Beschäftigten um insgesamt 22,8% in den nächsten drei Jahren steigen.

z.mif. **Den sofortigen Abzug von Polizei und Militär von Bau- und Wohngelände fordern die streikenden schwarzen Bauarbeiter auf den südafrikanischen Kohleverflüssigungsanlagen Sasol 2 und 3.** Die Technik für diese Anlagen beziehen die Siedler von der westdeutschen Firma Lurgi. Seit dem erfolgreichen Schlag der Befreiungsorganisation ANC gegen „Sasol 1" am 2. Juni sind Baugelände und Wohnbaracken militärisch besetzt. Die 16000 schwarzen Bauarbeiter werden ständig durchsucht und schikaniert. Um 7 Uhr abends müssen sie in den Baracken sein. 2000 Arbeiter traten in Streik, als morgens ein schwarzer Arbeiter tot aufgefunden wurde. Am Mittwoch zahlte daraufhin die Bauleitung die Löhne für die ganze Woche aus und gab Urlaub bis Montag.

z.scc. **Mit ihrem ersten in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag konnte die niederländische Nahrungsmittelgewerkschaft FNV das Lohndiktat der Regierung durchbrechen.** Zwar muß Sozialminister Albeda einzelne Bestimmungen des Tarifvertrags, den jetzt der mit 1200 Lohnabhängigen größte Zigarettenkonzern Turmac unterschreiben mußte, noch genehmigen und ist noch nicht entschieden, ob sie alle noch dieses Jahr in Kraft treten – das im März verabschiedete Lohngesetz verbietet für 1980 jede Lohnerhöhung. Den Absichten der Regierung aber, die gesetzlichen Lohnsenkungsmaßnahmen auch auf 1981 auszudehnen, konnten die Zigarettenarbeiter auf jeden Fall zuvorkommen. Spätestens am 1.1.81 werden die Tarifvertragsbestimmungen unwiderruflich wirksam: „Preiskompensation" mit einem Mindestbetrag von jährlich 254 hfl pro 1% Preissteigerung (auf den niedrigsten Tariflohn sind das 1,19%); eine Lohnerhöhung von 44 hfl im Monat (1 hfl entspricht nach Wechselkurs 0,91 DM); ein Zuschlag von 10 bis 25 hfl für „schmutzige und unangenehme Arbeit", den ungefähr jeder fünfte erhält; Senkung der Wochenarbeitszeit um 10% bis 1984 bei vollem Lohnausgleich und Erhöhung der Urlaubstage von 22 auf 24 noch 1980, auf 25 Tage 1981 bei gleichzeitiger Erhöhung des Urlaubsgeldes um mindestens 10% auf 2250 hfl; schließlich eine einmalige Zahlung zwischen 1000 und 1300 hfl im September anläßlich des 60jährigen Jubiläums. – Die Nahrungsmittelgewerkschaft hat ihre Forderungen weitgehend durchsetzen können und eine gute Ausgangsbasis für die im Sommer anstehenden Tarifauseinandersetzungen in anderen Bereichen geschaffen.

z.sta.Sydney. **Eine Produktivitätsprämie von 53 Dollar, das entspricht 31,5% des Wochenlohnes, konnten die Schlachthofarbeiter in Gosford nach harten Kämpfen durchsetzen.** Bisher wurden die Arbeiter im Knochenraum ausschließlich nach Zeitlohn und niedriger – trotz gleicher Arbeitsmenge – als die übrigen Arbeiter bezahlt, bei denen ein Viertel des Lohnes produktionsabhängige Prämien sind. Nach 17 Wochen Streik mußte die Gesellschaft im Mai einer Prämie für die Arbeiter im Knochenraum von 17 Dollar und einem privaten Schlichtungsverfahren über die restlichen 36 Dollar der ursprünglichen Forderung zustimmen. Als sie diese Zustimmung letzte Woche revidieren wollten, traten sofort alle 500 Arbeiter wieder in Streik. 70 Arbeiter wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Streikposten und Polizei verhaftet. Die Kapitalisten mußten schnell nachgeben: Der Streik bedrohte einen 4-Mio.-Dollar-Exportauftrag.

z.sta.Sydney. **Unter massivem Druck der Kapitalisten und ihrer Regierung setzen die Metallarbeiter Australiens ihre Kampagne für die 35-Stundenwoche fort.** Von den ursprünglich elf Gewerkschaften sind zwei mit zusammen 130000 Mitgliedern aus der Kampagne ausgestiegen, nachdem die Kapitalistenklasse über die Nationale Lohnkommission damit gedroht hat, die Metallarbeiter vom allgemeinen Inflationsausgleich auszuschließen, falls sie ihre Kampagne für 35-Stunden-Woche nicht abbrechen würden. Weil der größte Teil der Metallarbeiter das nicht tut, was heißt, daß sie weiterhin jede vierte Woche nur 35 Stunden arbeiten und mehrere Streiks durchgeführt werden, mußte die Lohnkommission letzte Woche ihre Entscheidung über den Inflationsausgleich bekanntgeben, ohne Strafmaßnahmen gegen die Metallarbeiter zu verhängen. Tatsächlich stellen die Metallarbeiter den Kern einer breiten Front für die 35-Stundenwoche dar: Seit 18 Monaten führen die Glasarbeiter eine selbständige Kampagne durch. Sie arbeiten zwischen 35 und 39 Stunden pro Woche in den verschiedenen Staaten Australiens und machen keine Überstunden. Weitere Forderungen nach Einführung der 35-Stundenwoche werden von den Elektrizitätsarbeitern in Neu-Süd-Wales und Victoria erhoben sowie von 23 Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. In Pinjarra in West-Australien haben 200 Arbeiter einer Aluminium-Schmelzerei eine Sperre um das Werk gelegt, um die Zulieferung von Bauxit und Hilfsstoffen zu verhindern. Nach zwei Wochen haben die Kapitalisten den Betrieb geschlossen und alle 1300 Arbeiter heimgeschickt. Aber die Metallkapitalisten sind bereits gespalten: Vor kurzem ist es den Metallergewerkschaften gelungen, mit zwei Unternehmen in Sydney Abkommen über kürzere Arbeitszeiten zu schließen. Innerhalb von zwei Wochen werden an 9 Arbeitstagen 72 Stunden gearbeitet. Die Bedingungen für die Durchsetzung der Forderung sind jetzt günstiger.

SPD: 1 Jahr Pflichtpraktikum vor dem Medizinstudium und 3 Jahre Pflichtassistenz

r.kas. Mitten in die Vorbereitung der 3. Novelle der Approbationsordnung für Ärzte, für die die Kleine Kommission zusätzliche mündliche Prüfungen und Verlängerung des Praktischen Jahres vorgeschlagen hat, hat die „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen" eine Denkschrift über die Ausbildung der Ärzte plaziert. Darin werden neben den Zielvorstellungen der SPD für die Vernutzung der Arbeitskraft der Medizinstudenten auch „Sofortmaßnahmen" entwickelt, die schon in die 3. AO-Novelle aufgenommen werden könnten.

Statt der Zulassung zum Studium über Abiturnote und Tests, für die im Wintersemester der erste Probelauf stattfindet, soll die Zulassung an Abiturnote und ein einjähriges Krankenpflegepraktikum gekoppelt werden. Das Praktikum soll mit einer Prüfung zum Krankenpflegehelfer abschließen. Über die Vergütung ist nur ausgesagt, daß sie von Bund und Ländern übernommen werden soll. Die Bezeichnung Praktikum läßt allerdings erkennen, daß es sich nicht um die im einjährigen Ausbildungsgang zum Krankenpflegehelfer übliche Bezahlung nach KR 2 oder 3 handeln soll. Bisher müssen die Medizinstudenten im Rahmen des vorklinischen Studiums ein zweimonatiges Pflegepraktikum ableisten, das nicht bezahlt wird, Arbeitskleidung und Verpflegung werden nicht gestellt. Diese Änderung der Zulassungsordnung soll zu den Sofortmaßnahmen gehören.

Binnen zwei Jahren soll das Hochschulstudium von fünf auf vier Jahre gekürzt werden. Das naturwissenschaftliche Grundstudium in der Vorklinik soll in die klinische Ausbildung einbezogen werden, die spätestens im 2. Studienjahr beginnen soll. „Den Zwischenprüfungen während des Studiums muß die im Gesamtsystem der medizinischen Ausbildung unentbehrliche selektierende Wirkung zurückgegeben werden." Nach der Hochschulausbildung soll die Approbation 1 erteilt werden, die im Gegensatz zur jetzigen Regelung nicht zur Niederlassung befähigt.

Statt des jetzigen Praktischen Jahres soll sich dann eine Krankenhausausbildung von mindestens drei Jahren anschließen, die zugleich Facharztausbildung sein soll. Danach soll die Facharztprüfung vor einem staatlichen Prüfungsausschuß abgelegt werden, worauf die Approbation 2 erteilt wird. In diesem Ausbildungsabschnitt sollen die Ärzte wie Assistenzärzte bezahlt werden. Neu daran ist, daß die Ausbildung auch, z.B. beim Allgemeinarzt, in ärztlichen Praxen erfolgen soll, und daß durch die Voraussetzung des Abschlusses der Facharztausbildung für die Niederlassung die Position der Ärzte gegenüber Angriffen auf den Lohn geschwächt wird.

Dem Einsatz als Lohndrücker im Krankenhaus und Ausweitung der Vernutzung ihrer Arbeitskraft können die Medizinstudenten durch Zusammenschluß mit der ÖTV für Ausbildungs- und Tarifvertrag entgegentreten.

Gewisse Fortschritte im Aufbau der Studentenkoalitionen

r.crw. An den zu Ende des Semesters durchgeführten Wahlen zu den ASten und Fachschaftsräten fällt vor allem auf, daß es vielerorts gelungen ist, einheitliche Listen auf einem Aktionsprogramm zu bilden, die sich dann gegen die Rechten und reformistischen Studentenorganisationen durchsetzten. Besonders da, wo von den Bildungsministern Versuche der Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft unternommen werden, wie in Niedersachsen und NRW, wurden erfolgreich Einheitslisten aufgestellt. In Hannover erhielten die Fachschaftslisten 53 von 59 Sitzen gegenüber 4 für die Jusos. Da, wo solche Listen auf einem Aktionsprogramm zur Beschränkung der Studien- und Prüfungsanforderungen angetreten sind, konnten sie auch den Einfluß der rechten Studentenorganisationen eindämmen.

Ergebnisse der Fachschafts- und AStA-Wahlen (Nord)

Ort		Rechte	LHV	Jusos	MSB/	IG/KHG	Grüne
HH Uni	St.	1236(950)	615(878)	1608(1641)	2125(1963)	78(102)	1227(-)
AStA	%	17,3(14,3)	8,6(13,5)	22,5(25,3)	28,8(20,2)	1,1(1,6)	17,2(-)
HH Uni	St.	1202(900)	588(774)	2166(1935)	3369(2622)	392(251)	-(-)
Fachsch.	%	15,6(12,3)	7,6(10,6)	28,1(26,4)	43,7(35,8)	5,1(3,4)	-(-)
HH FHSS	St.	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)
AStA	%	-(-)	-(-)	39,1(20)	44,1(42,4)	2,8(-)	-(37)
HB Uni	St.	54(-)	-(-)	293(341)	714(1211)	360(223)	-(-)
AStA	%	3,6(-)	-(-)	19.7(19,2)	48,0(68,2)	24,2(19,2)	-(-)

Ergebnisse der Fachschafts- und AStA-Wahlen (Nord)

Ort		Rechte	LHV	Jusos	MSB/	IG/KHG	Grüne
HH Uni	St.	1236(950)	615(878)	1608(1641)	2125(1963)	78(102)	1227(-)
AStA	%	17,3(14,3)	8,6(13,5)	22,5(25,3)	28,8(20,2)	1,1(1,6)	17,2(-)
HH Uni	St.	1202(900)	588(774)	2166(1935)	3369(2622)	392(251)	-(-)
Fachsch.	%	15,6(12,3)	7,6(10,6)	28,1(26,4)	43,7(35,8)	5,1(3,4)	-(-)
HH FHSS	St.	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)	-(-)
AStA	%	-(-)	-(-)	39,1(20)	44,1(42,4)	2,8(-)	-(37)
HB Uni	St.	54(-)	-(-)	293(341)	714(1211)	360(223)	-(-)
AStA	%	3,6(-)	-(-)	19.7(19,2)	48,0(68,2)	24,2(19,2)	-(-)
BS Uni	St.	101(661)	-(-)	54(120)	257(359)	1864(2090)	-(-)
Fachsch.	%	4(3)	-(-)	2(4)	10(13)	72(74)-(-)	
BS PH	St.	-(-)	-(-)	77(137)	20(48)	179(243)	-(-)
Fachsch.	%	-(-)	-(-)	27(29)	7(10)	63(52)	-(-)
Mü Uni	St.	984(**)	84(**)	250(**)	1189(**)	1382(**)	-(-)
Fachsch.	%	25,3(**)	2,2(**)	6,4(**)	30,6(**)	35,5(**)	-(-)

Die Vorjahresergebnisse stehen jeweils in Klammern. An der Universität Hamburg haben die Grünen das erste Mal kandidiert. Dafür hat der KB Nord 1980 nicht mehr kandidiert. Dessen Vorjahresstimmen (AStA 970, Fachschaften 849) und einen Teil der LHV-(F.D.P.) Stimmen haben die Grünen jetzt erhalten, an den Fachschaftswahlen haben sie nicht teilgenommen.

**Vorjahresergebnisse lagen nicht vor. Die 1382 Stimmen wurden für Listen abgegeben, auf denen alle politischen Organisationen auf gemeinschaftlichen Aktionsprogrammen kandidierten.

Beschlüsse der vds-Fachtagungen – weitere Fachtagungen gegründet

z.vol. Im Sommersemester 1980 sind 5 neue Fachtagungen der vds gegründet worden, 17 weitere haben mit Beratung und Beschlußfassung ihre Tätigkeit weitergeführt.

Fachtagung Physik, Münster, 20.–22.6.80. Gegen die Rahmenprüfungsordnungen der Länder werden Vorschläge für eine Rahmenprüfungsordnung für das Diplom und für das Lehrerstudium beraten: 40 Stundenwoche, keine Zwangsexmatrikulation, keine Studiengebühren, Lehr- und Lernmittelfreiheit, einphasige Lehrerausbildung. Brief an das bayrische Bildungsministerium gegen die Studiengebühren. Nächste FT im Dezember 1980.

Gründung FT Jura, Bochum, 20.–22.6. Ablehnung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Verlängerung des Referendariats und der Pläne zur Senkung der Anwärterbezüge. Verlängerung der Experimentierphase für die Juristenausbildung; Beteiligung von ÖTV, Fachtagung und vds an der Entscheidung über die neue Juristenausbildung. Forderungen gegen die Studien- und Prüfungsverschärfungen. BAFöG 750 DM Höchstsatz / Elternfreibetrag 1520 DM. Die Fachschaften beschließen bundesweiten Aktionstag für den 27.11.80.

Projektbereich · Lehrerausbildung, Köln, 8.7. 15 ASten beschließen einen Kongreß zur Lehrerausbildung im Dezember/Januar durchzuführen. Kernpunkt des Kongresses soll die Beratung über und Demonstration gegen die Lehrerausbildungsgesetze und das HRG sein.

Fachtagung Biologie, Mainz, 20.–22.6. Diskussion von Grundsätzen zur Studienreform anhand eines Positionspapiers der IG Chemie. Aktionstage gegen Mißstände bei den Praktika, den damit verbundenen Prüfungen und BAFöG-Zahlungen zu Beginn des Wintersemesters.

Fachtagung Geografie, Mainz, 7.6. Im Auftrag der Fachtagung wird eine Dokumentation der Untersuchungen über die Probleme bei Exkursionen erstellt. Gefordert wird schnellere Rückzahlung der Exkursionsausgaben.

Weitere durchgeführte Fachtagungen: Sport, Diplompädagogik, Wirtschaftswissenschaften, Gestaltung, Elektrotechnik, Pharmazie, Ernährung/Landwirtschaft, Deutsch, Geschichte, Romanistik, Chemie, Medizin, Projektbereich Fach- und Gesamthochschulen, Sozialpädagogik/Sozialarbeit, Mathematik, Maschinenbau.

Schmude bekräftigt BAFöG-Darlehensregelung und lehnt BAFöG-Erhöhung kategorisch ab

z. wig. Bei der Debatte des sechsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes im Bundestag am 18. Mai 1979 hatte die Abgeordnete Schuchardt (FDP) betont, daß die Verwaltungsaufwendungen für die Vergabe von Darlehen nach dem BAFöG in keinem Verhältnis zum erwarteten Nutzen dieser Regelung, dem Rückfluß von Mitteln für die Wiedervergabe, stünden. „Insofern hat der Ausschuß beschlossen – das möchte ich hier ausdrücklich begrüßen –, daß wir die generelle Abschaffung des Grunddarlehens prüfen und gegebenenfalls beim nächsten Mal vornehmen sollten", führte die Abgeordnete Schuchardt damals aus. Am 12. Juni 1980 hat nun die Regierung dem Bundestag einen Bericht zu den Darlegungen des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vorgelegt, in dem die Beibehaltung des Darlehensanteils des BAFöG ausdrücklich betont wird. Die Auswirkungen der Darlehensgewährung, z.B. auf das Studienverhalten der Auszubildenden seien nicht zu unterschätzen. Die Möglichkeit des Darlehenserlasses bei „zügigem Studium" sei unbedingt zu berücksichtigen, anstatt nur von finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten auszugehen. Gemeint sind die Möglichkeiten, mit Hilfe der Darlehensregelung Druck auf die Studenten ausüben zu können, sich den Studien- und Prüfungsbedingungen, wie sie die Regierungen und die Hochschulleitungen diktieren, zu unterwerfen. Gerade beim jetzigen Stand der Studienreform – für die wichtigsten Fachrichtungen rücken die Vorschläge der Studienreformkommissionen der Verabschiedung näher und werden in diesem und nächsten Jahr an den Hochschulen angewandt werden – will die Regierung nicht auf dieses Unterdrückungsinstrumentarium verzichten.

Zusammen mit dem Bericht zum Darlehensanteil vom BAFöG legte die Regierung die Finanzplanung für die Ausbildungsförderung vor. Bei einer geplanten Zunahme der Studenten von 200000 in den nächsten 10 Jahren sieht der Haushalts- und Finanzplan für diesen Zeitraum kaum eine Steigerung der Aufwendungen für Studenten vor. 1980 betrugen die Zahlungen an Studenten 1,925 Milliarden DM. 1981 sollen sie 1,95 Milliarden, 1982 2,05 Milliarden DM, 1983 2,075 Milliarden DM und 1985 2,05 Milliarden DM betragen. Die grobe Schätzung der Regierung für 1990 beträgt 1,8 bis 2,0 Milliarden DM. Die Anzahl der Studenten, die überhaupt BAFöG erhalten, soll also weiter sinken. Der Anteil der Darlehen an den Zahlungen für Studenten wird hingegen bis 1985 um 9,9% steigen, wenn die Planungen der Regierung umgesetzt werden.

Statt die Forderungen der Studentenbewegung nach Erhöhung des BAFöG auf 750 DM Höchstbetrag und 1520 DM Elternfreibetrag und Abschaffung des Grunddarlehens zu erfüllen, die im Aktionsprogramm der vds gefordert und von GEW und DGB unterstützt werden, hat die Regierung mit der Stellungnahme zum Bericht des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung eindeutig festgestellt, daß sie die Ausdehnung der Schuldenlast der besitzlosen Studenten plant und die BAFöG-Paragrafen, die die Zahlungen an die Prüfungen und die Leistungsnachweise binden, schärfer anwenden will.

In der Debatte zum 6. BAFöG-Änderungsgesetz hatte Schmude die 3% Zwischenanpassung der Elternfreibeträge, die im Oktober 1980 in Kraft treten soll, in den Himmel gelobt. Die Studentenbewegung hat demgegenüber durch die Aufnahme der Forderung nach jährlicher Anpassung der Höchstsätze und Freibeträge an den Durchschnittslohn in immer mehr Programmen von Fachschafts- und Aktionseinheitslisten bei den Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studenten bekräftigt, daß die Zwischenanpassung, die seit 1973 von 44,4% auf 33% gesunkene Quote der Studenten, die Zahlungen nach BAFöG erhalten, genausowenig aufhalten kann wie die sinkenden Beträge, die die Studenten erhalten. Statt die 3% Anpassung in eine Erhöhung entsprechend den Forderungen der Studentenbewegung umzuwandeln, hat Schmude mit der in diesem Monat vorgelegten Änderung der „Härtefallverordnung" einen weiteren Versuch gestartet, die Bewegung für höhere BAFöG-Zahlungen zu spalten. Die Härtefallverordnung regelt unter anderem die Vergabe von Zuschüssen für Wohnungsmieten, wenn diese 160 DM – der Betrag, der im BAFöG für Miete angesetzt ist – überschreiten. Statt bisher maximal 40 DM Zuschuß, soll ab 1.10.1980 maximal 60 DM Zuschuß gezahlt werden.

„Wirtschaftlich werden die Studenten im Jahre 1979 am meisten durch steigende Mietpreise belastet", stellt Schmude in seinem Jahresbericht 1979 lapidar fest. Mit der Änderung der Härtefallverordnung, die ursprünglich nicht geplant war, hofft Schmude abstumpfende Wirkung auf die Teile der Bewegung für höheres Ausbildungsentgelt zu erzielen, die in den letzten beiden Semestern den Kampf gegen die Mieterhöhungen geführt haben. Hatte Schmude bereits in der Debatte vom 18.5.80 unmißverstädnlich dargelegt, daß eine Erhöhung des BAFöG entsprechend den Forderungen der Studentenbewegung nicht in Frage käme – „Wenn das Realeinkommen von immer mehr Familien in unserem Lande steigt, dann muß zwangsläufig für eine zunehmende Zahl von Studenten und Schülern der Anspruch auf Förderung entfallen" – so ist er jetzt in einem Gespräch mit dem Vorstand der vds noch einen Schritt weitergegangen. Eine BAFöG-Anhebung in diesem Jahr sei *selbstverständlich* unmöglich. Sicherlich ist es günstig, wenn Schmude mit dem Vertretungsorgan der Studenten verhandeln muß und die Forderungen der Studentenbewegung auf der Tagesordnung stehen. Genauso sicher ist aber auch, daß es überhaupt nichts bringt, wenn solche Gespräche – wie von den Reformisten und Revisionisten im vds-Vorstand vorexerziert – ohne Festlegung und Einleitung von Kampfmaßnahmen stattfinden finden, die Aussicht auf Durchsetzung dieser Forderungen schaffen, wie sie auf der letzten Mitgliederversammlung gefordert waren. Wozu Verhandlungen ohne die Festlegung von Kampfmaßnahmen für die Forderungen der Studentenbewegung führen, hat Schmudes arrogantes Verhalten gezeigt. Nach seinen Andeutungen über die Finanzierung eines Projektes „Studentisches Wohnen" und das Einlassen darauf von seiten der Reformisten und Revisionisten im vds-Vorstand, obwohl Schmude alle Forderungen der Studentenbewegung abgelehnt hat, kann die Studentenbewegung noch mit allerhand undurchsichtigen Gesprächen dieser Sorte rechnen. Bereits auf der letzten Mitgliederversammlung der vds hatten etliche Studentenvertreter darauf hingewiesen, daß ohne die Aufnahme von Kampfmaßnahmen in das Aktionsprogramm und ohne die Vorbereitung und Durchführung von Streik durch die Studentenbewegung keine Aussicht auf Erhöhung des BAFöG besteht.

200000 in den nächsten 10 Jahren sieht der Haushalts- und Finanzplan für diesen Zeitraum kaum eine Steigerung der Aufwendungen für Studenten vor. 1980 betrugen die Zahlungen an Studenten 1,925 Milliarden DM. 1981 sollen sie 1,95 Milliarden, 1982 2,05 Milliarden DM, 1983 2,075 Milliarden DM und 1985 2,05 Milliarden DM betragen. Die grobe Schätzung der Regie-

Die Härtefallverordnung regelt unter anderem die Vergabe von Zuschüssen für Wohnungsmieten, wenn diese 160 DM – der Betrag, der im BAFöG für Miete angesetzt ist – überschreiten. Statt bisher maximal 40 DM Zuschuß, soll ab 1.10.1980 maximal 60 DM Zuschuß gezahlt werden.

„Wirtschaftlich werden die Studenten im Jahre 1979 am meisten durch

dieser Sorte rechnen. Bereits auf der letzten Mitgliederversammlung der vds hatten etliche Studentenvertreter darauf hingewiesen, daß ohne die Aufnahme von Kampfmaßnahmen in das Aktionsprogramm und ohne die Vorbereitung und Durchführung von Streik durch die Studentenbewegung keine Aussicht auf Erhöhung des BAFöG besteht.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel.: 0511/81 40 45
Zelle Stadtverwaltung

Bielefeld
7. Juli 1980
28d3c0150q

Nach Anschlag auf türkische Schüler – Ruf nach Ausdehnung polizeilicher Unterdrückung

Der Bielefelder Oberbürgermeister hat sich Ende letzter Woche in der NW in die Auseinandersetzung um den Mordanschlag auf einen 16jährigen Schüler türkischer Nationalität eingeschaltet. Er forderte die Türken auf, friedlich zu bleiben. „Ich bitte die streitenden Gruppierungen, diese Art von Auseinandersetzungen zu unterlassen." Nicht ein Wort ließ Schwickert fallen über den Anschlag der reaktionären Kommondos der Grauen Wölfe. Auf die Taktik des Polizeipräsidenten, den türkischen Arbeiter- und Studentenverein überfallartig zu durchsuchen, ließ er sich erst gar nicht ein. – Sicher nicht ohne Grund.

Ist es nicht eine eigenartige Taktik, bei denen die Totschläger zu suchen, die das Opfer zu beklagen haben? Aber darum ging es dem Polizeipräsidenten auch gar nicht. Er hatte vielmehr die Absicht, die nach faschistischem Muster organisierten Banden der Grauen Wölfe vor der berechtigten Empörung der türkischen Arbeiter und Studenten zu schützen.

Dies hat er tags darauf auch in der Presse deutlich gemacht: „Wir haben die größere Wut bei den Mitgliedern des Arbeiter- und Studentenvereins vermutet", erklärte er. Nachdem 5 Stunden verstrichen waren, schritt die Polizei dann zur Durchsuchung der Räume des Idealistenvereins. Mit Beamtenschlamperei ist so etwas wohl kaum zu erklären. Hier liegt ganz offensichtlich der Fall von Polizeischutz für eine reaktionäre Terrororganisation vor. 5 Stunden hatten die Grauen Wölfe so Zeit, um alle Spuren zu verwischen. Eine solche Schandtat ist eigentlich schon Grund genug, die Forderung nach Absetzung des Polizeipräsidenten zu erheben.

Angesichts der Tatsache, daß es sich beim jetzigen Vorfall nur um einen Höhepunkt einer ganzen Reihe von Polizeiübergriffen handelt, wird die Sache dringlich. Dem DGB-Kreisvorstand kommt das Vorgehen der Polizei „zumindest erstaunlich" vor. Wir denken, daß vornehme Zurückhaltung in dieser Angelegenheit der Arbeiterbewegung nichts nützt.

Wäre es nicht außerordentlich nützlich, wenn die Gewerkschaft sich klipp und klar äußern würde? Kann die Gewerkschaft Polizeischutz für eine reaktionäre Bande mit Schweigen übergehen, nachdem sie richtigerweise selbst eine Enthüllungskampagne über die Tätigkeit der Grauen Wölfe in ihren Zeitungen gestartet hat?

Der nordrhein-westfälische Innenminister hat als erster das Geschrei nach Ausweisung angestimmt. Vertreter aller bürgerlichen Parteien sind ihm in dieser Richtung gefolgt. Die Agitation für eine weitere Verschärfung der Unterdrückung wird zielstrebig betrieben. Alle Äußerungen von Politikern haben einen gemeinsamen Tenor: „Ausweisung, Verbesserung der Polizeiunterdrückung und Überwachung, – politische Aktivitäten von Ausländern, Mißbrauch des Gastrechts".

Fast 10% der Arbeiter und Angestellten in NRW sind ausländischer Nationalität. Diese 10% der Arbeiterbevölkerung leben unter den Bedingungen des Ausnahmerechts, ihre Organisations- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt, sie können sich nicht an Wahlen beteiligen, sie können jederzeit ausgewiesen werden, wenn sie nicht ihr Maul halten oder wenn sie sich für ihre Interessen gegen den Staat zusammenschließen. Sobald sie auf die Straße gehen, heulen alle Reaktionäre im Chor nach mehr Polizeiknüppel. Nicht ohne Grund ist der herrschenden Kapitalistenklasse die besondere Unterdrückung eines Teils der Arbeiterklasse nützlich bei der Niederhaltung und Gängelung aller Arbeiter. In einer solchen Situation muß unbedingt die Forderung nach gleichen Rechten und Pflichten für Ausländer in der Bundesrepublik und Westberlin erhoben werden. Gleiche Rechte sind eine wesentliche Grundlage für den Zusammenschluß aller Arbeiter in Westdeutschland. Gegen die Vorbereitungen, die seitens des Innenministers zur Ausweisung getroffen werden, fordert der KBW das Verbot jeder Ausweisung.



Knapp 2000 Menschen waren auf der Demonstration am Samstag, dem 5.7., mit anschließender Kundgebung, die sich gegen die Ausweisung der türkischen Antifaschisten richtete. Eine Aktionseinheit von zahlreichen antifaschistischen und demokratischen Organisationen und der KBW hatten dazu aufgerufen.

Kampf um erträgliche Lebensbedingungen in den Kasernen spiegelt sich in Parlamentsdebatte

z.gkr. Als der Wehrbeauftragte im April dieses Jahres seinen Jahresbericht vorlegte, ging es breit durch die Presse: Nasse Räume, Schimmelpilzbefall, unzureichende Toiletten, Silberfische im Bettzeug und Ratten in den Unterkünften. Der Wehrbeauftragte: „... muß ich nachdrücklich beanstanden, daß nach fast 25 Jahren Bundeswehr Soldaten immer noch auf Unterkünfte verwiesen werden, die von ‚unzulänglich' bis ‚menschenunwürdig' zu bewerten sind." 10% der Unterkünfte seien sanierungsbedürftig, so der Verteidigungsminister Apel in der Debatte im Bundestag zu diesen Angaben des Wehrbeauftragten. Hält man dagegen die in derselben Debatte gemachte Aussage des Ministers: „Gut, sind wir uns einig. 90% sind in Ordnung, vielleicht zu sehr in Ordnung. Wenn ich manchmal die Marmorpracht vergangener Jahre sehe, frage ich mich, ob nicht auch übertrieben gebaut worden ist", so läßt sich leicht ermessen, was nach Auffassung Apels ‚ausreichende' Unterkünfte sind. Auf dem Niveau von Jugendherbergen, in die Jugendliche gerade noch gehen, um in einem Urlaub von 2–3 Wochen oder auch mal ein klein wenig mehr vergleichsweise billig übernachten zu können, in der Regel aber höchstens 3 Tage an einem Ort, leben in den Kasernen 6 bis 12 Mann 15 Monate auf solchen Zimmern, als Aufenthaltsraum höchstens das Soldatenheim. Leicht verständlich, daß wenigstens die allergröbsten Übelstände angegriffen und, Zug um Zug, beseitigt werden müssen. Ein CDU-Abgeordneter formulierte in der Bundestagsdebatte: "Diese Aufgaben (der ‚sozialen Lage') haben große Priorität, weil ihre Lösung in der Tat den Einsatzwert der Bundeswehr im Kern berührt. Hier geht es um Menschen, um ihre Motivation, um ihr Vertrauen in die Fürsorge und Entscheidung des Dienstherrn."

In dem Punkt scheint große Einigkeit im Parlament, der Minister wird feierlich: „Ich erkläre hiermit vor dem Deutschen Bundestag, daß wir angesichts auch künftiger Haushaltsschwierigkeiten jährlich bis zu 20 Mio. DM vom weiteren Ausbau der Hardthöhe wegnehmen werden ... auch die Beamten auf der Hardthöhe müssen die Last mittragen, wenn es darum geht, vor Ort Kasernen zu sanieren." Das wären, wenn durchgeführt, 8% mehr als bisher für den Bau und Ausbau von Unterkünften angesetzt, womit nach bisherigen Planungen im Höchstfall 15000 Kasernenplätze pro Jahr ausgebaut werden sollten.

Doch des Ministers „soziales" Engagement geht noch weiter: Zwar wird die Heimfahrt mit dem Zug erstattet, aber wieviel Soldaten sind nicht auf das Auto angewiesen, wollen sie noch einige Stunden zu Hause oder bei Freunden sein. Der Minister: „Es bleibt dabei, daß es Benzingeld für Wehrpflichtige nicht geben wird ... Ich bin sehr dagegen, über die Gewährung von Benzingeld noch mehr junge Leute in Lebensgefahr zu bringen, indem wir sie veranlassen, sich auf die ‚NATO-Ralley' zu begeben, die an jedem Wochenende Elend über Familien und junge Menschen bringt." Wie hier gibt sich Apel beim Wehrsold als Politiker, der das Wohl der Soldaten, aber auch das Machbare im Auge hat. „Der Wehrsold wird im nächsten Jahr erhöht, wenn wir das Geld haben."

Die Versprechungen der bürgerlichen Parteien sind Reaktion auf den Widerstand der Soldaten. Eine Möglichkeit für die Soldaten, sich gegen die Verhältnisse zur Wehr zu setzen, ist die Beschwerde an den Wehrbeauftragten: „Jeder Soldat hat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden. Wegen der Tatsache der Anrufung des Wehrbeauftragten darf er nicht dienstlich gemaßregelt oder benachteiligt werden." (§7 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten) Aber §8 bestimmt gleich: „Anonyme Eingaben und Beschwerden werden nicht bearbeitet." Wobei ähnlich wie in der Wehrbeschwerdeordnung auch hier der Zusammenschluß der Soldaten unterbunden werden soll, „einzeln" darf er sich an den Wehrbeauftragten wenden, wo doch die Sache der Unterbringung z.B. nie eine des „einzelnen" ist. Dennoch, 1815 Soldaten haben sich mit Fragen der „Fürsorge" auch an den Wehrbeauftragten gewandt, 171 Beschwerden direkt zu den Unterkünften, mehr als dreimal soviel wie im vorangegangen Jahr. Besonders erfolgversprechend ist der Weg allerdings nicht, besteht die Hauptaufgabe doch bestenfalls im Abstumpfen der krassesten Widersprüche. Eher läßt sich über den Vertrauensmann etwas erreichen, ist doch auf dieser Ebene ein Zusammenschluß der Soldaten möglich. In §35 des Soldatengesetzes sind seine Möglichkeiten festgelegt: „Der Vertrauensmann hat das Recht, dem Disziplinarvorgesetzten dieses Bereichs in Fragen des inneren Dienstbetriebs, der Fürsorge, der Berufsförderung, des außerdienstlichen Gemeinschaftslebens Vorschläge zu unterbreiten. Der Disziplinarvorgesetzte hat ihn zu diesen Vorschlägen zu hören und diese mit ihm zu erörtern." Die Soldatenbewegung hat einige Erfahrung mit der Einrichtung des Vertrauensmanns, auch daß sich die „verantwortungsvolle Zusammenarbeit" (Soldatengesetz) als schwieriges, aber zu überwindendes Hindernis erweist.

Crusader 80 – die Vorbereitungen laufen

r.reb. Nach der 14-tägigen Stabsrahmenübung im Raum Hildesheim fand am 11.7. auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne eine weitere Übung zwecks Vorbereitung des NATO-Herbstmanövers Crusader statt. Kern des Manövers ist die „Verteidigung eines kritischen Grenzsektors, durch den einer der Hauptstöße einer Warschauer-Pakt-Offensive gegen die NATO zu erwarten ist" (Deister- und Weserzeitung). Artillerieeinheiten der britischen Rheinarmee probten mit der neuen FH-70, einer Entwicklung der Bundeswehr, Italien und Großbritannien. Diese Feldhaubitze vom Kaliber 15,5 cm kann von einem Porschemotor auch im Gelände bewegt werden und hat eine Reichweite von 24700 m.

Auf dem britischen Flugplatz in Hildesheim ist bereits ein ganzer Kasernenkomplex zum Pressezentrum eingerichtet worden. Hier befindet sich auch das Hauptquartier für die Manöverkontrolle, die Schiedsrichter und die Schadenskontrolle. Zu diesem Zweck werden in der britischen Kaserne 2500 Offiziere, Soldaten und Hilfspersonal stationiert sein. Außer den britischen und amerikanischen Besatzern sollen an dem Manöver 20000 Reservisten aus dem Territorialheer der Bundeswehr sowie die Panzerbrigade 3 aus Nienburg Langendamm teilnehmen.

In der örtlichen Presse wird bereits kräftig die Werbetrommel gerührt: „8,5 Mio. englische Pfund, was könnte man mit dieser beachtlichen Summe anfangen? Einer Summe jedoch, die aufgebracht werden muß, um die NATO-Strategie der Abschreckung dem Osten gegenüber glaubhaft zu machen. Im September wird sich zeigen, ob die Militärs ihr Geld wert sind" (Sonderseite Deister- und Weserzeitung). „Jeder Soldat und jeder Fahrer wird ... eine schriftliche Übersicht erhalten, wie teuer eine Beschädigung dem Steuerzahler kommt" (Hildesheimer Allgemeine, Sonderseite). In Hildesheim hat sich eine Aktionseinheit gegen das Manöver gebildet mit bisher 35 Teilnehmern und Vertretern von Organisationen. Unter anderem wird gefordert: Keine NATO-Manöver, Besatzertruppen raus, keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD. Auch in Hameln und Hannover bilden sich Aktionseinheiten. Am 25.7. wird in Hannover ein erstes regionales Treffen stattfinden.



Britischer Striker-Panzer, mit Swingfire-Raketen ausgerüstet. 810 Panzerfahrzeuge werden im Manöver Crusader die Äcker zerstören.

Antwort der Bourgeoisie auf die Bremer Rekrutenvereidigung: Militärzuchthaus

z.ula. „... die Gefährdung eines Staates geht selbst in der außenpolitischen Spannungssituation weniger von Gefahren aus, die von außerhalb unserer Grenzen kommen, sondern ... mehr von Gefahren, die aus dem inneren Bereich kommen." So Bremens Polizeipräsident Diekmann (SPD) in seinem Strategiepapier aus Anlaß der öffentlichen Rekrutenvereidigung in Bremen. Auf der Sondersitzung der Bürgerschaft zu den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses über die Vorfälle am 6. Mai wurde das Papier an die Öffentlichkeit gezerrt. Es werden darin verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gefordert: Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts, keinerlei Duldung von Hausbesetzungen, Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung, gesundheitspolizeiliche Vorschriften, schärfere Überwachung von Asylanten. Die Einführung von Gummigeschossen wird in Bremen bereits erprobt. Dem Senat wirft Diekmann Laissez-faire vor, das den Rechtsbruch zur Tagesordnung macht. Auf Begeisterung ist er damit vor allem bei der CDU gestoßen, die inzwischen Mißtrauensantrag gegen Innensenator Fröhlich gestellt hat, weil er solche Maßnahmen nicht längst ergriffen hat. Den Rücktritt von Jugendsenator Scherf und von Bürgermeister Koschnick behalten sie sich vor. Rücktritt von Scherf und Fröhlich fordert auch die in Bremen oppositionelle FDP.

Gesucht werden die Verantwortlichen dafür, daß es am 6. Mai nicht gelungen ist, eine Demonstration von 15000 Menschen gegen die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung, für den Austritt der BRD aus der NATO zu verhindern. Dazu hatte es zwei Möglichkeiten gegeben: Die gewaltsame durch Verbot der Demonstration und Zerschlagung oder aber die Möglichkeit, durch politische Spaltung größere Teile unter die Forderung nach Fortsetzung der Entspannungspolitik zu bringen. Beides ist versucht worden – beides mißlungen. Das erstere, so CDU und FDP, weil zögernd und zu spät, letzteres endete in einer isolierten Kundgebung von nur 200 Leuten, ungeeignet, Spaltung zu bewirken. Jugendsenator Scherf hatte versucht, zu dieser Kundgebung zu mobilisieren. Daß ihm das nicht gelungen ist, wie daß der Senat insgesamt diese Bewegung nicht in der einen oder anderen Weise unter seine Kontrolle gebracht hat, versetzt die Bourgeoisie in Aufregung: „Die wirklich Schuldigen" zwar, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" „heißen ganz anders", aber „das entbindet den Senat selbstverständlich nicht von seiner Verantwortung. Er muß sich politisch ermannen – oder die Verantwortung abgeben." Es geht darum, die BRD im Inneren kriegsfähig zu machen. Im NATO-Bündnis an der Seite der US-Supermacht ist das nicht möglich, wenn große Teile der Bevölkerung den Austritt aus der NATO fordern. Koschnick baut vor allem auf den Einfluß der SPD als bürgerlicher Arbeiterpartei und fordert verstärkt die intellektuelle, politische Auseinandersetzung, die CDU fordert offene Gewalt. Die FDP bietet sich sichtlich für das Innenressort an, und für die SPD wäre es sicherlich von Vorteil, wenn sie in künftigen Auseinandersetzungen den Polizeiknüppel den Liberalen anhängen könnte. Verteidigungsminister Apel hat als erster Zeuge des Bonner Verteidigungsausschusses in der Untersuchung der Kämpfe gegen die Vereidigung den Schwarzen Peter dem Innensenator zugespielt: dieser habe alle nötigen Informationen gehabt. Mit der Einschaltung des Verteidigungsausschusses in diese Frage bereitet die Bourgeoisie massive Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes vor. Die Bremer Landes-SPD sucht derweil politisch aufzuholen: Ein Friedensfest im Weserstadion soll sie, gestützt vor allem auf DKP und Jusos, in dieser Frage wieder in die Offensive bringen.

Kampuchea: Zermürbungskrieg gegen die vietnamesischen Aggressoren

Verbindungslinien und rückwärtige Stellungen der Aggressoren unter Beschuß / 500 Verluste pro Tag

z.lup. „Zu Anfang haben wir auf taktischem Gebiet Fehler begangen. Wir hatten nur große Schlachten geschlagen und die Guerilla vernachlässigt. Jetzt haben wir diesen Fehler berichtigt. So können wir unsere Streitkräfte erhalten und dem Feind jeden Tag sehr schwere Verluste zufügen. Wir führen einen Abnutzungskrieg gegen die Vietnamesen, aber das heißt nicht, daß wir nur Guerillaanschläge führen. Wenn wir auf bestimmten Kampffeldern die Versorgung des Feindes unterbrechen können, wenn wir den Feind ermüden können, konzentrieren wir unsere Streitkräfte, um einen großen Schlag zu führen und so den Feind zu vernichten. In diesen Fällen benutzen wir schwere Waffen." Dies erklärte Khieu Samphan, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, in einem Interview gegenüber dem französischen Fernsehen.

In Anwendung dieser Taktik hatte die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea die Trockenzeitoffensive der vietnamesischen Aggressoren zum Scheitern gebracht. Diese hatten geplant, in den beiden ersten Phasen eines großangelegten Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzuges zunächst die Kräfte des Demokratischen Kampuchea in den östlichen und zentral gelegenen Provinzen Kampucheas zu vernichten, um dann durch konzentrierten Einsatz der gesamten Aggressionstruppen die Stützpunkte des Demokratischen Kampuchea in den westliche, an Thailand grenzenden Provinzen zerschlagen zu können. Grundlegend für das Scheitern dieser Offensive war, daß es den Guerillakräften des Demokratischen Kampuchea gelang, ihre Positionen in den östlichen und zentralen Gebieten des Landes zu erhalten und die Aggressionstruppen dort in einen Guerillakrieg zu verstricken, sie festzusetzen und ihnen zahlreiche kleinere Schläge zu versetzen. Für ihren Feldzug in den westlichen Provinzen konnten die vietnamesischen Aggressoren so nur einen Teil ihrer geschwächten Truppen einsetzen, und es gelang der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea, den Aggressoren dort auch in einigen größeren Schlachten empfindliche Niederlagen beizubringen.

Mitte Juni hat das von der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Genf herausgegebene Bulletin die Lage folgendermaßen eingeschätzt: „Nach der Niederlage ihrer großangekündigten, allseitigen Trockenzeitoffensive sind Hanois Truppen, auch dank des Regens, nun ins Stocken geraten. Sie befinden sich in einer defensiven Position und sind bemüht, die Schläge der Guerilla der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea abzuwehren. Die Hanoier Armee befindet sich unter unaufhörlichem Störfeuer, ihre Positionen sind umringt und werden bedrängt. Weil auch ihre Verbindungslinien immer wieder angegriffen und unterbrochen werden, ist es immer schwieriger für sie, an Nahrung und Munitionsnachschub heranzukommen und Truppenverstärkungen durchzuführen. Die im Gefolge der ersten großen Regenfälle wieder ausbrechende Malaria verursacht große Verluste unter den lebendigen Kräften des Feindes ... Während der Regenzeit haben die Guerillas und die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea folgende drei Taktiken auszuführen: 1. die Verbindungslinien zerstören, 2. traditionelle Waffen (einsetzen), 3. moderne Waffen (was in der Sprache des Guerillakrieges bedeutet, die rückwärtigen Stellungen des Feindes abzutrennen, möglichst auf traditionelle Waffen zurückzugreifen, den Feind in die Fallen und Minenfelder zu treiben und ihn immer im Ziel der Waffen zu behalten)."

Gegenwärtig ist die Nationale Armee dabei, diese drei Aufgaben zu verwirklichen. Die vietnamesischen Aggressoren haben für ihren Angriff auf Thailand am 23. Juni große Truppen an der thailändischen Grenze konzentriert, was bedeutet, daß sie ihre Stellungen in den übrigen Teilen Kampucheas schwächen mußten. Während ihres Überfalls auf Thailand wurden die vietnamesischen Aggressoren durch die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea nördlich und südlich der Nationalstraße 5, die von Battambang nach Arranyprathet (Thailand) führt, von den Flanken her angegriffen. 6 Versuche der vietnamesischen Aggressoren, unter Einsatz eines vollen Bataillons das Dorf Takong in unmittelbarer Nähe der thailändischen Grenze zu erobern, wurden von den Guerillas zum Scheitern gebracht. Vorrückenden Einheiten Vietnams, die eine strategisch wichtige Brücke zehn Kilometer von der Grenze entfernt erobern und befestigen wollten, lieferten die Guerillas Anfang Juli erbitterte Abwehrgefechte. Den nach Thailand vorrückenden vietnamesischen Truppen haben die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea innerhalb von 4 Tagen insgesamt 500 Mann Verluste zugefügt. 3 Panzer wurden zerstört. Am 6. Juli haben die Guerillas auf einer nach Thailand führenden Eisenbahnlinie einen vietnamesischen Militärzug in die Luft gesprengt. Bei den Kämpfen, die sie den vietnamesischen Aggressoren gleichzeitig im ganzen Land lieferten, haben die Guerillas, Militärkommuniqués des Demokratischen Kampuchea zufolge, täglich 500 Verluste zugefügt.



Kämpfer des Demokratischen Kampuchea erwarten einen Gegenschlag der Aggressoren. (Während der Schlacht um Phnom Chat, Januar 1980)

UNO-Frauenkonferenz: Die Emanzipations-ideologie der Imperialisten steht unter Beschuß

z.anb. Unter dem Motto ,,Gleichheit, Entwicklung, Frieden'' eröffnet, ist die Weltfrauenkonferenz, die bis 30. Juli in Kopenhagen tagt, schon nach einer Woche für die Imperialisten zu einer ,,sündteuren Pflichtübung der Vereinten Nationen'' geworden. Anders als bei der ersten Frauenkonferenz der UNO 1975 in Mexiko, die das Jahrzehnt bis 1985 zur Dekade der Frau erklärte, sind die Versuche der Imperialisten unter Beschuß geraten, die Befreiung der Frau in der Dritten Welt vom Kampf gegen den Imperialismus abzutrennen und die ,,politische Emanzipation'' gegenüber dem Mann unter dem Stichwort ,,mehr Frauen in die führenden Positionen der Gesellschaft'' zu propagieren.

Die Bilanz der ersten Hälfte des Frauenjahrzehnts belegt denn auch, daß alle Deklarationen über die Beseitigung von Ungleichheit und Diskriminierung der Frau ein Stück Papier sind, wenn sie vom Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus losgelöst werden. Die Frauen in der Dritten Welt umfassen 50% der Bevölkerung, ⅓ der Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft; auf sie entfallen aber ⅔ aller geleisteten Arbeitsstunden und ganze 10% des Einkommens aus Lohnarbeit. Diesmal hat die Konferenz ausdrücklich die Lage der palästinensischen und der azanischen Frauen als eigenen Punkt auf der Tagesordnung. Über ersteren kam es zweimal zum Auszug von über 25 Delegationen aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Staaten, als die Delegierte des Zionistenregimes die Landraubpolitik zu rechtfertigen suchte und Jihan Sadat das Camp-David-Abkommen verteidigte.

Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten haben sich dem Protest angeschlossen. Zweifellos versuchen die Sozialimperialisten damit Spuren zu verwischen, ihre eigene Isolierung abzuwehren. Sie müssen sich nun verhalten zu einem Resolutionsentwurf, den Kuba im Namen der Gruppe der 77 zum Schlußdokument des Aktionsprogramms eingebracht hat und der Imperialismus, Kolonialismus, Hegemonismus und ausdrücklich fremde Besatzung zum Hauptfeind der Befreiung der Frauen erklärt. Im Kampf dagegen brauchen die Frauen politische und Arbeiterrechte. Der Resolutionsentwurf zur Palästinafrage enthält erstmals auf UNO-Ebene die Verurteilung der kolonialen Besetzung Palästinas durch Israel 1948, sie wendet sich damit gegen die Resolution 242, die dem palästinensischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat nicht zugesteht.

Frankreich: Starke Ausdehnung der Leiharbeit soll Lohnsenkung und Entrechtung vorantreiben

z.pel.Paris. Am 11. Juni traten einige hundert Leiharbeiter im Werk Blainville des Renault-Konzerns in den Streik. Sie forderten von der Zeitarbeitsfirma eine Lohnerhöhung und von Renault kostenlose Sicherheitskleidung. Renault-Kapitalisten wie Sklavenhändler erfüllten die Forderungen, als der Arbeitskampf auf die benachbarten Werke von Blaupunkt und Moulinex übergriff. Dies ist einer der wenigen Erfolge, die die französische Arbeiterklasse im Kampf gegen die Abspaltung eines immer größeren Teils ihrer Mitglieder hat erringen können. Seit der Krise 1974 ist der Anteil der kurzfristig ,,ausgeliehenen'' Lohnabhängigen sprunghaft gestiegen. 1974 vernutzten die Kapitalisten täglich die Arbeitskraft von 80000 Leih-Arbeitern und -Angestellten, heute schon doppelt so viel. Die ten, heute schon doppelt so viel. Die Zahl der *Vermittlungen* beträgt knapp eine Million im Jahr. Der überwiegende Teil wird in Großbetrieben der Elektro-, Flugzeug- und Automobilindustrie ausgebeutet, ⅔ sind Arbeiter, 60% ungelernt.

Gerade die Monopole suchen mit Ausdehnung der Leiharbeit die Bedingungen für die Verflüssigung des Produktionsprozesses und gleichzeitig allgemeine Lohnsenkung zu verbessern. Renault arbeitet heute mit 15% Leiharbeitern, bei den Flugzeugwerken Dassault liegt der Anteil über 20%. In Cleon setzen die Renault-Kapitalisten diese Arbeiter immer dort ein, wo im Produktionsprozeß Lücken entstehen, sowie für solche Arbeiten, die wegen der notwendigen teuren Maschinerie nicht an Zulieferer übertragen werden können. Auf drei Monate Arbeit folgt eine Woche Zwangspause, sodann bei ,,Bewährung'' und Bedarf Neueinstellung für weitere drei Monate. Der Stundenlohn liegt bei 13 FF gegenüber 22 FF für Festeingestellte, der bezahlte Urlaub ist schon darin enthalten. 6,5% Arbeitslosigkeit drücken.

Branchentarifverträge wie betriebliche Regelungen gelten nicht für Leiharbeiter. Mit dem Gesetz von 1972, das den Arbeiter in allen Fragen an den den Arbeiter in allen Fragen an den Sklavenhändler verweist, sind für ihn die rechtlich abgesicherten Erfolge gewerkschaftlichen Kampfes eliminiert. Die Gewerkschaften fordern dagegen die volle Anwendung der Tarifverträge, die direkte Einstellung von Zeitarbeitern durch den Kapitalisten und das Verbot der Leiharbeit. Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisierung in den betrieblichen Gewerkschaftssektionen haben jetzt die erwähnten Erfolge in gemeinsamen Kampfaktionen ermöglicht.

Britische Regierung unternimmt Schritte in Richtung Arbeitsdienst

z.elf.London. Lord Gowrie, Staatssekretär im britischen Arbeitsministerium, hat Ende letzter Woche geäußert, es sei nicht einzusehen, weshalb Arbeitslose, die hartnäckig eine Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ablehnen, weiterhin Arbeitslosengeld erhielten. Mit über 1,6 Millionen war die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien Ende Juni 1980 die höchste seit dem II. Weltkrieg. Wenn sie ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld durchsetzen wollen, werden die Arbeitslosen von den staatlichen Behörden, die die Versicherungskassen der Lohnabhängigen unter ihrer Kontrolle haben, zu mühsamen Einzelbittgängen gezwungen.

Hat der Arbeiter selbst gekündigt, so kann ihm die Behörde bis zu sechs Wochen das Arbeitslosengeld streichen. Ansonsten erhält er einen Einheitssatz von gegenwärtig etwa 75 DM wöchentlich, wenn er den Mindestsatz in die Versicherungskasse eingezahlt hat. Fordert er weiteres Geld, z.B. für die Ernährung der Familie, muß er Einzelbescheinigungen vorlegen. Nur wer im letzten Versicherungsjahr mehr als das 50fache des Mindestsatzes gezahlt hat, kann eine weitere Zulage erhalten, höchstens 70 DM, aber nur für ein halbes Jahr. Fast die Hälfte ist aber schon über ein halbes Jahr arbeitslos. Fast ein Viertel war im April über ein Jahr arbeitslos und damit ohne Anrecht auf Arbeitslosengeld, höchstens auf Arbeitslosenhilfe.

Etwa 180000 der 700000 Schulabgänger werden in diesem Sommer nach Schätzungen der Regierung keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden. Das nackte Elend – sie bekommen kein Arbeitslosengeld – und die Furcht der Jugendlichen vor Verlumpung ist die Grundlage dafür, daß die Regierung frech die neu geschaffenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Fortschritt hinstellen kann. Für knapp das Doppelte des Sozialhilfesatzes will die Regierung bis 1981 vor allem im öffentlichen Dienst, aber auch in der Industrie 280000 Jugendliche als Lohndrücker einsetzen. Die Gewerkschaften wenden sich gegen dieses staatliche Lohnsenkungsprogramm, die GMWU, in der viele Gemeindearbeiter organisiert sind, fordert die Aushandlung der Löhne der Jugendlichen durch die Gewerkschaften.



Arbeitsbeschaffungsmaßnahme: ,,traditionelles ländliches Handwerk''

BRD: Fetter Gläubiger der Dritten Welt

Bündnis mit der US-Supermacht erleichtert die Zins- und Schuldeneintreibung

z.rül. In ihrem am 21. Januar dieses Jahres veröffentlichten ,,Vierten Entwicklungspolitischen Bericht'' stellte die Bundesregierung befriedigt fest: ,,Der deutsche Kapitalmarkt war im Geschäftsjahr 1978/79 wieder eine ergiebige Quelle für die Mittelaufnahme der (Welt-)Bank. Schätzungen zufolge entfielen Mitte 1979 von den gesamten Auslandsverbindlichkeiten der Bank (rd. 26,3 Mrd. US-$) 25% auf Anleger aus der Bundesrepublik Deutschland, die damit an die erste Stelle rückte vor den USA (22%), der Schweiz (16%), Japan (13%) ...''

Am 16. April nahm die Weltbank zwei weitere Kredite bei den westdeutschen Imperialisten auf: einen über 150 Mio. DM, zu 10% Zins und rückzahlbar bis 1986, sowie einen Kredit über 200 Mio. DM, ebenfalls zu 10% Zins, aber rückzahlbar bis 1990. Sechs Tage später folgte die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) mit einem 200 Mio. DM Kredit, ebenfalls zu 10% Zins und rückzahlbar bis 1990.

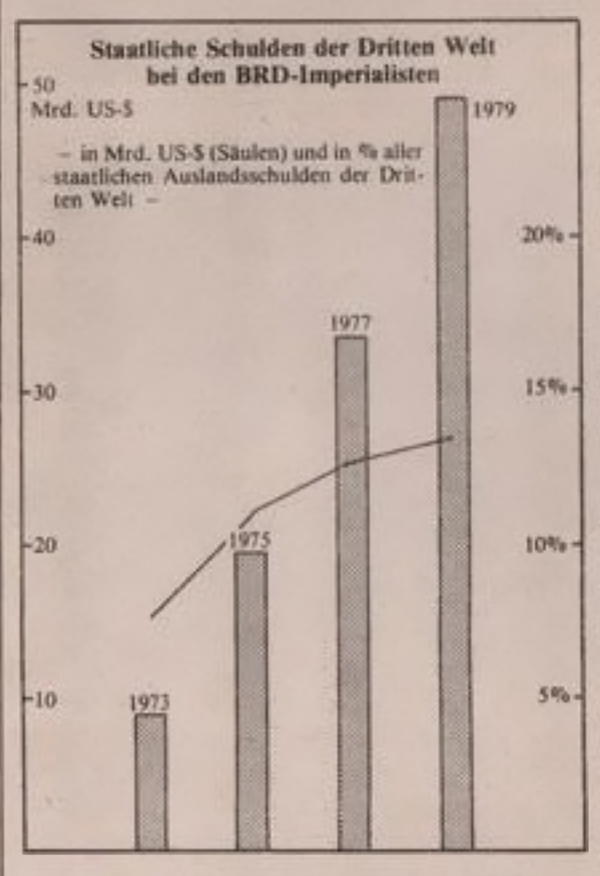
Auch wenn die Weltbank oder die ADB die Kredite aufgenommen haben: *zahlen* werden dafür die Staaten der Dritten Welt, über die Zinsen, Gebühren und Tilgungsbedingungen, die diese Banken auf ihre mit solchen Anleihen finanzierten Kredite an Staaten der Dritten Welt verlangen. Die westdeutschen Imperialisten dagegen werden nach Ablauf der Laufzeit der Kredite das ursprünglich ausgelegte Geldkapital einschließlich der fetten Zinsen und Gebühren wieder in ihren Händen halten, um es mitsamt dem Zusatzkapital erneut in die Ausbeutung von Lohnabhängigen in der BRD oder in die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt stecken zu können.

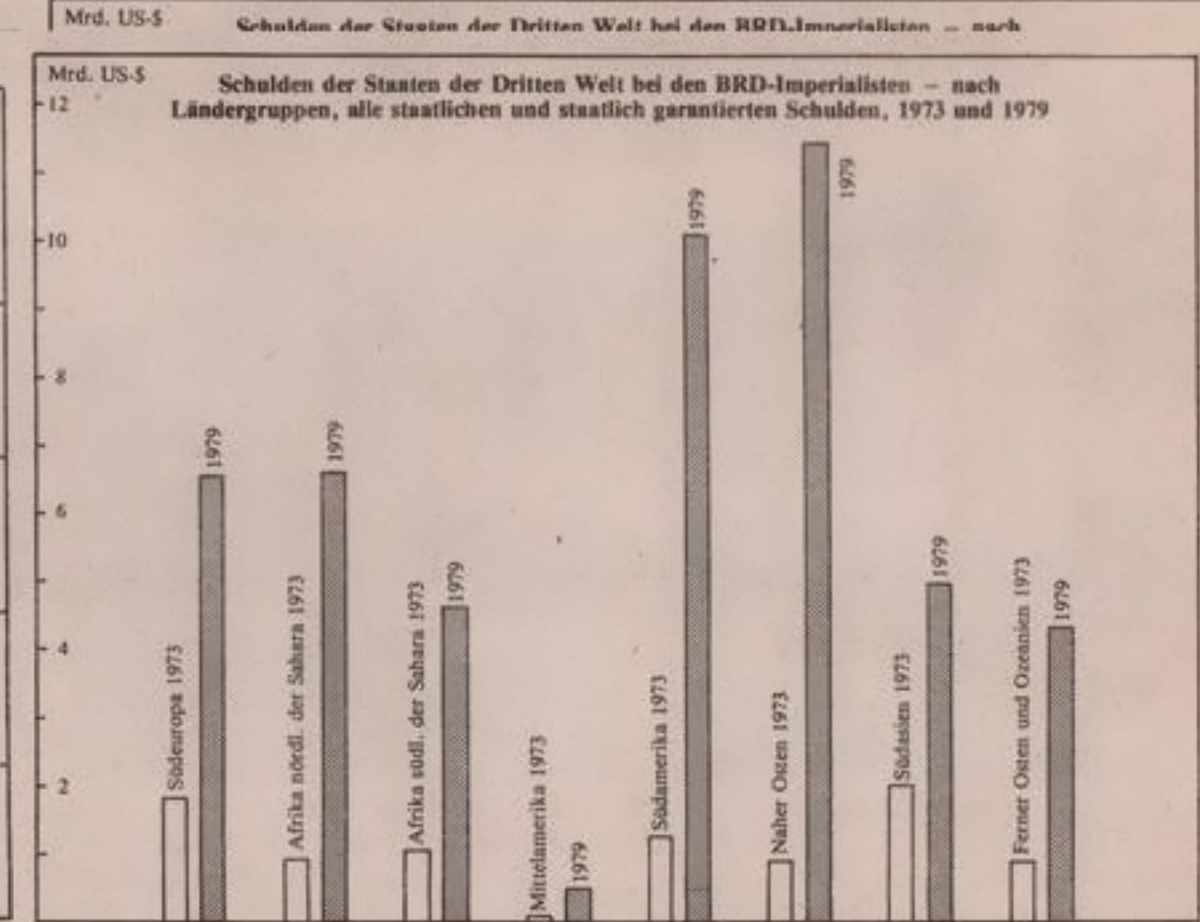
Größter Kapitalgeber der Weltbank: das ist nur ein Zeichen, daß sich die westdeutschen Imperialisten wieder zu einem großen internationalen Wucherer gegenüber den Staaten der Dritten Welt aufgeschwungen haben. Die Grundlage dafür haben sie mit brutaler Ausbeutung der Lohnabhängigen und Bauern in Westdeutschland geschaffen. Die so erzielten Profite, in den Händen weniger Finanzkapitalisten konzentriert, wurden als Wucherkapital auf den Weltmarkt geworfen. Je mehr die westdeutsche Finanzbourgeoisie durch die Auspressung der westdeutschen Volksmassen sich in der imperialistischen Konkurrenz nach vorne schieben konnte, umso mehr wuchs auch ihr Anteil an der Ausplünderung der Dritten Welt, den sie in schweren Schlachten gegen die imperialistischen Konkurrenten eroberte.

Rechnet man alle staatlichen Auslandsschulden sowie die durch staatliche Bürgschaften garantierten privaten Auslandsschulden der Dritten Welt zusammen, so standen diese Staaten Ende 1979 bei den westdeutschen Imperialisten direkt und über die Weltbank etc. mit insgesamt 89,600 Mrd. DM in der Kreide (siehe Schaubild unten rechts). 1973 waren es ,,nur'' 21,586 Mrd. DM Schulden gewesen, die sie den westdeutschen Imperialisten mit Zins und Zinseszins vergoldet zurückzahlen mußten. Nimmt man die gesamten öffentlichen Auslandsschulden der Dritten Welt zum Vergleich, so zeigt sich, daß die westdeutschen Imperialisten nicht nur einen rasant wachsenden absoluten Tribut von der Dritten Welt kassierten, sondern auch ihren *Anteil* an den gesamten Tributzahlungen der Dritten Welt beträchtlich steigern konnten: 1973 entfielen 7,69% der öffentlichen Schulden der Dritten Welt auf die BRD-Imperialisten, 1979 bereits 13,40%.

Über die Zinszahlungen der Dritten Welt für diese Kredite hüllen sich die westdeutschen Finanzbourgeois vorsichtig in Schweigen. Man kann sie aber ungefähr berechnen. 1978 waren nach Angaben der Bundesregierung 42,27% aller Schulden der Dritten Welt bei der BRD Ergebnis ,,öffentlicher Kredite'', 52,73% gingen auf ,,private'' Kredite der Kapitalisten zurück, vor allem Warenexportkredite. Rechnet man für die ,,öffentlichen'' Kredite einen Zinssatz von 2% – nach Angaben der Bundesregierung sank der Zinssatz auf ,,Entwicklungskredite'' von 3,3% 1966 auf 1,8% 1978 – und für die ,,privaten'' einen Zins von 6% – das ist der niedrigste Zinssatz auf Warenexportkredite, den die Imperialisten 1976 verlangten, heute liegt dieser Satz bei DM-Krediten bei etwa 10% –, so hätten die westdeutschen Finanzbourgeois *1979* einen Zinstribut von 3,59 Mrd. DM eingestrichen. Eine andere Schätzung – die gesamten Zinszahlungen der Dritten Welt, wie sie von der Weltbank für 1978 veröffentlicht wurden, und davon einen Anteil von 13,40% für die westdeutschen Kapitalisten berechnet, entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtverschuldung der Staaten der Dritten Welt – ergibt für *1978* einen Zinsgewinn von 3,39 Mrd. DM. Zum Vergleich: Die gesamten *Netto*einnahmen der westdeutschen Imperialisten aus Krediten und Anleihen an das Ausland – also abzüglich der eigenen Zinszahlungen für Kredite aus dem Ausland – beliefen sich im gleichen Jahr auf 4,465 Mrd. DM. Oder, um den Zinstribut der Dritten Welt in Waren auszudrücken: Über 6% der Ausfuhren der Staaten der Dritten Welt in die BRD konnte die westdeutsche Finanzbourgeoisie 1978 mit den im gleichen Jahr kassierten Zinstributen aus diesen Staaten ,,verrechnen''.

Für die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist bei dieser Plünderung der Dritten Welt das Bündnis mit der US-Supermacht von großem Vorteil. 1976 waren – nach unvollständigen Angaben – über 50% der öffentlichen Schulden der Dritten Welt Schulden bei den US-Imperialisten. Außerdem beherrscht die US-Finanzbourgeoisie solche imperialistischen Erpressungsinstrumente wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfond IWF. Weigert sich ein Staat der Dritten Welt, seine Schulden bei den westdeutschen Imperialisten zu bezahlen, so hat er deshalb fast gesetzmäßig auch die US-Bourgeoisie am Hals, die um ihre Kredite fürchtet und zusätzlich zu ihren ökonomischen Druckmitteln notfalls die Schulden mit ihrer Kriegsmaschinerie eintreibt. Meist aber reicht ökonomischer Druck und Erpressung. ,,Umschuldungskonferenzen'' unter Führung der US-Bourgeoisie, aber mit maßgeblicher Beteiligung der westdeutschen Bourgeoisie, sind in solchen Fällen die gemeinsame Waffe der westlichen Imperialisten, um mit neuen Krediten die ,,Zahlungsschwierigkeiten'' kurzfristig zu beseitigen und die Kreditschlinge umso fester zu ziehen. Die Türkei und Pakistan sind die letzten Beispiele dieser Art.





Iranische Regierung deckt imperialistisches Komplott auf

z.jüd. In dieser Woche wird in aller Öffentlichkeit den Beteiligten am Putschversuch gegen die iranische Regierung der Prozeß gemacht. Am 10.7. meldete Radio Teheran, daß das Komplott u.a. von geflüchteten Iranern und unter direkter Beteiligung der Zionisten und verschiedenen imperialistischen Kräften ausgeheckt worden war. Militärstützpunkte hatten besetzt und die Residenz von Ayatollah Khomeini bombardiert werden sollen. Die bürgerliche Presse versucht, den Eindruck zu erwecken, der Putschversuch sei das Resultat von Widersprüchen zwischen dem iranischen Volk und der Revolutionsführung. Demgegenüber hat Bakhtiar, letzter Ministerpräsident des Schah und von den US-Imperialisten ins Amt gebracht, in Paris gesagt, er hoffe, daß es schon bald zu einem weiteren Umsturzversuch kommen werde und daß sich die Bereitschaft anderer Länder, dies zu unterstützen, in aktiven Maßnahmen niederschlagen werde (Süddeutsche Zeitung, 18.7.). – Gegen die Einmischungsversuche und die ökonomische Abhängigkeit von den Imperialisten hat die iranische Regierung 5 westdeutsche Pharmakonzernniederlassungen im Iran unter ihre Kontrolle gebracht. Der Botschafter der BRD soll gegenüber der iranischen Regierung auf das Investitionsschutzabkommen zwischen dem Schah und der Bundesregierung hinweisen. Die Konzerne drohen mit dem Lieferstopp von bestimmten Stoffen, die zur Produktion von notwendigen Medikamenten gebraucht werden. Gegenüber dem Bund beanspruchen sie bei Enteignung die Bürgschaften für exportiertes Kapital.

12 US-Phantom-Bomber zu Manövern in Ägypten eingetroffen

z.ans. Am 10. Juli sind 12 amerikanische F4-Phantom-Bomber mit einer 400 Mann starken Besatzung auf dem ägyptischen Wüstenstützpunkt in der Nähe Kairos gelandet. Während der letzten zehn Monate haben die US-Imperialisten bereits 35 Phantom-Kampfbomber für 600 Mio. Dollar an Ägypten geliefert und rund 100 Ausbilder geschickt. Die Lieferung von 40 F16-Kampfflugzeugen für 943 Mio. Dollar ist für Anfang 1982 beschlossen. Die dreimonatigen gemeinsamen Manöver mit der ägyptischen Luftstreitkraft verschärfen die Abhängigkeit Ägyptens von den US-Imperialisten und vertiefen seine Isolierung von der arabischen Welt. Die US-Imperialisten wollen mit dieser erneuten Demütigung Ägyptens ihre Ausgangspunkte zur Bedrohung der Staaten am Golf und am Horn von Afrika verbessern.

USA verletzen die neue mexikanische 200-Meilen-Zone

z.scc. ,,Unser Gesetz ermächtigt uns, außerhalb der 12-Meilen-Zone zu fischen'', erklärte die ,,Amerikanische Thunfischer-Gesellschaft''. Gemeint: außerhalb der *mexikanischen* 12-Meilen-Zone und damit *innerhalb* der neuen 200-Meilen-Zone, die Mexiko im Juli zum Schutz seiner Meeresreichtümer errichtete. Über 20 US-Trawler sind ungeachtet dessen weiter auf Raubzug, drei brachte die mexikanische Regierung vorige Woche auf. Mit Importverbot für Thunfisch versucht die Supermacht, US-Gesetz gegen und in Mexiko durchzusetzen.

Uran, Kupfer, Wolle ... Steigende Profite aus der Ausplünderung Namibias

Westdeutsche Monopole an Uran- und anderen Geschäften beteiligt / Diplomatische Manöver zielen auf Erhaltung Namibias als Kolonie

z.hef. Der Namibia-Rat der Vereinten Nationen begann am 7. Juli das Anhörungsverfahren über die Ausbeutung von Namibias Uranvorräten durch imperialistische Monopole. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen setzte den Namibia-Rat 1966 als Übergangsverwaltung ein, als sie Südafrika das Mandat für die frühere deutsche Kolonie aberkannte und von Südafrika den vollständigen Abzug forderte sowie die SWAPO als „einzige legitime Vertretung des Volkes von Namibia" anerkannte.

Die koloniale Besetzung Namibias ist nicht nur zutiefst ungerecht, sondern seitdem auch nach bürgerlichem Völkerrecht illegal. Illegal ist auch die Suche nach und die Förderung bzw. Produktion von Rohstoffen in Namibia. Im Namibia-Dekret Nr. 1 vom 13. Dezember 1974 verbietet die UN-Vollversammlung alle Formen der Erkundung, des Bergbaus, des Exports von Mineralien, pflanzlichen und tierischen Rohstoffen. Sie verpflichtet in dem Dekret alle Mitgliedsländer der UNO, entsprechende Lieferungen zugunsten des Namibia-Rats zu beschlagnahmen.

Der Namibia-Rat führt die Anhörung durch, weil die Imperialisten, vor allem die USA, Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland und Japan, diesen Beschluß laufend brechen und die Ausplünderung Namibias intensivieren.

Der Uranraub wird dabei zum profitabelsten Geschäft. In diesem Jahr erreicht das Rössing-Uranbergwerk zum ersten Mal seine volle Kapazität von 5000 Tonnen pro Jahr. Rössing gehört zu 46,5% dem britischen Bergbaumonopol Rio Tinto Zinc, in dessen Aufsichtsrat bis zu seinem Amtsantritt auch der jetzige Außenminister Lord Carrington saß. Total (Frankreich) und das südafrikanische Siedlerregime gehören zu den weiteren Teilhabern. An der ursprünglichen Erschließung des Rössing-Bergwerks war auch die Urangesellschaft AG, die zum Teil der Veba gehört, beteiligt.

Das aus Namibia gestohlene Uran wird u.a. an die britische und die französische Regierung für deren Kernkraftwerke verkauft. Die 1968 von der britischen Regierung unterschriebenen langfristigen Lieferverträge haben für Rio Tinto Zinc die Erschließung von Rössing überhaupt erst möglich gemacht. Zu den Kunden gehören aber auch die westdeutschen und japanischen Imperialisten, und die Sozialimperialisten sind am Geschäft beteiligt.

Bis Dezember 1979 flog die französische Gesellschaft UTA das Uranoxyd, den sogenannten „Gelben Kuchen", nach Europa. Als die geheime Route entdeckt wurde, setzte RTZ Schiffe ein. Die erste Lieferung, 60 Tonnen, kam am 4. Januar auf dem deutschen Schiff Urundi in Zeebrugge (Belgien) an.

Zur Weiterverarbeitung zu Uran-Fluorhexan wird das „französische" Uran nach Comurhex, das „britische" in die Springfield Works von British Nuclear Fuels in der Nähe von Preston in England transportiert. Das Uran-Fluorhexan lassen die britischen Kapitalisten dann zur Anreicherung nach Capenhurst in England oder nach Almelo in Holland bringen. Das Werk in Holland gehört britischem, westdeutschem und holländischem Kapital. Nach Angaben verschiedener Zeitungen, u.a. der britischen „Sunday Times", lassen die westdeutschen Kernkraftmonopole einen Teil des Uran-Fluorhexans aus England in die Sowjetunion transportieren, wo die sowjetische Firma Techsnabexport das namibische Uran dann für sie anreichert. Die „Sunday Times" schätzt, daß das gegenwärtig 50% des westdeutschen Bedarfs ausmacht. Das angereicherte Uran-Fluorhexan wird dann von der Kraftwerk-Union zu Brennstäben für Kernkraftwerke weiterverarbeitet.

Uran ist der wichtigste, aber nicht der einzige Rohstoff, wegen dessen die Imperialisten Namibia kolonial besetzt halten. Die Imperialisten beuten mehr als 16000 Namibier in Bergwerken aus. Das britisch-amerikanische Monopol Anglo American betreibt über die Tochterfirma De Beers große Diamantbergwerke. Die Tsumeb-Mining Corporation fördert Kupfer, Kadmium, Blei und Silber. Zu den Kunden gehört die Norddeutsche Affinerie, die in Westdeutschland sowohl Tsumeb-Kupfer wie auch Kupfer aus ihren eigenen Bergwerken (Otavi Minen und Eisenbahnen) verarbeitet. Metallgesellschaft AG besitzt die Mehrheitsanteile an den Lithiumbergwerken SW Lithium Mines Ltd. und Minderheitsanteile an Zinkbergwerken. Olthave besitzt Kupferbergwerke. Die Tiefbohr-AG hat nach Öl gesucht und die Alfred Hempel KG nach Fluor. Deutsche Banken sind an den Bergwerksoperationen mit Krediten beteiligt. Alle diese Förderungen sind klar im Bruch des UN-Dekrets Nr. 1. Die niedrigen Steuern für die Förderung zahlen die Imperialisten an das Siedlerregime in Pretoria, das damit die militärische Besetzung Namibias finanziert.

Westdeutsche Firmen wie Thorer und Holland besitzen große Schaffarmen auf gestohlenem Land, auf denen sie Karakul-Schafe für die „Persianer"-Mäntel produzieren lassen. 60% der Karakul-Wolle geht nach Westdeutschland. Westdeutsche Fischereimonopole sind mit denen aus der DDR, Italien, der Sowjetunion und Spanien an Raubfischerei vor Namibias Küsten beteiligt.

Allein das Durchblättern des Telefonbuchs für Windhoek zeigt, daß mindestens die folgenden westdeutschen Firmen Niederlassungen (also Kapital) in Namibia haben: AEG-Telefunken, Bosch, Hochtief, Hoechst, KSB-Pumpen, Lufthansa, MAN, Daimler Benz, Deutz, Siemens, Olympia, Zeiss, Volkswagen, Deutsche Ost-Afrika-Linie. Die englische Firma Metal Box, der u.a. Schmalbach-Lubeca gehört, betreibt eine Dosenfabrik für die Fischfänge in Walvis Bay. Lurgi AG führt elektrische Arbeiten im Rössing-Uranbergwerk aus. Die westdeutschen Imperialisten nutzen den Vorteil, daß 25% der 99000 Siedler deutscher Nationalität sind, und haben zahllose unauffällige Agenturen und Niederlassungen eingerichtet.

Die diplomatischen Aktivitäten von fünf Hauptausbeutern Namibias – der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Westdeutschlands und Kanadas – für eine „Lösung der Namibia-Frage" dienen der Erhaltung Namibias als Kolonie bzw. Neokolonie.

Kernstück dieser Pläne ist die Durchführung von Wahlen unter Aufsicht der UNO und unter Beteiligung von UN-Truppen. Die SWAPO, die seit 13 Jahren den bewaffneten Befreiungskampf führt, und die Frontstaaten konnten dem Vorschlag von Wahlen zustimmen, weil die SWAPO die Unterstützung der Volksmassen hat und die Wahl nicht fürchten muß. Sie haben erhebliche Zugeständnisse gemacht, um die Imperialisten und das Siedlerregime in Pretoria zu einer raschen Durchführung zu zwingen.

Der von der UN beschlossene Plan sieht im einzelnen vor, daß eine UN-Truppe von 7500 Mann plus 360 Polizisten und 300 Zivilisten die Wahlen überwacht. Südafrikas Truppen sollen 12 Wochen nach dem Waffenstillstand abziehen. Inzwischen ist der Plan von UN-Generalsekretär Waldheim erweitert worden. An der Grenze zwischen Namibia und Angola bzw. Sambia soll eine entmilitarisierte Zone von je 50 Kilometern errichtet werden. Die südafrikanischen und sambischen bzw. die angolanischen und sambischen Truppen in diesem Streifen würden sich nur in ihren Basen aufhalten dürfen. Die SWAPO, Angola und Sambia sagten zu, daß nach dem Waffenstillstand keine SWAPO-Truppen die Grenzen überschreiten würden.

Trotz der erheblichen Zugeständnisse von Frontstaaten und SWAPO sucht das südafrikanische Regime nach immer neuen Einwänden und Beschwerden, um mit Unterstützung seiner imperialistischen Herren die passenden Voraussetzungen für die Wahlen zu schaffen.

Dazu gehört das Schauspiel einer sogenannten „Unabhängigkeit" für Namibia nach dem Vorbild der gescheiterten Inneren Lösung in Zimbabwe. Das mit der Scheinwahl von 1978 eingesetzte Parlament hat jetzt formell auch das Recht, über Finanzfragen zu entscheiden. Die Post wurde formell selbständig. Ab Ende des Jahres sollen die jugendlichen Namibier in einer „Verteidigungstruppe" unter südafrikanischen Offizieren Wehrdienst leisten und gegen ihre Genossen in der SWAPO antreten.

Die Ergänzung dazu ist Grausamkeit gegen die Massen. Die Armee hat inzwischen fast jedes Dorf in Ovamboland mit Stacheldraht umgeben, um die Befreiungskämpfer von den Massen fernzuhalten. Hausdurchsuchungen, Ausweiskontrollen, Folterungen bei Verhören sind an der Tagesordnung. Die gesamte SWAPO-Führung im Land ist eingesperrt.

Ende Juni griffen die Siedlertruppen erneut Angola an. Sie behaupteten danach, die Hauptquartiere der Volksbefreiungsarmee zerstört zu haben. Tatsächlich gelang es ihnen, einen Angriff der SWAPO gegen sie zu zerschlagen. Auch hier handelt es sich um eine Reaktion der Siedler auf den Befreiungskampf. Ihre Siegespropaganda dient dem Zweck, die „innere Lösung" besser zu verkaufen.

Unterkunft der Familie eines Landarbeiters auf einer Farm

Bestrebungen für Einheitsgewerkschaft in Zimbabwe

z.aml.Salisbury. 1929 wurde in Zimbabwe der 1. Mai zum ersten Mal gewerkschaftlich begangen. Damals schon stand die nationale Frage im Mittelpunkt. Die Kolonialisten versuchten, die Arbeiterbewegung nach Stämmen zu spalten und wollten die Vorortsiedlungen stammesmäßig einteilen. Das wurde damals von der Arbeiterunion zurückgeschlagen. In neuerer Zeit wurde 1960 der African Trade Union Congress gegründet, als einzige afrikanische Gewerkschaft. Die nationale Bewegung kam mit Streiks und Demonstrationen allein nicht weiter. Der African Trade Union Congress spielte dann auf dem Gründungskongreß der ZANU in Gwelo eine führende Rolle. Die ZANU setzte den bewaffneten Befreiungkampf auf die Tagesordnung.

Heute ist die Gewerkschaftsbewegung äußerst zersplittert. Es gibt allein 5 große Gewerkschaftsverbände, wovon einer eher eine Vereinigung von weißen Kolonialisten ist. Dieses ist auch der einzige Verband, der offiziell registriert ist. Alle anderen Verbände haben sich immer geweigert, der Regierung Vorstand, Mitgliederzahl und Haushalt zu melden. 120000 von 1 Million Lohnabhängigen in Zimbabwe sind Hausdiener. Das „Herr- und Knechtsgesetz" erlaubt dem Herrn, den Hausdiener ins Gefängnis werfen zu lassen, wenn er nicht fügsam ist. Den 350000 Landarbeitern ist jeder gewerkschaftliche Zusammenschluß verboten. Eine halbe Million Industrie- und Minenarbeiter müssen sich ihre Löhne und Arbeitsbedingungen nach dem Industrieschlichtungsgesetz von der Regierung vorschreiben lassen. „Ihre" Gewerkschaft darf in einem Industrieerat ihre Meinung dazu sagen (s.a. KVZ 4/80, S. 17). Nach Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit sind die Bedingungen für eine Einheitsgewerkschaft gut. Der Kern der Arbeiterklasse arbeitet in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten. Zum Beispiel produzieren die Arbeiter in Minen mit über 1000 Beschäftigten 73% des Ausstosses in 14 Bergwerken. Ein Großteil der Landarbeiter arbeitet auf Farmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Diese Farmen gehören Lonrho, Liebigs und anderen imperialistischen Monopolen. Ende Mai hat Genosse Kangai, Minister für Arbeit, zur Gewerkschaftseinheit aufgerufen, damit „die Gewerkschaften die Wiederaufbauanstrengungen des Landes unterstützen können". Seither haben 3 Gespräche über die Vereinigung stattgefunden, das letzte am 8. Juli. Dabei hat der weiße Gewerkschaftsbund unter dem Vorwand, er sei ja schon registriert, versucht, die anderen zu schlucken. Genosse Chigwendere vom Department für Arbeit der ZANU (PF) sagte dazu, daß es Gewerkschaftseinheit nur auf demokratischer Grundlage geben werde. Als nächstes werde die ZANU (PF) eine einheitiche Gewerkschaft für Landarbeiter aufbauen. Die gesetzlichen Grundlagen dafür würden vorbereitet, was heißt: Streikrecht und Abschaffung des Industrieschlichtungsgesetzes.



Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes: 1. Mai-Demonstration in Salisbury

Häuptlingsrat in Zimbabwe unterstützt ZANU (PF)

z.aml.Salisbury. Am 16. Juli hat Häuptling Chirau in seinem eigenen Namen und im Namen des Rates der Häuptlinge Zimbabwes, dem er jetzt vorsitzt, Premierminister Mugabe einen Widder geschenkt und dabei ausgeführt: „Die Häuptlinge und das Volk sind glücklich über den Sieg der ZANU (PF) und darüber, wie Sie die Geschäfte dieses Landes führen." Genosse Mugabe hat darauf erwidert, daß alle Zimbabwer sich vereinigen sollen und für Frieden und Fortschritt arbeiten sollen. Häuptling Chirau war Mitunterzeichner der „inneren Lösung", die Muzorewa den Premierministerstuhl von „Zimbabwe-Rhodesien" brachte.

Jugoslawien erzielt Fortschritte der Zusammenarbeit in der Region

z.anb. In der Generaldebatte der 34. RGW-Tagung vor wenigen Wochen in Prag erklärte der jugoslawische Vizepräsident Ikonic, Jugoslawien wünsche die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den RGW-Mitgliedsstaaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens. Damit wende Jugoslawien auch in diesen Beziehungen die Prinzipien der Blockfreiheit an, die es überall zur Richtschnur mache. Zwei Wochen später besuchte der Vizepräsident der bulgarischen Regierung Lukanov Belgrad und erörterte mit der jugoslawischen Führung gemeinsame Wirtschaftsprojekte. Vor der Bundesversammlung betonte Außenminister Vrhovec Anfang Juli, es gebe offene Fragen mit Bulgarien, entscheidend sei aber die ernsthafte Bemühung um Festigung der Beziehungen der Nachbarstaaten. In den letzten Wochen hat sich die Zahl der Zusammenführung von Familien im Grenzgebiet beider Staaten sprunghaft erhöht. Die Kollektive Führung unterstützt bewußt die Bemühungen vor allem der schwächeren RGW-Staaten, die Abhängigkeit von der Sowjetunion zu mildern, dieser Prozeß sei unaufhaltsam und vollziehe sich seit Jahren. Teil dieser bewußten Politik zur Festigung der Stabilität der Region ist auch das am 14. Juli unterzeichnete Handelsaustauschprotokoll mit Albanien, das eine Steigerung des Handelsvolumens bis 1985 auf das 7,2fache des jetzigen Standes vorsieht. 1979 bereits war dieses auf 130 Mio. Dollar, d.h. auf 320% des Vorjahrsstands angewachsen.

Rumänien plant, Konvertierbarkeit des Lei einzuführen

z.anb. Die rumänische Regierung hat bekanntgegeben, daß ab 1.1.1981 der bislang gespaltene Wechselkurs des Lei vereinheitlicht werden soll. Neben dem Handelskurs für Warenlieferabkommen (1 Dollar = 4,47 Lei) gibt es wie in allen RGW-Staaten den günstigeren Touristenkurs, der bei 12 Lei für 1 Dollar festgeschrieben worden ist. Rumänien ist als einziges RGW-Land Mitglied von IWF und Weltbank, hat aber bislang keinen Zugang zu deren Kredittranchen, für die ein einheitlicher Wechselkurs Vorbedingung ist. Für 1.1.1981 ist eine Abwertung von durchschnittlich 25% gegenüber dem Dollar und den anderen westlichen Währungen vorgesehen, von dieser neuen Basis aus wird gegenüber dem Transferrubel, der Intra-RGW-Rechnungseinheit, eine Abwertung von 80% nötig. Aus dieser Relation läßt sich eine 45%ige Überbewertung des TR im Vergleich zum Dollar errechnen. Zweifellos werden diese Maßnahmen die rumänische Wirtschaft stark belasten, drastisch sinkende Einnahmen müssen durch Steigerung der Exporte und gleichzeitige massive Drosselung der Importe – vor allem aus der UdSSR – ausgeglichen werden. Das entspricht aber der Zielsetzung, verstärkt auf den Weltmarkt zu treten, wofür die positive Handelsbilanz mit der Sowjetunion eine wichtige Rückendeckung bedeutet.

Schüler Azanias weiter im Kampf, Teilerfolg erzielt

z.mif. Der Rektor der Hofmeyr High School in einem Ort bei Pretoria wurde von der Schulbehörde sicherheitshalber beurlaubt; die Schüler hatten sein Büro mit Steinen beworfen. Der südafrikanische Polizeiminister hat nach dem Ende der Winterferien der schwarzen Schüler vor zwei Wochen alle Versammlungen der Schüler auf dem Schulgelände verboten. Diese Versammlungen sind ein wichtiges Organisierungsmittel der Schüler gegen die Polizeiangriffe. In Port Alfred verbarrikadierten sich 300 Jugendliche in der Schule mit Bänken; die Polizei brach die Türen auf und räumte die Schule. In Oranjefreistaat gelang es 600 Schülern, die acht Schulen in der Ortschaft Onverwacht besetzt hielten, einen Polizeiposten überraschend anzugreifen und zu entwaffnen. Die farbigen Schüler, deren Ferien Anfang letzter Woche beendet waren, haben beschlossen, ihren drei Monate lang durchgeführten Schulstreik zu beenden. Eine ihrer unmittelbaren Forderungen ist erfüllt: die Schulbehörde hat den Schülern das Recht zugestanden, selbständige Vertretungsorgane zu bilden. Die Forderung nach Freilassung der Verhafteten und aller politischen Gefangenen ist nicht erfüllt; in mehreren Gefängnissen finden Hungerstreiks für diese Forderung statt. An der Universität von Fort Hare in der östlichen Kapprovinz ist der Versuch des Siedlerstaates, den Vorlesungsbetrieb nach zwei Monaten Schließung wieder zu eröffnen, gescheitert, nur etwa 10% der 2700 Studenten nahmen an letzten Dienstag an den Lehrveranstaltungen teil.

Marx „Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie“

z.gek. „Wir, die westeuropäische Arbeiterpartei, haben ein doppeltes Interesse am Sieg der russischen revolutionären Partei. – Einmal, weil das russische Zarenreich die große Hauptfestung, Reservestellung und Reservearmee zugleich der europäischen Reaktion bildet, weil seine bloße passive Existenz bereits eine Drohung und Gefahr für uns ist. – Zweitens aber . . ., weil es durch seine unaufhörliche Einmischung in die Angelegenheiten des Westens unsere normale Entwicklung hemmt und stört, und zwar mit dem Zweck, sich geographische Positionen zu erobern, die ihm die Herrschaft über Europa sichern und damit den Sieg des europäischen Proletariats unmöglich machen würden. – Es ist das Verdienst von Karl Marx, zuerst und wiederholt seit 1848 betont zu haben, daß die westeuropäische Arbeiterpartei aus diesem letzten Grunde genötigt sei, mit dem russischen Zarentum einen Krieg auf Leben und Tod zu führen.“

Mit dieser Feststellung leitete Friedrich Engels 1890 seine Schrift über „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ (MEW Bd. 22) ein. Mit der Jahrhundertwende begann sich dieser, die Außenpolitik der europäischen Demokratie und Arbeiterbewegung seit 1848 beherrschende Gegensatz zu relativieren. Alle kapitalistischen Länder Europas, ebenso die USA und Japan, traten in die Ära des modernen Imperialismus ein, vollzogen eine Wendung zur Reaktion auf der ganzen Linie. Die proletarische Revolution trat auf die Tagesordnung. Sie erreichte ihren ersten geschichtlichen Durchbruch gerade in Russland, weil sie gegen den Zarismus die Energien der seit Jahrhunderten zurückgestauten, unterdrückten gesellschaftlichen Entwicklung, den Haß aller produzierenden Klassen konzentrieren konnte.

Die tödliche Bedrohung, die Marx und Engels in der Expansion des russischen Zarentums sahen, hängt mit dessen reaktionärer *innerer Natur* zusammen. Der Expansionismus Rußlands schien ihnen weitaus gefährlicher als der Expansionismus der europäischen Kolonialmächte zu dieser Zeit, oder der Expansionismus der nordamerikanischen Bourgeoisie gegen Mexiko und gegen die Indianerstämme im Westen, weil der bürgerliche Kolonialismus in dieser Phase doch zur Herstellung des Weltmarktes, zur Revolutionierung der Produktionsweise in den Zentren des Kapitalismus, und damit zur Bildung des Proletariats als Klasse beitrug. Der Zarismus dagegen unterdrückte bzw. hemmte alles dies nur, wo er seinen Stiefel hinsetzte.

„Im blutigen Schlamme mongolischer Sklaverei, nicht in der rohen Pracht der Normannenzeit steht die Wiege Moskaus, und das moderne Rußland ist nichts anderes als eine Umgestaltung Moskaus“, hatte Marx in seiner „Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts – Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie“ geschrieben. Seine Untersuchungen zur russischen Geschichte sind wenig bekannt, teils weil sie unterdrückt wurden (die „Geschichte der Geheimdiplomatie“ ist weder in der MEGA noch in den MEW zu finden), teils weil sie so bruchstückhaft geblieben sind. Marx hatte vor, den 6. Band des „Kapital“, der von der Grundrente handeln sollte, anhand des Beispiels von Rußland zu schreiben. Die Grundrente bildet einen bloßen parasitären Abzug vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, sowohl dem industriellen wie dem landwirtschaftlichen, an dessen Erzeugung der Grundherr keinerlei Anteil hat. Wenn das Kapital eine Zeit lang revolutionär gewirkt hat, so die Grundrente in der Neuzeit nur reaktionär. Wie in England im 19. Jahrhundert das Kapital das herrschende ökonomische Verhältnis war, so in Rußland die Grundrente.

Die ursprüngliche feudale und frühbürgerliche Entwicklung Rußlands (im Normannenreich von Kiew oder dem Nowgoroder Stadtstaat) war unter der Einwirkung der mehr als 200jährigen Mongolenherrschaft (von 1237-1462) weitgehend abgewürgt und umgebogen worden. Als sich die tatarischen Chans (oder „Zaren“) aus eigener Schwäche zurückzogen, hinterließen sie in Moskau ein neues Zarentum, eine „halbasiatische Despotie“, wie Marx sie bezeichnete. Wesensmerkmal ist eine zentrale Staatsmaschine, die als oberster Eigentümer der allgemeinen Produktionsbedingungen der Gesellschaft auftritt und auf diesen Titel beliebige Zwangsarbeiten der bäuerlichen Dorfgemeinschaften ebenso wie die
gemeinen Produktionsbedingungen der Gesellschaft auftritt und auf diesen Titel
beliebige Zwangsarbeiten der bäuerlichen Dorfgemeinschaften ebenso wie die
Ablieferung ihres gesamten Mehrprodukts verlangt und durchsetzt. In den großen asiatischen Reichen war dieser Despotismus das Produkt einer eigenständigen „asiatischen Produktionsweise“, wie sie aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß selbst entsprang, in klassischer Form dem Reisbau, aber ähnlich auch der systematischen Großherdenhaltung der Steppenvölker wie der Mongolen. Dort die gewaltigen Bewässerungssysteme, hier die ausgedehnten Weidegebiete und die Stammherde mußten Eigentum der Allgemeinheit bleiben. Auf die Erhaltung dieser allgemeinen Produktionsbedingungen mußte ein großer Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit in despotisch strenger Regelmäßigkeit verwendet werden. Auf dieser Grundlage entwickelt sich dann eben der universelle Macht- und Eigentumsanspruch der Despoten. Den Bauern bleibt kein Mehrprodukt zum Austausch mit der Stadt; sie können allenfalls in Naturalform mit den Dorfhandwerkern tauschen. Eine verknöcherte Arbeitsteilung in den Dörfern bildet das Gegenstück zur glänzenden, aber einseitigen Entwicklung der Städte, die nichts sind als Residenz- und Verwaltungsorte, wohin die Grundrente eingezogen und in ein verfeinertes Hnadwerksprodukt für den Luxus-oder Staatsverbrauch umgesetzt wird. Die asiatischen Städte bilden so unter dem eisernen Zugriff des Despoten, der sie demselben System der allgemeinen Sklaverei unterwerfen kann wie die Dörfer, kein revolutionäres Element. Es können sich die modernen, bürgerlichen Produktionsverhältnisse und Gesellschaftsklassen nicht herausbilden. Asien verfällt zur selben Zeit in Stagnation, wo in Europa die Ära der bürgerlichen Revolution und Umwälzung beginnt.

Die Moskowiter Großfürsten treten ein in die Ansprüche der Mongolenherrscher auf einen allgemeinen Tribut der ganzen Gesellschaft und universelle Dienstpflicht, bis zur Staatssklaverei. Die denkbar größte Zentralisierung von Macht und Reichtum steht den denkbar elendesten und rückständigsten Produktionsverhältnissen gegenüber. Hier lagen sowohl die Motive wie die Mittel der Expansion des russischen Zarentums. Darin lag seine reaktionäre Natur.

Unter Peter dem Großen erhebt sich das Zarentum zur Stellung einer reaktionären Weltmacht

z.gek. Durch die Eroberungen Peters des Großen wurde Rußland zur europäischen Großmacht, und Peters Reformen gelten als Beginn des modernen Rußland. Das erstere ist sicher, das zweite sehr die Frage. Die Modernisierungspolitik Peters nimmt ohne Zweifel *dieselbe Stelle* ein, die in den fortgeschrittenen Staaten Westeuropas wie in den Vereinigten Staaten von Amerika die bürgerliche Umwälzung einnahm. Aber umwälzend wirkten weder die inneren Reformen noch die äußere Expansion, ganz im Gegenteil. Unter Peter dem Großen erhebt sich das russische Zarentum zu der Stellung einer reaktionären Weltmacht, die es über 200 Jahre eingenommen hat.

Das 17. Jahrhundert war ein Jahrhundert unaufhörlicher Wirren gewesen. Seit der Zeit Iwans des Schrecklichen (1533—84) hatte sich der Zar immer höher über die ganze Gesellschaft erhoben, einschließlich der großen und kleinen Bojaren (Grundherren). Ganz anders als die absoluten Fürsten Europas, die sich dabei zu einem Teil auf die aufkommende bürgerliche Klasse gestützt hatten und ihr Konzessionen machten, war die Macht des Zaren im wörtlichen Sinne „Selbstherrschaft“. Ökonomische Grundlage war die Auspressung des doppelten und dreifachen Tributs von den Bauernwirtschaften, aber auch die fast vollständige Kontrolle des inneren wie des äußeren Handels. Der Zar war oberster Grundherr und Händler. Dazu kamen seine immer maßloseren Ansprüche auf Zwangsdienste der Bauern. Um die hunderttausendfachen Fluchtbewegungen in die Randgebiete des Reiches zu stoppen, war die weitgehende Schollenbindung der Bauern eingeführt worden. Da der Bauer nicht über sein Land noch über sein Produkt verfügte, blieb der Austausch zwischen Stadt und Land, damit die gesellschaftliche Arbeitsteilung ganz unentwickelt. Die Dörfer blieben voneinander isolierte Inseln. Für die Bildung einer städtischen Bourgeoisie fehlte die breite Grundlage. Umso höher stieg die Macht des Zaren. Hinzu kam dessen frühzeitige Verbindung mit ausländischen Kaufleuten und Finanziers. Der Zar hatte keine Schiffe; der eigentliche Im- und Export lag in den Händen der Briten und Niederländer. Und mit der Zersplitterung Deutschlands im 30jährigen Krieg waren deutsche Handwerker und Kaufleute zu Zehntausenden nach Rußland ausgewandert und nahmen als Hoflieferanten, Geldhändler oder auch im Binnenhandel engagierte Kaufleute die Stelle einer russischen Bourgeoisie ein. Der Wertabfluß ins Ausland (es tauschten sich überwiegend Rohstoffe gegen Manufakturwaren) untergräbt zusätzlich die innere Kapitalbildung.

Das ganze 17. Jahrhundert hindurch kommt es zu einer großen Volkserhebung nach der anderen; sie sind zugleich gewaltsame Reaktionen gegen die Oberherrschaft Moskaus. Ihre Form ist regelmäßig die von Heerzügen aufständischer Armeen gegen Moskau; an der Spitze stehen Kosaken, Leibeigene, unbekannte Abenteurer, die sich stets als rechtmäßige Prätendenten auf den Zarenthron ausgeben und dem Volk Freiheiten versprechen. Alle diese gewaltigen Klassenschlachten enden – anders als die Bauernkriege in Westeuropa – mit der immer nur tieferen Versklavung der Bauern. Die Feldzüge erschöpfen sich in der Plünderung der Städte. Sie zeigen schlagend, daß sich keine modernen Gesellschaftsklassen gebildet haben, kein städtisches Bürgertum, das sich an die Spitze dieser Kämpfe stellen oder sie wenigstens für einen Durchbruch bürgerlicher Verhältnisse nutzen konnte. Die einzige organisierte Opposition ist die Untergrundkirche der „Altgläubigen“, die die Verwandlung der Orthodoxen Kirche in eine reine Staatskirche des Zaren (der Metropolit sitzt im Kreml) ablehnt; eine Sammlung der zertrümmerten Klassen des feudalen Rußland ohne positives Ziel.

Im Kampf um den Thron stützt sich Peter von vornherein auf deutsche und niederländische Kaufleute und Finanziers und auf englische Militärs, die ihm schon als jugendlichem Zarewitsch den Kern einer modernen Armee schufen. Bekannt ist, wie sich der junge Zar in den Niederlanden und England mit den Fortschritten im Schiffbau und Militärwesen selbst bekanntmachte. Aber der Fanatismus, mit dem Peter der russischen Gesellschaft die Produktivkräfte des Westens aufzupfropfen, ihr einige bürgerliche Züge aufzuprägen versuchte, macht nur umso deutlicher, daß dafür die wesentlichen Voraussetzungen fehlten.

Fast alle der ca. 180 – 200 Manufakturen, deren Gründung Peter mit einer Kombination von Zwangsmitteln und Profitanreizen betrieb – teils über die Erteilung von Monopolprivilegien an ausländische Kapitalanleger, teils an einheimische Bojaren und Kaufleute, teils in Staatsregie –, arbeiteten für den militärischen Bedarf; einige wenige für höfischen Luxus. Es fehlte für jede größere Entwicklung des Manufakturwesens der innere Absatz. Die Produktionskosten waren außerordentlich: So beschäftigte allein die Segeltuchmanufaktur in Moskau 1300 aus dem Ausland angeworbene Meister; importiert werden mußten ein Großteil der Produktionsmittel, selbst der Rohstoffe. Umso niedriger blieb die Arbeitsproduktivität. Die freien Lohnarbeiter der Manufakturen Westeuropas rekrutierten sich aus unzünftigen Handwerkern oder Handwerksgesellen. Hier waren es Fronbauern (ganze Dörfer wurden den Fabrikbesitzern übereignet, vgl. Quelle unten), oder als Sklaven gehaltene Sträflinge; die Arbeitsleistungen freier Lohnarbeiter waren aus ihnen nicht herauszuprügeln. Jeder Schritt der Modernisierung, den Peter mit den ungeheuerlichsten Gewaltmitteln der Gesellschaft Rußlands abpreßte, schlug genau ins Gegenteil aus. So wurden zehntausende für den Bau eines Systems von Binnenkanälen zu Tode geschunden, das schließlich aufgegeben werden mußte, weil der innere Handel dazu fehlte. Für den Bau von Petersburg in den Sümpfen der Newa starben 100000. Als Peter (für die Eintreibung der Hofsteuer) 1710 einen ersten groben Zensus anfertigen läßt,





Einnahme der schwedischen Festung Nöteborg an der Mündung der Newa, Erkämpfung des Zugangs zur Ostsee. – Bau der Hochseeflotte auf staatlichen Werften.

Aus Ukasen und Schreiben Peters des Großen

Erlaß über Handelsgesellschaften, 27. Oktober 1699

„Die Kaufleute aller Ränge aus Moskau und aus den Provinzen sollen Handel *(mit dem Ausland)* treiben, wie Kaufleute anderer Staaten es tun, d.h. sie sollen Handelsgesellschaften gründen und sollen ihre Waren auf Rechnung ihrer Gesellschaft in der Stadt Archangelsk, in Astrachan und zu einem geringeren Betrag in Nowgorod verkaufen. Alle Kaufleute sollen sich in einem Generalrat einrichten, ihre eigenen Regeln erlassen, um ihren Handel auszudehnen – das alles soll zu einem erhöhten Einkommen der Schatzkammern Seiner Kaiserlichen Majestät führen.“

Quelle: Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Imperiums, zit. a. A Source Book for Russian History, Hrsg. G. Vernadsky, New Haven/London 1972, S. 346

Übertragung von Staatsfabriken an Private, 1709 und 1711

„Der Engländer William Lloyd *(ein Kaufmann, der in Russland siedelt)* hat bei uns um Übertragung und Steuerfreiheit der Moskauer Glasfabriken ersucht, die nahe dem Dorf Worob'ewo gelegen sind, *(wo alle Arten von Glasprodukten, außer Spiegeln, hergestellt wurden)* mit all ihren Gebäuden für zehn Jahre, beginnend mit dem nächsten Jahr 1710. Wir sind diesem Ersuchen gefolgt und haben veranlaßt, daß er diese Fabriken erhalten soll in Erwägung seines, Williams, Versprechen, besagte Glasfabriken in diesen Jahren zu erweitern, und auf eigene Kosten 12 russische Männer in der Herstellung von Glas zu unterweisen, so daß sie dieses Gewerk nicht schlechter als die Meister in Übersee beherrschen. In diesen Fabriken muß er das reinste Glas verwenden, was er auf eigene Kosten beschaffen muß, um alle Arten von Glasprodukten und Fensterscheiben herzustellen. Es wird ihm ebenfalls erlaubt sein, auf eigene Kosten ähnliche Fabriken an anderen Orten zu errichten, wo immer es passend ist, und Glaswaren und Fensterscheiben aus diesen Fabriken in alle Städte des Russischen Staates zu einem freien Preis zu verkaufen. Während dieser *(zehn)* Jahre ist keinem anderen russischen Manne oder Fremden die Errichtung von Glasfabriken zu gestatten. (Ausser denjenigen, die schon erbaut sind, oder aus unserem Vermögen erbaut werden). Ebensowenig soll irgend ein anderer ausgebildeter Meister des Glashandwerks aus Übersee oder soll ein Arbeiter von besagtem William abgeworben werden.“

Briefe und Schriften des Imperators Peter des Großen, zit. a. A Source Book . . .,a.a.O., S.350

Brief an Awtomon Iwanowitsch Iwanow vom 13.01.1709

„Herr Iwanow!
Wir haben Ihren Brief aus Moskau, datiert vom 26. Dezember, in dem Sie schreiben, daß Rekruten in die Wälder flüchten, erhalten. Daher ist es nötig, sie davon abzuhalten, indem wir sie füreinander haftbar machen, in Gruppen von zwanzig Mann und mehr; ebenso ihre Väter und Angehörigen sollten für sie haftbar gemacht werden, so daß jeder zur Verantwortung für seinen Verwandten oder Kameraden gezogen werden kann. Sie sollten uns die angegebene Quote an Rekruten so schnell wie möglich schicken, und wenn sie noch ein paar mehr als die Quote haben, schicken Sie sie mit.“

Zit. a. A Source Book . . ., a.a.O., S. 328

Peters Erlaß über den allgemeinen Zensus, 22. Januar 1719

„Um eine Verteilung der Steuerlast für die Armee unter den Bauern und im ganzen Land zu erreichen, hat der Große Souverän durch ein persönliches Dekret angeordnet, in allen Gouvernements eine neue Steuerliste zu erstellen, die die Bauern erfaßt, die in den Dörfern, die zum Kaiserlichen Haushalt, den Bischöfen, den Klöstern, den Kirchen sowie den Guts- und Grundbesitzern gehören, wohnen. Die Einhöfer *(kleine selbstständige Bauern)*, die Tataren und die iasak-Zahler *(Angehörige der nichtrussischen Nationalitäten)* müssen auch in die Liste einbezogen werden. Diese Listen sollen ohne irgendeine Auslassung erstellt werden und unabhängig von alten Zensuslisten der Einwohner. Die Gutsbesitzer sollen wahrheitsgetreue Listen, die die Anzahl der Bauern, landlosen Einzelbauern, den gutsherrschaftlichen Haushalt und die Bauern mit Land in jedem Dorf und in jedem Kreis ausweisen, aufstellen. Alle Bauern männlichen Geschlechts, vom alten Mann bis zum letzten Kind ohne Ausnahme, müssen namentlich aufgeführt sein und das Alter muß angegeben sein. Diese Zensuslisten müssen an die Gouvernementsverwaltungen gehen.“

Zit. a. A Source Book . . .,a.a.O., S. 354

Statut des Berg-Kollegiums 10.Dezember 1719

„Bewegt von diesen Erwägungen und erfüllt von unserer Liebe zu unseren ergebenen Untertanen, gewähren wir in unserer Gnade jedem, der es wünscht, Eigentum und Ausbeutung der Minenunternehmungen, welche nach dem Rechte uns, als Monarchen gehören. Für dieses Privileg fordern wir nicht mehr, als es in anderen Staaten üblich ist, ein Zehntel des Profits – um die Aufwendungen des Berg-Kollegiums bestreiten zu können und für andere notwendige Ausgaben . . .
Darüberhinaus reservieren wir für uns selbst das Vorkaufsrecht für Gold, Silber, Kupfer und Salpeter in Bevorzugung gegenüber anderen Käufern. Niemandem soll gestattet sein, auch nur



Peter der Große auf einer seiner rastlosen Inspektionsfahrten, Gemälde des bürgerlichen Realisten Repin aus dem 19. Jahrhundert

stellt sich heraus, daß im Verlauf seiner Regierungszeit 20% aller Hofstellen verlassen worden waren, in der Regel durch Flucht in die Wildnis nach Norden, nach Sibirien, oder in den Süden an Wolga und Don, zu den freien Kosakengemeinden. Jahre später geht Peter zur Erhebung der Kopfsteuer (oder „Seelensteuer") über, die die Bauernwirtschaften restlos herunterbringt, zumal auch die Gutsherren ihre wachsenden Geldbedürfnisse zu decken versuchen, indem sie einen Teil der Grundrente in Leibzins („obrok") umwandeln, der Bauer jährlich zahlen muß, egal wie er das Geld zusammenbringt. Die auf dieser Grundlage blühende Schuldsklaverei wird zur Massenerscheinung regulärer Sklaverei; die Bauern müssen ihre Töchter und Söhne verkaufen; dies wieder gräbt jede Entwicklung freier Lohnarbeit das Wasser ab.

Peter steigert binnen 20 Jahren die Steuerausplünderung von 2,95 auf 8,52 Mio. Rubel. Aber wenigstens 80%, zeitweise 95% der Staatsausgaben sind nur für die Kriegsführung da. Die Schranken, die die Auspressung von Mehrprodukt im Innern findet, verwandelt sich in umso mehr Antriebe, um die äußere Expansion des Zarenreichs von neuem und verstärkt wieder aufzunehmen. Die Tribute an Menschenleben und materiellen Mitteln, die die Kriege und die für die Zeit außerordentlich große stehende Armee (von zuletzt 210000 Mann) für Rußland bedeuten, tun umgekehrt den Rest zur Erschöpfung und Verelendung des Landes.

Marx' Enthüllungen über „Die Ge-

Rest zur Erschöpfung und Verelendung des Landes.

Marx' Enthüllungen über „Die Ge-schichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts" (die er in englischen Zeitungen zu placieren hoffte, woraus aber nichts wurde) konzentrieren sich auf den Nachweis, daß es England als die beherrschende Seemacht der Zeit war, die Rußland behilflich war, im Nordischen Krieg die Machtstellung Schwedens (eines modernen, bürgerlich-konstitutionellen Staates) an der Ostsee zu brechen und durch die Eroberung des Baltikums und die Gründung von Petersburg mit seinem Kriegshafen und Werften selbst große Seemacht zu werden. Das war ein geschichtlicher Einschnitt: „Von Anfang an brach Peter der Große mit allen Traditionen der slawischen Rasse. ‚Es ist Wasser, was Rußland braucht' ... Wollte man sich nur lokal ausbreiten, so genügte das Festland dazu; wollte man universelle Aggression betreiben, so war Wasser dazu das erste Erfordernis ... Petersburg, das *exzentrische Zentrum* des Reiches, wies von vornherein auf eine Peripherie hin, die erst noch zu ziehen war." (Marx, Geschichte der Geheimdiplomatie ..., Westberlin 1977, S. 90ff.)

Universelle Aggression wird seit Peter dem Großen zum Lebensgesetz des Zarismus. „Dieser wirklich große Mann – ganz anders groß als Friedrich ‚der Große', der gehorsame Knecht von Peters Nachfolgerin Katharina II. – war der erste, der die für Rußland so wunderbar günstige Lage Europas vollständig erfaßte." (Engels, Die auswärtige Politik des russischen Zarentums, MEW 22, S.19) – „Das Land selbst nur mit einer, der westlichen Seite, Europa zugekehrt, also auch nur dort angreifbar; ohne Zentrum, dessen Eroberung den Frieden aufzwingen könnte; durch Unwegsamkeit, Ausdehnung, Armut an Hilfsquellen vor jeder Eroberung fast absolut geschützt – hier war eine unangreifbare Machtstellung gegeben für jeden, der sie zu benutzen verstand, um von hier aus in Europa sich ungestraft Dinge erlauben zu können, die jeder anderen Regierung Krieg über Krieg zugezogen hätten. – Stark bis zur Unangreifbarkeit in der Verteidigung, war Rußland entsprechend schwach im Angriff ... Diese Schwäche blieb der russischen Diplomatie nie ein Geheimnis; daher hat sie von jeher

schwach im Angriff ... Diese Schwäche blieb der russischen Diplomatie nie ein Geheimnis; daher hat sie von jeher

den Krieg, wo es anging, vermieden ... Nur solche Kriege können ihr passen, wo die Alliierten Rußlands die Hauptlast zu tragen, ihr Gebiet der Verwüstung des Kriegsschauplatzes preiszugeben, die große Masse der Kämpfer zu stellen haben ... Ein Krieg unter so vorteilhaften Umständen ist aber nicht immer zu haben, und daher zieht es die russische Diplomatie vor, die widerstreitenden Interessen und Begehrlichkeiten der andern Mächte ihren Zwecken dienstbar zu machen, diese Mächte aufeinander zu hetzen und ihre Feindschaft zu Nutzen der russischen Eroberungspolitik auszubeuten." (Ebenda, S. 16/17)

Alexej Tolstoi: Peter der Erste

Alexej Tolstoi arbeitete an den drei Bänden seines Romans „Peter der Erste" von 1928 bis zu seinem Tod 1945. Der dritte Band blieb unfertig. Tolstoi stützte sich auf ein ausgedehntes Studium geschichtlicher Quellen, darunter die Prozeßakten der Geheimen Kanzlei von Preobashenskoje. Darüber schrieb er an Maxim Gorki: „In den Gerichtsakten von den Folterungen ... sprach, stöhnte, log, schrie vor Angst und Schmerz das Volk des alten Rußlands." – Eine Neuauflage des Romans gibt es vom Aufbau-Verlag Berlin-Weimar, 1979. Preis: 12 DM.

Am Abend fand ein großes Gelage im Ausländerhof statt. Peter tanzte so eifrig mit den Engländerinnen und Hanoveranerinnen, daß ihm die Absätze von den Schuhen abflogen ...

Und nun war es Nacht, und der Schlaf floh ihn. Verblüfft hatte er sie wohl, aber wem nützte das? Schläfrig arm und schwerfällig, wie es gewesen, so lag Rußland auch jetzt da. Wie konnte man hier von Scham reden! Scham war etwas für die Reichen, für die Mächtigen. Hier aber wußte man nicht einmal, mit Hilfe welcher Gewalten man die Menschen aufrütteln, wach kriegen sollte ...

Der Teufel hat es gewollt, daß ich in einem solchen Land als Zar geboren wurde!

...Als bohrten sich Krallen in sein Herz, so peinigten ihn die Reue, die Wut auf seine Russen und der Neid, wenn er der selbstzufriedenen Kaufleute gedachte. Ihre freien Segel werden sie hissen und nach Hause fahren, in ihre herrlichen Länder. Er aber mußte zurück in die Armseligkeit Moskaus. Vielleicht irgendeinen schrecklichen Ukas erlassen? Hängen, auspeitschen? Aber wen, wen? Unsichtbar, unfaßbar war der Feind, überall war er, auch in ihm ...

Lefort setzte sich in bloßem Hemd zu Peter aufs Bett. „Ist dir übel, Peter? Du solltest dich mal übergeben."

„Nein das ist es nicht. Franz, ich will in Holland zwei Schiffe kaufen ..."

„Das läßt sich hören."

„Auch hier welche bauen. Werden unsere Waren selber ausführen."

„Fürtrefflich."

„Was könntest du mir noch raten?"

Lefort sah ihn erstaunt in die Augen und fand sich, wie immer, leichter als Peter selbst in dem Wirrwarr seiner hastenden Gedanken zurecht. Er lächelte.

„Die römischen Helden, die wir uns noch heute zum Vorbild nehmen" – er kam zurück und ordnete die Locken seiner Perücke; Peter folgte seinen Bewegungen mit leuchtenden Augen –, „diese Helden suchten ihren Ruhm in Kriegen ..."

„Gegen wen denn? Etwa wieder gegen die Krim?"

„Gegen wen denn? Etwa wieder gegen die Krim?"

„Das Schwarze Meer und das Asowsche müssen dein sein, Peter ... Und auch das Baltische Meer, Peter. Versuchst du's nicht selber, so werden dich die Holländer dazu zwingen. Das zehnfache an Waren, sagen sie, würden sie ausführen, wenn du Häfen im Baltischen Meer hättest."

„Krieg gegen Schweden führen? Du bist wohl wahnsinnig! Oder scherzt du vielleicht? Es gibt keinen in der Welt, der mit ihnen fertig werden könnte, und du ..."

„Es braucht ja nicht gleich morgen zu sein, Peter. Du hast mich gefragt, ich antworte: Wenn du schon zu einem Schlag ausholst, so muß es um was Großes gehen, an kleinen Sachen schlägt man sich nur die Faust lahm." (S.304ff)

*

Zwei Jahre waren vergangen. Die Schreier waren still geworden, die Lacher verstummt. Große und schreckliche Dinge waren inzwischen geschehen. Unaufhaltsam hatten die ansteckenden Einflüsse des Westens das geruhsame Dasein unterwühlt. Immer tiefer klafften die Risse, immer breiter wurde die Kluft zwischen den durch nichts zu versöhnenden Kräften.

Die Bojaren und der Landadel, die Geistlichkeit und die Strelitzen fürchteten die Veränderungen (neue Ordnung – neue Menschen), haßten die Überstürzung und die Härte, mit denen die Neuerungen eingeführt wurden. „Zu einer lärmenden Schänke ist die Welt geworden, alles wird kurz und klein geschlagen, niemand wird in Ruhe gelassen. Hergelaufene Krämer strecken die Hand nach der Macht aus. Man lebt nicht, man hastet. Der Zar hat die Verwaltung des Staates bestechlichen Wüstlingen übertragen, die Gott nicht fürchten. Wir rollen in einen Abgrund."

Jene aber, die Ahnenlosen, die Hurtigen, welche Veränderungen herbeisehnten und wie gebannt auf Europa starrten, um sich, sei es auch nur ein Körnchen jenes Goldstaubs zu eigen zu machen, der wie eine Wolke die Länder des Westens umhüllte, sagten, daß sie sich in dem jungen Zaren nicht getäuscht hätten ...

Nach der Schlappe von Asow hatte er sich in Moskau, wo alle Welt kicherte: „Das ist ein ander Ding als in Koshuchowo Krieg zu spielen", nur flüchtig gezeigt und sich sofort nach Woronesh begeben. Dorthin wurden aus ganz Rußland Arbeiter und Handwerker zusammengetrieben. Wagenzüge rollten die herbstlichen Landstraßen entlang. In den Wäldern am Woronesh-Fluß und am Don stürzten unter den Axthieben uralte Eichen. Werften, Schuppen, Baracken entstanden. Der Bau von zwei Schiffen, dreiundzwanzig Galeeren und vier Brandern wurde in Angriff genommen. Es war ein frostreicher Winter. An allem fehlte es. Zu Hunderten starben die Menschen. Eine so harte Knechtschaft hatte sich niemand träumen lassen; versuchte einer zu fliehen, wurde er gefangen und in Eisen gelegt. Im Schneesturm schaukelten gefrorene Leichen an den Gal-

in Eisen gelegt. Im Schneesturm schaukelten gefrorene Leichen an den Gal-gen. Verwegene Burschen steckten die Wälder um Woronesh in Brand ... In den Dörfern verstümmelten sich die Leute eigenhändig, hackten sich Finger ab, um nicht nach Woronesh geschickt zu werden. Ganz Rußland lehnte sich auf – fürwahr, die Zeit des Antichrist war gekommen; als ob es der alten Lasten, Knechtschaft und Fronarbeit nicht genug wäre, wurde man jetzt zu neuer, unverständlicher Arbeit gepreßt. Die Gutsherren fluchten, wenn sie Geld für den Schiffbau geben mußten, und stöhnten beim Anblick der unbestellten Felder und der leeren Speicher. In Flüsterreden machte die Geistlichkeit, Mönche und Priester, ihrem Mißmut Luft. Die Macht entglitt ihnen unverkennbar und ging in die Hand der Ausländer und des jetzt in Gunst stehenden, hergelaufenen einheimischen Packs über.

Qualvoll und schwer brach die neue Zeit an. Dennoch wurde zum Frühjahr die Flotte fertiggestellt. Aus Holland hatte man Ingenieure und Regimentskommandeure kommen lassen ... Im Mai erschien Peter an Bord der neuen Galeere „Principium" an der Spitze seiner Flotte vor Asow. Die zu Wasser und zu Lande eingeschlossenen Türken wehrten sich verzweifelt und schlugen alle Sturmangriffe ab. Erst als ihre Vorräte an Brot und Pulver erschöpft waren, ergaben sie sich auf Gnade und Ungnade. 3000 Janitscharen unter dem Bei Hassan Araslan zogen aus dem zerstörten Asow ab. (S. 379ff.)

*

Aus dem Gefängnis wurden die beiden in Fesseln vor die Stadt an den Upa-Fluß gebracht ... Es war klar, von Norden zogen Wolken herauf. Am lehmigen Ufer lud eine Gruppe Sträflinge Holz, Gußeisen und Erz aus Kähnen aus. Ringsum nichts als Baumstümpfe und kahle Sträucher, tote Felder. Herbstwind. Schwermütig glühte Zigeuners einziges Auge, als sie sich dem eisenbeschlagenen Tor näherten, vor dem mit Hellebarden bewaffnete Wächter standen. Nicht genug damit, daß man ihn geprügelt, wie ein wildes Tier von Ort zu Ort verfolgt, ihm die Seele aus dem Leib gerissen hatte – das alles war ihnen zuwenig! Schuften sollte er noch für sie, schuften! ...

Durch das Tor gelangten sie in einen schwarzen Hof, der voll Eisen lag. Lärm und Gepolter, Sägen kreischten, krachend fielen Hammerschläge. Durch die rußgeschwärzten Türen sahen sie, wie die Funken aus der Esse stoben; da schmiedeten bis an die Hüften entblößte Menschen, mit dem Hammer weit ausholend, dort sauste ein viele Pud schwerer Hammer, der durch ein Mühlrad angetrieben wurde, auf einen Eisenklumpen herab, und Feuerspritzer sprühten gegen die Lederschürzen, und dort arbeiteten Schlosser an Werkbänken. Vom Tor her wurden auf einem Brettersteg mit Kohlen beladene Schubkarren auf das Dach eines niedrigen Ofens gerollt.

Etwas abseits von den Werkstätten sah aus dem Fenster eines sauberen Backsteinhäuschens unter einer Zipfelmütze ein glattrasiertes Gesicht hervor, rosig wie nach einem Bad. Es war Kleist, der Leiter der Fabrik, ein Deutscher. Er klopfte mit der Tabakpfeife an die Fensterscheibe. Der Wärter führte Shemow und Zigeuner hastig ans Fenster und erklärte, wer sie wären und woher sie kämen. Kleist schob den unteren Rahmen hoch, lehnte sich hinaus und kniff die Lippen zusammen.

unteren Rahmen hoch, lehnte sich hinaus und kniff die Lippen zusammen.

Die Quaste seiner Zipfelmütze schwankte vor seinem runden Gesicht hin und her. Voller Haß und Wut blickte Zigeuner auf die Quaste. Der richtige Blutsauger! dachte er.

Hinter Kleist stand auf einem sauber gedeckten Tisch gebratenes Fleisch, knusprige Semmeln und eine vergoldete Tasse mit Kaffee. Angenehm duftender Tabakrauch stieg aus der Pfeife auf und quoll aus dem Fenster. Herzlos und eisig bohrten sich die Augen des Deutschen in die Seele des Russen.

Nachdem er die beiden Häftlinge zur Genüge betrachtet hatte, sagte er langsam: „Wer betrügt, dem geht's schlecht. Untaugliche Bauern, Schweinehunde schickt man mir her, Gesindel, das nichts versteht. Bist du ein tüchtiger Schmied, dann ist's gut. Betrügst du mich aber, laß ich dich hängen." Er klopfte mit der Pfeife auf die Fensterbank. „Jawohl, ich kann dich auch hängen, ich hab das Recht dazu ... Wärter, sperr die beiden Schafsköpfe ein!" (S. 339ff.)

die kleinste Menge der oben bezeichneten Güter an irgendjemanden anders als an den Minendirektor, der der Provinz zugeteilt ist, oder ein Mitglied des Berg-Kollegiums, das für diesen Zweck beauftragt wurde, zu verkaufen."

Zit. a. A Source Book ...,a.a.O., S. 354

Erlaß über den Ankauf von Dörfern für Industriebetriebe, 1721

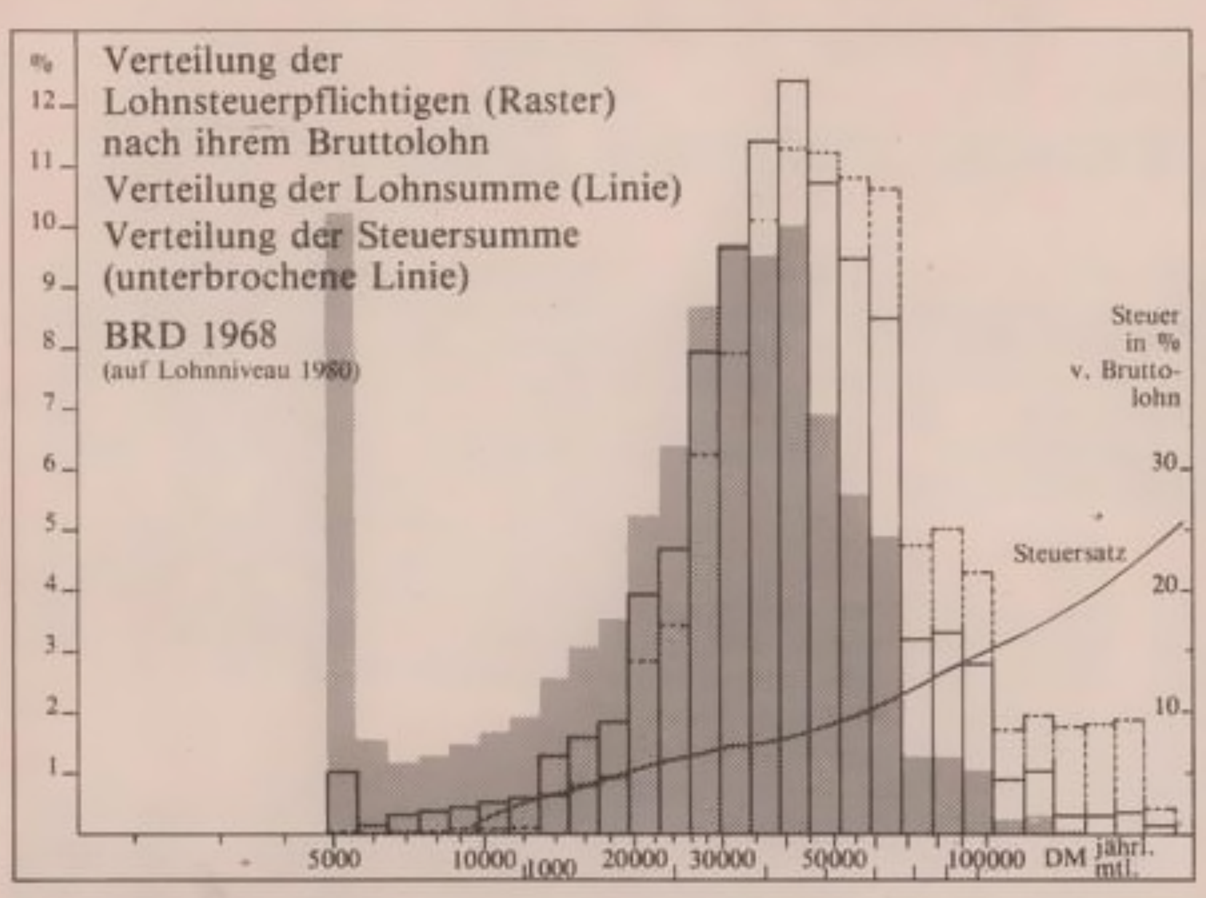
„Nach früheren Ukasen war es Leuten *(nichtadeligen Standes)* verboten, Dörfer zu kaufen, und dieses Verbot stand früher in Kraft, weil diese Leute, außer Handelsgeschäften, keine Betriebe besaßen, die dem Staate hätten von Nutzen sein können; heutzutage aber haben viele Kaufleute, nach Unseren Ukasen, wie jedermann sieht, in Kompanien und einzeln ... allerlei Werke eingeführt, nämlich Silber-, Kupfer-, Eisenwerke, Nadelfabriken und andere ähnliche Betriebe, überdies auch Seiden-, Leinen- und Wollstoffwebereien, von denen schon manche zu arbeiten begonnen haben. Und deswegen gestatten wir durch diesen Unseren Ukas, zur Vermehrung solcher Werke, wie dem Adel so auch den Kaufleuten, zu diesen Fabriken ungehindert Dörfer zu kaufen, mit Erlaubnis des Berg- und Manufaktur-Kollegiums, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Dörfer schon für immer untrennbar zu jenen Fabriken gehören sollen. Und deswegen soll man diese Dörfer weder an Adlige noch an Kaufleute ohne die *(dazugehörigen)* Fabriken verkaufen, auch nicht verpfänden ... und nur wenn jemand aus dringenden Gründen jene Dörfer zusammen mit den Fabriken verkaufen will, so soll der Verkauf mit Erlaubnis des Berg- und Manufaktur-Kollegiums statthaft sein. Und wenn jemand der Vorschrift zuwiderhandelt, so soll man ihm alles unwiederbringlich wegnehmen. Und wenn jemand nur des Scheines halber kleine Fabriken einrichten wird, um die Dörfer (unter diesem Vorwand) zu kaufen, so soll man solche Schlauberger zu derartigen Käufen gar nicht zulassen, und das Berg- und Manufaktur-Kollegium soll scharf darauf acht geben; und wenn man solche Leute ausfindig macht, so soll man sie nach Ermessen mit der Beschlagnahme des ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögens bestrafen."

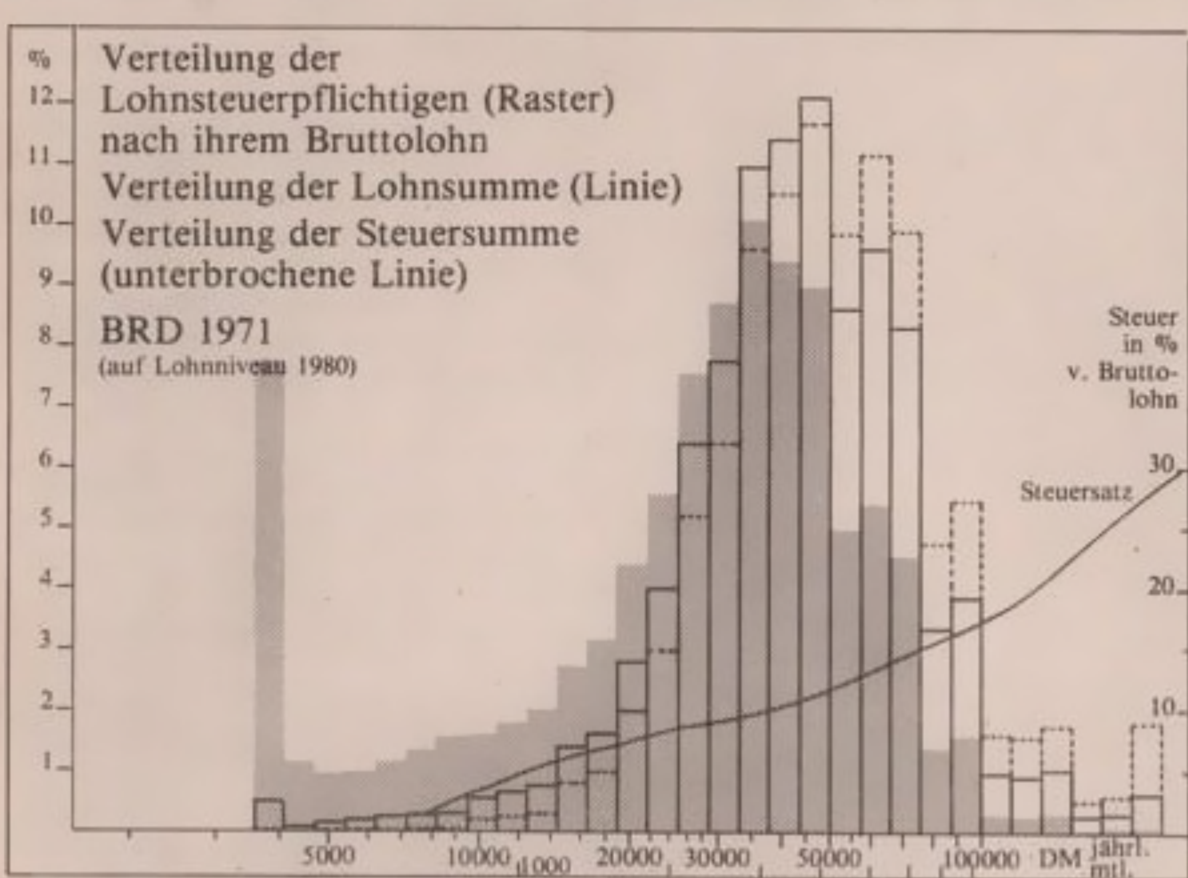
Vollständige Sammlung der Gesetze, VI, Nr.3711, zit. a. Gitermann, Bd. 2, S. 428/29)

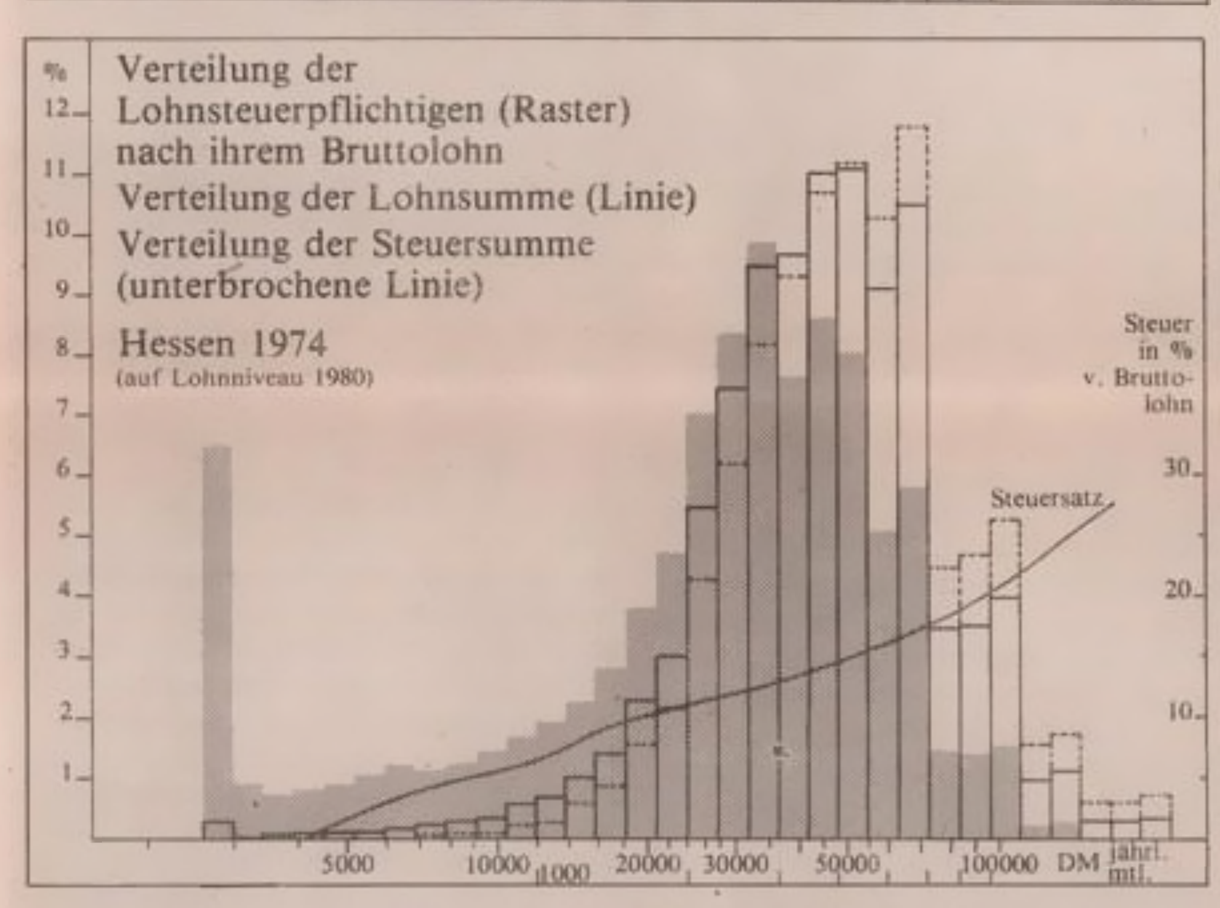


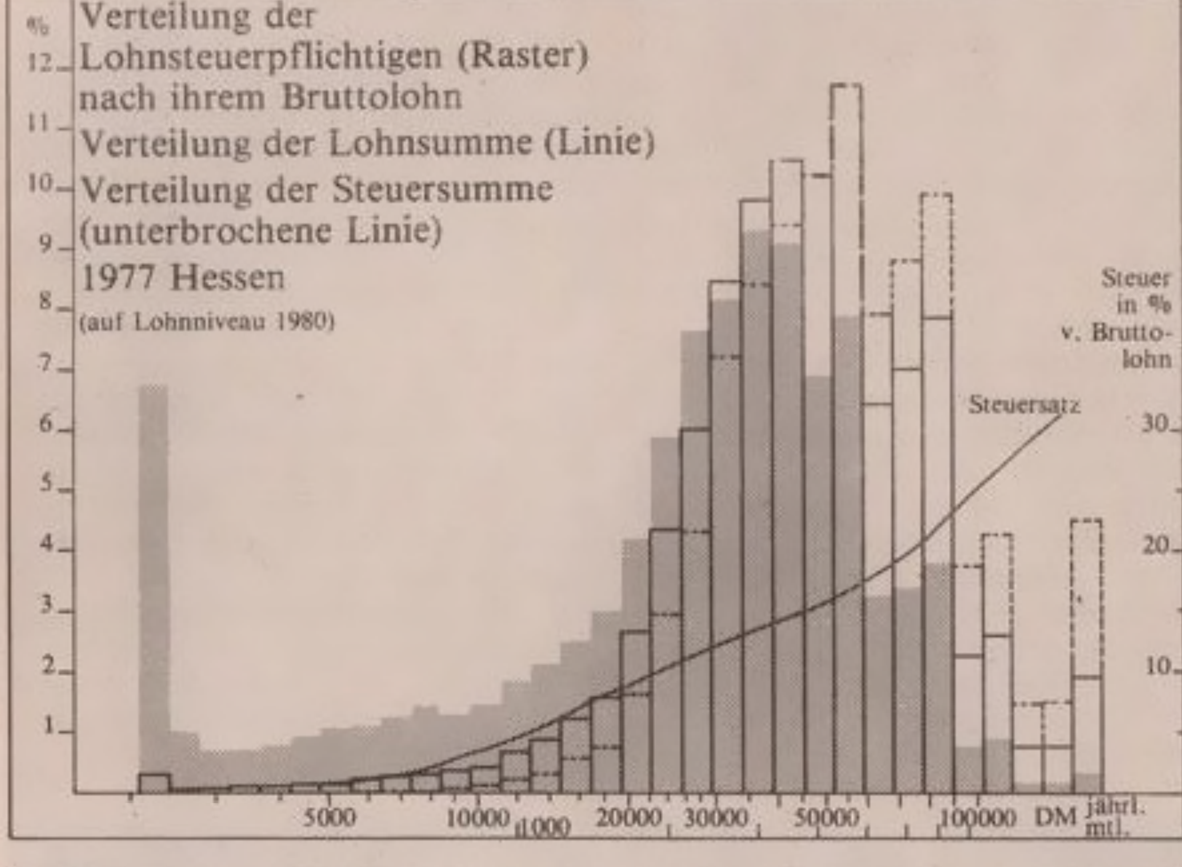


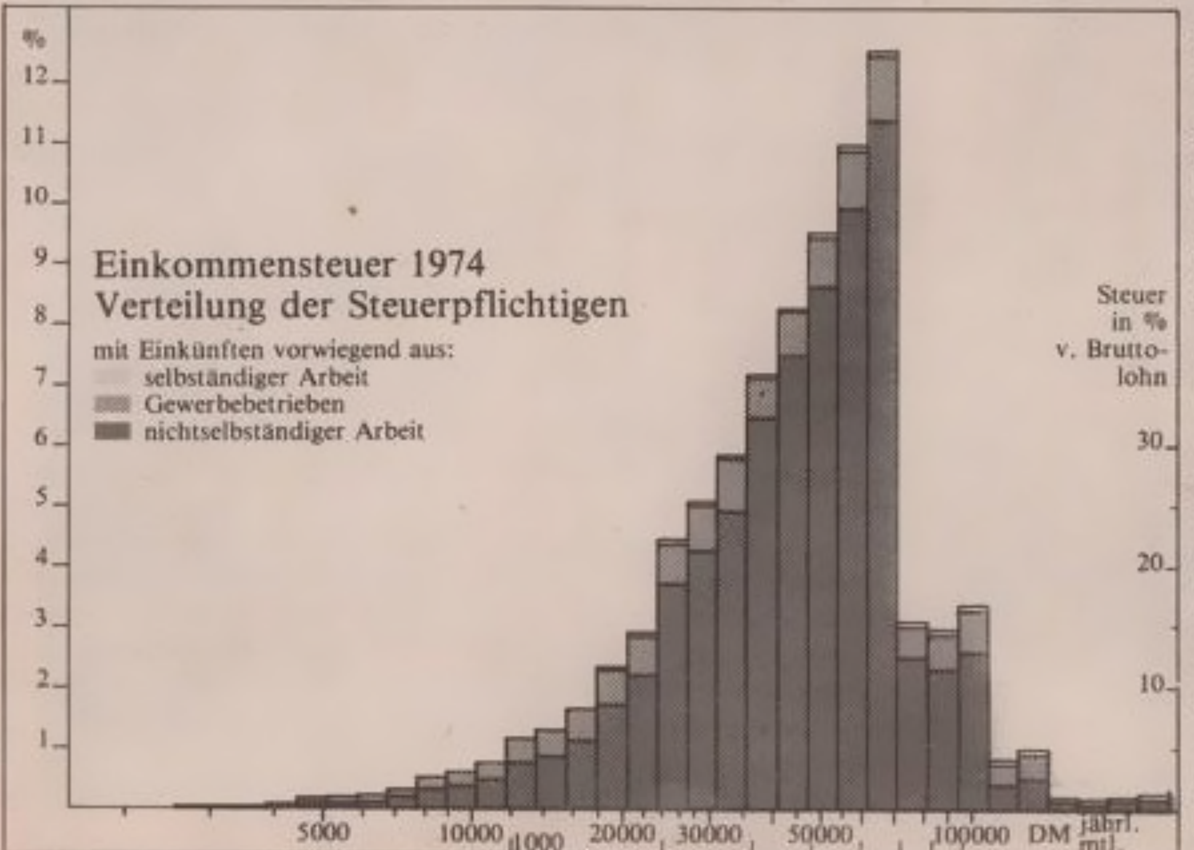
Zwangsarbeit in Gruben und metallurgischen Werken. – Massenhinrichtung der Strelitzen, der alten Zarengarde, 1700











Am Ende immer einig für weitere Steuererhöhung

Widerstreitendes in den Wahlprogrammen der bürgerlichen Parteien / Lösung in reaktionäre Einheit

z.jük. Finanzminister Matthöfer wird nicht müde, zu erklären, wer eine Ausdehnung der „Leistungen des Staates wünsche, der müsse auch mehr Steuern zahlen". Im SPD-Programm zu den Bundestagswahlen heißt es gegenüber der CDU/CSU: „Der Ruf der CDU/CSU nach einem Abbau der ‚Staatsquote' um ein Siebtel läuft im Ergebnis auf die Forderung hinaus, den Sozialstaat zu demontieren und die öffentlichen Leistungen, die zur hohen Lebensqualität bei uns entscheidend beitragen, wie z.B. Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungs- und Umschulungshilfen, massiv zu kürzen. Die SPD lehnt eine solche Kapitulation des Staates vor seinen Aufgaben ab. Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig bleiben." Die CDU/CSU demgegenüber beginnt ihr Steuerprogramm: „Wir stoppen den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat". Worum handelt es sich?

Die Ausgaben des imperialistischen Staatsapparates in Westdeutschland sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die jüngsten „Leistungen" des bürgerlichen Staates sind Matthöfers Beschlüsse zum Nachtragshaushalt, der Türkeihilfe u.a. enthält, und in dem schon erneute Gründe für die nächsten Steuererhöhungen enthalten sind. Der Streit unter den bürgerlichen Parteien geht über die Höhe der Besteuerung und Verschiebungen in den verschiedenen Steuerarten, die in einer jeweiligen konkreten Situation der Finanzbourgeoisie, die das Parlament kontrolliert, angemessen erscheinen. Die Steuern in Prozent des Bruttosozialprodukt haben sich seit 1975 wie folgt entwickelt: 1975 / 23,4%, 1976 / 23,9%, 1977 / 25%, 1978 / 24,9%, 1979 / 24,6%. Durch Staatskredit lassen sich die immensen Kosten für den staatlichen Unterdrückungs- und Gewaltapparat nur vorübergehend finanzieren. Die Staatsschuld dient bloß dazu, die Ausgaben des bürgerlichen Staatsapparates über die Steuereinnahmen hinaus auszuweiten und nimmt so kommende Steuererhöhungen bloß vorweg. Die Staatsverschuldung in Westdeutschland beträgt dieses Jahr 414 Mrd. DM, gegenüber 194 Mrd. Ende 1975. Diese Staatsschuld, bestehend aus Krediten und Bankanleihen, muß zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungsverpflichtungen stehen gerade in erheblichem Maße in den Jahren 1981 bis 1983 an. Müssen 1980 allein an Zinsverpflichtungen 28,5 Mrd. DM gezahlt werden, so erhöht sich diese Summe für die Jahre 1981 auf 33 Mrd. DM, 1982 auf 36 Mrd. DM und 1983 auf 38,5 Mrd. DM jährlich. Hinzukommen weitere Tilgungsverpflichtungen des Bundes und der Länder, für 1980 41 Mrd. DM, 1981 47,5 Mrd., 1982 54 Mrd. und 1983 53,5 Mrd. DM. Woher wird der bürgerliche Staatsapparat das Geld für die Zurückzahlung nehmen? Zum einen durch die erneute Aufnahme von Krediten (346,5 Mrd. DM sind geplant von 80 – 81), zum anderen, und zwar hauptsächlich, durch Steuern. Die Marschroute dafür legt die Finanzbourgeoisie selber fest.

Erreicht werden soll, daß der sich ständig ausweitende Staatsapparat durch Steuerabzug vom Bruttolohn, den der Kapitalist dem Arbeiter für den Verbrauch seiner Arbeitskraft zahlen muß, oder durch Steueraufschlag für die Lebensmittel, gezahlt wird. Die direkten Steuern sind die Steuern, die direkt auf das Einkommen berechnet werden, die indirekten Steuern sind die Steuern, die auf den Konsum berechnet vom Staatsapparat als Preisaufschlag verlangt werden. Die Lohnsteuer ist heute zum Hauptmittel der Ausplünderung der Massen durch den bürgerlichen Staat geworden. Anhand der alle drei Jahre erstellten Steuerstatistik Hessen, welche in etwa als repräsentativ für die BRD gelten kann, ergibt sich folgende Entwicklung der Lohnsteuer in Prozent vom Bruttolohn: 1968 / 9,07%, 1971 / 11,87%, 1974 / 14,78%, 1977 / 15,80%. Die Progressionsregelung hat dazu geführt, daß diese Steuer heute über 30% der gesamten Steuereinnahmen einbringt und daß diese Steuer auch die Besteuerung der Einkommen der Kapitalistenklasse weit überholt hat. Die direkten Steuern sind gerade über die Lohnsteuerentwicklung im Verhältnis zu den indirekten Steuern am Gesamtsteueraufkommen des bürgerlichen Staatsapparates deutlich angestiegen. Dieses nehmen die bürgerlichen Parteien heute zum Anlaß, zu fordern, daß die „indirekte Steuer nachholen müsse".

Überprüft man die Regierungstätigkeit der SPD/FDP-Regierung seit der letzten Bundestagswahl (vgl. KVZ Nr. 27/80) so ist ersichtlich, daß allein in diesem Zeitraum die Mehrwertsteuer zweimal erhöht worden ist. Schon jetzt sind für nach den Bundestagswahlen erneute Erhöhungen der indirekten Steuern angekündigt, was die Masse der Arbeiter und Angestellten trifft, die in Arbeit sind, genauso wie die Arbeitslosen oder etwa die Rentner.

Gegen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, daß die Steuerlast notwendig ausgedehnt wird, kann sich natürlich keine der bürgerlichen Parteien sperren, und das ist auch nicht Gegenstand ihres Streits. „Der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums entspricht das ständige Anwachsen des Staatsapparates. Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Bourgeoisie und notwendiges Produkt der kapitalistischen Klassengesellschaft, verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgehender werden die Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Teilweise nimmt der Staat die Produktion in eigene Regie und wird selbst zum Kapitalisten. Gleichzeitig gewinnt der staatliche Unterdrückungsapparat zunehmend Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit. Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst." (KBW-Programm)

Die CDU/CSU als Oppositionspartei versucht, am Unmut unter den Volksmassen über die staatliche Ausplünderung und Unterdrückung anzuknüpfen und über Hetze gegen die zunehmende Vergesellschaftung der

SPD: Die Steuerpolitik der SPD wird auch in Zukunft vorrangig an dem Ziel ausgerichtet bleiben, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dem soll das für die Jahre 1981 und 1982 vorgesehene Steuerentlastungsprogramm dienen. Das Steuerrecht soll, soweit es der Grundsatz der gerechten Verteilung der Steuerlast zuläßt, weiter schrittweise vereinfacht werden.

CDU: Wir werden im Steuerrecht die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen fördern und Bremsklötze für das Wirtschaftswachstum beseitigen. Die im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik von „heimlichen Steuererhöhungen" muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden. Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen ... Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastungen ... stärken.

F.D.P.: Die F.D.P. fordert: die Kfz-Steuer weitgehend in die Mineralölsteuer zu überführen ... die Gewerbesteuer abzubauen ... Erhöhung der Werbekostenpauschale ... Gewährung der Entfernungspauschale ... Erhöhung der Vorsorgepauschale ... Auch für die Betriebe ist eine Vereinfachung des Steuersystems wichtig: Anhebung der Umsatzgrenzen für den Beginn der Buchführungspflicht; ... Anhebung der Höchstgrenzen für Jahreszahler mit einer Umsatzsteuerschuld von 600 DM auf 1 200 DM.

DGB-Wahlprüfsteine: Das Steuersystem muß vereinfacht und sozial gerechter werden und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen. Die Steuer- und Finanzpolitik muß vor allem auf die Finanzierung notwendiger Gemeinschaftsaufgaben zugeschnitten sein.

12. IGM-Gewerkschaftstag 1977: Eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern lehnt der Gewerkschaftstag ab ... Im Bereich der direkten Steuern fordert der Gewerkschaftstag die Bundesregierung auf: den Weihnachtsfreibetrag auf mindestens 500 DM zu erhöhen; die Kilometerpauschale zu erhöhen; die steuerfreien Zuschüsse zum Kantinenessen zu erhöhen; den höchsten Splittingvorteil auf 5000 bis 6000 DM zu begrenzen; die Freibeträge für Jubiläumsgelder zu erhöhen; beim Kindergeld die Dynamisierung und Einkommensgrenzen einzuführen; die ungerechtfertigten Privilegien bei der Einkommensbesteuerung von Großverdienern in der Landwirtschaft zu beseitigen.

Einkommen- und Umsatzsteuern vollstrecken oftmals den Ruin des Kleinproduzenten

z.ere. Die Belastung des Arbeiterlohns durch die Steuer auf den Lohn und durch die indirekten Steuern auf sämtliche, für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Güter und Leistungen sind mehrfach untersucht. Bei der Besteuerung der kleinen und mittleren Bauern, Handwerker und Kleingewerbetreibenden liegt das Schwergewicht auf der Umsatzsteuer – der Mehrwertsteuer –, der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer. Durch die Einkommensteuer soll, so die Definition bürgerlicher Finanzwissenschaftler, die „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der natürlichen Personen besteuert werden". Während durch die Körperschaftssteuer das Einkommen der juristischen Personen (z.B. Aktiengesellschaften) besteuert wird, stellen die Lohnsteuer und die Kapitalertragssteuer lediglich besondere Erhebungsformen der Einkommensteuer dar. Sowohl die Lohnsteuertabelle als auch die Einkommensteuertabelle enthalten den Grundfreibetrag von 3690 DM. Wesentlicher Unterschied ist der Arbeitnehmerfreibetrag und der Weihnachtsfreibetrag, die beide vom Lohn abziehbar sind. Entsprechend der Definition nach „wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit" unterliegt jede Person, gleichgültig, ob Inländer, Ausländer, minderjährig, volljährig, geschäftsfähig oder geschäftsunfähig der Einkommensteuer. Die Finanzbourgeoisie nennt das ein „rationales Steuersystem" und verweist auf den Tarif, der unterschiedliches Einkommen oder unterschiedliche Leistung auch unterschiedlich hoch, also, „gerecht" besteuere. Dennoch, auch die bürgerlichen Finanzwissenschaftler kommen nicht umhin festzuhalten, daß die „fiskalisch bedeutsamsten Reserven in den unteren und mittleren Einkommensgruppen sich befinden", zwischen heute 20000 und 80000 DM Jahreseinkommen. Das betrifft die überwältigende Mehrzahl der Arbeiter und einen Großteil der Kleinproduzenten. Die Verteilung beispielsweise der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe nach der absoluten Höhe des Reineinkommens ergibt, daß rund 22% ein Reineinkommen haben, das unterhalb von 15 000 DM im Jahr liegt, womit sie nicht unter die Buchführungspflicht fallen. Zieht man die Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe dazu, so liegen über 50% der 843 Tsd. Landwirte unter 15 000 DM Jahreseinkommen.

Entscheidend für den Druck auf den kleinen Gewerbetreibenden ist die Festsetzung des zu versteuernden Einkommens, d.h. die Methoden der Absetzung vom Gewinn. So z.B. die Bewertungsfreiheit für geringwertige Anlagegüter. Ein Kapitalist hat Anfang 1980 eine Schreibmaschine zum Preis von 904 DM incl. 13% Mehrwertsteuer gekauft. Dies ist aus der Buchführung ersichtlich. Der Kapitalist kann nun die Anschaffungskosten von 800 DM ohne Mehrwertsteuer in voller Höhe in 1980 als Betriebsausgabe absetzen. Der nichtbuchführungspflichtige Kleinproduzent muß die Anschaffungskosten auf die Nutzungsdauer, sagen wir von vier Jahren, verteilen, also jährlich nur 200 DM absetzen. Ein anderes Beispiel: Nach dem Einkommensteuerrecht führt die Auflösung stiller Rücklagen bei „buchführenden Land- und Forstwirtschaften, Gewerbetreibenden und selbständig Tätigen" nicht zu einem steuerpflichtigen Gewinn, wenn im Laufe „desselben Wirtschaftsjahres ein Ersatzwirtschaftsgut angeschafft wird". Diese Gewinnfestsetzungsmethode bewirkt auf seiten des Kleinproduzenten eine fortdauernde Einengung seiner Produktivität, auf seiten der kapitalistischen Monopole eine ungeheure Förderung der Akkumulation des Kapitals. Eine besondere Methode der Ausplünderung der Kleinproduzenten stellt die Besteuerung des Umsatzes dar. Bemessungsgrundlage ist der Neu-

Reproduktion die Kosten dafür den Lohnabhängigen aufzubürden, teilweise, um zugunsten besser verdienender Schichten diese Kosten umzuverteilen. Die SPD/FDP in der Regierung verwandelt jede Vergesellschaftung der Reproduktion in Steigerung der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat und Unterdrückung der Volksmassen, was ihre Argumente gegen die CDU/CSU etwas hilflos erscheinen läßt.

Die unterschiedlichen Auffassungen der bürgerlichen Parteien haben durch folgendes Problem Nahrung. Die Arbeiterbewegung holt sich einen Teil dieser Abzüge, die den Volksmassen jetzt über die Lohnsteuer bzw. über die indirekten Steuern abgepreßt werden, wieder durch den Kampf um den Lohn, und somit sind die Kapitalisten gezwungen, einen gewissen Teil der Lohn- und Verbrauchssteuer im Lohn zu zahlen. Es kommt hinzu, daß weitere Steigerung der Steuerlast ohne bei immer niedrigerem Lohn einsetzende Progression unmöglich ist, solche Progression aber auch für die Kapitalisten ganz unerwünschte Effekte hat. Der Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der insgesamt für eine deftige Senkung der Kapitalsteuern eintritt, bemerkt zu diesem Widerspruch: ,,Die im Bereich des Tarifs und der Familienbesteuerung vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen stellen nur kurzfristig wirkende Maßnahmen dar, die kaum geeignet sind, die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer in der notwendigen Weise zu stärken''. Durch die Steuerprogression werden die Lohnunterschiede teilweise eingeebnet, was für die Kapitalistenklasse heißt, daß ein Gutteil der Gelder, die sie zahlen und die als Spaltungsmittel wirken sollen, ihre volle Wirkung nicht entfalten, weil höhere Löhne und Gehälter höher besteuert werden als der niedrigere Arbeiterlohn. Dieser Widerspruch wird in der Praxis immer aufs neue durch das Interesse entschieden, den sich ausdehnenden Staatsapparat zu finanzieren. Einen Ausweg bietet die indirekte Steuer. Dazu schreibt das Bourgeoisinstitut IFO in einer Studie im April dieses Jahres unter dem Titel ,,Abgabenbelastung erzwingt steuerpolitischen Kurswechsel'' folgendes: ,,Erhöhungen direkter Steuern zur Finanzierung von Staatsausgaben sind nicht mehr durchsetzbar. Progressions-, insbesondere inflationsbedingte Mehrbelastungen genügen schon, um Steuerwiderstände zu entfachen, Leistungsbereitschaft abzubauen und Steuerentlastungen zu erzwingen ... Die Steuerpolitik vollzieht einen Wandel von der ‚merklichen' direkten zur ‚unmerklichen' indirekten Besteuerung. Alleinige Senkungen direkter Steuern dürften der Vergangenheit angehören. Zunehmend werden anläßlich von Senkungen direkter Steuern kompensatorisch vorgenommene Erhöhungen indirekter Steuern die Entlastungen verwässern. Die Steuerlast wird nicht langfristig gemildert, sondern nur kurzfristig umverteilt.'' Abgesehen davon, daß es eine wirkliche Senkung der direkten Steuern nicht gab, wird doch ein Teil des Kurses der Steuerauspressung in den nächsten Jahren deutlich. Von Senkungen der direkten Steuern kann ja wohl angesichts der genannten Daten nicht die Rede sein. Höchstens das Tempo der Zunahme der Ausplünderung verringert sich vorübergehend, um hernach in um so schnelleren Galopp zu fallen. Wie durch die ,,große Steuerreform'' '75 und die kleinen Reformen '78 und '79, womit jedesmal ,,kompensatorisch'' die indirekten Steuern erhöht wurden und eine weitere zunehmende Steuerausplünderung durch die Lohnsteuer eingeleitet wurde. Die SPD spricht in ihrem Wahlprogramm von ,,gerechter Besteuerung''. Alle Mittel des Staatsapparates sind Mittel in der Hand der Kapitalistenklasse. Die Arbeiterbewegung ist dagegen, diese zu finanzieren und sich dadurch weiterem, hundertfachem Betrug und Unterdrückung ausgesetzt zu sehen. Die Steuermaßnahmen der letzten 4 Jahre hatten gerade zur Folge, daß die unteren Einkommen relativ mehr Steuern zahlen mußten als die oberen. Die Forderung nach Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns ist ein Schritt gegen die Steuerausplünderung und gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Ebenso wie die Forderungen nach Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Diese Forderungen beseitigen die Ausbeutung nicht, aber sie sind ein Schritt auf dem Weg dorthin.





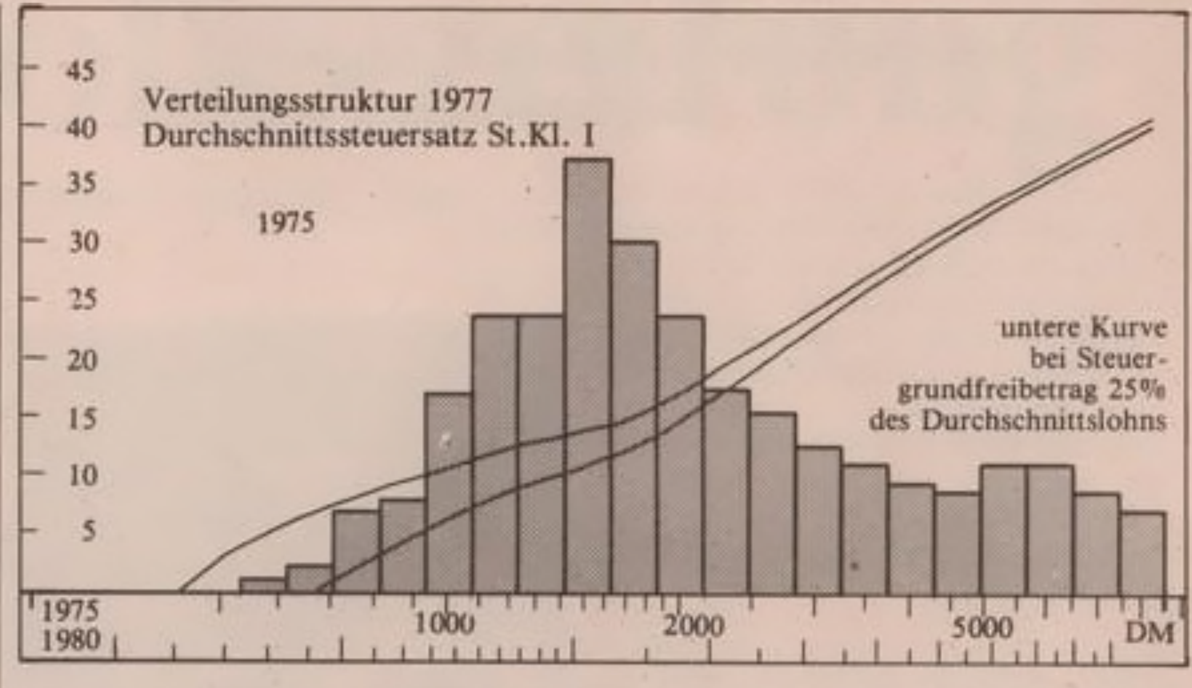
wert. Das kapitalistische Monopol kann die Umsatzsteuer auf den Preis des Produkts übertragen. Beim Kleinproduzenten, der in Konkurrenz zu den kapitalistischen Monopolen unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt der Produktivität produziert, wirkt sich diese Steuer unmittelbar auf den Profit aus. Ihm verbleibt über die Kosten für die Löhne nur ein minimaler Profit, der oftmals nicht mehr ist, als er zur Reproduktion seiner Arbeitskraft braucht. Hat er auf einen Neuwert von 50 DM 6,50 DM Mehrwertsteuer abzuliefern, und macht sein Profit 13 DM aus, so zahlt er 50% Steuern auf seinen Profit. Ist der Profit aber 26 DM beim gleichen Neuwert, weil die Ausbeutungsrate höher ist, so macht die Mehrwertsteuer jetzt bloß 25% auf den Profit aus. Das heißt, für den Kleinproduzenten wirkt die Mehrwertsteuer wie eine Einkommensteuer mit stark umgekehrter Progression. Eine unterdurchschnittliche Ausbeutung wird bestraft durch zweifache Besteuerung des Einkommens. Oftmals ist das für den Kleinproduzenten die Schlinge um den Hals.

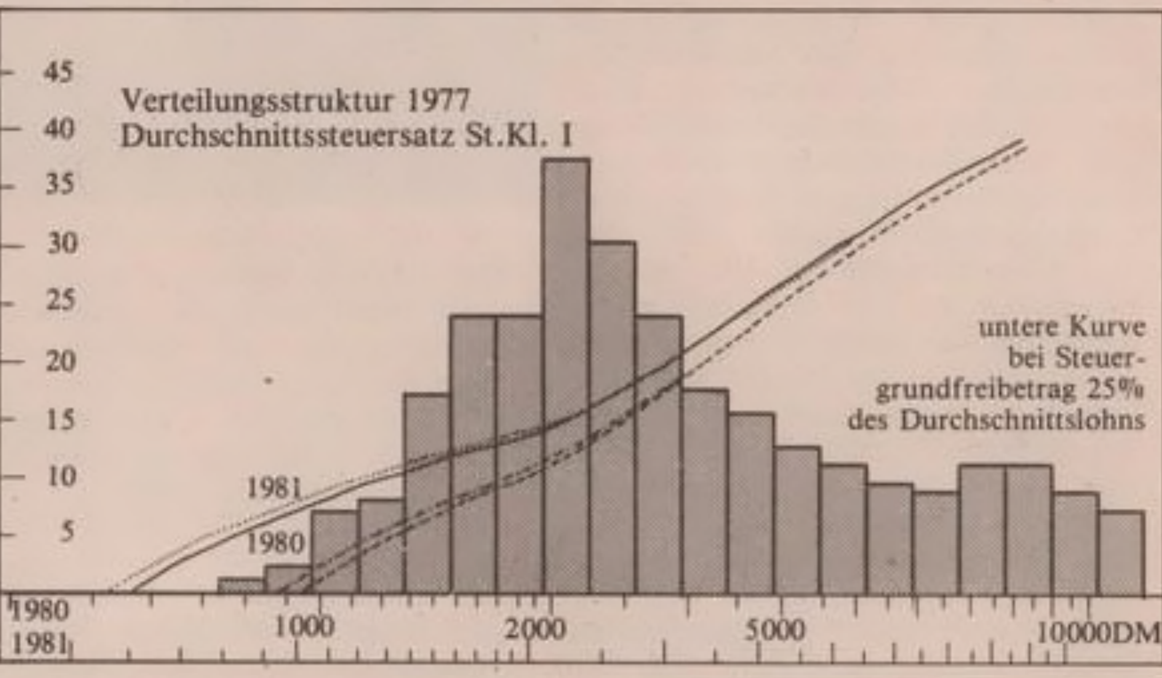
Auch bei den ,,Realsteuern" wird oft Überwälzung angenommen. Daß aber, wer im Einfamilienhaus wohnt, die Grundsteuer nicht absetzen kann, ist einleuchtend. Andererseits wird der Kleinproduzent versuchen, die Gewerbesteuer im Preis auf sein Produkt abzuwälzen, wenn dies, wie oben ausgeführt, die Verhältnisse der Konkurrenz zu den kapitalistischen Monopolen zulassen. Man kann also auch in Anbetracht dessen, daß die Gewerbesteuer eine abzugsfähige Betriebsausgabe und nicht eine Personensteuer ist, davon ausgehen, daß sie sich beim Kleinproduzenten ebenfalls in umgekehrter Progression auf das Einkommen auswirkt. Es ist nur gerecht, wenn von den Handwerkern etc. die Forderung nach Freibeträgen bei der Gewerbesteuer erhoben wird.

Nicht selten treiben die Auswirkungen der staatlichen Steuerziehung die Kleinproduzenten in den Ruin, weswegen sie sich gegen die Steuerpraktiken des imperialistischen Staates wenden und für den Kampf der Arbeiterklasse gewonnen werden können. Dabei kann die Arbeiterklasse nicht die Verteidigung der Interessen einer Klasse von kleinen Unternehmern zur Unterstützung ihres Eigentums oder der Konsolidierung ihrer kleinen Wirtschaften im Auge haben, womöglich um ihnen Vorteile zu verschaffen. Weil die Forderung der Arbeiterklasse zu den Steuern der Interessenlage der kleinen und mittleren Bauern, Handwerker und Kleingewerbetreibenden entspricht, wird sie sie im Kampf gegen die Finanzbourgeoisie und den imperialistischen Staat gewinnen können.

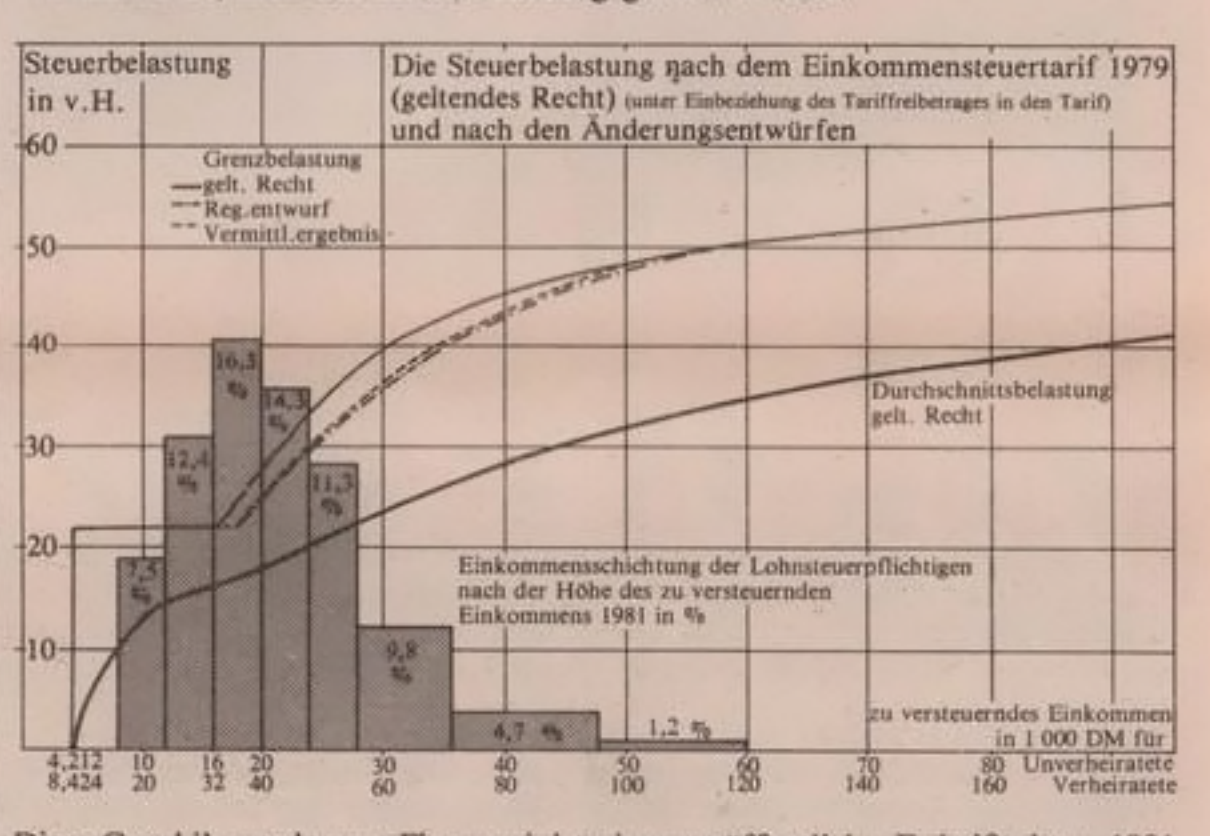
z.frb. **Rund 68 DM Steuersenkung im Monat für jeden** würde gegenwärtig die Durchsetzung der Forderung nach Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des durchschnittlichen Bruttolohns der in der Rentenversicherung Versicherten bringen. Im Volumen nicht übermäßig viel mehr, als das ,,Steuerpaket'', aber in der Wirkung radikal anders. Die Forderung würde sich für niedrigere Löhne prozentual besser auswirken, während das Steueränderungsgesetz 1981 gerade zulasten niedriger Löhne wirkt. Daher ist es auch notwendig, daß der Grundfreibetrag erhöht wird, und nicht ein Freibetrag, der um so höher entlastet, je höher das Einkommen. 1965 begann die Besteuerung laut Lohnsteuertabelle in Steuerklasse I bei 37% des Durchschnittslohns. 1980 beginnt die Besteuerung bei 23% des Durchschnittslohns. Dabei sind neben dem Grundfreibetrag eine Reihe anderer Freibeträge eingeschlossen, die lediglich Gleichstellung der Lohnsteuer mit der veranlagten Einkommensteuer bezwecken. Würde der Grundfreibetrag auf 25% des Durchschnittslohns erhöht, so würde in der Lohnsteuertabelle bei Steuerklasse I die Besteuerung bei 35% des Durchschnittslohns beginnen. Mit jeder Erhöhung des Nominallohns kommen mehr Lohnabhängige in die Progressionszone, in der jeder Lohnzuwachs mit steigendem Steuersatz besteuert wird. Jede kleine Milderung der Progression, so wie jetzt, wird dann als große Reform verkauft. In Wirklichkeit dient sie bloß dazu, die ebenfalls gestiegene Besteuerung der niedrigeren Löhne zu erhalten. Die Erhöhung der Löhne (seien sie wegen bloßer Geldentwertung oder zum Ausgleich gestiegener Reproduktionsbedürfnisse gestiegen) treibt sie erneut höheren Steuersätzen zu und nun tragen die niedrigeren Löhne einen höheren Anteil zur Steuerlast bei als zuvor. Anbindung des Grundfreibetrages an den jeweiligen Durchschnittslohn wirkt dem entgegen, wenngleich dadurch die Progressionsfalle nur indirekt getroffen wird. Gegenwärtig beginnt die Progressionszone bei 1720 DM in Steuerklasse I. Einen progressiv steigenden Steuersatz unterhalb des Durchschnittslohns sollte man nicht zulassen. Die unteren Schaubilder zeigen die Steuerminderung durch die jetzt beschlossene Gesetzesänderung für verschiedene Steuerklassen. Allerdings, wie in unserer letzten Ausgabe gezeigt, ist die Steuerminderung bereits bei einer Lohnerhöhung von 7% aufgehoben. Überall muß dann ein höherer Steuerbetrag gezahlt werden, und meist steigt auch der Steuersatz. Erst ab ca. 3000 DM in Steuerklasse I, bei III/0 ab ca. 5000 DM sinkt der Steuersatz leicht, in IV/2 Kinder selbst bei Berücksichtigung des erhöhten Kindergeldes auch erst ab 3000 DM. CDU/CSU und FDP waren daran besonders interessiert, die SPD hat nicht abgelehnt. In dieser Hinsicht übertrifft die Reform '81 die letzten drei noch an Gehässigkeit. Ihre Zielrichtung geht auch aus dem ,,Reformertrag'' hervor.

schiedene Steuerklassen. Allerdings, wie in unserer letzten Ausgabe gezeigt, ist die Steuerminderung bereits bei einer Lohnerhöhung von 7% aufgehoben. Überall muß dann ein höherer Steuerbetrag gezahlt werden, und meist steigt auch der Steuersatz. Erst ab ca. 3000 DM in Steuerklasse I, bei III/0 ab ca. 5000 DM sinkt der Steuersatz leicht, in IV/2 Kinder selbst bei Berücksichtigung des erhöhten Kindergeldes auch erst ab 3000 DM. CDU/CSU und FDP waren daran besonders interessiert, die SPD hat nicht abgelehnt. In dieser Hinsicht übertrifft die Reform '81 die letzten drei noch an Gehässigkeit. Ihre Zielrichtung geht auch aus dem ,,Reformertrag'' hervor.

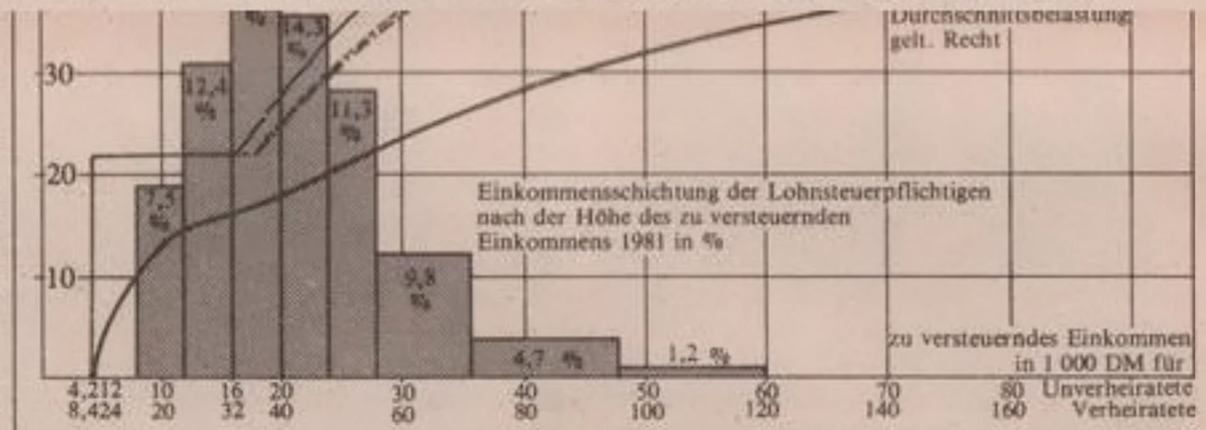




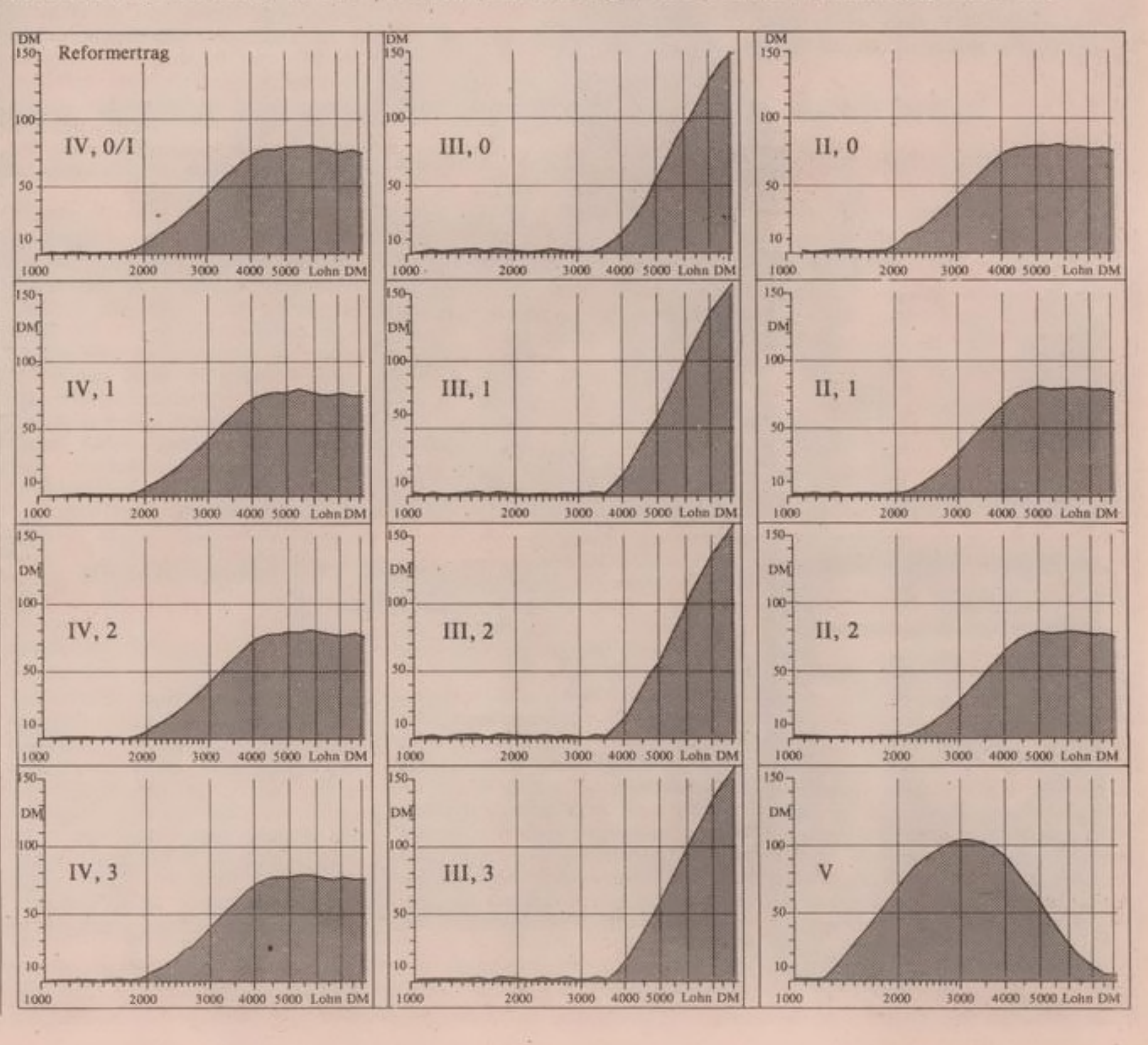
Immer weiter werden die Löhne von der Steuer erfaßt. Zur Verdeutlichung ist die Kurve des Steuersatzes entsprechend der Erhöhung des durchschnittlichen Lohnes auf das Niveau von 1980 verschoben. Folgende Rechnung: Die Löhne, die 1980 unter 2400 DM lagen, haben ca. 36,1% des Steueraufkommens zu tragen. Erhöhen sich alle Löhne 1981 um 7%, so zahlen jene Löhne dann 37,7% der Lohnsteuersumme. Die höheren Löhne zahlen entsprechend geringeren Anteil. Die Rechnung wurde gemacht für Steuerklasse I, bei anderen Steuerklassen würde sie entsprechend ausfallen. Die Graphiken auf der linken Seite zeigen, wie seit Jahren die Steuerlast erhöht und nach unten verlagert wird. In allen Verteilungen sind zusammenveranlagte Ehegatten entsprechend der Höhe ihres gemeinsamen Einkommens zugeordnet. Da die Steuerstatistik 1977 für die BRD noch nicht veröffentlicht ist, muß auf Hessen zurückgegriffen werden.



Diese Graphik wurde vom Finanzministerium veröffentlicht. Es heißt dazu, 1981 wären wieder 50% der Lohnsteuerpflichtigen in der Proportionalzone. Ja, wenn man jene mitrechnet, die zwar steuerpflichtig sind, aber keine Steuer zahlen, weil sie z.B. nur einen Teil des Jahres arbeiten! Sie fehlen in der Verteilung einfach. Von den Steuerbelastungen sind 1981 nur 36% in der Proportionalzone.



Diese Graphik wurde vom Finanzministerium veröffentlicht. Es heißt dazu, 1981 wären wieder 50% der Lohnsteuerpflichtigen in der Proportionalzone. Ja, wenn man jene mitrechnet, die zwar steuerpflichtig sind, aber keine Steuer zahlen, weil sie z.B. nur einen Teil des Jahres arbeiten! Sie fehlen in der Verteilung einfach. Von den Steuerbelastungen sind 1981 nur 36% in der Proportionalzone.



Oetker setzt Zulagen zur Spaltung der Belegschaft ein

r.mas. Von den ca. 850 Arbeitern der Bielefelder Werke der Nahrungsmittelfabrik Dr. A. Oetker sind 82% in den unteren Lohngruppen. 60% dieser fast 700 Arbeiter sind Frauen. Die Bruttolöhne liegen einschließlich der monatlichen Betriebszulagen zwischen 1450 DM und 1950 DM. Die Betriebszulagen machen je nach Arbeitsplatz, Betriebszugehörigkeit und Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen 0 bis 300 DM aus.

Ein tariflicher Schritt in Richtung Anhebung der unteren Lohngruppen konnte erstmals in den Tarifauseinandersetzungen 1980 durchgesetzt werden. Parallel zu den Tarifverhandlungen führte die NGG Veranstaltungen zum Aufbau eines gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers durch. Über die Vertrauensleuteseminare konnte die Belegschaft an einer Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen mitwirken. Das war für die Verhandlungen mitentscheidend, weil Oetker im Kapitalistenverband im Tarifbereich (NRW) das Sagen hat. Mit der Forderung (5% für Lg IIIb, 2% für Lg IIIa, 3% für Lg II und 9% für alle) wurde eine Verbesserung des Lohngefüges und eines ausreichenden Lohns beschlossen. Der Abschluß um 8,1% für Lg IIIb und Lg IIIa, 6,9% für Lg II und 6,8% für alle anderen Löhne und Gehälter bedeutet eine Bruttoerhöhung für die unteren Lohngruppen zwischen 105 und 135 DM und bestätigt die Untersuchungs- und Informationspolitik des VK-Seminars. Im Hinblick auf die 1981 anstehende Aufkündigung des Lohnschlüssels hat sich das VK-Seminar auf einer einheitlichen Anhebung durch Mindest- oder Festgeldforderungen zusammengeschlossen.

Mit ca. 1250 Angestellten bilden die Angestellten den größten Anteil an der Oetker-Belegschaft. Diesem Verhältnis liegt zugrunde, daß die zentrale Verwaltung des Konzerns in Bielefeld ist.

In der Tarifforderung und dem Abschluß finden die unteren Gehaltsgruppen keine Berücksichtigung. Die niedrigste Bruttoerhöhung beträgt hier 82 DM. Direkt betroffen sind im Tarifbereich ca. 3% der Gesamtbelegschaften. Durch diese Vernachlässigung wird der gute Organisationsgrad unter den Arbeitern mit ca. 90% in der Gesamtbelegschaft auf unter 50% gedrückt. Entgegen diesem Mißverhältnis ist die Zusammensetzung des Betriebsrats mit 10 NGG-Mitgliedern, 3 DAG-Mitgliedern und 2 Unorganisierten relativ günstig. Entsprechend diesem Verhältnis setzte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung über Bildschirmarbeitsplätze durch.



Das Bild zeigt Betriebsratsmitglieder bei der Besichtigung eines drehbaren Bildschirmgeräts. Die Betriebsvereinbarung beinhaltet ärztliche Untersuchungen, Dauer und Arbeitsumfang, die Gestaltung der Arbeitsplätze unter Mitwirkung des Betriebsrates.

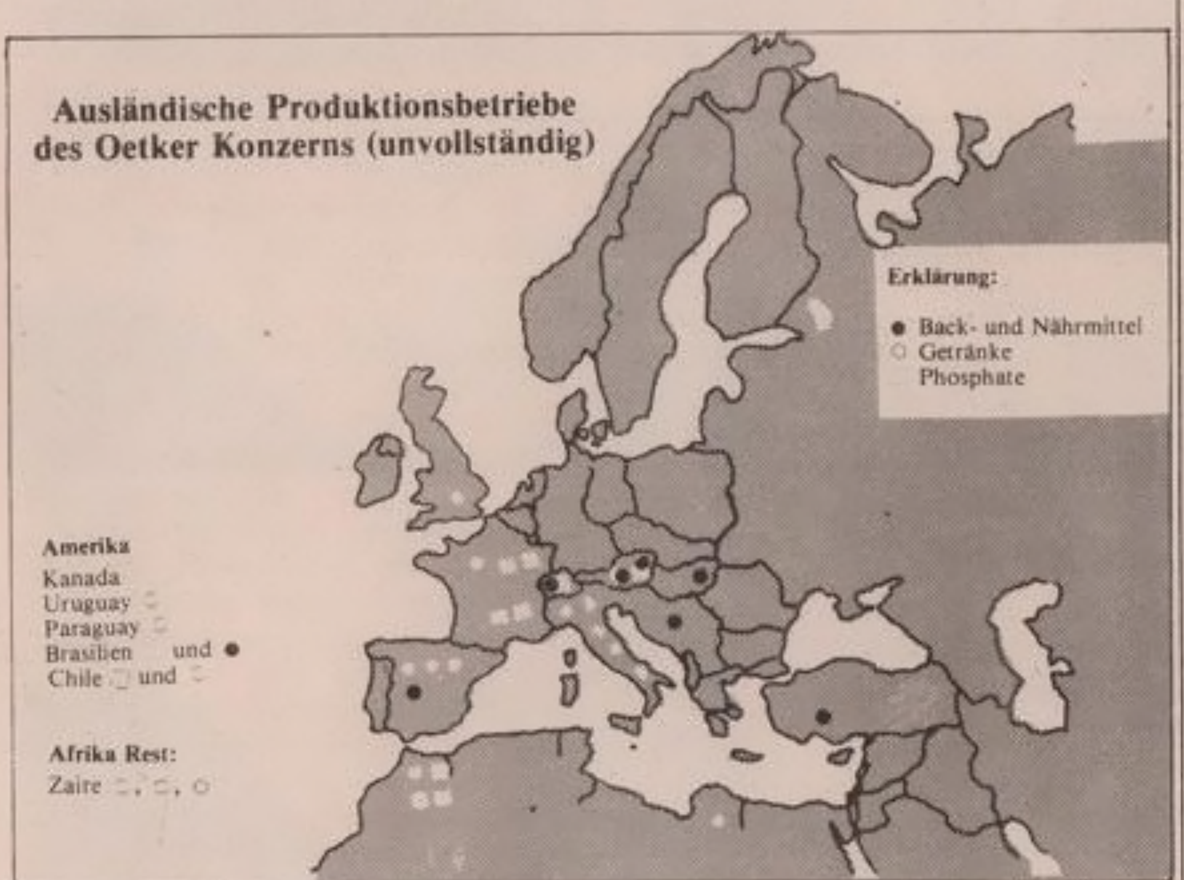
Einen Bestandteil der oben angesprochenen betrieblichen Zulagen benutzt Oetker zur stärkeren Anbindung der Arbeiter und Angestellten an den Betrieb. Ein Teil dieser Zulagen, wie z.B. die Maschinenzulage für Frauen, ist in den sechziger Jahren durch Streik bzw. verlängerte Pausen durchgesetzt worden. In diesen monatlichen Zulagen sind in der Höhe und in der Auszahlung die Bedingungen nach Betriebszugehörigkeit (d.h. Aushilfsarbeiter sind nicht betriebszugehörig), Dauer dieser Betriebszugehörigkeit und Arbeitsplatz gebunden. Wer an welchem Arbeitsplatz arbeitet, bestimmt die Betriebsführung. Damit hat sich die Betriebsleitung ein gewichtiges Spaltungsinstrument geschaffen.

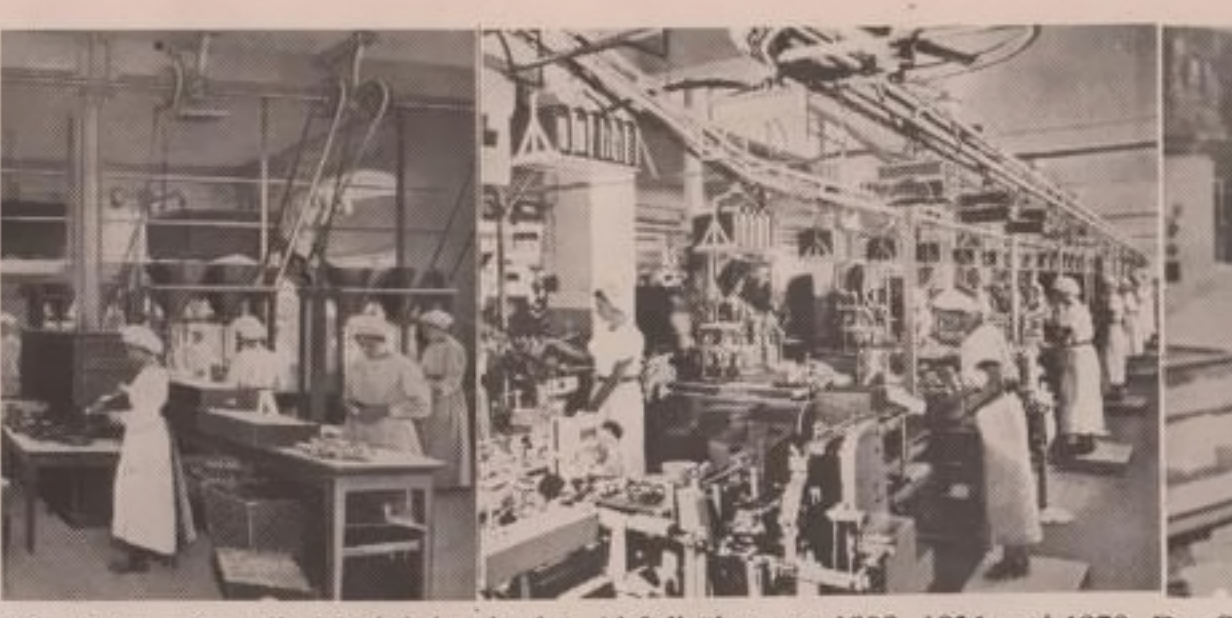
Ein Teil dieser erkämpften Zulagen ist bei Veränderung der Arbeitsmarktlage beseitigt worden. Das sind z.B. Staubzulagen, die nur wenige Arbeiter bekamen, und Kindergeld mit Ausnahme für Geschiedene (40 DM). Die sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen erweisen sich bei genauerem Hinsehen ausnahmslos als spalterisch und ideologische Fessel. Diese Zulagen gibt es nur jährlich oder zu bestimmten Anlässen wie z.B. Heiratsbeihilfe und Geburtsbeihilfe. Für dabei notwendige Anschaffungen reichen sie meistens nicht aus. Größere einmalige Zuschläge wie die Gewinnbeteiligung (450 bis 950 DM) haben ebenfalls diesen Charakter. Diese Beträge haben dabei nur solange Bedeutung, solange der Tariflohn zu niedrig ist.

Oetker-Belegschaft. Diesem Verhältnis liegt zugrunde, daß die zentrale Verwaltung des Konzerns in Bielefeld ist.

In der Tarifforderung und dem Abschluß finden die unteren Gehaltsgruppen keine Berücksichtigung. Die niedrigste Bruttoerhöhung beträgt hier 82 DM. Direkt betroffen sind im Tarifbereich ca. 3% der Gesamtbelegschaften. Durch diese Vernachlässigung wird der gute Organisationsgrad unter den Arbeitern mit ca. 90% in der Gesamtbelegschaft auf unter 50% gedrückt. Entgegen diesem Mißverhältnis ist die Zusammensetzung des Betriebsrats mit 10 NGG-Mitgliedern, 3 DAG-Mitgliedern und 2 Unorganisierten relativ günstig. Entsprechend diesem Verhältnis setzte der Betriebsrat eine Betriebsvereinba-

Ein Teil dieser erkämpften Zulagen ist bei Veränderung der Arbeitsmarktlage beseitigt worden. Das sind z.B. Staubzulagen, die nur wenige Arbeiter bekamen, und Kindergeld mit Ausnahme für Geschiedene (40 DM). Die sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen erweisen sich bei genauerem Hinsehen ausnahmslos als spalterisch und ideologische Fessel. Diese Zulagen gibt es nur jährlich oder zu bestimmten Anlässen wie z.B. Heiratsbeihilfe und Geburtsbeihilfe. Für dabei notwendige Anschaffungen reichen sie meistens nicht aus. Größere einmalige Zuschläge wie die Gewinnbeteiligung (450 bis 950 DM) haben ebenfalls diesen Charakter. Diese Beträge haben dabei nur solange Bedeutung, solange der Tarif lohn zu niedrig ist.







Die Bilder zeigen die Produktion in den Abfüllsälen von 1908, 1936 und 1978. Das System, das Pulver fließen zu lassen, hat sich nicht verändert. Mit dem Ausscheiden von handwerklichen Tätigkeiten hat sich aber das Tempo geändert. Die Arbeit erfordert größere Konzentration, eine einseitige und ungerade Körperhaltung sowie Fingerfertigkeit.

Billige Frauenarbeit war der Grundstock, der Faschismus die passende Ergänzung beim Aufbau des Oetker-Konzerns

r.gag. Von Beginn an stützte sich die Expansion der Oetker-Werke auf die Ausbeutung billiger Frauenarbeit. Schon in der Apotheke, die August Oetker mit dem Geld seiner Frau 1891 in Bielefeld erwarb, mußten zunächst zwei Frauen neben der Arbeit in der Apotheke das Oetkersche Backpulver eintüten. 1899 waren es 20 Frauen. Sie bekamen 45 – 63 DM im Monat und zu Weihnachten einen Händedruck von A. Oetker, verbunden mit einer Goldmark. 1900 erfolgte der Umzug in das erste Fabrikgebäude an der Lutherstraße, mit einer Eisenbahnlinie im Rücken. 1913 arbeiteten 350 Arbeiter und Angestellte für Oetker in erheblich ausgeweiteten Produktionsanlagen. Durch die Einführung neuer, direkt auf die Oetkersche Produktion zugeschnittener Maschinerie gelang eine enorme Steigerung der Produktivität, z.B. durch die Anordnung der Mischerei, der Abfüllung und der Verpackung in drei Stockwerken untereinander, so daß Transportzeiten und -kosten eingespart wurden. Diese Anordnung gilt bis heute. Die Produktion wurde auf Puddingpulver, Gustin, Backöle ausgedehnt. Durch intensive Werbung eroberte sich Oetker systematisch immer weitere Märkte. Schon 1908 wurde ein Zweigwerk in Wien fertiggestellt, das Österreich und den Balkan belieferte. Unliebsame Konkurrenten kaufte Oetker auf, wie die Nährmittelfabrik Reese, Hameln, um dann ein glühender Verehrer der Konkurrenz zu werden.

Mit der Ausweitung der Produktion ging er daran, sich von den Zulieferfirmen unabhängig zu machen. Einmal, indem er im Stammwerk die Produktion von Hilfsgütern aufnahm, wie Papierverarbeitung, Druck, Kartonage, Werbung, oder indem er Zulieferfirmen aufkaufte. So war er zunächst von der Weinsteinlieferung einer amerikanischen Firma abhängig. Die Rohstoffschulden wurden in den Krisenjahren nach dem 1. Weltkrieg so hoch, daß es dieser Firma fast gelungen wäre, Oetker zu schlucken. In den Inflationsjahren konnte Oetker die Schulden mit einem Apfel und einem Ei bezahlen und beteiligte sich seinerseits an der Chemischen Fabrik Budenheim, mit der gemeinsam er die Produktion von Weinstein verbesserte, sodaß er künftig diesen Rohstoff aus dem eigenen Konzern billiger bezog. In Bielefeld beteiligte er sich an der Gundlach Aktiengesellschaft, die Druckaufträge für ihn erfüllte.

Neben dem österreichischen Zweigwerk gründete Oetker in den zwanziger Jahren eine Zweigniederlassung in Hamburg zwecks Belieferung von Ostdeutschland. 1922 gründete er eine Zweigniederlassung in Danzig, die allerdings erst durch die Besetzung Polens durch die Nazis einen kräftigen Aufschwung nahm. Kaselowsky, Mann der verwitweten Schwiegertochter, Geschäftsführer und Teilhaber von Oetker, hat es ausgezeichnet verstanden, den Konzern mit Hilfe des Faschismus auszubauen. 4000 Arbeiter von Norwegen bis Italien wurden während des zweiten Weltkrieges in Oetkerbetrieben ausgebeutet. Als Mitglied des ,,Freundeskreis Reichsführer SS Heinrich Himmler'' entstanden nützliche Verbindungen. Als 1935 eine Österreicherin in großem Umfang beginnt, in Deutschland Backpulver herstellen zu lassen, läßt Kaselowsky sie kurzer Hand des Reichsgebiets verweisen. 1934 fing Kaselowsky an, sich bei der Hamburg Süd einzukaufen, 1937 sitzt er im Aufsichtsrat. Ausgezeichnete Grundlagen für Oetker junior, nach 1945 nach knapp zwei Jahren alliierter Haft auf den Grundlagen die Ausweitung des Konzerns fortzusetzen.

Daten über den Oetker-Konzern Inland 1978

(ohne Banken, Versicherungen und aus der Konsolidierung ausgeschiedene Unternehmen)

Umsatz	2470689366 DM
Erträge aus Beteiligungen	15065608 DM
Nahrungsmittelbereich	1114000000 DM
Beschäftigte gesamt	11759
Angestellte	ca.5291
Arbeiter	ca.6467
davon Teilzeit	908
davon Frauen	880
Frauen gesamt	ca.4200
Ausländer	1109
Auszubildende gesamt	325
Gewerbl. Auszubildende	156
Kfm. Auszubildende	169

te Grundlagen für Oetker junior, nach 1945 nach knapp zwei Jahren alliierter Haft auf den Grundlagen die Ausweitung des Konzerns fortzusetzen.

Daten über den Oetker-Konzern Inland 1978

(ohne Banken, Versicherungen und aus der Konsolidierung ausgeschiedene Unternehmen)

Umsatz 2470689366 DM
Erträge aus Beteiligungen 15065608 DM
Nahrungsmittelbereich 1114000000 DM
Beschäftigte gesamt 11759
Angestellte ca.5291
Arbeiter ca.6467
davon Teilzeit 908
davon Frauen 880
Frauen gesamt ca.4200
Ausländer 1109

Einkreisung billiger Rohstofflieferanten, wesentliches Ziel der Expansion von Oetker

r.gea. 89 Betriebe mit 11759 Beschäftigten weist die Bilanz der Oetker Gruppe 1978 aus. Das sind nur die westdeutschen Betriebe, die direkt mehrheitlich Rudolf Oetker gehören bzw. unter seiner Leitung stehen. Dazu kommen alle Betriebe seiner Kinder und Verwandten wie Binding Bier, Kochs Adler, Schwartau usw. Es fehlen die Banken und sämtliche Auslandsbetriebe. Vor allem über letztere schweigt sich Oetker in allen Publikationen aus. Nach Schätzungen schuften heute etwa 30000 Lohnabhängige in aller Welt für den Oetker-Clan.

In Westeuropa hat Oetker ein Netz von Nähr- und Backmittelwerken aufgebaut, ein Netz von Bierbrauereien vor allem aufgekauft. Im Zuge der Ostverträge gelang ihm der Vorstoß nach Jugoslawien und Ungarn, die Lizenz für eine Bierbrauerei in Moskau 1978 hat er (noch) nicht gekriegt. ,,Dr. Oetker'' sieht das optimistisch, in Anbetracht des ,,hohen Bekanntheitsgrades, den dieser Name noch aus der Zeit vor dem Kriege speziell in den osteuropäischen Ländern genießt''.

Oetker verfolgt die Zielsetzung, möglichst alle Bereiche, die mit seinem Produktionsbereich zusammenhängen, in die Hand zu kriegen. Produktion, ein eigenes Vertriebsnetz, Transport. Mit 73 teils eigenen, teils gecharterten Schiffen ist Oetker der größte Privatreeder in Westdeutschland. Da man Banken Zinsen zahlen muß und Oetker die lieber selber kassiert, kaufte er sich 1950 in ,,Hausbanken'' ein; nicht anders mit Versicherungsgeldern, die Oetker mittels CONDOR und Deutscher Ring auch lieber an sich selber zahlt.

Etwas anders sieht seine Strategie bei den Rohstoffen aus. Einzig bei Fischen verfügt Oetker schon seit 1937 über eine eigene Fangflotte und kann in seinem Geschäftsbericht nicht genug über die 200-Meilen-Zone jammern, die seiner sprudelnden Profitquelle – der Raubfischerei vor den Küsten anderer Länder – einen Riegel vorschiebt.

Den Zugriff auf billige Rohstoffe aus den Ländern der Dritten Welt sichert sich Oetker durch Handel, Transport, Banken und eigene Produktionsbetriebe in den wichtigen Lieferländern. Grundstoffe der Lebensmittelproduktion sind Kakao und Stärke (Tapioka). Tapioka erhält Oetker aus Thailand und Brasilien. Die wichtigsten Lieferländer für Kakao liegen in Südamerika. Oetker gehört in Hamburg die Firma Orimex, größter Kakaoimporteur Westdeutschlands. In Brasilien hat er Back- und Düngemittelfabriken. In Peru und Ecuador besitzt er Banken und vermutlich nicht nur Banken. In Frankreich hat er sich in eine Düngemittelfabrik eingekauft, die wiederum Beteiligungen vor allem an Phosphatwerken in Marokko, Kanada, Chile, Brasilien und Uruguay hat. Lieferung von Düngemittel ist eine ausgezeichnete Voraussetzung, um den Landwirten die Absatzbedingungen zu diktieren. In den großen Häfen Europas, Nord- und Südamerikas und Afrikas verfügt Oetker über eigene Agenturen; in England, Frankreich und Belgien über Handelshäuser, die unter Ausnutzung der alten Kolonialverbindungen den Ländern der Dritten Welt im Nacken sitzen.

Einkreisung billiger Rohstofflieferanten, wesentliches Ziel der Expansion von Oetker

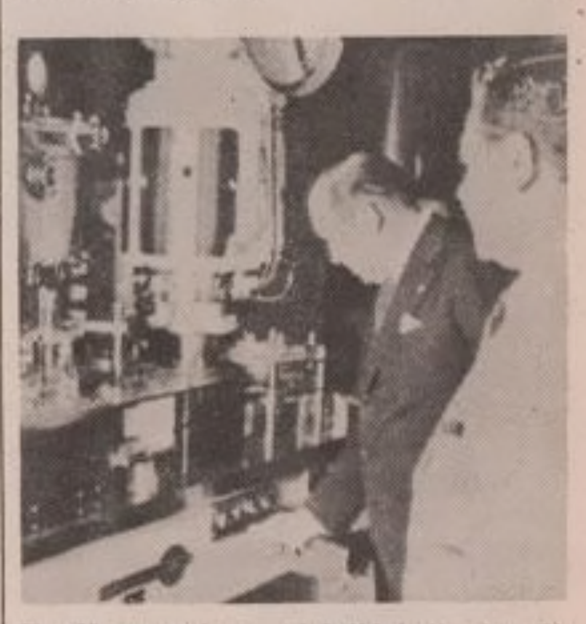
r.gea. 89 Betriebe mit 11759 Beschäftigten weist die Bilanz der Oetker Gruppe 1978 aus. Das sind nur die westdeutschen Betriebe, die direkt mehrheitlich Rudolf Oetker gehören bzw. unter seiner Leitung stehen. Dazu kommen alle Betriebe seiner Kinder und Verwandten wie Binding Bier, Kochs Adler, Schwartau usw. Es fehlen die Banken und sämtliche Auslandsbetriebe. Vor allem über letztere schweigt sich Oetker in allen Publikationen aus. Nach Schätzungen schuften heute etwa 30000 Lohnabhängige in aller Welt für den Oetker-Clan.

In Westeuropa hat Oetker ein Netz

Deutscher Ring auch lieber an sich selber zahlt.

Etwas anders sieht seine Strategie bei den Rohstoffen aus. Einzig bei Fischen verfügt Oetker schon seit 1937 über eine eigene Fangflotte und kann in seinem Geschäftsbericht nicht genug über die 200-Meilen-Zone jammern, die seiner sprudelnden Profitquelle – der Raubfischerei vor den Küsten anderer Länder – einen Riegel vorschiebt.

Den Zugriff auf billige Rohstoffe aus den Ländern der Dritten Welt sichert sich Oetker durch Handel, Transport, Banken und eigene Produktionsbetriebe in den wichtigen Lieferländern. Grundstoffe der Lebens-



Eröffnung einer Abfüllfabrik der Sinalco AG in Paraguay durch den Staatspräsidenten 1978. Sieben Monate betrug die ,,Record''bauzeit. Ohne Druckmittel geht das nicht.